

# *Geschichte unserer Zeit*

Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra

*Band 2*

*1. Teil: Die Revolution, ihre Entstehung und Folgen 1916-1922*

*2. Teil: Politische und wirtschaftliche Zerrüttung 1921-1922*

Nationale Verlags-Gesellschaft m. b. H., Leipzig © 1932-1935.

Dieses Digitalisat © 2020 by The Scriptorium und ins Netz gestellt am 11. November 2020, dem 102. Jahrestag der Waffenstillstandserklärung, die den Ersten Weltkrieg beendete und den wohl unheilvollsten Frieden der Neuzeit einleitete. - Alle Illustrationen stammen aus dem Original.

## **Eingriffe durch Scriptorium:**

der besseren Lesbarkeit halber wurden stellenweise ausgeschriebene Zahlenworte in Ziffern abgeändert (z.B. hundertfünfzigtausend → 150 000) und bei solchen Textstellen Betonung (Fettdruck) hinzugefügt, wo es aus heutiger rückblickender Perspektive angebracht schien.

Die Textgliederung wurde leicht vereinfacht und geringfügige Druck- bzw. Satzfehler wurden korrigiert.

Druckversion 2021 gesetzt vom Hilfsbibliothekar, alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



**Scriptorium dankt Herrn M. P. S.**

**für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!**



## ***Inhalt Zweiter Band:***

### **9. Kapitel: Frankreichs Furcht und Hoffnung, Volksabstimmungen in Ausführung des Friedensvertrages**

Entwaffnungsforderungen. - Besetzung Frankfurts. - Ziele der französischen Politik. - Pläne französischer Generale. - Neue Separatistenumtriebe. - Dortens Politik: Rheinische Volksvereinigung. - Geheimplan Ganter-Gillmans. - Separatismus in Bayern. - Dr. Heim und Graf Bothmer. - Graf Bothmers Pläne. - Bayerische Königspartei. - Kronprinz Rupprecht. - Konferenz in San Remo. - Konferenz von Boulogne. - Französische Entwaffnungsnoten. - Abstimmung in Nordschleswig. - Volksbefragung in Eupen-Malmedy. - Abstimmung in Preußen. - Oberschlesien. - Polnischer Aufstand in Oberschlesien. - Verzweiflung der Bevölkerung. - Zwischenfälle in Berlin und Breslau.

### **10. Kapitel: Der Streit um Wiedergutmachung und Entwaffnung**

Konferenz von Spa. - Reichswehrgesetz. - Französische Militärkonvention mit Belgien und Luxemburg. - Genfer Sozialistenkongress. - Deutsche Kriegsschuld. - Zunehmende Spannung. - Viehlieferungen. - Trostlose Wirtschaftslage. - Konferenz des Obersten Rates in Paris. - Vereinigte Staaten von Amerika. - Frankreich, England und die "Sanktionen". - Londoner Konferenz. - Sanktionen und drohende Rheinbesetzung. - Zuspitzung der Lage. - Stimmung in London und Paris. - Wiedergutmachungsartikel des Versailler Vertrages. - Die Wiedergutmachungslast. - Abgelehnte Vermittlung der Vereinigten Staaten. - Sturz der Regierung Fehrenbach. - Stand der Entwaffnung. - Französisch-polnisches Militärbündnis. - Französisch-polnisch-tschechische Militärkonvention.

### **11. Kapitel: Die Kriegsschuldfrage, Deutsche Wirtschaftsführer**

Die Schuld am Kriege. - Bekämpfung der Kriegsschuld durch Fehrenbach-Regierung. - Kautsky. - Frankreichs Kriegsschuld. - Kriegsschuldpropaganda der Alliierten im Weltkrieg. - Die Kriegsschuldfrage der Entente. - Kriegsschuldkommission der Versailler Friedenskonferenz. - Graf Brockdorff-Rantzau's Haltung. - Lloyd Georges Ansicht. - Gegenbewegungen in England, Frankreich, Amerika, Italien. - Wirtschaftlicher Charakter der Regierung Fehrenbach. - Hugo Stinnes. - Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft.

## **12. Kapitel: Deutschland und Rußland, Verträge und Aufruhr**

Bolschewismus und Weltrevolution. - Deutsch-russischer Vertrag über Kriegsgefangenaustausch. - Russisch-polnischer Krieg 1920. - Rückwirkungen auf Deutschland. - Sorgen in Westeuropa. - Schlacht bei Warschau und ihre Folgen. - Die Komintern. - Sinowjew in Halle. - Bolschewistische Umtriebe. - Die Rote Armee. - Beginnender Aufruhr. - Mitteldeutscher Aufstand. - Aufstand in Mansfeld. - Hölz. - Zustände in Mansfeld. - Zusammenbruch der Erhebung. - Unruhen in Hamburg und im Ruhrgebiet. - Moskaus Anteil. - Moskaus Hoffnungen. - Neuer deutsch-russischer Vertrag. - Deutsche Wirtschaftsentwicklung nach Osten.

## **13. Kapitel: Oberschlesiens Leidensweg**

Die oberschlesische Frage. - Verzögerte Abstimmung. - Polnische Insurgentenbanden. - Konzentration polnischer Truppen. - Not der Deutschen. - Vorbereitung der Abstimmung. - Aufruf der Reichsregierung. - Abstimmungsergebnis. - Urteil des Auslandes. - Polnischer Aufstand. Korfanty. - Haltung der Alliierten. - Deutscher Selbstschutz. - Friedensstiftung durch die Alliierten. - Schriftstücke. - Ende des Aufstandes. - Wirkungen des Aufstandes für Deutschland.

## **II. Teil: Politische und wirtschaftliche Zerrüttung 1921-1922**

### **1. Kapitel: Vom Londoner Ultimatum zum Wiesbadener Abkommen**

Londoner Ultimatum. - Reparationsprotokoll. - Drohung des Ruhreinmarsches. - Regierung Wirth. - Annahme des Ultimatums. - Auflösung der Selbstschutzverbände. - Forderungen des Wiedergutmachungsausschusses. - "Kriegsverbrecher"prozesse. - Unwille der nationalen Kreise. - Boykott englischer, französischer, italienischer Waren. - Aufhebung der Sanktionen. - Walther Rathenau, seine Schriften und Ansichten. - Rathenaus politische Gedanken. - Urteil über Rathenau. - Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur. - Widerstand der französischen Industrie. - Friede mit Amerika.

### **2. Kapitel: Der Kampf um Oberschlesien**

Vier Abstimmungszonen. - Französisch-englische Differenzen. - Lloyd George über Oberschlesien. - Scharfe Gegensätze auf allen Seiten. - Deutsche und polnische Ansichten. - Unüberbrückbare Gegensätze. - Haltung Italiens. - Polen gegen Lloyd George. - Pariser Konferenz. - Eingreifen des Völkerbundes. - Unwille in Deutschland. - Ehemalige Insurgenten gegen Polen. - Völkerbundsentscheidung. - Erregung in Deutschland. - Rücktritt der Regierung Wirth. - Nittis Urteil. - Bedrückung der Deutschen in Westpreußen und Posen.

### **3. Kapitel: Deutsch-Österreichs Anschlußtragödie**

Katastrophe Deutsch-Österreich. - Plan zur Volksabstimmung über den Anschluß. - Bundeskanzler Dr. Mayr. - Telegrammwechsel mit Reichspräsident Ebert zum 18. Januar 1921. - Anschlußkundgebungen. - Der Wille des Volkes. - Österreich auf der Londoner Konferenz. - Land Tirol. - Regierung zwischen Alliierten und österreichischem Volk. - Einmischung der Alliierten. - Abstimmungen in Tirol und Salzburg. - Rücktritt Dr. Mayrs. - Ende der Anschlußbewegung.

### **4. Kapitel: Innere Spannungen, Forderungen der Militärkontrollkommission, Konferenz von Cannes**

Rechtsparteien und Kommunisten gegen Wirth. - Landesregierungen in Preußen, Bayern, Sachsen und Thüringen. - Auflösung der Selbstschutzorganisationen. - Geheimverbände. - Ermordung Erzbergers. - Empörung der Linksparteien. - Regierungsmaßnahmen. - "Monarchisten"-Verfolgungen in Sachsen. - Sorgen der Entwaffnungskommission. - Forderungen der Interalliierten Kontrollkommissionen. - Streit um die "Deutschen Werke". - Eine neue Wirth-Regierung. - Reparationsorgen der Regierung Wirth. - Groll der Industrie und ihre Forderungen. - Erfolgreiche Anleiheverhandlungen in London. - Frankreichs Drohungen. - Konferenz von Cannes. - Poincarés Quertreibereien. - Rathenau in Cannes. - Teilmoratorium. - Reformplan der Regierung Wirth. - Kritik des Reichstags. - Eisenbahnerstreik. - Forderungen des Wiedergutmachungsausschusses. - Not des deutschen Volkes. - Verarmung der Besitzenden. - Bedrückung des Hausbesitzes. - Not der Hypothekengläubiger. - Kulturelle Not.

### **5. Kapitel: Genua und Rapallo**

Eröffnung der Konferenz von Genua. - Tschitscherin. - Französisch-russische Differenzen. - Ausschüsse. - Vertrag von Rapallo. - Beurteilung im Ausland. - Mißstimmung in Genua.

## 6. Kapitel: Innere und äußere Sorgen, Rathenaus Ermordung und ihre Folgen, Wirths Abgang

Bolschewistische Tätigkeit. Radek. - Kommunistische Gewalttaten. - Tätigkeit der vaterländischen Verbände. - Zusammenstöße. - Rathenaus Ermordung. - Verordnung zum Schutz der Republik. - Tätigkeit der Landesregierungen. - Streiks und Demonstrationen. - Hetze der Linksparteien. - Gewalttaten und Blutvergießen. - Julimeute. - Verfassungskonflikt mit Bayern. - Radikale Maßnahmen in Sachsen und Thüringen. - Katastrophe der Erfüllungspolitik und deutsche Not. - Fortschreitender Verfall des Bürgertums. - Forderungen der Gewerkschaften. - Frankreichs Vernichtungswille. - Neue vergebliche Anleiheverhandlungen. - Londoner Konferenz. - Deutsche Vertreter vor dem Wiederherstellungsausschuß. - Stinnes-Lubersack-Abkommen. - Marktstabilisierungsversuche in Berlin. - Sachverständigengutachten. - Schikanen Poincarés. - Militärkontrolle. - General von Seeckt. - Angriffe auf alliierte Offiziere. - Regierungskrisis. - Gedanke der Großen Koalition. - Rücktritt der Regierung Wirth.



## 9. Kapitel: Frankreichs Furcht und Hoffnung, Volksabstimmungen in Ausführung des Friedensvertrages.

Kaum einen Monat hatten die **interalliierten Kommissionen** in Deutschland gearbeitet, als Frankreich Mitte Februar schon feststellen zu können glaubte, Deutschland komme seinen Verpflichtungen aus dem **Versailler Vertrag** nicht nach. Die Entwaffnung ging zu langsam, die Kommissionen entdeckten Kriegsmaterial, das noch nicht zerstört war und sicher für den Revanchekrieg versteckt wurde, die deutsche Regierung gründete Einwohnerwehren und Sicherheitspolizei, welche neue Heeresformationen darstellten und den europäischen Frieden gefährdeten, kurz, täglich wurde ein neuer Verstoß festgestellt, wobei die deutschen Unabhängigen den Franzosen bei der Enthüllung deutscher Ungesetzlichkeiten behilflich waren. Auch mit den Kohlenlieferungen war Deutschland im Rückstande, so daß, alles zusammengenommen, Frankreich sich genötigt sah, mit der **Besetzung des Ruhrgebietes** zu drohen.

**Entwaffnungsforderungen**

Dann kam der **Kapp-Putsch**. Mit unfehlbarer Sicherheit stand es für Frankreich fest, daß die Militärherrschaft sich jetzt in Deutschland erheben und über das wehrlose Frankreich herfallen würde. War denn das Unternehmen Kapps nicht der sicherste Beweis dafür, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nicht nachkam? Wie war sonst so etwas möglich? Der Handstreich Kapps bedrohte Frankreich. Und dann der Ruhraufstand! Selbstherrlich und eigenmächtig überschritt General Watter an der Spitze seiner Reichswehrtruppen die Grenze der neutralen Zone und gefährdete die Sicherheit Frankreichs und Belgiens. Dieser Verstoß gegen den Versailler Vertrag durfte nicht ungesühnt bleiben.

**Millerand**, der französische Ministerpräsident, machte Anfang April die deutsche Regierung darauf aufmerksam, daß das Vorgehen des Generals Watter unzulässig sei. Zwar habe der Oberste Rat der Alliierten auf Fochs Vorschlag am 9. August 1919 den Deutschen gestattet, zur Unterdrückung von Streiks und Aufständen Reichswehr ins Ruhrgebiet zu entsenden. Aber das Maß sei erheblich überschritten, und General Watter solle sich unverzüglich zurückziehen. Die kommunistische Erhebung im Ruhrgebiet sei die Folge des militärischen Kapp-Putsches gewesen, und Frankreich fühle sich infolgedessen absolut nicht verpflichtet, Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen zu gestatten.

General Nollet überreichte am 6. April eine Note, worin unverzügliche Auflösung der Einwohnerwehren gefordert wurde. Diese seien militärische Einrichtungen, sie hielten militärische Übungen ab und begünstigten die Mobilisation; deswegen fallen die Einwohnerwehren unter die Bestimmungen des Friedensvertrages, und die Alliierten hielten ihre Forderung vom 1. Dezember betreffs Auflösung aufrecht. Auch solle die Reichswehr bis spätestens 10. April gemäß der Vereinbarungen auf 200 000 Mann herabgesetzt sein. Gleichzeitig wurde die Besetzung Frankfurts und des Maingaues angekündigt als Vergeltung für den Verstoß General Watters.



*Franzosen in Frankfurt am Main:  
Deutsche Polizeitruppe am Bahnhof.  
Photo Scherl.*

## **Besetzung Frankfurts**

Ehe sich aber die deutsche Regierung hierzu äußern konnte, war die **Besetzung Frankfurts** gleichzeitig am 6. April erfolgt. Frankreich rückte mit starker weißer und schwarzer Kriegsmacht in der alten Kaiserstadt ein und erließ folgende lange, aber charakteristische Proklamation:

"Die französischen Truppen kommen nicht als Eroberer, sondern als Besatzungstruppen. Weder Personen noch Eigentum werden beeinträchtigt werden, unter der Bedingung, daß in dem neubesetzten Gebiet die vollständigste Ordnung herrscht. Um sie sicherzustellen, hat der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee entschieden, daß folgende Maß-

regeln in den Kreisen Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Höchst, Königstein und Dieburg in Kraft treten:

1. Der Belagerungszustand wird verhängt.
2. Die deutschen Behörden und öffentlichen Dienste setzen ihre Tätigkeit unter der Aufsicht der französischen Militärbehörden fort. Das Personal bleibt auf dem Posten. Das Material bleibt unberührt. Keine Arbeitseinstellung wird geduldet.
3. Jeder Verkehr zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh ist vorläufig untersagt. Jede nicht zur Armee gehörige Person, die angetroffen wird, wird festgenommen. Der Verkehr zwischen dem neubesetzten Gebiet und Deutschland ist grundsätzlich untersagt. Jedoch werden Durchlaßscheine von den Gemeinden ausgestellt und von der militärischen Behörde visiert, um den mit der Lebensmittelversorgung beauftragten Personen den Verkehr zu ermöglichen. Jede Ansammlung von über fünf Personen auf der Straße ist verboten.
4. Keine private oder öffentliche Vereinigung darf ohne Genehmigung stattfinden.
5. Die Zeitungen dürfen vorläufig nicht erscheinen. Zum Telephonieren und Telegraphieren bedarf es der Ermächtigung der Militärbehörde. Vorläufig ist Postzensur verhängt. Empfänger und Sender drahtloser Stationen sind sofort anzumelden. Entsendung und Haltung von Brieftauben ist untersagt.
6. Alle Feuerwaffen und Handgranaten in Privatbesitz oder Depots sind binnen sechs Stunden nach Anschlag dieser Bekanntmachung auf der Bürgermeisterei abzugeben. Nur die Polizeibeamten mit Ausnahme der Sicherheitswehr sind berechtigt, ihre Waffen zu behalten (1 Säbel und 1 Revolver für jeden Beamten). Nach dieser Frist wird jede Person, die im Besitz einer Waffe ist, festgenommen.

In den Kreisen Groß-Gerau, Langenschwalbach, Wiesbaden-Stadt und Wiesbaden-Land, ausgenommen Biebrich:

1. Der Belagerungszustand wird verhängt.
2. Wie oben unter 2.
3. Öffentliche Kundgebungen sind verboten, ebenso alle privaten oder öffentlichen Versammlungen ohne vorherige Genehmigung.
4. Post, Telegraph und Telephon stehen unter Zensur.
5. Diese Verfügung tritt sofort nach Anschlag in Kraft. Jedes Vergehen gegen die Strafgesetze oder gegen diese Verordnung wird kriegsgerichtlich bestraft.

Der Oberbefehlshaber der Rheinarmee rechnet darauf, daß die Behörden und die Bevölkerung die Notwendigkeit dieser Maßregel einsehen werden und daß keine Zwangsmaßregel notwendig wird."



*Franzosen in Frankfurt am Main.  
Photo Scherl.*



*Franzosen in Frankfurt am Main:  
Marokkaner haben die Hauptwache  
am Schillingplatz besetzt. Photo Scherl.*

Nach sechs Wochen, am 17. Mai 1920, nachdem es zu Zusammenstößen mit schwarzen Soldaten gekommen war, räumten die Franzosen das neubesetzte Gebiet wieder. Sie gaben dem Drucke Englands nach, das in San Remo und Hythe (15. und 16. Mai) dem französischen Ministerpräsidenten Millerand den Rückzug aufgab. -

Frankreich hatte jedoch schon lange auf die günstige Gelegenheit gewartet, seine Truppen vorrücken zu lassen, und zwar aus ganz besonderen Gründen. Die öffentliche Meinung des Landes stand noch vollkommen im Banne des Siegesrausches. Presse, Schwerindustrie und Militär konnten sich nicht daran gewöhnen, daß der Friedenszustand wirklich eingetreten sei, und der Poilu, der am ehesten die direkte Verbindung zwischen Regierung und Volk darstellte, wollte die Genugtuung seines Sieges bis zum äußersten auskosten. Seit Wochen und Monaten wurde in tausend Variationen täglich die **Zerstückelung Deutschlands** in den französischen Zeitungen behandelt. Dieses Thema besaß eine Selbstverständlichkeit, die für jeden Franzosen außer Frage stand. Die Erörterungen bewegten sich, bis weit in die sozialdemokratische Presse hinein, etwa in der Art, wie sie am 4. März 1920 in der *Action française*, einem ausgesprochen nationalistischen Blatte, zu lesen waren:

**Ziele der  
französischen Politik**

"Ein zersplittertes Deutschland hätte Reichtum erzeugt, ohne Macht zu erwerben. Es hätte für sich und für uns gearbeitet, und bei den kleineren oder mittleren Staaten, die das Reich abgelöst hätten, hätten wir stets unsere gerechten Forderungen durchsetzen können. Unsere Unterhändler haben diese eminent europäische, eminent positive und selbstlose Idee nicht begriffen, die Idee der Wiederherstellung Deutschlands nach dem herrlichen Muster von 1648."

Alle inneren Unruhen und Erschütterungen Deutschlands mußte die französische Regierung benutzen, um dies Ziel zu erreichen, und angesichts der schweren Kommunistenunruhen konnte dasselbe Blatt am 27. März, etwa drei Wochen später, schreiben: "Die deutsche Einheit muß zerschlagen werden, das Reich muß in einen Staub von Staaten aufgelöst werden." Aus diesen Ideen entsprang die **Besetzung Frankfurts**, die Frankreich gegen den Willen seiner Verbündeten unternahm, nur die Belgier schlossen sich am 14. April an, aber das Niederwerfen der Kommunisten in der neutralen Zone durch General Watter benutzten die Franzosen, um ihr Vorgehen mit einem Schein des Rechts zu umkleiden.

Wenn die *Action française* den französischen Politikern vorwarf, daß sie die eminent positive und selbstlose Idee der Zerstückelung Deutschlands nach dem Vorbild von 1648 nicht begriffen, so bewie-

**Pläne  
französischer Generale**



sen die Generale trotz alledem, daß sie um so energischer entschlossen waren, dieses Ziel zu erreichen. Am 9. April fand **in Mainz eine Besprechung hoher französischer Offiziere** statt über die gegen Deutschland zu befolgende Politik. Die Rheinlinie sei nötig als dauernde Gewißheit und Sicherheit vor Revancheideen der deutschen Militärkreise. Das habe wieder einmal der Kapp-Putsch bewiesen. Aber auf dem linken Rheinufer sei kein großer fundierter Reichtum Preußens zu finden, deshalb müsse der zu gründende rheinische Pufferstaat auch Frankfurt am Main und Umgebung, das Ruhrgebiet und Düsseldorfs Industriezentrum umfassen. "Köln wird in vier Jahren geräumt, Koblenz wohl auch. Wenn vorher die rechte und linke Seite des Rheins nicht angegliedert sind, können wir es erleben, daß wir Mainz und Pfalz auch aufgeben müssen. Bis dahin sind die Schulden nicht bezahlt, ist Deutschland wieder hochgekommen und bildet eine Gefahr, besonders durch seine Kohlen, seine Industrietechnik und den Rhein, der der Kanal für die Rohstoffe nach Rheinland, Westfalen und Süddeutschland ist. Jede Verlegenheit Deutschlands ist daher zu benutzen, um damit Vorteile zu erringen." England und Amerika seien in der Welt beschäftigt, "und wir müssen alles tun, solange wir freie Hand haben, um uns festzusetzen und unsere Verbündeten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Vom nächsten Weltkrieg werden wir weniger berührt als England, Amerika und Japan. Innere Unruhen sind kaum zu befürchten, wobei Elsaß-Lothringen stark entgegentzukommen ist. Die Sozialisten sind ja schon bei uns zurückgedrängt."

Deutschland, so wurde weiter ausgeführt, sei am besten in fünf bis sechs größere Bundesrepubliken zu zerlegen: Süddeutschland, welches Bayern, Württemberg und Baden umfaßt; Rheinische Republik auf beiden Ufern des Stromes; eine vorwiegend agrarische Republik im Norden, bestehend aus Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg, die Hansestädte seien dann belanglos; eine hauptsächlich industrielle Republik in der Mitte, Thüringen und Sachsen, und als Rest Berlin mit der Mark, Schlesien und einem kleinen Teile Pommerns. Die gegenwärtige deutsche Koalitionsregierung sei ein Ding der Unmöglichkeit, und man müsse ihre Stellung so viel wie möglich erschweren. Vor allem müsse Frankreich die mittlere kapitalistische Richtung (Demokraten) und die Unabhängigen als Bundesgenossen gegen Berlin gewinnen. Auf Grund des Friedensvertrages könne man in Frankfurt und im Ruhrgebiet einmarschieren, dann falle das dazwischenliegende Stück der Rheinischen Republik von selbst zu. "Zielbewußte, kluge Politik setzt uns in ein bis zwei Jahren in den Besitz dessen, was Foch will, nämlich der militärischen Rheingrenze mit starken Brückenköpfen, ohne ernstlichen Widerstand Deutschlands und unserer Verbündeten." - Die französischen Militaristen hatten aus den Versailler Verhandlungen wahrhaftig nichts gelernt, sie glaubten jedenfalls, auf eigene Faust Weltgeschichte machen zu können.

### **Neue Separatistenumtriebe**

Die Hoffnungen Frankreichs stützen sich vor allem auf die **separatistische Bewegung im Rheinland**. Dortens Putsch im Juni 1919 war zwar gescheitert an dem Widerstande der Bevölkerung und der chronischen Geldnot in den Kassen der Sonderbündler. Auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 kam man nicht zu irgendwelchen Ergebnissen. Damals trat der Unabhängige Smeets in der Bewegung besonders hervor. Frankreich hatte erklärliches Verständnis für die Finanznöte Dortens, und der Oberstkommandierende der Besatzungstruppen, General Mangin, ließ am 14. August 1919 dem Separatistenführer 250 000 Franken zu Propagandazwecken überreichen. Und in der Tat setzte sich die eifrige sonderbündlerische Propaganda fort, vorwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete, nachdem sie auf politischem Schiffbruch erlitten hatte. Im Verein mit französischen Industrieorganisationen wurden im Rheinland Büros errichtet, welche die "Verbesserung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland" erstrebten. In Wahrheit war dieses Anknüpfen und "Verbessern" von Handelsbeziehungen nichts weiter als "Camouflage", als Verhüllung. Das Zentralbüro nannte sich "*Bureau mixte*" und führte als Untertitel "Französisch-rheinische Wiederaufbaustelle", und ihr Zweck war, die rheinische Industrie durch Ausschaltung der für Reparationslieferungen eingerichteten Oberaufsicht und Verteilungsstelle der deutschen Regierung den politischen Zielen der FrankoRhenanen, der Sonderbündler, dienstbar zu machen. Den deutschen Industriellen und Gewerbetreibenden, die sich mit diesen Büros in Verbindung setzten, wurden zunächst eingehende Fragen vorgelegt, aus denen die Industriespionage sich bald erkennen ließ, und den Abschluß dieser Verbindung bildete gewöhnlich die unwahre Mittei-

lung der Betriebstelle des "Bureau mixte", daß das beabsichtigte Geschäft bereits mit einer andern Stelle zum Abschluß gekommen sei.

**Dortens Politik:  
Rheinische  
Volksvereinigung**

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland schöpfte Dorten neue Hoffnung und gründete am 22. Januar 1920 in Boppard die "**Rheinische Volksvereinigung zur Vertretung der Interessen der Rheinlande**", die in Wort und Schrift, in Versammlungen und Zeitungen das sich ablehnend verhaltende Volk reif machen sollte für die Rheinische Republik. Die Redner dieser Versammlungen hatten ein schweres Los. Es kam oft vor, daß sie von den erregten Zuhörern bis zur Ohnmacht verprügelt wurden, und die sonderbündlerischen Agitatoren unterzogen sich nach glaubwürdigem Zeugnis ihrer Aufgabe stets mit dem angsterfüllten Bewußtsein, gelyncht zu werden. Das Treiben dieser Kreise brachte eine derartige Unruhe in die Bevölkerung, daß die Parteien des Rheinlandes am 4. Februar 1920 in einer öffentlichen Erklärung gegen die "Rheinische Volksvereinigung" auftraten:

"Die unterzeichneten Parteien des Rheinlandes erklären als Vertreter der Bevölkerung des besetzten Gebietes hiermit öffentlich, daß die 'Rheinische Volksvereinigung zur Vertretung der Interessen der Rheinlande' sich mit ihren Bestrebungen außerhalb der Verfassung stellt. Die Mitgliedschaft in der 'Rheinischen Volksvereinigung' ist daher mit der Zugehörigkeit zu einer der unterzeichneten Parteien unvereinbar. Die Parteien werden unverzüglich ihre Mitglieder, die etwa der 'Rheinischen Volksvereinigung' angehören oder deren Bestrebungen unterstützen, aus ihren Reihen ausschließen."

Die Erklärung war unterzeichnet von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Deutschdemokratischen und der Sozialdemokratischen Partei. Die Unabhängige Partei fehlte, denn sie war es gerade, auf deren Freundschaft Frankreich rechnete.

Einige Wochen später, den 25. Februar 1920, übersandte ein wirrer und phantastischer Kopf, **Ganter-Gillmans**, dem Dr. Dorten einen "**Geheimplan für die zu schaffende große Organisation zwecks**

**Plan einer  
Rheinischen Republik**

**Errichtung einer Rheinischen Republik**". Die Preußischen Provinzen Rheinland, Nassau, ferner Rheinhessen, Starkenburg und bayerische Rheinpfalz, einschließlich Westfalen und Oldenburg, sollten gemäß Artikel 18 und 167 der Deutschen Reichsverfassung "auf streng loyalem Wege" zu einem selbständigen deutschen Gliedstaate als "Rheinische Republik" konstituiert werden. Die föderalistische Bewegung in Bayern und Hannover würden diese Entwicklung unterstützen. Der neue Staat würde etwa fünfzehn Millionen Einwohner zählen und Deutschlands beste und ergiebigste Reichtumsquelle sein. Mit Verwirklichung der Rheinischen Republik würde dem von Preußen mit allen Mitteln angestrebten Unitarismus endgültig das Grab geschaufelt, dem Föderalismus aber zur höchsten Entwicklungsfähigkeit der Weg geebnet werden. "Deutschland, bisher ein Satrap der reaktionären preußischen Junkerpolitik, die in der uneingeschränkten Vorherrschaft Preußens mit ihrem Statthalter Hohenzollern das A und O ihrer verderblichen Politik erblickte, würde mit Verwirklichung des Föderativgedankens ein in sich geschlossenes, nach außen und innen hin festes Staatsgebilde von sechs bis sieben Gliedstaaten werden." Mit dieser Entwicklung würde sowohl der Bolschewismus wie auch die "revanchelüsterne Reaktion in Preußen-Deutschland" für alle Zeiten beendet sein. Auch wäre damit der kommende neue Weltkrieg in fünf, zehn oder fünfundzwanzig Jahren unmöglich gemacht, und die westliche Kultur hätte über die Ostkultur einen entscheidenden Sieg davongetragen. "Mitteleuropa als Eldorado stände in Blüte." Frankreich sei der Arzt, der Deutschland gesund machen werde, indem es diesen Plan, sei es mit Gewalt, durchführe, und den Weg, wie Frankreich vorzugehen habe, um das verblendete, todkranke Deutschland vor dem Untergang zu bewahren, will Ganter-Gillmans zeigen.

Der Verfasser, der sich als einen "nun durch fünfzehn Jahre praktisch als Sozialdemokrat sich betätigenden Politiker" bezeichnet, schlägt zunächst die Schaffung eines "**Wirtschaftsverbandes der werktätigen Arbeiter des Rheinlandes**" vor. General Mangin habe seinerzeit den Plan für "sehr gut und brauchbar" befunden, nachdem sich Herr Dr. Dorten im gleichen Sinne dazu geäußert habe. General Mangin hätte diesen Plan auch in die Praxis umgesetzt, wenn er nicht im Oktober 1919 so

plötzlich aus dem Rheinlande abgerufen worden wäre. Nun untersucht Ganter die Stärkeverhältnisse der Separatistenbewegung und kommt zu dem Schluß, daß die rheinische Bewegung aus dem Zentrum hervorgegangen, in der Sozialdemokratie einen hartnäckigen Gegner habe. Angesichts der durch den Friedensvertrag geschaffenen Lage seien drei Viertel der Bevölkerung unitaristisch und nur ein Viertel föderativ gesinnt. Aber im Jahre 1921 werde das Verhältnis umgekehrt sein. Der Wirtschaftsverband solle in vier Unterabteilungen gegliedert werden: die "Rheinische Viehzucht- und Verwertungsgesellschaft m.b.H.", die "Rheinische Brot- und Getreidezentrale, G.m.b.H.", die "Rheinische Kolonial- und Tabakzentrale, G.m.b.H." und die "Rheinische Bekleidungsstelle G.m.b.H.". Dazu müßte als "politische Unterabteilung" treten die "Rheinische Verlagsdruckerei G.m.b.H.", welche die Tageszeitung *Rheinisches Journal* herauszugeben habe. Organisationsstellen sollten in Bonn, Mainz, Ludwigshafen, Köln, Wiesbaden, Koblenz, Trier und Aachen eingerichtet werden. Die Finanzierung würde fünfzig Millionen Mark erfordern. Das Kapital sollten französische, belgische, englische, deutsche (!) und tunlichst amerikanische Banken aufbringen, aber der wahre Zweck, die Loslösung der Rheinlande von Preußen, müsse "total totgeschwiegen werden". "Hierüber darf bei den Finanzierungstransaktionen absolut kein Wort fallen." Außerdem solle Frankreich in erster Linie einen "nicht unerheblichen Kredit zwecks Einkaufs der ausländischen Lebens- und Genußmittel" gewähren. Um den Plan durchzuführen, sei die "tatkräftige Unterstützung des französischen Gouvernements erste und letzte Voraussetzung". Es sollten den französischen Militärbehörden Vertreter der Rheinlandbewegung beigeordnet werden zum Zwecke eines reibungslosen Zusammenarbeitens. "Das Tätigkeitsgebiet dieser betreffenden Personen bei der Hohen Kommission in Koblenz müßte naturgemäß ganz im geheimen gehalten werden und dürfte die Öffentlichkeit nie und in keinem Falle betreten."

Dr. Dorten kommentierte den Plan am 27. Februar 1920 wie folgt:

"Ich habe den vorstehenden Entwurf gelesen. Meiner Ansicht nach ist die Bildung einer Rheinisch-Nationalen Sozialdemokratischen Partei unbedingt erforderlich und auf dem vom Herrn Verfasser vorgeschlagenen Wege zu erreichen. Außerdem würde dem rheinischen Volke, insbesondere der werktätigen Bevölkerung, ein unschätzbare Dienst erwiesen werden, der es den Führern der rheinischen Bewegung ermöglichen würde, bei dem Volke ein Gefühl der Dankbarkeit für die Großmut Frankreichs zu erwecken und das Endziel, die Verständigung und Freundschaft zwischen den beiden Völkern, baldigst zu erreichen."

Die Kölner Sonderbündler aber, denen Dortens französische Beziehungen nicht gefielen, riefen am 30. April 1920 die "Christliche Volkspartei" ins Leben.

Solche Stimmen, Kräfte und Pläne mußten den Franzosen Mut und Hoffnung einflößen, ihre Rheinlandpolitik fortzusetzen, und bei ihrer innigen Verbindung kann es nicht wundernehmen, daß sich die Gedankengänge der französischen Generale und der deutschen Separatisten bis ins kleinste deckten. Frankreich hatte es leicht, dem besetzten Gebiet seinen Willen aufzuzwingen und andere Meinungen zu knebeln. Unbequeme Zeitungen wurden verboten, Versammlungen andersgerichteter Kreise durften nicht stattfinden, Einzelpersonen, die sich mißliebig gemacht hatten, wurden als Bettler ausgewiesen oder der Hölle französischer Gefängnisse überantwortet. Trotz alledem blieb die Mehrzahl der Rheinländer unerschütterlich. "Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben!" war ihre Losung. Mit äußerster Geduld ertrug man Demütigungen und Qualen, und im Feuer des Martyriums für Deutschland läuterte sich echter Heldengeist. -

Aber das Kapitel deutscher Unwürde ist noch nicht erschöpft. Auch im unbesetzten Gebiet wuchs die Kraft der sonderbündlerischen Bewegung. Gering an Umfang war der Separatismus in Hessen und Hannover. Zu einer Macht entwickelte er sich in **Bayern**. Bayern war infolge der Reichsverfassung höchst unzufrieden mit dem Reich. Seine Vorrechte aus der wittelsbachischen Zeit hatte es verloren, und diese Tatsache rief im Herbst 1919 eine royalistische Strömung ins Leben, die ebenfalls, wie im Rheinland, Lösungsbestrebungen von dem "verpreußten" Deutschland nährte. Die Triebkräfte der Separatisten waren Dr. Heim und Graf Bothmer. Sie standen in innigster Beziehung zu Dr. Dorten

**Zustände  
in Bayern**

**Dr. Heim und  
Graf Bothmer**



und weilten oft in Mainz, Wiesbaden und Darmstadt. Heim, der Führer der Bayerischen Volkspartei, hatte gemäßigte Tendenzen, er wollte zwar die Treue zum Reich halten, aber seinem Lande die weitgehende frühere Autonomie wiedergeben. Er beabsichtigte Zurückführung der traditionellen wittelsbachischen Dynastie, deren tatkräftigster Vertreter Kronprinz Rupprecht war. Graf Bothmer, Dortens intimer Freund, ging, wie wir sehen werden, wesentlich weiter. Die französische Zeitung *L'Ere Nouvelle* nannte ihn (13. September 1922) den "verdächtigsten Mann Deutschlands, wo er der 'siebenmal Gehäutete' genannt wird".

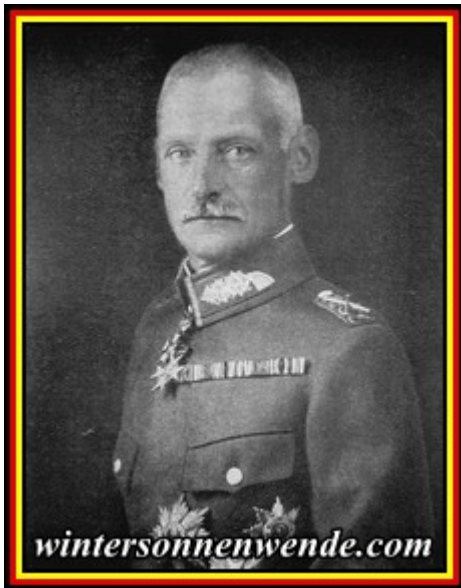
### Graf Bothmers Pläne

Durch den Kapp-Putsch war in Bayern eine **stark monarchisch gefärbte Strömung** ans Ruder gelangt. Bothmer gab 1920 eine Schrift *Bayern den Bayern* heraus, worin er den Föderalismus verteidigte. Er verlangte eine Angliederung Deutsch-Österreichs an Bayern und behauptete, die praktische Durchführung des Föderalismus sei die Herbeiführung der Entscheidung zwischen Berlin und München. Bothmer unterhielt Beziehungen zu Dorten und bemühte sich im März 1920 infolge des Kapp-Putsches, dessen Rheinische Volksvereinigung der Bayerischen Volkspartei anzugliedern. Die Rheinische Volksvereinigung, die überparteilichen Charakter hatte, sollte nach Bothmers Absicht in eine Rheinische Volkspartei umgewandelt werden unter der Bedingung, daß Dorten in der Rheinischen Volkspartei dieselbe Rolle einnehme wie Dr. Heim in der Bayerischen Volkspartei. Auch nach Hannover, Westfalen, Hessen und Oberschlesien hatte er die Verbindung aufgenommen. Ferner aber bestanden geheime Fäden von den Münchner Monarchisten nach Paris und über diesen Umweg zur römischen Kurie. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns war dem Papste sehr schmerzlich gewesen, und in seiner Umgebung tauchte der Plan auf, Deutsch-Österreich, Bayern und Tirol zu einer katholischen Donauföderation zu vereinigen. Der Verwirklichung dieses Vorhabens mußte eine Verständigung zwischen den Häusern Wittelsbach und Habsburg vorausgehen, die auch tatsächlich betrieben wurde. Diese kurialen Pläne wollte Frankreich in eine andere Richtung drängen. Der französische Botschafter beim Vatikan übte auf diesen im Frühjahr 1920 einen Druck aus, um von der römischen Kurie Erklärungen zugunsten einer französischen Lostrennungspolitik in Bayern zu erhalten. Papst Benedikt XV. und sein Staatssekretär Gasparri waren in der Tat eine Zeitlang unschlüssig, ob sie diese Versuche zulassen sollten. In Paris war man voller Hoffnung. Schließlich aber zog es die Kurie doch vor, ihre eigenen Pläne zu verfolgen. Die in München neuerrichtete Nuntiatur wurde angewiesen, die Verhandlungen über das bayerische Konkordat nicht eher zu beginnen, als bis Gewißheit vorhanden sei, daß das Konkordat nicht separatistische Bewegungen gegen das Reich unterstütze. Diese Entscheidung der Kurie mag darauf zurückgeführt werden, daß Kardinal Faulhaber seinen Einfluß zugunsten des katholischen Reichskanzlers Fehrenbach geltend gemacht hatte.

### Die Bayerische Königspartei

Frankreich ging jetzt auf eigene Faust vor, man darf annehmen, im Einverständnis mit dem Grafen Bothmer. Ohne die Regierung des Reiches und Bayerns zu befragen, wurde in München eine französische Gesandtschaft errichtet. Am 16. Juli 1920 zog der französische Gesandte Dard in die bayerische Hauptstadt ein; seine geheime Instruktion ging dahin, die separatistischen Strömungen Bayerns zu fördern. Bothmer, der jetzt plötzlich über große Geldmittel verfügte, ging einen Schritt weiter und gründete im November 1920 die "**Bayerische Königspartei**". Charakteristischerweise stützte er sich hierbei vorwiegend auf das klerikale Moment. Die ersten zweihundert Mitglieder dieser Partei waren fast ausschließlich katholische Geistliche. So wurde die Bayerische Königspartei die Frucht der französischen und römischen Bestrebungen in Bayern, die notwendige Folge der Errichtung der päpstlichen Nuntiatur und der französischen Gesandtschaft in München. Der rührige Bothmer wollte, nachdem es ihm mißlungen war, auch die anderen separatistischen Strömungen in Deutschland seinen Zwecken dienstbar zu machen, beide Kräfte in seiner Hand vereinigen, um mit ihnen den Angriff gegen Berlin vorzubereiten. Sehr geschickt stützte sich Bothmer hierbei auf die im bayerischen Volke vorherrschenden monarchischen Sympathien. Dadurch gelang es ihm, seinen Bestrebungen nach außen hin, dem Volke gegenüber, einen Schein des Rechtes und der Sympathie zu geben. Es war ein großangelegter Plan, den der verwegene Mann verfolgte: mit geschlossener Wucht wollte er der demokratischen, in Weimar zentralisierten Reichsgewalt den Todesstoß versetzen. Wäre dies gelungen, dann wäre

Deutschland in seine drei zentrifugalen Bestandteile an Rhein, Donau und an der Meeresküste zerfallen, Frankreich aber hätte seine schönsten Träume erfüllt gesehen.



*Kronprinz Rupprecht von Wittelsbach.  
Photo Sennecke.*

### **Kronprinz Rupprecht**

Der unsichtbare Mittelpunkt all dieser Umtriebe war **Kronprinz Rupprecht**. Er hatte nie seine Rechte auf den Thron preisgegeben und war durchaus der Ansicht, daß ein monarchisches Bayern in einem republikanischen Deutschland möglich sei. Außerdem war er stark föderalistisch eingestellt. Schon während des Weltkrieges vertrat er den Gedanken, daß das Deutsche Reich sich aus dem Bundesstaat in einen Staatenbund verwandeln müsse. Der Kronprinz hielt sich zwar in der Öffentlichkeit sehr zurück, doch wären die Machenschaften. Bothmers ohne Rupprechts prinzipielles Einverständnis nicht möglich gewesen. Es war ihm recht, wenn er wieder auf den Thron berufen wurde, und sei es auch um den Preis einer Trennung vom Reiche. Er hielt sich zurück, weil er hoffte, daß ihm eines Tages die reife Frucht in den Schoß fallen würde.

Im Februar 1921 entwickelte Bothmer die Ziele der Königspartei. Sie sei die Partei des "praktischen Föderalismus" und lehne die Weimarer Verfassung ab. Sie wolle die bayerische Staatshoheit wiederherstellen, wie sie **vor 1871** bestanden habe! Die Zusammenfassung der souveränen deutschen Länder zu einem großen Staatesgebilde entsprechend den Versailler Verträgen (1870) sei das ideale Ziel. Diese verdächtigen und bedenklichen Äußerungen nötigten alsbald die anderen Parteien, von der Königspartei abzurücken. Schon wenige Tage später, Anfang Mai, wandte sich die Bayerische Mittelpartei scharf gegen die Bayerische Königspartei und verbot ihren Angehörigen, dort Mitglied zu werden. Die Politik der Königspartei gefährde nicht nur den monarchischen Gedanken, sondern vor allem auch die Reichs- und Landesinteressen.

Auch in der Königspartei selbst kam es zu Auseinandersetzungen. Bothmer war nicht imstande, darum befragt, genügende Auskunft über die Quelle seiner reichlich fließenden Gelder zu geben. Deshalb wurde er Anfang März 1921 aus der Partei ausgeschlossen. Da sich aber der Vorsitzende der Partei, Mayer-Koy, vor den Grafen stellte, spaltete sich die Königspartei, bis Mayer-Koy im November 1921 selbst den Ausschluß Bothmers beantragte. -

Über all den hoffnungsfrohen Zukunftsträumen, welche durch deutsche Verräter genährt wurden, vergaß Frankreich nicht die Aufgaben der rauhen Wirklichkeit, deren dringendste die **Entwaffnung Deutschlands** war. Die deutsche Regierung hatte in zwei Noten vom 14. und 20. April 1920 dargelegt, daß die Einrichtung der Einwohnerwehren nicht im Gegensatz zu den Versailler Bedingungen stünde und daß man sie notwendig brauche, wie ja die kommunistischen Aufstände zur Genüge bewiesen. Auch bat man, das Heer nicht unter 200 000 Mann herabsetzen zu müssen. Diese Truppe sei außenpolitisch ganz ungefährlich, denn die europäischen Staaten verfügten zum großen Teile über weit umfangreichere Armeen, aber innenpolitisch brauche man diese Stärke, um gegen weitere Staatserschütterungen gesichert zu sein.

### **Konferenz in San Remo**

Inzwischen tagten die Verbündeten vom 18.-26. April 1920 in **San Remo**. Frankreich beschwichtigte zunächst England, das über die Besetzung des Maingaus ungehalten war, und erklärte sich zur Räumung bereit, wenn die Truppen General Watters aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen seien. Die Verbündeten kamen ferner zu dem Entschlusse, noch weitere Teile Deutschlands zu besetzen, vor allem das Ruhrgebiet, um von Deutschland die Durchführung des Friedensvertrages zu erzwingen. Deutschlands Forderung betreffs einer Armee von 200 000 Mann sollte abgelehnt werden, außerdem sollte Deutschland schneller entwaffnen. An eine Revision des Versailler Vertrages sei nicht zu denken. Über die Höhe der zu zahlenden Entschädigungen wollten sich die Verbündeten auf einer nächsten Konferenz einigen, dann sollten in Spa unmittelba-

re Verhandlungen mit Deutschland über die Höhe der Entschädigungen und die Entwaffnung stattfinden.

Der Erfolg der Besprechung in San Remo war ferner, daß das "**Loch im Westen**" geschlossen wurde, wodurch bisher Luxus- und andere Waren unverzollt nach Deutschland eingeführt wurden. Dieser Schritt bedeutete den Anfang zu einer wirtschaftlichen Konsolidierung Deutschlands, wodurch das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Mark gekräftigt wurde. Sie reagierte mit einem Ansteigen von 7 Pfennigen bis auf 10 Pfennige und darüber. Dagegen wurde Deutschlands Ersuchen um Beibehaltung eines 200 000-Mann-Heeres abgelehnt. -

### Konferenz von Boulogne

Am 7. Mai überreichten die Alliierten der deutschen Regierung **eine "Probe-liste" mit 45 Namen von deutschen "Kriegsverbrechern"**, die vor dem Reichsgericht abgeurteilt werden sollten. Im übrigen wurde Deutschland trotz seines Protestes gezwungen, die Handelsflotte auszuliefern. Lloyd George und Millerand trafen am 15. und 16. Mai in **Hythe** zusammen gemäß der Besprechung von San Remo; aber sie beschlossen, die Konferenz bis nach den deutschen Reichstagswahlen zu verschieben. So kam man denn am 20. Juni noch einmal in Boulogne zusammen. Hier wurde zwar offiziell keine Höchstsumme für die **Wiedergutmachungen** festgesetzt, sondern nur jährliche Ratenzahlungen Deutschlands von mindestens drei Milliarden beschlossen. Sollte Deutschlands Wohlstand wachsen, dann sollten auch die Annuitäten, nicht aber die Gesamtschulden vergrößert werden. Die englischen *Times* sprachen von einer deutschen Gesamtschuld in Höhe von 105 Goldmilliarden; Pertinax meinte im *Echo de Paris*, Deutschland werde zweierlei Zahlungen leisten müssen: erstens 42 Annuitäten von je drei Goldmilliarden, die sogleich zu laufen beginnen, und zweitens progressiv berechnete Zuschläge in 37 Annuitäten von 1926 ab. Frankreich, als der Hauptleidtragende, sollte 52 Prozent des deutschen Tributes erhalten, Großbritannien 22, Italien 10 und Belgien 8 Prozent. Den "Parallelismus der Schulden", das heißt die Abhängigkeit der Verpflichtungen der Verbündeten untereinander von den deutschen Reparationszahlungen, lehnte Lloyd George ab, da Amerika sich nicht damit einverstanden erkläre. Außerdem wurde eine schnelle und strenge Durchführung der Entwaffnung in bezug auf Mannschaftsbestände, Kriegsmaterial, Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren beschlossen. Man beriet über die ungenügenden Kohlenlieferungen Deutschlands, seine Zahlungspflicht und die anzuwendenden Zwangsmittel. - **Zum erstenmal hatte die Entente in der Reparationsfrage positive Beschlüsse gefaßt: England hatte gegen Zugeständnisse in Kleinasien Deutschland an Frankreich ausgeliefert.**

Das Ergebnis von Boulogne hatte seine Vorgeschichte, die zwar nicht unmittelbar mit den Ereignissen in Deutschland zusammenhängt, aber doch des Verständnisses wegen kurz angedeutet werden muß. Der Versailler Vertrag stellte zwar fest, daß Deutschland als schuldiger Teil für alle Verluste und Schäden des Krieges verantwortlich sei, daß es aber doch über Deutschlands Kräfte ginge, sie wieder gutzumachen. Deswegen wurde die Pflicht der Wiedergutmachung beschränkt auf "alle Schäden, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte und ihrem Gut durch diesen Angriff zu Lande, zur See und in der Luft zugefügt worden sind, und auf die Pensionen für Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene". Trotzdem lebten die Sieger in "der großen Illusion", sich den Krieg bezahlen zu lassen und sich zu entschädigen durch die Ausplünderung des besiegten und verarmten Feindes. Jedoch führte diese Auffassung zu ernststen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich sowohl über die Höhe des zu fordernden Betrages, als auch über die Dauer und Art der Zahlungen, sowie über etwaige Zwangsmaßnahmen. Die Engländer verspürten empfindlich den Ausfall des deutschen Absatzgebietes und wären im Interesse ihrer eigenen Industrie schonend mit Deutschland umgegangen. Frankreich brauchte die Reparationen zum Wiederaufbau und als Druckmittel, Deutschland arm und schwach zu erhalten, daß es an keine Revanche denken könne. Zunächst sollte Deutschland 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai 1921 zahlen, um die Ausgaben für die Besatzungsarmeen und die Nahrungs- und Rohstofflieferungen der Alliierten zu bezahlen. Die Reparationskommission sollte inzwischen den ganzen Schuldbetrag festsetzen und angeben, wie die Summe binnen dreißig Jahren zu zahlen sei. Deutschland selbst erhielt das Recht, bis zum 10. Mai 1920 eigene Vorschläge einzureichen, aber die Alliierten erklärten sich mit den deutschen Projekten nicht einverstanden, da England darauf bestand, daß auch Pensionen und

Fürsorgebeträge eingerechnet werden sollten. Deutschland erklärte, daß ihm die Beschaffung derartiger Summen unmöglich sei.

Die **Vorgänge in Kleinasien aber, die Mossul- und Irakfrage**, nahmen Englands Interesse in zunehmendem Maße in Anspruch, und Großbritannien hatte das Verlangen, in Europa entlastet zu werden. Deshalb gingen die englischen Vertreter nach Boulogne, um Frankreich Deutschland gegen Kleinasien auszuliefern. Man einigte sich über grundsätzliche Fragen der Reparationsverteilungen, teilte aber die Interessensphäre nach dem politischen Grundsatz des *do ut des* so, daß England den Franzosen in Deutschland, Frankreich den Engländern in Kleinasien freie Hand ließ. In dem Augenblicke also, da das deutsche Volk seinen Willen, bürgerlich regiert zu werden, bekundete, verschärfte die Alliierten ihr Verhältnis zu Deutschland, eine Maßnahme, die besonders in der Frage der Reparationen und der Entwaffnung zu schweren Meinungsverschiedenheiten führte. Es wurde ferner in Boulogne beschlossen, für Berlin nicht mehr Geschäftsträger, sondern ordnungsmäßige Botschafter zu ernennen. Für den 5. Juli 1920 wurde eine Konferenz nach Spa festgesetzt, an der, zum erstenmal seit 1918, auch deutsche Vertreter teilnehmen sollten. -

### **Französische Entwaffnungsnoten**

Die nächste Folge der Konferenz von Boulogne waren drei Mille-rands vom 23. Juni an die deutsche Regierung, welche die Entwaffnung forderten. Deutschland sei in der Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen noch sehr im Rückstande. Statt am 10. April, sei jetzt erst die Reichswehr auf 200 000 Mann herabgesetzt worden, und die Zerstörung des Kriegsmaterials sei erst zum Teil erfolgt. Die Antwort der Alliierten gehe dahin, "daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf der durch den Friedensvertrag bestimmten Stärke von 100 000 Mann und in der durch diesen Vertrag vorgesehenen Gliederung zu belassen sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb von drei Monaten vollständig aufzulösen ist und daß andererseits die Stärke der Polizeikräfte auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913 vermehrt wird. Des weiteren fordern die verbündeten Regierungen die deutsche Regierung auf, unverzüglich die deutsche Gesetzgebung entsprechend der Bestimmung des Artikels 211 mit den militärischen Bestimmungen des Vertrages in Einklang zu bringen, gesetzliche Maßregeln zu treffen, um entsprechend dem Artikel 170 die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach dem Auslande zu verbieten, die Formationen der Einwohnerwehren, die im Widerspruch mit der Entschlie-ßung vom 8. April noch fortbestehen, tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen." Die zweite Note verlangte Heeresverminderung auf 100 000 Mann bis zum 10. Juli, Erhöhung der "Ordnungspolizei" von gegenwärtig 92 000 auf 150 000 Mann, Auflösung der "Sicherheitspolizei". Die "Ordnungspolizei" solle eine örtliche und Gemeindepolizei sein und keine staatliche Zentralisation besitzen. Ihre Bewaffnung werde vom Interalliierten Über-wachungsausschuß festgesetzt. Auch sollten in den 150 000 Mann die in der neutralen Zone stationierten 10 000 Mann enthalten sein. Reichswehrsoldaten dürften nicht in die Sicherheitspolizei übernommen werden. Die dritte Note schließlich teilte mit, daß Artikel 201, der Deutschland sechs Monate nach Inkrafttreten des Vertrages den Bau von zivilen Luftfahrzeugen gestatte, am 10. Juli noch nicht in Kraft trete, da Deutschland erwiesenermaßen mit der Zerstörung und Ablieferung des militärischen Luftfahrzeugmaterials im Rückstande sei.

Frankreich fühlte sich dauernd vom deutschen Volke militärisch bedroht. Die in der Weltgeschichte einzig dastehende, elementare Wucht, mit welcher Deutschland den **Weltkrieg** begann, hatte den Franzosen Furcht und Entsetzen eingeflößt. Die exakte Arbeit des Großen Generalstabes, der Bezirkskommandos und der Eisenbahnen war so überwältigend und überraschend gewesen, daß es die Organisation keines anderen Staates den Deutschen gleich tun konnte. Der Kapp-Putsch hatte bei den Franzosen den Glauben erweckt, daß diese großartige militärische Mechanik noch völlig unberührt sei, daß es noch Stellen gäbe, welche die wunderbar geschwinde Mobilisation wie 1914 durchführen könnten, daß es noch Waffen genug gäbe, um mit einem Schlage Millionen auszurüsten, und daß nun, nach dem für die Rechte günstigen Wahlausfall, alle diese Gefahren größer seien denn je. Nach der Konferenz von Boulogne begann für die bürgerliche Regierung der deutschen Republik ein schlimmeres Martyrium, als es den bisherigen deutschen Reichsregierungen beschieden war. Doch bevor wir die Deutschen nach Spa begleiten, müssen wir den Gang der nach dem Friedensver-

trag stattfindenden Volksabstimmungen verfolgen. -

Am ersten historisch begründet war die **Volksabstimmung in Nordschleswig**. Als im Prager Frieden 1866 Österreich die Elbherzogtümer an Preußen abtrat, nahm Bismarck den fünften Artikel auf Drängen Napoleons III. in den Friedensvertrag auf, welcher besagte, "daß die Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig mit Dänemark wieder vereinigt werden solle, wenn sie durch eine freie Abstimmung den Wunsch darnach zu erkennen gebe". Es wurde hierbei der Tatsache Rechnung getragen, daß diese nördlichen Distrikte einen beträchtlichen Teil dänischer Bevölkerung umfaßten. Der Artikel galt jedoch zwischen den beiden Kontrahenten des Prager Friedens, Preußen und Österreich, und enthielt keine völkerrechtliche Verpflichtung mehr, nachdem er 1878 durch Vereinbarung zwischen den beiden beteiligten Mächten aufgehoben worden war. Die ganze Abstimmungsfrage war damals an den überspannten Wünschen der Dänen gescheitert, die ja noch auf die Wiedergewinnung Flensburgs hofften und den Schutz der deutschen Minderheiten in den abzutretenden Gebieten nicht gewährleisten wollten. Durch den Optantenvertrag vom 11. Januar 1907 hatte Dänemark jedoch ausdrücklich anerkannt, daß für Preußen nach der 1878 geschaffenen Lage keine Verpflichtung für eine Abstimmung mehr bestand.

**Abstimmung  
in Nordschleswig**

Bereits am 14. November 1918 erklärte sich die deutsche Regierung bereit, auf Grund **einer Volksabstimmung** die Verhältnisse in Nordschleswig zu regeln. Der Versailler Frieden verfügte zunächst eine **Abstimmung in drei Zonen**, von denen auf den deutschen Widerspruch hin die südlichste fallen gelassen wurde. Die erste Zone sollte in der Gesamtheit, die zweite gemeindeweise über ihre künftige Staatszugehörigkeit entscheiden. Die südliche Grenze der nördlichen Zone verlief zwischen Tondern und Flensburg, diese Grenze war die sogenannte Claußen-Linie. Die **Dänen entfalteten eine großangelegte Propaganda** mit Speck, Lebensmitteln, Geld und Versprechungen. Sie wurden durch die dänisch gesinnte Bevölkerung unterstützt, die ebenfalls nicht mit der Propaganda sparte und vor allem das Recht der Gemeinde, Notgeld ausgeben zu dürfen, in den Dienst der dänischen Sache stellten. Aber trotz aller Anstrengungen mußten Dänemark und die Alliierten über das Abstimmungsergebnis in der **ersten Zone** am 10. Februar 1920 enttäuscht sein, denn von 109 745 Abstimmungsberechtigten stimmten zwar 75 431, d. h. 74,2 Prozent für Dänemark, aber 25 329, d. h. 24,9 Prozent für Deutschland. Von den vier Städten Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern wies nur Hadersleben eine dänische Mehrheit auf. Auf Grund der Abstimmung nahm Dänemark das Land nördlich der Flensburger Förde mit Hadersleben, Apenrade, Tondern, Düppel und die Insel Als in Besitz.

In der **zweiten Zone** wurde am 14. März abgestimmt. Von 64 416 Abstimmungsberechtigten wurden 51 392 Stimmen (d. h. 80 Prozent) für Deutschland und nur 12 924 (d. h. 20 Prozent) für Dänemark abgegeben. Der starke deutsche Sinn der Friesen hatte behauptet:

Gott möge uns Frieden behüten,  
Daß wir nicht werden Jüten!

In der Stadt Flensburg waren 27 074 deutsche Stimmen und nur 8 987 dänische abgegeben worden.

Dänemark forderte zwar, daß die zweite Zone mit Flensburg "internationalisiert" werden solle. Aber der Rat in Paris lehnte diesen Rechtsbruch ab. Jedoch wurde bei der Grenzfestsetzung am 5. Juli 1920 in Paris mit geringen Abänderungen die von den Dänen geforderte **südliche Claußen-Linie** anerkannt und die von den Deutschen vorgeschlagene, den Bevölkerungsverhältnissen besser entsprechende Tiedje-Linie abgelehnt. Diese Tiedje-Linie verlief nördlich von Hoyer und Tondern durch das Kongsmoor nördlich Rapstedt und Tingleff nach Rinkenis an der Flensburger Förde. Auch die Deutschgesinnten zwischen der Tiedje- und Claußen-Linie, die nun unter dänische Herrschaft kamen, protestierten:

Magister Claußen, gesteh's nur ein:  
Deine Linie ist nicht fein.  
Du griffst zu weit hinab nach Süden,  
Die Tiedje-Linie nur bringt Frieden.

Während Deutschland sich unter der Bürgschaft der Entente zum Schutze der dänischen Minderheit verpflichten mußte, lehnte Dänemark eine gleiche Garantie zugunsten der deutschen Minderheit ab. Das Deutsche Reich hatte an seiner Nordmark ein Gebiet von rund 4000 Quadratkilometern verloren, mit einer Bevölkerung von über 200 000 Einwohnern, von denen 60 000 Deutsche waren. Die Interalliierte Abstimmungskommission verließ das Gebiet, zur Freude und Erleichterung der Einwohnerschaft.

### **Volksbefragung in Eupen-Malmedy**

Von wesentlich anderer Art war **die "Volksbefragung" in den Kreisen Eupen und Malmedy**. Die Belgier hatten durch den Versailler Vertrag Neutral-Moresnet und Preußisch-Moresnet erhalten, während die Bevölkerung von Eupen und Malmedy selbst über ihre Zugehörigkeit zu Deutschland oder Belgien entscheiden sollte. Da die Belgier das Abstimmungsgebiet nach dem Zusammenbruch Deutschlands gewissermaßen als Feindesland besetzten, wurde die Abstimmung zur Komödie: die Bevölkerung wurde also nicht vor, sondern bereits nach dem Wechsel der Souveränität befragt. Man wählte diesen Weg, um das Ergebnis zu fälschen, da von den etwa 60 000 Einwohnern der beiden Kreise nur 10 000 Wallonen waren. Es wurden also nach Inkrafttreten des Friedens Listen ausgelegt, worin sich diejenigen Einwohner einzeichnen sollten, die den Wunsch hatten, daß die Gebiete ganz oder teilweise deutsch blieben. Nach sechs Monaten sollten die Listen geschlossen und dem Völkerbund vorgelegt werden, Belgien mußte sich verpflichten, die Entscheidung des Völkerbundes anzunehmen.

Die **freie Meinungsäußerung bei dieser Abstimmung war sehr beschränkt infolge der Anwesenheit der Belgier**. Die Tatsache schon, daß die Abstimmung nicht geheim war, bestimmte manchen, sich nicht in die "Protestlisten" einzutragen. Die Einzeichnung konnte nur in den beiden Städten geschehen, und die Dorfbewohner hatten umständliche Reisen dahin zu unternehmen. Manchmal traf es sich, daß der zuständige Beamte gerade abwesend war, und die Listen waren eingeschlossen. Auch scheute man sich nicht, denen, die ihre Unterschrift geben wollten, die Möglichkeit unangenehmer Konsequenzen vorzuhalten, da ja die Belgier Herren im Lande seien, denn diese beschränkten die Verkehrsfreiheit, erschwerten die Lebensmittelversorgung und den Geldaustausch und verfügten Ausweisungen.

Die Einwohner protestierten gegen diese Art und Weise. Auch schweizerische, skandinavische, holländische und englische Zeitungen übten Kritik. Die deutsche Regierung appellierte zunächst an die Alliierten, doch diese antworteten, sie hätten volles Vertrauen zu den belgischen Behörden. Dem Völkerbund schlug Deutschland vor, eine Untersuchungskommission einzusetzen, doch er erwiderte, daß er vor Ablauf der sechs Monate nicht intervenieren könne. Die Einwohner der beiden Kreise selbst wollten eine Abordnung an den Völkerbund entsenden, doch ihr wurde die Erlaubnis zur Abreise versagt. Sie richteten nun ein Schreiben an das Sekretariat des Völkerbundes und erhielten keine Antwort.

Die Alliierten selbst schienen die "Volksbefragung" nur als Gaukelspiel aufzufassen. Denn bereits nach zwei Monaten, ehe man etwas Endgültiges über das Ergebnis sagen konnte, wurde am 23. März 1920 die **Bahnlinie des rein deutschen Kreises Monschau** den Belgiern zugesprochen, die eine wertvolle strategische Ergänzung des Besitzes von Eupen und Malmedy darstellte. Am 23. Juli erreichte das Possenspiel sein Ende: von 33 726 Stimmberechtigten hatten nur 271 für Deutschland gestimmt! Der **brutale Terror der Belgier** hatte seinen Zweck erreicht. Die deutsche Regierung legte dem Völkerbund ein Weißbuch vor, in dem sie darlegte, wie die Abstimmung zustande gekommen war, und eine freie Abstimmung unter dem Schutze des Völkerbundes forderte. Dieser jedoch gab die Angelegenheit an den brasilianischen Gesandten in Paris weiter, welcher erklärte, daß eine starke Opposition gegen einen Anschluß an Belgien nicht bestünde. Auf erneute Vorstellungen Deutschlands erwiderte der Völkerbund, seine Entscheidung durch den brasilianischen Gesandten sei unwiderruflich, und so erhielt Belgien die waldreichen Gebiete, indem es seinen Raubzug mit einer Geschichtsfälschung bemäntelte und behauptete, Eupen und Malmedy habe einst zum burgundischen Staate gehört, dessen "Rechtsnachfolger" Belgien sei. Am 20. September 1920 wies der Völkerbund endgültig die beiden Kreise den Belgiern zu, und Deutschland verlor 989 Qua-





dratkilometer mit 61 500 Einwohnern.

### **Abstimmung in Preußen**

Wesentlich reibungsloser verliefen **die Abstimmungen in den west- und ostpreußischen Gebieten von Marienburg, Marienwerder und Allenstein**. Diese

Teile werden zum großen Teile von Masuren bewohnt, die zwar den Polen verwandt, aber evangelisch sind und seit langer Zeit unter deutscher Herrschaft leben, so daß sie sich als Deutsche und Preußen fühlen. Eine interalliierte Abstimmungskommission hatte sich in das durch die Schlacht von Tannenberg historisch gewordene Allensteiner Gebiet begeben, um den Gang der Abstimmung zu beaufsichtigen. Jede Person über zwanzig Jahre durfte ohne Unterschied des Geschlechts ihre Stimme abgeben. Am 11. Juli fand die Abstimmung statt und 87,4 Prozent der Bevölkerung beteiligten sich an ihr. Deutschland erhielt 363 209 (d. h. 97,5 Prozent), Polen 7 980 (d. h. 2,5 Prozent) der Stimmen. Der überwältigende Sieg des Deutschtums stand außer jedem Zweifel, und das südliche Ostpreußen mit seinen 600 000 Einwohnern, von denen die Hälfte Masuren waren, blieb bei Deutschland.

In den Gebieten von **Marienburg und Marienwerder** lagen die Dinge ebenso. Es war der Rest der ehemaligen Provinz Westpreußen, den man in Versailles wegen seines deutschen Charakters nicht so ohne weiteres an Polen geben wollte. Auch hier nahmen 87 Prozent der Bevölkerung an der Abstimmung teil, und Deutschland erhielt 96 923 (92,8 Prozent), Polen dagegen 8 018 (7,2 Prozent) Stimmen. Die im Reiche wohnenden Ost- und Westpreußen hatten in weitem Umfange von dem Rechte Gebrauch gemacht, sich zur Abstimmung in ihre Heimat zu begeben, und ein Jubel der Begeisterung erhob sich in den Städten und Dörfern, daß sich ihr Schicksal für Deutschland entschieden hatte, und aus befreiten Herzen brauste es in den Kirchen unter Glockengeläut dem Himmel entgegen: "Nun danket alle Gott!"

Aber Polen und sein französischer Bundesgenosse konnten es nicht unterlassen, einen Wermutstropfen in den Becher der deutschen Freude zu gießen. Die Botschafterkonferenz entschied zwar am 27. Juli, daß Allenstein, Marienburg und Marienwerder bei Deutschland verbleiben. Aber ein flagranter Bruch des Völkerrechts war es, daß auf dem östlichen Weichselufer trotz der für Deutschland günstigen Abstimmung **ein Streifen Landes mit fünf Orten den Polen zugeteilt** wurde. Die Polen beanspruchten das Gebiet der fünf deutschen Dörfer als Vorland für ihre Festung Mewe, die gegenüber auf dem westlichen Weichselufer lag und eine große Besatzung hatte. Auch war es gegen alles Recht, daß die Grenze nicht in der Mitte des Stromes, sondern zwanzig Meter östlich von ihm auf deutschem Gebiet verlief. Nur einen einzigen, völlig belanglosen Zugang zur Weichsel in einer Breite von vier (!) Metern erhielt Deutschland beim Dorfe Kurzebrack westlich von Marienwerder. Damit war Deutschland von der Weichsel verdrängt. Sie war ein rein polnischer Fluß geworden, und Polen hatte das ausschließliche Hoheitsrecht darüber erhalten. Die deutschen Widersprüche verhallten unbeachtet. -

### **Oberschlesien**

So waren im Sommer 1920 auch die Abstimmungsartikel des Versailler Vertrages in der Hauptsache erfüllt. Überall trat die Gewalttat und der Rechtsbruch zutage, und das wehrlose Deutschland hatte sich dem Diktat der Entente zu fügen. Nur eine Frage war noch nicht gelöst, eine sehr wichtige: **die Abstimmung in Oberschlesien**. Seit Mitte Januar 1920 wurde das Gebiet von alliierten Truppen besetzt gehalten, und eine Kommission beschäftigte sich mit dem eingehenden Studium der dortigen Verhältnisse. Aber es war sowohl wegen der größeren Bevölkerungszahlen als auch wegen der schweren wirtschaftlichen Bedenken nötig, die Abstimmung auf den Anfang des folgenden Jahres zu verschieben. Auch sollte in der Bevölkerung, die stark von den Polen erregt wurde, erst eine gewisse Beruhigung eintreten. Der bange Zustand der Gewalttaten und Unterdrückungen wurde aber gerade durch das Hinausschieben der Abstimmung hier um Monate verlängert. Die deutschen Reichswehrtruppen waren allmählich zurückgezogen worden, und unter dem Kommando des französischen Generals Le Rond übernahmen Franzosen und Italiener den "Schutz" der Bevölkerung, unterstützt durch ein schwaches Detachement deutscher "Abstimmungspolizei". Le Rond handelte keineswegs unparteiisch. Er unterstützte die Polen und unterdrückte die Deutschen. **Die Polen fühlten**

### **Polnischer Aufstand in Oberschlesien**

sich durch das Verhalten der Franzosen derart ermutigt, daß sie auf Anstiften Korfantys am 17. August 1920, nach der Besiegung des russischen Bolschewistenheeres vor Warschau, einen gewaltigen Aufstand in Oberschlesien entfesselten, der durch eindringende polnische Banden unterstützt wurde. Die Franzosen widersetzen sich nicht nur nicht diesem vertragsbrüchigen Vorgehen, sondern nahmen offen für die Polen Partei. Polen und Alliierte wetteiferten in schweren Gewalttaten und gemeinen Verbrechen gegen den deutschen Teil der Bevölkerung. Tagelang wurden wüste Drangsalierungen vorgenommen, die oft in unmenschliche Grausamkeiten ausarteten. Viele Hunderte deutschgesinnter Oberschlesier wurden vertrieben und flüchteten nach Breslau, wo sie am 26. August nach erregten Kundgebungen das französische und polnische Konsulat stürmten. Die Alliierten schenken dem deutschen Protest über die Vorgänge in Oberschlesien keine Beachtung, Frankreich aber verlangte Sühne für die Zerstörung des Breslauer Konsulats. Es blieb eine tiefe Demütigung für diese Tat der Verzweiflung dem deutschen Volke nicht erspart. Zwar erschien der Reichskanzler zur Entschuldigung nicht selbst auf der französischen Botschaft in Berlin, wie es Paris gefordert hatte, sondern ließ sich durch den Außenminister und preußischen Innenminister vertreten. Aber eine Kompanie Reichswehr mußte dem französischen Konsulat in Breslau nach seiner Wiederherstellung militärische Ehre erweisen! (17. September 1920).

**Verzweiflung der Bevölkerung**

**Zwischenfälle in Berlin und Breslau**

Ein ähnlicher Zwischenfall hatte sich am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, in **Berlin** zgetragen. Auf dem französischen Botschaftsgebäude wurde die Trikolore gehißt, und das Gesandtschaftspersonal, hemdsärmelig auf dem Balkon und in den Fenstern verweilend, erregte durch sein Verhalten die Wut des Volkes, das durch die französische Anmaßung in der Politik schon stark gereizt war. Ein einundzwanzigjähriger Schlosser, welcher der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörte, erstieg das Dach der Botschaft und holte die Trikolore herab. Von seiner ursprünglichen Forderung, daß der Reichskanzler persönlich sich in der französischen Botschaft entschuldigen sollte, nahm Frankreich zwar Abstand und begnügte sich mit dem Erscheinen des Außenministers Dr. Simons und des preußischen Innenministers Severing. Eine Reichswehrkompanie mußte über sich die Demütigung ergehen lassen, am 16. Juli vor der Fahne Frankreichs die militärische Ehrenbezeugung zu leisten! Da diese aber nicht knechtisch genug nach dem Sinne der Franzosen ausfiel, wurde auf Befehl von Paris am 31. August der Hauptmann der Kompanie disziplinarisch bestraft. Konnte man ein besiegtes Volk furchtbarer in seiner Seele verwunden, als es der maßlose und übermütige Sieger tat?



## **10. Kapitel: Der Streit um Wiedergutmachung und Entwaffnung.**

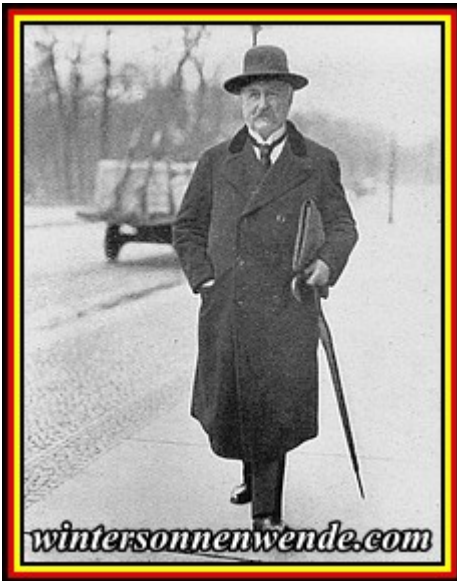
**Wiedergutmachung und Entwaffnung** waren die beiden Handhaben des **Versailler Vertrages**, durch welche Frankreich hoffte, Deutschland wirtschaftlich und militärisch derart schwach zu machen für alle Zeiten, daß es an eine Erhebung und, daraus folgend, eine Bedrohung Frankreichs nicht mehr denken konnte. Durch die Vereinbarungen in Boulogne war Frankreich in die Lage versetzt worden, seinen Forderungen schärferen Nachdruck zu verleihen.

Deutschland hatte seit Ende Juni 1920 eine bürgerliche Regierung. In ihr war durch die Minister der Deutschen Volkspartei das **industrielle Kapital** vertreten. Es war an sich erklärlich, daß die Besitzenden wenig geneigt waren, Tribute zu zahlen. Da sie aber die durch den Versailler Vertrag gegebenen Notwendigkeiten nicht aus der Welt schaffen konnten, erklärten sie sich zu Wiedergutmachungen bereit, jedoch nur in dem Umfange, als dies die deutsche Wirtschaft verträge. Ihr Verantwortungsgefühl gegenüber dem deutschen Volke und seiner Wirtschaft war zu groß, als daß sie unbedenklich auf feindliche Forderungen eingegangen wären, deren Unerfüllbarkeit sie ehrlicherweise erkennen mußten. In der Entwaffnungsforderung andererseits sahen sie eine schwere Gefahr für die Zukunft des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft, und es war verständlich, daß man die Ordnungsmacht des Staates nicht verringern wollte, solange die bolschewistische Gefahr



akut war. - In der Regierung, an deren Spitze Fehrenbach vom Zentrum stand, fehlten zum ersten Male die Sozialdemokraten, da sie aus prinzipiellen Gründen nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammenarbeiten wollten.

### Die Deutschen in Spa



Fehrenbach, Reichskanzler.  
Photo Scherl.

Vom 5.-16. Juli 1920 tagte **in Spa die Konferenz der Alliierten, zu welcher zum ersten Male auch deutsche Vertreter** eingeladen wurden. Es erschienen außer anderen Ministern auch der **Reichskanzler Fehrenbach** und der Außenminister Dr. Simons. Trotzdem kam es zu keinen Verhandlungen zwischen den Parteien, sondern die Zusammenkunft endete mit einem Diktat, da jeder deutsche Widerspruch mit der **Drohung der Ruhrbesetzung** zum Schweigen gebracht wurde. In der Entwaffnungsfrage kam zunächst ein Abkommen zustande, worin die Fristen für die Waffenablieferung und die Verminderung der Heeresstärke um drei bis sechs Monate verlängert wurden. Auch erklärten sich die Alliierten einverstanden, eine bessere Organisation der Reichswehr zuzulassen und zu genehmigen, daß die Ordnung im Ruhrgebiet durch militärische Machtmittel aufrecht erhalten werden dürfe. Die Drohung mit der Ruhrbesetzung erkannten die Deutschen nicht an, sondern nahmen sie nur "zur Kenntnis".

Schwieriger waren die Verhandlungen über die **Kohlenlieferungen**. Durch die Gebietsabtretungen des Versailler Vertrages verlor Deutschland in Lothringen, Saargebiet und möglicherweise in Oberschlesien 28,3 Prozent seiner Steinkohlenförderung oder etwa 49 Millionen Tonnen Jahresförderung. Dazu mußten jährlich noch zehn Jahre hindurch 42 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg geliefert werden. Also mehr als die Hälfte der Kohlenproduktion von 1913 ging dem deutschen Volke verloren. Dieser Aderlaß mußte auf das deutsche Verkehrswesen (Eisenbahn) und die deutsche Industrie nicht nur lähmend, sondern tödlich wirken. Durch die Streiks, die Arbeitsunlust und die Unruhen wurde der bei Deutschland verbleibende Rest auf nahezu ein Drittel der Vorkriegsproduktion herabgedrückt. - Der Großindustrielle **Stinnes** gab den Alliierten in Spa ein Bild von der Lage der deutschen Industrie, und sein Bericht gipfelte darin, daß die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch stehe und dann die Sieger überhaupt keine Wiedergutmachungen und Entschädigungen zu erwarten hätten. Der Vertreter der Arbeiterschaft, Hue, wies darauf hin, daß auch die Leistungen der Bergarbeiter unter den Folgen der mangelhaften Ernährung und der Streiks zurückgegangen seien und daß die Lage infolge der Geldentwertung immer trostloser würde, für die Unternehmer wie für die Arbeiter. Er folgerte, daß, wenn die Sieger Unmögliches verlangten, die deutschen Arbeiter schließlich überhaupt nichts mehr leisten würden, das aber würde den Bolschewismus bedeuten.

Unter der Wucht dieser Einwände waren die Alliierten bereit, die **monatliche Kohlenlieferungen von 3,5 Millionen Tonnen**, wie sie vom Versailler Vertrag gefordert wurden, **auf 2 Millionen herabzusetzen**, für jede Tonne eine Prämie von fünf Goldmark zu gewähren und einen Vorschuß in Höhe des restlichen Unterschiedes zwischen dem deutschen Verbandspreis und dem Weltmarktpreis zu zahlen. Aber die deutschen Vertreter waren auch mit dieser Regelung nicht zufrieden und versuchten, eine weitere Herabsetzung der Monatslieferungen zu bewirken. Doch die Alliierten drohten, im Falle des deutschen Widerspruchs würden sie das Ruhrgebiet vom Reiche abtrennen und allein ausbeuten, außerdem wurde Marschall Foch nach Spa zitiert und ein militärisches Abkommen unter den Ententemächten getroffen betreffend eine etwaige Besetzung des Ruhrgebietes. Stinnes erklärte zwar, er würde in diesem Falle seine gesamten Bergwerke ersaufen und den Franzosen nur eine Wüste überlassen, aber es blieb den Deutschen schließlich doch nichts weiter übrig, als der Gewalt zu weichen und das Kohlenabkommen in der vorliegenden Form zu unterzeichnen.

In der **Wiedergutmachungsfrage** wurde kein Ergebnis erzielt. Die Deutschen forderten Bekanntgabe der Gesamtsumme, worauf die Alliierten die Antwort schuldig blieben, denn nach dem Vertrag von Versailles hatten sie bis zum 1. Mai 1921 Zeit, die Gesamthöhe der Entschädigungen festzustellen. Die Deutschen, welche den Gesamtbetrag ihrer Wiedergutmachungsverpflichtungen auf dreißig Milliarden schätzten, machten den Vorschlag, deutsche Arbeiter und Erwerbslose zum Wiederaufbau Nordfrankreichs zur Verfügung zu stellen. Dieser Plan war sehr vernünftig, denn er hätte das deutsche Wirtschaftsleben nicht nur vom Alpdruck der Erwerbslosigkeit befreit, sondern hätte auch zu einer wesentlichen Verminderung der Wiedergutmachungsverpflichtungen beigetragen. Die Alliierten lehnten indessen dieses Angebot ab, wohl in der Hauptsache, weil sie dadurch eine "bolschewistische Verseuchung" Westeuropas fürchteten. Schließlich wurde die ganze "Wiedergutmachungsfrage" auf eine später nach Genf einzuberufende Konferenz vertagt, die aber niemals zustande kam.

Auch die "**Kriegsverbrecher**"-Angelegenheit kam zur Sprache, und man vereinbarte, das deutsche Reichsgericht solle zunächst die in der "Probeliste" vom 7. Mai aufgeführten Fälle klären. Von dem Ergebnis würden die Alliierten ihre weiteren Schritte abhängig machen.

Das Ergebnis von Spa war unbefriedigend in seiner Gesamtheit, und da es den Charakter eines Diktates trug, war es vorauszusehen, daß es bald zu weiteren Komplikationen kommen mußte.

Der **Reichstag** kam zunächst den französischen Wünschen vom 23. Juni nach und nahm am 30. Juli das **Reichswehrgesetz** an, welches die allgemeine Wehrpflicht abschaffte und die Heeresstärke auf 100 000 Mann festsetzte. Jeder Soldat hatte sich für zwölf, jeder Offizier für 25 Dienstjahre zu verpflichten. Die Reichsflotte sollte aus sechs Linienschiffen, sechs kleinen Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedobooten bestehen. Dieses Gesetz bestätigte nur einen in der Praxis bereits seit langem eingeleiteten Entwicklungsgang und war insofern von einiger Bedeutung, als es in aller Form das einst in Preußens Befreiungskriegen eingeführte Volksheer wieder durch das Berufsheer, das Söldnerheer, ersetzte. Sechs Tage später, am 5. August, wurde ein Gesetz über die **Entwaffnung der Bevölkerung** angenommen, das zwar auf Drängen Frankreichs gegen die Einwohnerwehren gerichtet war, von der deutschen Regierung jedoch mit dem gleichen Nachdruck gegen die illegal bewaffneten roten Formationen angewandt wurde. Der Erfolg entsprach allerdings nicht den Erwartungen, da es unmöglich war, die vor allem von den bolschewistischen Kreisen verborgenen Waffen aufzufinden und zu zerstören.

#### **Das Reichswehrgesetz**

Während Deutschland durch diese Gesetze den besten Willen bewies, den Frieden zu halten und den Frieden zu fördern, traf Frankreich neue militärische Sicherungsmaßnahmen gegen den gehaßten und gefürchteten Feind östlich des Rheins. Im August 1920 schloß **Frankreich mit Belgien eine geheime Militärkonvention** für die Dauer von 15 Jahren; Belgien verpflichtete sich, sein Heer gegenüber dem Stande von 1913 zu vergrößern und möglichst schnell Antwerpen und die übrigen festen Plätze auszubauen. Frankreich sollte "im Falle eines deutschen Angriffes" sofort den Schutz für einen Teil der belgischen Ostgrenze übernehmen. Das Abkommen wurde bald erweitert: Belgien verpflichtete sich, im besetzten Rheinland eine ständige Truppenmacht von wenigstens zwei Infanteriedivisionen und einer Kavalleriebrigade zu unterhalten. Die Besatzungskontingente und die gesamte belgische Armee sollten im Ernstfalle der einheitlichen französischen Oberleitung unterstellt werden. Frankreich beanspruchte schließlich das Recht, die Gesamtstärke des belgischen Heeres und der belgischen Besatzungstruppen im Rheinland festzusetzen. Und in der Tat wurde die belgische Heeresstärke im Laufe des folgenden Jahres auf das doppelte der Friedensstärke gebracht: das kleine Land, welches einen Umfang von 30 400 Quadratkilometern und 7,7 Millionen Einwohner zählt, stellte ein größeres Heer als Deutschland auf, es hatte 105 000 Mann unter Waffen! Gleichzeitig wurde die Dauer der Dienstpflicht von 13 auf 25 Jahre erhöht.

#### **Französische Militärbündnisse**

Frankreich versuchte auch **Holland** für eine ähnliche Militärkonvention zu gewinnen, doch erzielte es hier keinen Erfolg. Dagegen wurde mit Gewalt und Drohung das kleine **Luxemburg** gezwungen, mit Frankreich und Belgien ein Abkommen zu treffen. Die beiden Bundesgenossen teilten sich in

die Beherrschung und Ausbeutung des kleinen Landes. Frankreich beanspruchte die Kontrolle über die Eisenbahn Esch - Luxemburg - Wasserbillig - Trier und behauptete, diese Linie strategisch auszubauen und auszubauen. Belgien wurde die Kontrolle zugeteilt über die Bahnlinie Arlon - Kleinbettingen - Luxemburg - Ufflingen - Lüttich. Außerdem mußte sich Luxemburg, das vor dem Kriege nur zwei Schutzkompanien unterhielt, verpflichten, eine Heeresmacht von 6000 Mann aufzustellen! Die politische Selbständigkeit des Ländchens war seitdem nur noch eine Kuriosität ohne praktische Bedeutung.

Was bedeutete Deutschlands lächerliche Militärmacht noch im Vergleich zu der seiner Nachbarn! Da war der **Westen** bis an die Zähne bewaffnet: rund 900 000 Franzosen, Belgier und Luxemburger standen unter den Waffen, von denen **Frankreich** allein über 809 652 verfügte. Die feindselige **Tschechoslowakei** unterhielt eine Armee von 147 000 Mann, Italien hatte 300 000 Soldaten und **Polen** das Doppelte, 600 000. Welcher wahnsinnige deutsche Staatsmann hätte wohl den verruchten Plan fassen dürfen, mit der deutschen Reichswehr Frankreich zu überfallen, mit einem Heereskörper, der, es ist lächerlich zu sagen, nur halb so stark war wie das Schweizerische Bundesheer! Und dennoch fand Frankreich keine Ruhe: das revanchelüsterne, das gefährliche, das drohende, das furchtbare und gewaltige Deutschland mußte bis zum äußersten entwaffnet werden! Und wenn dieses grauenhafte Volk entwaffnet war, hatte Frankreich immer noch keine Ruhe, denn es wußte sehr wohl, daß die Kraft des Riesen nur gefesselt, nicht gebrochen war!

**Genfer  
Sozialistenkongreß  
und andere**

Während Frankreich auf diese Weise die Schritte zur endgültigen militärischen Erdrosselung Deutschlands unternahm, tagte in Genf der **Sozialistenkongreß**. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands schloß sich der II. Internationale an, wobei sie das **Bekennnis der deutschen Kriegsschuld** abgeben mußte. Sie tat diesen Judasschritt mit einer gewissen Schadenfreude, vielleicht auch in dem beklemmenden Bewußtsein ihrer Verluste bei der Juniwahl. Die Sozialdemokratie war nicht in der derzeitigen bürgerlichen Reichsregierung Fehrenbachs vertreten, und so überwog ihr oppositionelles Parteiinteresse das Volks- und Staatsinteresse. Die Sozialisten waren überzeugt, daß ihnen und ihrer Partei nichts mehr nützen könnte, als wenn sie der bürgerlichen Regierung möglichst viel Hindernisse in den Weg legten. Der fanatische Oppositionsdrang gegen die Regierung fragte nicht danach, ob die angewandten Mittel der Gesamtheit des Volkes schweren Schaden zufügten. Man erklärte also in Genf: "Ein solcher *dolus eventualis* (den Krieg herbeizuführen) war auf seiten der deutschen Machthaber vorhanden, als sie ihre österreichischen Bundesgenossen zum schärfsten Vorgehen gegen Serbien ermutigten, auch auf die Gefahr hin, daß daraus ein Weltkrieg entstehen könnte... Als jedoch Rußland gleichfalls zur Politik der Einschüchterung überging und die Mobilmachung seiner gesamten Streitkräfte ins Werk setzte, fanden oder glaubten die deutschen Machthaber jeden Rückweg versperrt. Manche von ihnen mögen ihn nicht einmal ernstlich gesucht haben." Deutschland war also schuld am Weltkrieg. "Die Gefahr, die in der Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstages und damit auch der Sozialdemokratie lag, nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft zu haben, ist die Schuld, zu der wir uns vor aller Welt freimütig bekennen." Die deutsche Sozialdemokratie nahm somit die Kriegsschuld auf sich, um dadurch im Ausland Sympathien für sich zu erwecken und ihrer versteckten Agitation gegen die derzeitige Regierung mehr Kraft zu geben. Ja, man beklagte sich sogar, der deutschen Revolution nicht eher den Weg geebnet zu haben: die deutsche Revolution sei zum Unglück der Welt und des deutschen Volkes fünf Jahre zu spät gekommen!

**Deutsche  
Kriegsschuld**

Dies deutliche Hinüberschwenken der deutschen Sozialisten auf die Seite der Internationale mußte das deutsche Volk und seine Regierung als einen schweren Schlag empfinden. Wäre es doch **eine der Hauptaufgaben der Regierung Fehrenbach geworden**, nach Veröffentlichung aller Vorkriegsdokumente **den fundamentalen Hauptsatz des Versailler Vertrages von der deutschen Schuld zu erschüttern, vielleicht zu beseitigen!** Denn das wäre ja das Ziel gewesen, in dem die Politik dieser Regierung, nicht unbedingt zu erfüllen, sondern die Regelung der Wiedergutmachungsfrage in einem gerechten und für Deutschland günstigen Sinne zu beeinflussen, gegipfelt hätte. Eine große Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung: die moralische Verurteilung und



wirtschaftliche Erdrosselung des deutschen Volkes durch den Versailler Vertrag abzuwenden! Nun beging die Sozialdemokratie den Verrat, den Feinden Deutschlands durch ein freiwilliges Schuldbekenntnis ein neues Machtmittel gegen die Bestrebungen der deutschen Regierung in die Hand zu geben! Nach dem Auftakt von Spa war es vorauszusehen, daß eines Tages die deutsche Regierung über die Lösung der Wiedergutmachungsfrage als physisch Schwächere stürzen müsse - oder aber als moralisch Stärkere die Feinde besiegen würde. Die zweite Möglichkeit auszuschließen und die erste zu beschleunigen, das war der taktische Zweck des Genfer Schuldbekenntnisses. -

Der Herbst des Jahres [1920] verlief ohne große und besondere Ereignisse auf dem Gebiete der Wiedergutmachungsfrage. Es gelang den Engländern und Franzosen, auch **Italien** für ihre Politik gegen Deutschland zu gewinnen. Eine internationale **Finanzkonferenz in Brüssel** verlief ergebnislos (24. September bis 8. Oktober). Auch die Entwaffnungsfrage machte insofern Fortschritte, als am 1. Oktober die neutrale Zone von den Reichswehrtruppen geräumt und das Heer auf 150 000 Mann herabgemindert war. Der Argwohn der Interalliierten Militärkontrollkommission war jedoch noch nicht gewichen, und sie forderte **sofortige Auflösung und Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen**, Einwohnerwehren usw. Diese Verbände waren die Quelle steten Mißtrauens der Franzosen, vor allem, weil sie in bezug auf ihre Stärke nicht zu übersehen waren. Und gerade aus diesem Grunde blieb das französische Mißtrauen wach und ließ sich durch die Bemühungen der deutschen Regierung nicht beschwichtigen (25. Oktober). Der Wiedergutmachungsausschuß teilte am 16. Oktober mit, daß Deutschland die nach dem Friedensvertrage auszustellenden Schuldverschreibungen in Höhe von 20 und 40 Milliarden Goldmark überreicht habe, und zehn Tage später verzichtete die englische Regierung auf das ihr nach dem Versailler Vertrage zustehende Recht, deutsches Nachkriegseigentum in England zu beschlagnahmen. Zwar verlangte England die Zerstörung der gefährlichen deutschen Dieselmotoren, jedoch zog die Botschafterkonferenz diese Forderung für die in der Industrie verwendeten Motoren zurück (10. November).

Am 11. November trat die **Wiedergutmachungsfrage in ein neues Stadium**. England und Frankreich einigten sich dahin, daß in Brüssel eine Sachverständigenkonferenz stattfinden solle, an der sich Deutschland beteiligen würde; es sei darüber ein Bericht an die Regierung und den Wiedergutmachungsausschuß zu erstatten. Nach der Lösung der oberschlesischen Frage sollte in Genf eine Konferenz der Alliiertenminister stattfinden, wozu Deutschland zu beratender Teilnahme "wie in Spa" einzuladen sei. Hierüber sei ein Bericht an die Regierungen zu machen, die ihrerseits ihre Delegierten in der Wiedergutmachungskommission zu unterrichten hätten. Ferner habe der Wiedergutmachungsausschuß den Gesamtbetrag und die Zahlungsweise festzusetzen und über Deutschlands Zahlungsunfähigkeit zu berichten. Die Sicherungen und Strafmaßnahmen habe der Oberste Rat der Alliierten zu prüfen. Bis hierhin war Frankreich den Engländern entgegengekommen, und die englische Regierung erwies sich erkenntlich, indem sie das formelle Versprechen abgab, eine Aufhebung des Verbotes vom 16. Juni 1919, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, zur Zeit nicht zu begünstigen. Daraufhin gab die französische Regierung ihren Delegierten den Rat, sich sofort von den Völkerbundsverhandlungen zurückzuziehen, falls von der Aufnahme Deutschlands gesprochen würde. Noch fürchtete Frankreich Deutschlands Widerstandskraft, hoffte aber andererseits auf seine Auflösung, so daß ihm jetzt ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als vollkommen absurd und verfrüht erschien. Auch wären dadurch die französischen Pläne der Ruhrbesetzung vereitelt worden.

Man ging in England und Frankreich mit aller Ruhe und Langsamkeit daran, das **Problem der Wiedergutmachungen** einer Lösung entgegenzuführen. Es hatte den Anschein, als gefalle den Alliierten der gegenwärtige regel- und gesetzlose Zustand, in welchem sie nach Gutdünken und Willkür neue Verfehlungen Deutschlands feststellen und neue Zwangsmaßregeln durchführen konnten. Aber in Deutschland wuchs die Nervosität über verzögerte und stets verschobene Klärung der bedeutsamen Fragen, und man vernahm Stimmen, welche die endgültige Ordnung der Dinge forderten. Die Reichsregierung sah mit Entsetzen das Milliardendefizit, das sich am Ende des Jahres vor ihr auf-türmen würde, und das langsame, aber ständige Sinken der Mark erhöhte die Sorgen der Industrie. Reichsaußenminister Dr. Simons und Reichskanzler Fehrenbach unternahmen eine Rheinlandreise,

um sich persönlich von den dort herrschenden Zuständen zu überzeugen. In Düsseldorf und Köln hielt Dr. Simons Reden (14. und 15. November), worin er in ehrlicher Entrüstung über das seelisch und körperlich quälende System der Alliierten erklärte, auch das feindliche Recht auf Gewaltmaßnahmen aus dem Versailler Frieden habe eine Grenze. Auch beschwerte er sich über die unnötig hohe Besatzung von 145 000 Mann, mit der man die Rheinlande bedrücke. Diese Reden wurden von Frankreich, Belgien und England in anmaßendem Stolze am 6. Dezember zum Gegenstande neuer Demütigungen für Deutschland gemacht. Man würde deutschen Ministern in Zukunft nur dann die Einreise ins besetzte Gebiet gestatten, wenn sie während ihres Aufenthaltes alle Angriffe gegen die Behörden, die Regierungen und Maßnahmen der Alliierten sowie gegen den Friedensvertrag unterließen. Behandelten die Franzosen und Belgier nicht schon das Rheinland, als gehöre es ihnen? Wo blieb das Recht der freien Meinungsäußerung? Wo sollte die Hoheit des Reiches, der Glaube an die Regierung bleiben, wenn den höchsten Beamten, den Ministern, derartig entwürdigende Verpflichtungen auferlegt wurden? War der Krieg beendet, oder führten ihn die Alliierten auf eigene Faust gegen das wehrlose Deutschland weiter? Welch ausgeklügelte Demütigungen hatten die Alliierten seit Monaten dieser ersten bürgerlichen Regierung der deutschen Republik bereitet, weil ihnen diese Regierung unbequemer war als die vorhergehenden!

### **Zunehmende Spannung zwischen Deutschland und den Alliierten**

Deutschland war nicht mehr willens, widerspruchslos die Schikanen der Alliierten hinzunehmen. Es war als eine Repressalie zu betrachten, wenn die Entente nach der **Ablieferung des letzten deutschen Kriegsluftschiffes L. Z. 120 an Italien** am 28. November bereits am nächsten Tage als Ersatz für sieben im Juni und Juli [1919] zerstörte Luftschiffe die Ablieferung der Verkehrsflugzeuge "Bodensee" und "Nordstern" sowie Neubauten und Geld verlangten. Doch die deutsche Regierung lehnte die Ersatzpflicht ab mit dem Bemerkung, daß die Angelegenheit durch das Friedensprotokoll vom 10. Januar 1920 erledigt sei; ein Schiedsgericht wurde vorgeschlagen. Die Interalliierte Luftüberwachungskommission hatte die Absicht, das am 10. Juli abgelaufene Bauverbot für zivile Flugzeuge weiterhin bestehen zu lassen. Auch gegen diesen kleinlich-gehässigen Rechtsbruch erhoben die Deutschen Einspruch. Deutschland verlangte Zurückziehung der in Duisburg, Karlsruhe und Mannheim stationierten Militärkommandos, doch die Botschafterkonferenz schlug das deutsche Ersuchen ab. In einer Note vom 9. Dezember erklärte die deutsche Regierung, sie sei keineswegs verpflichtet, die Einwohnerwehren aufzulösen, da sie keinen militärischen Charakter trügen. Die Waffen wolle man bis Januar 1921 einziehen, doch für Bayern und Ostpreußen seien Vorbehalte zu machen. Drei Tage später wiederholte die Interalliierte Kontrollkommission ihre Forderung nach sofortiger Entwaffnung und Auflösung aller Selbstschutzorganisationen.

### **Viehlieferungen**

Die diplomatische Atmosphäre war voller Spannungen. Das Hin und Her inhaltsschwerer und grollschwangerer Noten bildete die Begleitmusik zu den Disputen über das eigentliche Kernproblem, die **Wiedergutmachungslieferungen**. Am 3. Dezember hatte Deutschland mit der Entente ein Abkommen über Viehlieferungen getroffen. Es sollten in den nächsten sechs Monaten 60 000 Stiere, Zugochsen und junge Rinder und 30 000 tragende Kühe und Färsen geliefert werden, außerdem 125 000 Schafe und 30 000 Pferde. Dazu kamen Lieferungen von Geflügel, Ziegen und Schweinen. Es wurde vereinbart, daß das im Versailler Verträge geforderte Geflügel in vier bis acht Jahren, die Ziegen und Schweine in drei Jahren geliefert werden sollten. Dieses Abkommen bedeutete jedoch nur eine Ergänzung zu den Ausführungsbestimmungen des Friedensvertrages und umfaßte nur einen kleinen Teil der zu lösenden großen wirtschaftlichen Probleme. Mit großen Erwartungen sah man der **Brüsseler Sachverständigenkonferenz** entgegen, welche die Wiedergutmachungsfragen behandeln sollte und zu der eine deutsche Abordnung unter Staatssekretär Bergmann entsandt wurde. Jedoch nach Verhandlungen, welche eine Woche gedauert hatten, ging man am 22. Dezember auseinander, ohne ein Ergebnis erreicht zu haben. Die Alliierten schoben die Schuld am Scheitern auf die vorsichtige, ja ablehnende Haltung der Deutschen den maßlosen französisch-englischen Ansprüchen gegenüber, jedoch machte die deutsche Delegation lediglich von ihrem Rechte Gebrauch, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Am letzten Tage des Jahres stellte Frankreich fest, daß Deutschland wesentliche Bestimmungen des Versailler Friedens

noch nicht und die Bestimmungen des Abkommens von Spa nicht genau erfüllt habe. Dennoch war an diesem Tage die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann vollzogen. -

**Wirtschaftliche  
Zerrüttung**

Mit Entsetzen sah Deutschland die **wirtschaftliche Verheerung**, welche die Drangsalierungen Englands und Frankreichs im verflossenen Jahre hervorgerufen hatten. Der zielbewußten, sachkundigen und festen Reichsleitung war es sicherlich zu danken, daß die Mark nur um 3½ Pfennige gesunken war (1. Januar: 9,7 Pfennige, 31. Dezember: 6,2 Pfennige). Optimisten erblickten in diesem Valutasturz von nur etwa 35 Prozent ein Anzeichen beginnender wirtschaftlicher Festigung, da ja im vorhergegangenen Jahre die Mark 80 Prozent ihrer Kaufkraft eingebüßt hatte und auch das Jahr 1918 mit 37½ Prozent Verlust nicht erreicht worden war. Jedoch das war nicht der Fall. Der verminderte Kursrückgang konnte lediglich als ein Symptom für die Stabilisierung des wirtschaftlichen Auslandvertrauens zur deutschen Reichsregierung betrachtet werden, das mit dem Augenblicke wieder erschüttert wurde, sobald eine sozialistische Regierung ans Ruder kam.

Dennoch war die Wirtschaftslage Deutschlands nichts weniger als rosig. Das **Reich hatte Gesamtausgaben in Höhe von 121 Milliarden Papiermark** gehabt (1920), von denen 83,2 Milliarden, also fast 70 Prozent, ungedeckt blieben! Die Gesamtsteuerlast pro Kopf der Bevölkerung betrug bereits 765 Mark gegenüber 67,80 Mark im Jahre 1913. Die deutsche Zahlungsbilanz, die sich 1913 im Gleichgewicht befand, wies 1920 ein Defizit von 4 Milliarden Goldmark auf! Der Verlust an Kohle und Erzen hatte die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten verringert, dagegen hatte sich durch den Verlust landwirtschaftlicher Überschußgebiete der Einfuhrbedarf um 2½ Milliarden erhöht. Dazu kamen andere Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 1½ Milliarden Goldmark. Der Versailler Vertrag hatte die deutschen Auslandsguthaben geraubt, die deutsche Handelsflotte genommen, die deutschen Außenhandelsbeziehungen zerstört. Statt am Ausland Geld zu verdienen, mußte Deutschland noch sehr hohe Frachten für die Benutzung ausländischer Handelsschiffe zahlen. Dazu waren an die Alliierten etwa 4 Goldmilliarden gezahlt und geleistet worden, von denen jedoch nur der vierte Teil zum Wiederaufbau Frankreichs verwandt wurde, während den Rest die Besatzungsheere verschlangen! 8 Milliarden Goldmark hatte das deutsche Volk 1920 verloren, und das war etwa ein Drittel seines damaligen Nationaleinkommens. Fast drei Stunden des Tages leistete also jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau den Feinden Frondienste! -

Der Wiedergutmachungsausschuß kam am 6. Januar 1921 mit einem neuen Entwurf eines Abkommens über Nachlieferung und Kontingenterhöhung der deutschen Spakohle heraus. Die deutsche Regierung erklärte von vornherein, daß derartige Vorschläge unausführbar seien, und den Alliierten schien es nunmehr an der Zeit, die Wiedergutmachungsfrage in geordnete Formen zu bringen.

Sechs Tage, vom 24.-29. Januar 1921, tagte der **Oberste Rat der Alliierten in Paris** und faßte folgende Beschlüsse:

**Der Oberste Rat  
in Paris**

Deutschland müsse **eine halbe Million Tonnen Spakohle** nachliefern. Vom 1. Februar ab werde die Lieferung auf monatlich 2,2 Millionen Tonnen erhöht, Vorschüsse seien abzulehnen.

**An Wiedergutmachungen habe Deutschland zu zahlen 42 Jahre lang, vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1963, insgesamt 226 Milliarden Goldmark.** Die Jahresraten (Annuitäten) sollten je zur Hälfte am Ende jedes Halbjahrs zahlbar sein, und zwar nach folgender Staffel:

1. Mai 1921 - 1. Mai 1923:	2 Annuitäten je 2 Milliarden Goldmark
1. " 1923 - 1. " 1926:	3 " " 3 " "
1. " 1926 - 1. " 1929:	3 " " 4 " "
1. " 1929 - 1. " 1932:	3 " " 5 " "
1. " 1932 - 1. " 1963:	31 " " 6 " "

Ferner sollte 42 Jahre lang von der gesamten deutschen Ausfuhr in Höhe von je 12 Prozent ihres Wertes eine Abgabe in Gold erhoben werden, die auf 1-2 Goldmilliarden jährlich geschätzt wurde

und nicht auf die Wiedergutmachung anzurechnen sei.

Schließlich wurde der Reichsregierung, den Landesregierungen, den Provinzial- und Gemeindebehörden sowie sämtlichen Gesellschaften und Unternehmungen, die von diesen Stellen überwacht wurden, verboten, ohne Zustimmung der Reparationskommission im Ausland direkte oder indirekte Kreditoperationen vorzunehmen, d. h. Anleihen aufzunehmen. -

Das war ein phantastisch-ungeheuerlicher Plan! Er überstieg die kühnsten Erwartungen. Er bedeutete nichts anderes, als die Auslieferung des gesamten deutschen Nationalvermögens im Laufe weniger Jahrzehnte, eine restlose und vollständige Verproletarisierung des gesamten deutschen Volkes. Es bedeutete Enteignung der Wirtschaft, des Besitzes und des Handels, Aufsicht und Bevormundung durch grausame Kerkermeister, Hinabtreten eines hohen Kulturvolkes in das Schicksal chinesischer Kulis. Kinder und Kindeskindern wurden verurteilt, bis zum Zusammenbrechen Frondienste für die englischen und französischen Herrscher zu leisten. Die Gesamthöhe der beim Wiedergutmachungsausschuß angemeldeten Kriegsschäden belief sich auf 186 Milliarden. Diese Summe wurde vom Ausschuß auf 132 herabgesetzt. Aber auch das war noch viel zuviel. Waren doch hierin die kapitalisierten Beträge der Renten und Pensionen enthalten, welche die Alliierten ihren Kriegsoffizieren zu zahlen hatten. Nach deutscher Auffassung reichten 30 Milliarden vollkommen aus, um die durch den Krieg verursachten Schäden zu ersetzen. Das deutsche Volk war ohnehin arm genug geworden, daß es seinen Feinden nicht noch Renten und Pensionen ersetzen konnte, zudem ja seine Unschuld am Kriege feststand. Es war schon 1920 schwierig gewesen, die Forderungen der Gegner zu erfüllen, wie sollten aber nun erst diese maßlos überspannten Ansprüche befriedigt werden? Nun, Deutschland war entwaffnet, an einen Widerstand war nicht zu denken, und die Alliierten durften unbedenklich wagen, das wahre Gesicht zu zeigen und ihren Willen kundzutun: Deutschland auszulöschen aus dem Reiche der Kulturvölker und der Wirtschaftsmächte. -

Ein Entrüstungssturm erhob sich in Deutschland. Die deutsche Regierung lehnte zunächst diese Forderungen ab, suchte aber eine annehmbare Basis für die **Kohlenlieferungen aus dem Spaabkommen** zu schaffen. Dazu hatte Deutschland alle Ursache, denn Frankreich trieb mit der deutschen Tributkohle einen schwunghaften Handel. Da nämlich Frankreich und Belgien nicht imstande waren, die von Deutschland gelieferten Kohlenmengen zu verdauen, konnten sie einen großen Teil der Reparationskohle an andere Länder verkaufen. Da der dem deutschen Reparationskonto gutzuschreibende Preis sehr gering war, verdiente der französische Staat Milliarden, und de Lasteyrie, der Berichterstatter der Finanzkommission in der Französischen Deputiertenkammer und nachmalige Finanzminister, erklärte späterhin, daß Frankreich für die deutschen Kohlenlieferungen vom September 1920 bis zum September 1921 dem Deutschen Reiche nur hätte 960 Millionen Franken gutzuschreiben brauchen, während es selbst dafür einen Kaufpreis von 2572 Millionen erzielt hätte, also einen Reingewinn von 1,612 Milliarden Franken verbuchen konnte!

Für die deutsche Regierung waren diese Verhältnisse unbillig, ja unwürdig. Wie sollte sie es stillschweigend hinnehmen, daß aus deutscher Fronarbeit sich der französische Rentnerstaat bereicherte? Waren die Tage Karthagos wiedergekehrt, da diese blühende Stadt von den siegreichen Römern im grenzenlosen Überschwange geschleift worden war und ihre Bewohner, solange sie noch lebten, den Römern Knechts- und Sklavendienste zu leisten hatten. Hatten zweitausend Jahre Kultur nicht ausgereicht, um die barbarischen Gepflogenheiten übermütiger Sieger auszurotten? Deutschland wies also darauf hin, daß durch die Lieferungen der Spakohle Frankreich in Kohlen erstickte und daher mehr erhalte, als es billigerweise brauchen und beanspruchen könne. Es widerstrebe dem Sinne der Wiedergutmachungen aber, wenn mit diesen Reparationsgütern Handel getrieben werde, und es müsse verboten werden, daß Frankreich und Belgien die gelieferten deutschen Kohlen weiterverkaufen. Andererseits **befinde sich die deutsche Wirtschaft in einer solchen Notlage, daß eine Herabsetzung der Tribute gefordert werden müsse, eine Erhöhung aber unbedingt abzulehnen sei.** Unter diesen Umständen sollten die Alliierten auf Nachlieferungen verzichten, die monatlichen Raten auf 1,8 Millionen Tonnen festsetzen und die Prämie von fünf Goldmark auch weiterhin zahlen. - Diese deutschen Vorschläge wurden den Alliierten am 4. Februar übermittelt,

und am folgenden Tage wurde die Regierung Fehrenbach zur Londoner Konferenz in der Wiedergutmachungsfrage eingeladen.

### *Vereinigte Staaten von Amerika*

Die **Vereinigten Staaten von Amerika** waren nicht einverstanden gewesen mit den Verhandlungen der Friedenskonferenz. Wir sahen, wie sehr und mit wie wenig Erfolg sich Wilson den Forderungen Frankreichs widersetzte. Hieraus ergab sich, daß sich die Vereinigten Staaten nicht an der Ratifikation des Friedens am 10. Januar 1920 beteiligten. Sie erkannten nicht den Völkerbund an, da er nur eine Vereinigung der Sieger, nicht aber einen Bund des Friedens darstelle, und sie blieben dem Völkerbund fern. Amerika erklärte, es wolle sich nicht weiter in die europäischen Angelegenheiten einmischen und protestierte weiterhin gegen die Auslieferung Schantung an Japan. Vier Monate später, Mitte Mai, nahmen Senat und Parlament die Resolution Knox an, welche die einfache Herstellung des Friedenszustandes mit Deutschland verlangte, trotzdem Wilson dagegen Einspruch erhob. Am 2. November wurde der Republikaner Harding als Nachfolger Wilsons zum Präsidenten gewählt, und die Kriegspsychose jenseits des Ozeans schwand mehr und mehr. Vor allem waren die Vereinigten Staaten als Gläubiger Europas keineswegs willens, sich in das Feilschen um die Wiedergutmachungen einzumischen, ein zwingender, direkter Grund hierfür kam ja bei Amerika auch nicht in Frage. So kam es, daß die Union am 18. Februar 1921 ihren Vertreter aus dem Wiedergutmachungsausschuß der Alliierten abberief. Europa wurde sich selbst überlassen. Der kaufmännischen Vernunft der Vereinigten Staaten war das offensichtliche Bestreben Frankreichs und Englands, sich auf Kosten des besiegten Deutschlands nicht nur zu entschädigen, sondern zu bereichern, zuwider, und es erschien von vornherein aussichtslos, über die Pariser Beschlüsse des Obersten Rates zu diskutieren, da die englisch-französischen Vertreter des Wiedergutmachungsausschusses sich diese zu eigen gemacht hatten.

Man erkannte in Frankreich, daß das Ausscheiden Amerikas aus den Wiedergutmachungsverhandlungen auch für die Ententestaaten keine günstigen Folgen haben würde. Waren doch England und Frankreich in großem Umfange an die Vereinigten Staaten verschuldet. Um so mehr schien es Frankreich für nötig zu halten, aus Deutschland herauszupressen, was nur irgend ging; es nahm jetzt seine Zuflucht zu den im Versailler Vertrage vorgesehenen "Sanktionen", d. h. Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland für den Fall, daß es seinen Verpflichtungen nicht nachkam. Briand teilte daher am 19. Februar der deutschen Regierung mit, daß die "Sanktionen" in Kraft treten würden, wenn Deutschland die Pariser Forderungen ablehnen würde. In diesem Falle würde die Besatzungsfrist im Rheinlande, die noch nicht zu laufen begonnen habe, verlängert, die Rheinlande würden wirtschaftlich vom Reiche getrennt durch Errichtung einer Zollschranke, die Besetzung würde auf rechtsrheinisches Gebiet ausgedehnt werden, und Deutschland würde niemals Aussicht haben, in den Völkerbund aufgenommen zu werden.

### *Frankreich, England und die "Sanktionen"*

Der **englische Bundesgenosse** war zwar nicht in allen Stücken mit den Ankündigungen Frankreichs einverstanden, und die britische Regierung erklärte schon zwei Tage später im Unterhause, daß die Artikel 428-431 des Versailler Vertrages über die Dauer der Besetzung nicht geändert seien. Danach haben die Fristen für die Rheinlandbesetzung am Tage der Friedensratifikation, dem 10. Januar 1920, begonnen, und davon sei man nicht abgewichen.

### *Londoner Konferenz*

Am selben Tage, dem 21. Februar, eröffnete der Oberste Rat der Alliierten die **Londoner Konferenz** über die Wiedergutmachungsfrage, wozu auch Deutschland eingeladen worden war. Man wollte hören, wie sich Deutschland zu den Pariser Tributforderungen stellte, und von der deutschen Regierung deren Annahme erzwingen. Die deutsche Delegation wurde vom Außenminister Dr. Simons geführt, und dieser legte der Konferenz am 1. März die deutschen Vorschläge vor. Deutschland, so hieß es darin, kann höchstens 50 Milliarden Goldmark zahlen, die zum Teil durch eine Anleihe aufgebracht, zum Teil durch Waren und Sachlieferungen abgetragen werden sollten. Voraussetzung für dieses Angebot sei jedoch, daß Deutschland Oberschlesien behalte und die Freiheit der internationalen Handelsbeziehungen wiederhergestellt würden.

Der Oberste Rat beschäftigte sich in seiner Sondersitzung mit den deutschen Vorschlägen und er-

klärte sie für undiskutabel. Lloyd George hielt es für nötig, die Wiedergutmachungspflicht Deutschlands zu begründen, da **die deutschen Vertreter aufs nachdrücklichste die Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg ablehnten** und aus diesem Grunde auch eine ungerechtfertigte Wiedergutmachungslast zu übernehmen sich weigerten, es sei jeder Staat an seinem Teile am Kriege schuld gewesen und habe deswegen auch seinen Teil an den Wiedergutmachungen zu tragen. Die Alliierten wußten wohl, daß jedes Zugeständnis in der Schuldfrage ihre schrankenlose Macht in der Wiedergutmachungsfrage verkürzen konnte, und deswegen erklärte **Lloyd George** am 3. März vor der Konferenz folgendes:

"Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn das Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig. Die Alliierten fühlen daher, daß sie die Tatsache in Rechnung ziehen müssen, daß die deutsche Regierung mit offenkundiger Unterstützung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Vertrages von Versailles anfecht. Vorschläge wie die von Dr. Simons gemachten sind einfach die notwendige Folgerung aus dieser neuen Haltung. Wenn Deutschland in dieser Gemütsverfassung an seine Verpflichtungen herangeht, sind solche Vorschläge unvermeidlich. Wir wünschen deshalb ein für allemal es ganz klar auszusprechen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als *cause jugée* behandelt wird."

Infolgedessen erklärte man also, die deutschen Vorschläge seien völlig ungeeignet als Grundlage für Besprechungen, und den Deutschen wurde in ultimativer Form aufgegeben, bis zum 7. März befriedigende Vorschläge zu machen oder die Pariser Beschlüsse anzunehmen. Am 6. März fand eine **Sonderbesprechung zwischen Simons, Lloyd George, Briand, Bergmann, Curzon und Loucheur statt**. Die Deutschen machten neue Vorschläge: fünfjährige Regelung durch feste Annuitäten und ein Äquivalent für die Ausfuhrabgabe, allerdings auch unter der Voraussetzung der vollen Handelsfreiheit und des Verbleibens Oberschlesiens beim Reiche. Man kam aber zu keinem Ergebnis, und am folgenden Tage wurden die Verhandlungen abgebrochen, nachdem der Oberste Rat in seiner Gesamtheit die deutschen Vorschläge abgelehnt hatte.

**Sanktionen  
und drohende  
Rheinbesetzung**

Gleichzeitig traten jetzt die "**Sanktionen**" in Kraft: Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort wurden am 8. März durch Ententetruppen besetzt, nach einigen Tagen zog das feindliche Militär in Walsum, Ratingen, Welbeck und Marxloh ein und okkupierte die Bahnhöfe Mülheim-Speldorf und Oberhausen-West. So standen die feindlichen Heere an der Schwelle des Ruhrgebietes, und es bedurfte nur noch eines Schrittes, um die von Frankreich schon längst angedrohte **Ruhrbesetzung** zu vollenden. Eine Zollgrenze wurde um das Rheinland gelegt und alle deutschen Waren, die in das besetzte Gebiet und die Länder der Alliierten eingeführt werden sollten, wurden mit einem "Wiedergutmachungszoll" von 50 Prozent belegt, den, wie man erwartete, die deutsche Regierung den Exporteuren ersetzen mußte. Vergeblich erklärte



Franzosen besetzen Bahnhof Düsseldorf.  
Photo Scherl.



März 1921: Belgische Panzerautos  
in den Straßen Düsseldorfs.  
Photo Sennecke.



Deutschland, daß die Sanktionen einen Bruch des Versailler Verlages darstellten, vergeblich war die Beschwerde beim Völkerbund.

Nun wurde die Wiedergutmachungskommission beauftragt, die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme offiziell festzusetzen und die von Deutschland bis zum 1. Mai 1921 gezahlten Beträge zu schätzen. Zunächst war es das Bestreben der Kommission, von der deutschen Regierung die Durchführung des Artikels 235 zu erreichen. Deutschland berechnete den Wert seiner Lieferungen bis Anfang Mai 1921 auf 21 Milliarden Goldmark, doch die Wiedergutmachungskommission erkannte diese Summe nicht an und forderte, daß gemäß Artikel 235 des Versailler Vertrages bis zum 1. Mai die Summe von 20 Milliarden Goldmark zu zahlen sei. Da von ihr die bisherigen Leistungen Deutschlands nur auf acht Milliarden geschätzt wurden, mußten also innerhalb der nächsten sechs Wochen noch 12 Milliarden abgeliefert werden. Bis zum 1. Mai sollte dann auch die Gesamtsumme für die Wiedergutmachungen mitgeteilt werden. Als Abschlagszahlung auf die am 1. Mai fälligen Summen sollte Deutschland bis zum 23. März eine Milliarde Goldmark zahlen.

Die Verhandlungen nahmen immer schärfere Formen an. Die Alliierten wollten Deutschland unter allen Umständen zur Erfüllung zwingen, während die deutsche Regierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung nicht mehr Zugeständnisse machen wollte, als es ihr nach Recht und Billigkeit notwendig erschien. Die Alliierten gingen bei ihren Forderungen von Artikel 231 des Versailler Vertrages aus, welcher Deutschlands Alleinschuld am Weltkriege dekretierte, während die deutsche Regierung diese Behauptung anfocht und verlangte, daß die Wiedergutmachung von allen Völkern gemeinsam nach dem Anteil ihrer Schuld am Weltkrieg ausgeführt werde. Allerdings mußte sich nach den Ereignissen der Jahre 1918 und 1919 erweisen, daß die Bestrebungen der deutschen Regierung wenig Aussicht auf Erfolg haben mußten.

**Zuspitzung  
der Lage**

Entgegen der englischen Erklärung im Unterhause verkündete Briand am 24. März vor dem vereinigten Finanz- und Auswärtigen Ausschuß, daß England und Frankreich den **Beginn der 15jährigen Besetzungsfrist des Rheinlandes abhängig machen vom Beginn befriedigender Vertragserfüllung durch Deutschland**. Es war dies einer der bekannten französischen Einschüchterungsversuche, welche Deutschland den Forderungen der Alliierten gefügig machen sollten. Es war ja leicht, den Deutschen stets Erfüllungsverzug vorzuwerfen, und wie hätten die Franzosen die günstige Gelegenheit, ihre Rheinlandpläne zu verwirklichen, nicht beim Schopfe fassen sollen? Trotzdem verkauften Frankreich und Belgien die mit deutschem Schweiß geschürfte Tributkohle weiter, so daß die deutsche Regierung fünf Tage später wiederum Einspruch hiergegen erhob. Von Tag zu Tag stieg die Erregung über die vermeintliche deutsche Hartnäckigkeit in Frankreich, und Anfang April drohte Briand in einer Senatsrede, wenn Deutschland am 1. Mai versuche, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, so werde eine feste Hand es am Kragen packen, und eine Woche später variierte er das Thema, indem er in einer Kammerrede bemerkte, wenn der deutsche Schuldner sich widerspenstig zeige, dann müsse den Gerichtsvollzieher ein Gendarm begleiten. Auch die Wiedergutmachungskommission setzte den Deutschen zu und forderte die Überführung der Goldbestände der Deutschen Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken als Pfand nach dem besetzten Gebiet (17. April). Deutschland wies darauf hin, daß die Durchführung dieser Forderung rechtlich unmöglich sei, da die Reichsbank ein Privatinstitut sei, und schlug eine Verlängerung des Goldausfuhrverbotes vor. -

Am 20. April war auch die **Rheinlandgrenze** in Kraft getreten. Sie bedeutete einen herben Schlag für das deutsche Wirtschaftsleben, denn es wurde etwa der achte Teil der deutschen Bevölkerung gewissermaßen vom Reiche abgeriegelt. Auch der Wiedergutmachungszoll von 50 Prozent, ein "Kampfszoll" von ganz unerhörter Schärfe, begann sich unheilvoll bemerkbar zu machen. **In Lympne bei Hythe trafen am 24. April Lloyd George und Curzon mit Briand und Berthelot zusammen, und in der Sorge um das "widerspenstige" Deutschland wurde die vollkommene Einmütigkeit Frankreichs und Englands über die volle Erfüllung der deutschen Verpflichtungen festgestellt.** Die Lage war ernst, denn die bürgerliche Regierung Deutschlands war mutig und standhaft, und sie stellte die Alliierten vor Entschlüsse, die von weittragender Bedeutung sein konn-

ten. Eine Vollkonferenz des Obersten Rates sollte zum 30. April einberufen werden.

So anerkennenswert das Verhalten der deutschen Regierung vom politisch-moralischen Standpunkte aus war, so hoffnungslos war es doch andererseits! Wie wollte das gänzlich seiner Macht entkleidete und entwaffnete Deutschland seine Forderungen des Rechtes durchsetzen, während doch seine Gegner bis an die Zähne bewaffnet waren. Ja, jede deutsche Weigerung war Wasser auf Frankreichs Mühlen! Wie frohlockte die Pariser Presse, wie fleißig und unentwegt zeigte sie den Engländern, daß ihr Schwachwerden einem Verrat am Siege der Alliierten gleichkomme! Nein, jetzt gelte es, fest zusammenzustehen wie in den schönen Augusttagen 1914 glorreichen Angedenkens! Die mit der Härte der siegreichen Helden gepanzerten Herzen der Franzosen wurden weich vor Rührung, denn es stand unerschütterlich fest vor der Welt, daß die verdammten Deutschen wahrhaft schlechte Menschen waren, die sich weigerten, ihre gerechten Verpflichtungen zu erfüllen.

**Stimmung  
in London  
und Paris**

Es herrschte in Paris und London eine Stimmung, die man etwa als nachgeahmte Kriegsstimmung vom August 1914 bezeichnen könnte: Westeuropa war sich vollkommen einig, das unbequeme Deutschland zu Boden zu zwingen. So konnte Lloyd George am Tage nach Lypne im Unterhause erklären: "Falls die zu erwartenden deutschen Vorschläge nicht genügen, wird die englische Regierung bei dieser (in Lypne beschlossenen) Konferenz die französischen Vorschläge wegen der Okkupation der westfälischen Kohlengebiete unterstützen; wenn weitere Zwangsmaßnahmen geplant werden, werden sie vor ihrer Durchführung dem Hause unterbreitet werden." Auch England war demnach entschlossen, den Einmarsch ins Ruhrgebiet durchzuführen. Briand aber, voller Genugtuung über die englische Zustimmung, frohlockte vor der Französischen Kammer: Frankreich verzichte auf alle weiteren Worte, seine Dispositionen für den Verfalltag (1. Mai) seien getroffen; es sei bereit, die Geste auszuführen, die das Mittel zur Sicherung seiner Rechte in seine Hand bringen werde.

Die Alliierten gingen zur letzten entscheidenden Offensive über: **das Ruhrgebiet sollte besetzt werden**, dadurch würde die bürgerliche Regierung in Deutschland gestürzt werden und eine "Erfüllungsregierung" von Zentrum und Sozialisten würde ihr folgen, eine Regierung, von der man nicht so viel Widerstände zu erwarten habe wie von der gegenwärtigen. Auch lagen die allgemeinen Verhältnisse im deutschen Volke noch so, daß die Alliierten auf ein Gelingen ihres Planes hoffen durften. Die Besetzung des Ruhrgebietes würde in der Tat eine innere Opposition hervorgerufen haben, die den Sturz der ersten bürgerlichen Regierung und ihre Ersetzung durch eine sozialistische Erfüllungsregierung nach sich gezogen hätte.

Die **Wiedergutmachungskommission** handelte selbstverständlich in voller Übereinstimmung mit den alliierten Regierungen. Zunächst ward der alte Streit weitergeführt, der sich aus der deutschen und alliierten Berechnung der bereits von Deutschland geleisteten Zahlung ergab. Die Kommission hielt hartnäckig an ihrer Behauptung fest, daß Deutschland erst acht Milliarden entrichtet habe, während Dr. Simons seinen Standpunkt über bereits gezahlte 20 Milliarden aufrechterhielt. Der Ausschuß verlangte nach wie vor, daß bis zum 30. April eine Milliarde Goldmark in die Keller der Bank von Frankreich zu liefern sei, was ja von deutscher Seite konsequent abgelehnt werden mußte. Am 27. April ging der deutschen Regierung die Note des Ausschusses zu, in welcher gemäß Artikel 232 und Anhang A zum Teil 8 des Versailler Vertrages die **deutsche Gesamtschuld auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt wurde. Nicht eingerechnet waren hierin die deutschen Zurückerstattungen nach Artikel 238 und 232 Absatz 3. Die deutsche Reichsregierung sollte bis zum 1. Mai, an welchem Tage nach Artikel 233 Absatz 3 die deutschen Zahlungsverpflichtungen zu laufen beginnen sollten, die Schuld anerkennen.**

**Wiedergutmachungsartikel  
des Versailler Vertrages**

Der Wortlaut des Artikels 232 Absatz 1 und 2 ist folgender: "Die verbündeten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsquellen Deutschlands nicht ausreichen, um die vollständige Wiedergutmachung aller dieser Verluste und aller dieser Schäden sicherzustellen, indem sie der ständigen Verminderung dieser Hilfsquellen Rechnung tragen, die sich aus den anderen Bestimmungen dieses Vertrages ergibt. - (Abs. 2) Die verbündeten und assoziierten Regierungen verlangen indessen und Deutschland über-

nimmt die Verpflichtung, daß alle Schäden wieder gutgemacht werden, die der Zivilbevölkerung der alliierten und assoziierten Regierungen und ihrem Vermögen durch den erwähnten Angriff zu Lande, zur See und aus der Luft zugefügt sind, und überhaupt alle Schäden, wie sie in der Anlage I näher bestimmt sind."

Anlage I spezifiziert die Schäden nun folgendermaßen:

"Gemäß Artikel 232 kann von Deutschland Ersatz für die Gesamtheit der Schäden verlangt werden, die unter die nachstehenden Kategorien fallen:

1. Schäden, die Zivilpersonen an Leib oder Leben oder die Hinterbliebenen erlitten haben, die von diesen Zivilpersonen versorgt wurden, gleichviel in welchem Orte, sofern die Schäden durch irgendwelche Kriegshandlungen einschließlich der Beschießungen oder anderer Angriffe zu Lande, zur See oder aus der Luft oder durch irgendeine ihrer unmittelbaren Wirkungen oder durch irgendwelche Kriegsmaßnahmen der beiden Gruppen der Kriegführenden verursacht worden sind.
2. Schäden, die von Deutschland oder seinen Verbündeten, gleichgültig an welchem Orte, Zivilpersonen dadurch zugefügt worden sind, daß sie Opfer von Akten der Grausamkeit, Gewalttätigkeit oder schlechter Behandlung wurden (einschließlich der Angriffe auf Leben und Gesundheit infolge von Gefangensetzung, Deportation, Internierung oder Evakuierung, Aussetzung auf hoher See oder Zwangsarbeit) oder die den Hinterbliebenen zugefügt worden sind, die von diesen Opfern versorgt wurden.
3. Schäden, die von Deutschland oder seinen Verbündeten in ihrem Gebiete oder im besetzten oder Kriegsgebiet Zivilpersonen dadurch zugefügt worden sind, daß sie Opfer irgendeiner gegen ihre Gesundheit, ihre Arbeitsfähigkeit oder ihre Ehre gerichteten Handlung wurden, oder die den Hinterbliebenen zugefügt worden sind, die von diesen Opfern versorgt wurden.
4. Schäden, die durch irgendeine Art von schlechter Behandlung den Kriegsgefangenen zugefügt worden sind.
5. Als Schäden, die den Völkern der alliierten und assoziierten Mächten zugefügt worden sind, gelten auch alle Pensionen und gleichartigen Entschädigungsleistungen an militärische Opfer des Krieges (Heer oder Flotte oder Luftstreitkräfte), die verstümmelt, verwundet, krank oder invalide geworden sind, und an Personen, denen diese Opfer Unterhalt gewährten. Die Höhe der Summen, die den alliierten und assoziierten Regierungen geschuldet werden, soll für jede dieser Regierungen zu dem Kapitalwerte berechnet werden, den die bezeichneten Pensionen oder Entschädigungsleistungen am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages bei Zugrundelegung der in Frankreich zu diesem Zeitpunkte geltenden Tarife hatten.
6. Die Kosten der Unterstützung, die den Kriegsgefangenen, ihren Familien oder den Personen, denen sie Unterhalt gewährten, durch die Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte geleistet worden ist.
7. Unterstützungen, die von den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte den Familien von mobilen oder sonstigen Heeresangehörigen oder anderen oder von mobilen oder sonstigen Heeresangehörigen versorgten Personen gegeben worden sind. Die Höhe der Summen, die den genannten Regierungen für jedes Kriegsjahr geschuldet wurden, wird für jede dieser Regierungen auf der Grundlage des Durchschnittstarifs berechnet, der in Frankreich während des bezeichneten Jahres für Zahlungen dieser Art in Geltung war.
8. Schäden, die Zivilpersonen infolge der ihnen von Deutschland oder seinen Verbündeten auferlegten Verpflichtung erwachsen sind, ohne angemessene Vergütung zu arbeiten.
9. Schäden an allem Eigentum, gleichviel wo es belegen ist, das einer der alliierten und

assoziierten Mächte oder ihren Angehörigen gehört (mit Ausnahme der Anlagen oder Materialien von Heer und Marine) und das durch die Handlungen Deutschlands oder seiner Verbündeten zu Lande, auf der See oder in der Luft fortgenommen, beschlagnahmt, beschädigt oder zerstört worden ist, oder Schäden, die als unmittelbare Folgen der Feindseligkeiten oder irgendwelcher Kriegshandlungen verursacht worden sind.

10. Schäden, die in Form von Gelderhebungen, Strafen oder ähnlichen Anforderungen (Beiträgen) von Deutschland oder seinen Verbündeten zum Nachteil der Zivilbevölkerung verursacht worden sind."

Für dieses Schuldkonto hatte also das deutsche Volk 132 Milliarden Goldmark zu zahlen. Es hatte für die Schäden, die seine Bundesgenossen angerichtet hatten, mit aufzukommen. **Seine Verpflichtung war nichts mehr und nicht weniger, als Europa wieder aufzubauen.**

Aber es waren dies nur die unmittelbaren Wiedergutmachungen für Kriegsschäden, und dazu kamen nun noch besondere Verpflichtungen Belgien gegenüber. Absatz 3 des Artikels 232 sagt darüber:

### **Die Wiedergutmachungslast**

"In Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland früher bezüglich der Belgien geschuldeten völligen Wiederherstellung und Rückerstattung übernommen hat, verpflichtet sich Deutschland, außer dem anderweitig vorgesehenen Schadenersatz wegen Verletzung des Vertrages von 1839 die Rückzahlung aller Summen zu bewirken, welche Belgien von den alliierten und assoziierten Regierungen bis zum 11. November 1918 geliehen hat, einschließlich 5 Prozent Zinsen. Die Höhe dieser Summen wird von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt werden. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, unverzüglich zu einem entsprechenden Betrage besondere Schuldverschreibungen auf den Inhaber auszugeben, die in Goldmark am 1. Mai 1926 oder nach Wahl der deutschen Regierung am 1. Mai irgendeines früheren Jahres zahlbar sein sollen. Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen wird die Form dieser Schuldverschreibungen von der Wiedergutmachungskommission festgestellt werden. Diese Schuldverschreibungen werden der Wiedergutmachungskommission übergeben, die ermächtigt sein soll, sie in Empfang zu nehmen und namens der belgischen Regierung darüber Quittung zu erteilen."

Das waren noch einmal sechs Milliarden Goldmark.

Und schließlich waren die im Artikel 238 aufgeführten Leistungen nicht in der Grundsomme enthalten. Dieser Artikel verfügt:

"Außer den oben vorgesehenen Tilgungsleistungen wird Deutschland, indem es sich dem durch die Wiedergutmachungskommission geschaffenen Verfahren unterwirft, die Zurückgabe des fortgenommenen, beschlagnahmten oder sequestrierten Geldes in bar bewirken, ebenso die Zurückgabe der fortgenommenen, beschlagnahmten oder sequestrierten Tiere, Gegenstände aller Art und Wertpapiere, sofern es möglich ist, sie im Gebiete Deutschlands oder seiner Bundesgenossen festzustellen. - Bis zur Schaffung dieses Verfahrens soll die Rückerstattung nach den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918, der Erweiterungsverträge und der inzwischen getroffenen Vereinbarungen fortgesetzt werden." -

**Alles in allem genommen, Zins und Zinseszins eingerechnet, belief sich Deutschlands "Reparationsschuld" auf etwa 200 Milliarden**, und die Ende April 1921 der deutschen Regierung von der Wiedergutmachungskommission übergebene Denkschrift war nichts anderes als eine Variation des Themas von Paris und London; man kam zu demselben Endergebnis: Deutschland Verpflichtungen aufzuerlegen, die es auf Jahrzehnte zu physischer und wirtschaftlicher Ohnmacht verurteilten. -

Mit derartigen Plänen und Anschlägen **war die deutsche Regierung ganz und gar nicht einverstanden**. Sie beharrte unerschütterlich auf ihrem stets zum Ausdruck gebrachten Standpunkt, daß Deutschland nicht die Alleinschuld und die alleinige Verantwortung für den Krieg trage, wie es

durch die Veröffentlichung der Dokumente erwiesen sei, und deshalb nicht mit Recht und Billigkeit durch seine Wirtschaftskraft ganz allein Europa wieder aufzubauen verpflichtet sei. Natürlich sei Deutschland bereit, seinen Anteil am Wiederaufbau zu tragen, aber es käme hierfür kein größerer Betrag in Frage als höchstens der dritte bis vierte Teil der von der Wiedergutmachungskommission festgesetzten Summe, allerhöchstens insgesamt 85 Milliarden. Voraussetzungen für Deutschlands Zahlungsfähigkeit seien jedoch Aufhebung der Sanktionen, Herstellung der überseeischen Handelsfreiheit und Verbleiben Oberschlesiens beim Reiche. Die deutsche Regierung sei überdies viel zu ehrlich, als daß sie nach genauer Kenntnis des deutschen Wirtschaftslebens Verpflichtungen eingehen, von deren Unerfüllbarkeit sie von vornherein überzeugt sei. Man wies auch auf die **sündhafte Vergeudung des Geldes im besetzten Gebiet** hin, des Geldes, das mühsam die Deutschen im Schweiße ihres Angesichts erarbeiteten, um es sich von den Besatzungstruppen abpressen zu lassen. Wie war es möglich, daß vom 11. November 1918 bis zum 30. April 1921 fast 3½ Milliarden Goldmark für Besatzungskräfte in Stärke von rund 150 000 Mann gezahlt werden konnten! Und hierin waren nicht eingerechnet die Kontributionen an deutschem Land-, Sach-, Natural- und Hauseigentum! Das war fürwahr eine kostspielige Armee! Und dann die vielen Überwachungsausschüsse! Erhielt doch ein Kommissar ein Jahresgehalt von über 30 000 Goldmark, ein General hierbei 12 500, ein Maschinenschreiber 5 700 Goldmark, ein Chauffeur 3 800! Die Kommissionen waren wirklich nicht kleinlich, wenn es galt, sich Gehälter auf Deutschlands Kosten zu bewilligen! **Es waren seit 1918 rund neun Milliarden in Gold an barem Gelde aus dem deutschen Volke herausgepreßt worden, und nur der vierte Teil ist den Wiedergutmachungen, dem Aufbau Nordfrankreichs, wirklich zugute gekommen!** Mußte nicht eine deutsche Regierung, die diesen Mißbrauch tagtäglich erlebte, mit vollem Rechte gegen die unerhörten Forderungen der Alliierten Einspruch erheben? Es ward ein Raubbau mit deutscher Kraft getrieben, der nicht nur schwere Folgen für das Wirtschaftsleben, sondern auch für die Gesundheit und die Kultur des deutschen Volkes nach sich ziehen mußte. -

Es blieb den Deutschen nicht verborgen, daß der Gang der Wiedergutmachungsverhandlungen seit dem Scheitern der Londoner Konferenz eine drohende Wendung genommen hatte, und sie erkannten, daß man durch unmittelbare Verhandlungen mit den Gegnern zu keinem Ergebnis kommen werde. Deshalb rief Deutschland die Vermittlung einer unparteiischen Macht an: der **Vereinigten Staaten von Amerika**. Der neue Präsident Harding hatte am 12. April seine Antrittsbotschaft verkündet; er lehnte darin den Völkerbund als Zwangsmittel der Sieger ab und forderte die Herstellung des technischen Friedenszustandes mit Deutschland, wobei die Rechte Amerikas aus dem Waffenstillstande zu berücksichtigen seien. Es sei unbedingt notwendig, Europa wiederherstellen zu lassen und den Kriegsschuldigen gerechte Wiedergutmachungsbedingungen aufzuerlegen. Schließlich kündigte Harding Maßnahmen an, um einen Bund der Nationen zu errichten.

Aus den Äußerungen des neuen Präsidenten zog die deutsche Regierung den Schluß, Amerika werde sich ihrer annehmen, und **richtete am 21. April an Harding das formelle Ersuchen, in der Wiedergutmachungsfrage zu vermitteln und für Deutschland unbedingt bindend die Wiedergutmachungssumme festzusetzen.** Das Angebot war verfrüht. Noch stand Amerika und das amerikanische Volk dem Kriege, in dem es selbst Partei gewesen war, zu nahe, um die Rolle des unparteiischen Vermittlers zu übernehmen. Das Scheitern der Wilsonschen Bestrebungen in Versailles trug außerdem seinen Teil dazu bei, daß sich Amerika enttäuscht von Europa abgewendet hatte. Schon am folgenden Tage, dem 22. April, lehnte die amerikanische Regierung das von Deutschland angebotene Schiedsamt in der Wiedergutmachungsangelegenheit ab. Präsident Harding erklärte sich außerstande, zwischen Deutschland und der Entente zu vermitteln, da ja Deutschland allein die Verantwortung für den Krieg trage. Nichtsdestoweniger übersandte die Regierung am 24. April dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ihre Vorschläge, wie sie ihrer allgemeinen Einstellung zur Kriegsschuldfrage entsprachen. Amerika unterbreitete diese unverbindlich und ohne eine Vermittlungsverpflichtung zu übernehmen, den Ententeregierungen, und am 29. April teilten der britische, der französische und der belgische Botschafter dem amerikanischen Staatssekretär Hughes mit, daß

**Abgelehnte Vermittlung  
der Vereinigten Staaten**

die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge unannehmbar seien. Am folgenden Tage trat der Oberste Rat der Alliierten zusammen und zog, mit Ausnahme Italiens, auch die militärischen Sachverständigen hinzu. Es stand außer jedem Zweifel: Frankreich und England wollten marschieren. Da die Verhältnisse sich bereits soweit entwickelt hatten, kam auch Amerika zu der Erkenntnis, daß die Gegensätze nicht mehr überbrückt werden könnten und jede Vermittlungsaktion schon aussichtslos sein müsse, ehe sie eingeleitet wurde. Gegenüber dem starren Festhalten der Entente an ihren Grundsätzen von Paris war auch Amerika machtlos, und am 1. Mai lehnte Amerika es in aller Form ab, die deutschen Vorschläge offiziell an die Alliierten weiterzugeben. -

**Rücktritt der  
Regierung  
Fehrenbach**

**Damit war das Schicksal der Regierung Fehrenbach besiegelt.** Ihr letzter Ausweg war verschüttet, ihre letzte Hoffnung, die drohende Gefahr abzuwenden, war vernichtet. "Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffene politische Lage", d. h. **mit Rücksicht auf den unvermeidbaren Bruch mit der Entente, trat am 4. Mai 1921 das erste bürgerliche Reichskabinett der deutschen Republik zurück.** Es wich der letzten Konsequenz, die es nicht verantworten zu können glaubte, der Ruhrbesetzung, aus. Standhaft und unerschütterlich hatte diese Regierung fast ein Jahr lang für das Recht und die Ehre Deutschlands gekämpft, aber sie hatte einen aussichtslosen Kampf geführt, denn ihr Arm war gelähmt. Sie hatte keine gefürchtete militärische Macht hinter sich, Deutschland war entwaffnet. Und weil sie keine militärische Macht besaß, besaß sie auch kein moralisches Gewicht in der Welt: Amerika zog sich zurück. So scheiterte der letzte Versuch, von Deutschland die schwere Gefahr der ungerechten Wiedergutmachungsforderungen abzuwenden.

**Es war ein gewaltiges Ringen der beiden welthistorischen Prinzipien Macht und Recht gewesen, welches vier Monate lang Europa in Atem gehalten hatte.** Paris, London und zu guter Letzt die Forderungen der Reparationskommission waren die Etappen dieses Kampfes, der ein Leidensweg für Deutschland wurde. Die Regierung Fehrenbach, beseelt von den besten Vorsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit, mußte Schritt für Schritt vor der Macht der Gegner weichen. Das ist das Tragische im Schicksal der Fehrenbach-Regierung: sie fiel im Kampfe für ihr Volk, auf dessen Gesamtheit sie sich nicht stützen konnte bei der Verteidigung gegen brutale Gewalt. Und dennoch siegte sie moralisch durch ihren Sturz: Die Faust Frankreichs, die bereits zum Schlage gegen das Ruhrgebiet ausgeholt hatte, sank zurück. Das war nämlich das große Problem jener Tage, welches schicksalsschwer auf dem Reiche lastete: **Konnte das deutsche Volk, das sich noch in starker revolutionärer Gärung befand, eine Ruhrbesetzung ertragen, ohne Schaden zu nehmen an seinem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, ja an seiner politischen Einheit? Den Verlust des Ruhrgebietes konnte das deutsche Volk um so weniger ertragen, als infolge eines blutigen Polenaufstandes auch Oberschlesien für das deutsche Wirtschaftsleben ausfiel. Das politische und wirtschaftliche Chaos wäre unvermeidbar gewesen. Auch mußte der einmütige Wille Frankreichs und Englands, das Ruhrgebiet zu besetzen, von vornherein für Deutschland außenpolitisch hoffnungslos wirken. Das Ruhrgebiet durfte nicht besetzt werden, andererseits durften auch die unmäßigen Forderungen der Feinde nicht angenommen werden. Das waren die beiden Thesen, auf welche die Reichsregierung sich stützte. Diese beiden Thesen, erwachsen auf dem Boden des Rechtes, vertrugen sich nicht mit dem Machtwillen der Gegner. So blieb der Regierung Fehrenbach nur ein Ausweg: abzutreten, nachdem auch der Versuch einer Vermittlung gescheitert war. -**

Als die Regierung Fehrenbach gestürzt war, war die **Entwaffnung Deutschlands endgültig durchgeführt.** Die Sicherheitspolizei ("Sipo"), jene "gefährliche" Einrichtung, war aufgelöst worden, nachdem die Interalliierte Militärkontrollkommission noch am 23. Dezember 1920 ihre sofortige Auflösung verlangt hatte. Und doch war gerade die Sipo nach langen, schwierigen Verhandlungen mit den Alliierten errichtet worden, zu dem Zwecke, Deutschland vor inneren Erschütterungen zu schützen. Sie verschwand - und den Schutz der Einwohnerschaft übernahm nur noch die dezentralisierte Schutzpolizei, die aus der blauen Polizei der Vorkriegszeit hervorgegangen war. Auch die Luftpolizei mußte aufgelöst werden. Die Befestigungen an der Nordseeküste wurden geschleift, und



ein Gesetz vom 12. März 1921 verfügte die Auflösung der Selbstschutzorganisationen, trotz des bayerischen Widerspruchs mußte sich auch die Selbstschutzorganisation des Forstrats Escherich, die Orgesch, in den nächsten Monaten auflösen lassen. Trotz all dieser Beweise des guten Willens fürchtete die Entente dennoch, Deutschland umgehe die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages. Mitte März verlangte die Interalliierte Militärkommission, daß die Hälfte aller auslaufenden deutschen Schiffsladungen auf Waffen untersucht werden sollte!

### **Deutschlands Entwaffnung**

Bis Anfang Mai 1921 wurde an **deutschen Waffen und anderem Kriegsmaterial zerstört**: 940 320 Geschütze und Rohre, 26 350 Lafetten, 22 037 Minenwerfer, 87 000 Maschinengewehre, 183 494 Maschinengewehrläufe, 4¾ Millionen Handwaffen, Gewehre und Karabiner, eine Viertelmillion Infanteriegewehre, 28 Millionen geladene Artilleriegeschosse, 300 000 Tonnen ungeladene Artilleriegeschosse, 53 Millionen Scharfzünder, 15 700 Tonnen Patronenhülsen, 345 Millionen Handwaffenmunition und 18 000 Tonnen Pulver. Die Festungen an den Grenzen waren geschleift, und Deutschland besaß noch 1000 Kanonen. Die deutsche Rüstungsindustrie hatte aufgehört zu bestehen, und ihre Maschinen waren verschrottet oder abgeliefert. Das Zeitalter wohlorganisierter Wehrkraft war versunken, inmitten waffenstarrer Nachbarn stand Deutschland bis aufs Hemd entwaffnet, willenlos preisgegeben jeglicher Willkür von draußen, ohne Macht und Kraft, sein gutes Recht zu verteidigen.

### **Französisch-polnisches Militärbündnis**

**Frankreich** war jedoch nicht müßig gewesen. Auch das entwaffnete Deutschland war ihm noch ein furchtbarer Gegner. Mit **England**, mit dem kein Militärbündnis zustande gekommen war, war man durch gemeinsame Wiedergutmachungsinteressen verbunden. Mit **Belgien** war im August 1920 ein Militärbündnis abgeschlossen worden, und mit dem beginnenden Jahre 1921, im Januar, kam auf unbegrenzte Dauer zum Zwecke engen Zusammenwirkens der französischen und der polnischen Armee gegen Deutschland auch eine **französisch-polnische Militärkonvention** zustande. Frankreich versprach Polen seine volle Unterstützung in der oberschlesischen Frage und verpflichtete sich, mit allen Mitteln für die Zuteilung des gesamten Industriegebietes an Polen einzutreten und den Polen in einem etwaigen Kriege gegen Deutschland, der kein Angriffskrieg sei, volle militärische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Frankreich übernahm die Organisation und die Ausbildung des polnischen Heeres, die Lieferung der Bewaffnung und Ausrüstung und verpflichtete sich, jährlich eine bestimmte Summe für den Ausbau des polnischen Heeres zur Verfügung zu stellen. Demgegenüber verpflichtete sich Polen, ein stehendes Heer von 600 000 Mann unter Waffen zu halten, und zwar die Hauptmacht dauernd an den deutschen Grenzgebieten zu stationieren, ferner das gesamte Eisenbahnsystem den Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechend auszubauen und die Grenzfestungen so schnell wie möglich in einen verteidigungsfähigen Zustand zu setzen. Dem Chef der französischen Militärmission räumte Polen vollkommene Freiheit des Handelns und völlig unmittelbare Kommandogewalt über alle Teile der polnischen Armee ein.

### **Französisch-polnisch-tschechische Militärkonvention**

Als Ergänzung zu diesem Bündnis wurde in der ersten Hälfte des März 1921 noch eine **französisch-polnisch-tschechische Militärkonvention** abgeschlossen, worin die Operationspläne für ein enges Zusammengehen der Tschechoslowakei mit den Polen und den in Oberschlesien stehenden französischen Truppen im Falle eines bewaffneten Vorgehens gegen Deutschland festgelegt wurden. Die Polen sollten in Oberschlesien einfallen und dies gemeinsam mit den Franzosen fest in der Hand behalten, die Tschechen dagegen sollten mit geringen Kräften zunächst nur das ihnen von Frankreich in Aussicht gestellte deutsche Gebiet, den südlichen Teil des Kreises Leobschütz, besetzen, das Gros ihrer Armee jedoch im Raume Prag - Leitmeritz - Königgrätz versammeln und für andere Operationen bereit halten. Der Befehl über die schlesischen Truppen sollte einem französischen General übertragen werden, damit ein enges Zusammenwirken mit den polnischen und französischen Truppen gesichert sei. - So traf Frankreich umfangreiche Vorkehrungen, dem deutschen Volke auch in Oberschlesien einen schweren Schlag zu versetzen. Auch dies Gebiet rückte im Frühjahr 1921 in den politischen Brennpunkt. Hier fand am 20. März die geplante Volksabstimmung statt, über die weiter unten zu sprechen sein wird und die den Franzosen nicht das gewünschte Ergebnis brachte. **Anfang Mai war**

**Frankreich entschlossen, der deutschen Industrie und damit dem deutschen Volke den Todesstoß zu versetzen, indem es das Ruhrgebiet und, durch die Polen, Oberschlesien, die beiden Kohlenreservoirs, welche dem deutschen Wirtschaftsleben noch geblieben waren, von Deutschland reißen wollte.** Das war der letzte Sinn der Wiedergutmachungsforderungen, der deutschen Entwaffnung und der französischen Militärbündnisse vom Sommer 1920 bis zum Frühjahr 1921. Und diese Tendenz der französischen Politik schlug die Brücke vom drohenden Ruhreinfalle zum gleichzeitig ausbrechenden Polenaufstand in Oberschlesien: Deutschland sollte im Chaos untergehen. Die Situation vom Frühjahr 1921 glich stark jener späteren vom Herbst 1923, wie wir sehen werden.



## **11. Kapitel: Die Kriegsschuldfrage, Deutsche Wirtschaftsführer.**

"Die ganze Politik von 1919 bis zur Gegenwart ist eigentlich nichts anderes gewesen, als der Versuch, daß Deutschland endlich sein Recht zuerkannt wird", sagte Stresemann am 22. März 1926 im Reichstage. Dieser **Kampf um das Recht** war besonders schwer, weil dem deutschen Volke eine moralische Last auferlegt worden war, welche die Deutschen zu den Urhebern der schändlichsten Greuel gegen die Gesetze der Menschheit und der Menschlichkeit machte. Die Regierungen der Westmächte hatten bestimmt, daß Deutschland schuld am **Weltkriege** sei, und Deutschland hatte in Versailles dies Bekenntnis unterschreiben müssen. Umfangreiche Aktenveröffentlichungen erwiesen zwar mit unzweifelhafter Deutlichkeit, daß die Behauptung von Deutschlands Schuld nicht zutrifft. Es stellte sich heraus, daß Frankreichs Revanchesucht, Englands Handelsneid und Rußlands Panslavismus bereits seit Jahren die Umzingelung und Vernichtung Deutschlands vorbereitet hatten und daß Deutschland im August 1914 nur dem entscheidenden Schlage seiner Gegner zuvorkam, während Rußland schon seit Wochen die fernen sibirischen Regimenter an seine Westgrenze transportierte. Diese untrüglichen Wahrheiten waren durch nichts aus der Welt zu schaffen. Da nun aber einmal das machtlose Deutschland seine Schuld, wenn auch gezwungenermaßen, anerkannt hatte, lehnten die alliierten Regierungen beharrlich alle Versuche ab, welche Artikel 231, die Grundlage des **Versailler Vertrages**, erschüttern konnten. Trotzdem griff die **Regierung Fehrenbach** bei ihrem Widerstande gegen die Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten den Artikel 231 des Versailler Vertrages an. Allerdings behandelte sie die Kriegsschuldfrage mehr wie eine Kabinettsache, weniger wie eine Volksangelegenheit. Es war erstaunlich, wie phlegmatisch weite Kreise des deutschen Volkes gerade dieser fundamentalen und schwerwiegenden Frage gegenüberstanden, die ja den Angelpunkt des ganzen Versailler Vertrages bildete. Es gab sogar pazifistische und sozialistische Kreise in Deutschland, die aus Haß gegen die kaiserliche Regierung unumwunden die Kriegsschuld Deutschlands anerkannten, wie z. B. der Unabhängige Kurt Eisner in seinen *Enthüllungen*, und wie dies auf dem Genfer Sozialistenkongreß 1920 von deutscher Seite wiederum geschah. Es bildeten sich Ausschüsse in Deutschland, die sich die Bekämpfung der Kriegsschuld zum Ziele setzten, aber die Propaganda war infolge allgemeiner Geldnöte sehr beschränkt und wenig nachdrücklich: sie drang nicht ins Volk. Außer den eigentlich akademischen Kreisen gab es kaum andere Bevölkerungsschichten, die mit vollem Bewußtsein die tragische Wucht der **Kriegsschuld** erkannten, - jenes Ungeheuers, das an der Wiege der deutschen Republik stand und sie seitdem nicht mehr verlassen hatte.

**Die Schuld  
am Kriege**

**Bekämpfung der Kriegsschuld  
durch Fehrenbach-Regierung**

Auch die **große Veröffentlichung der Vorkriegsakten**, welche Deutschlands Unschuld einwandfrei erwies, beschränkte sich mit ihren Enthüllungen nur auf einen kleinen Kreis Auserwählter, da die große Mehrzahl der Gebildeten sich vor dem nüchternen Studium amtlicher Akten und Depeschen scheute.

Es gab nur einige, die durch unmittelbares Eindringen in die Materie sich von der Unschuld der kaiserlichen Regierung überzeugten. Der **Sozialdemokrat Kautsky** gehörte einst auch zu den Anklägern der Kaiserregierung und scheute sich nicht, die Schuld am Kriege

**Kautsky**

Deutschland aufzubürden. Er aber war es, der mit der ersten Veröffentlichung amtlicher Vorkriegsdokumente betraut wurde, und in seiner Schrift *Delbrück und Wilhelm II.* gestand er: "Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung in der Frage des Krieges unrecht tat. Ich war sehr überrascht, als ich Einblick in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mehr als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet, es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht." Auch Helmut von Gerlach, Fried, Foerster u. a., die erst den Deutschen Kaiser für den Krieg verantwortlich machten, verstummten nacheinander. -

Die Publikationen aus den Archiven zu Berlin, Petersburg, Brüssel und Belgrad haben einwandfrei ergeben, **daß die Schuld für den Weltkrieg nicht bei Deutschland zu suchen ist.** Ich will hier nicht ausführen, wie sehnsüchtig Frankreich den Krieg der Rache erwartete, wie willkommen den Engländern der vernichtende Schlag gegen Deutschlands Überseehandel war und wie die allrussischen Kreise in Petersburg frohlockten, als es hieß, man marschiere gegen Deutschland. Die Welt wußte, daß es Krieg gab, und sie lachte über den ahnungslosen Deutschen Kaiser, der im tiefsten Grunde seines Herzens aufrichtig den Frieden wünschte und liebte. Die deutsche Regierung war gelähmt vor Rat- und Hilflosigkeit, als in den letzten Julitagen 1914 die Großmächte Europas den Schleier fallen ließen und dem deutschen Volke mit unverhüllter Schrecklichkeit das Antlitz des Krieges zeigten. Jules Cambon, der französische Botschafter in Berlin, spielte jetzt den geschickten Regisseur, um der unbeholfenen Regierung Bethmann-Hollwegs die Last der Verantwortung aufzubürden. Er schreibt in seinen Erinnerungen: "Als ich die österreichische Note an Serbien überflogen hatte, stand meine Meinung fest. Ich hatte das Gefühl der Gewißheit, daß der Konflikt unvermeidlich sei; immerhin mußte man versuchen, ihn zu verhindern. Vor allem war es angesichts der Entschlossenheit Deutschlands notwendig, der Welt zu zeigen, daß Deutschland die Verantwortung und die Schuld am Kriege trug. Von dieser Idee waren alle meine Schritte, alles, was ich in den folgenden Tagen unternahm, geleitet."

**Frankreichs  
Kriegsschuld**

Das Unerhörte wurde von Frankreich in aller Welt verkündet: Das kaiserliche, imperialistisch-militärische Deutschland hat die freie, friedliebende, bescheidene demokratische Republik Frankreich überfallen! England mußte dem von den deutschen Barbaren überfallenen Verbündeten zu Hilfe kommen, Italien war entrüstet, und der Zar war der festen Ansicht, Deutschland müsse bestraft werden. Am 4. August 1917 faßte Lloyd George die Kriegsstimmung der Alliierten in folgende Worte zusammen: "**Die Engländer kämpfen zur Beilegung der gefährlichsten Verschwörung, die je gegen die Freiheit der Völker angezettelt wurde, sorgsam, kunstvoll, hinterlistig, heimlich in jeder Einzelheit vorbereitet, mit rücksichtsloser, zynischer Entschlossenheit.**"

Die deutsche Schuld stellte ein wundervoll zugkräftiges Propagandamittel für die Kriegführung der Alliierten dar, es war im höchsten Grade geeignet, die Massen der Völker an sich zu ketten und sie den deutschen Heeren entgegenzutreiben. Der ehemalige **italienische Ministerpräsident Nitti** schrieb, niemand könne leugnen und die erleuchtetsten Köpfe wie Lloyd George sehen es selbst ein, daß selbst **Frankreich und England durch ihre Haltung einen guten Teil der Verantwortlichkeit am Kriege auf sich geladen hätten.** Der Hauptstörenfried jedoch sei **Rußland auf dem Balkan** gewesen. Es sei nicht wahr gewesen, daß es Kriegsziele nur für das imperialistische Deutschland gegeben habe und daß die Länder der Entente ohne Eroberungsabsichten den Krieg führten.

**Kriegsschuldpropaganda  
der Alliierten im Weltkrieg**

**Nitti**, trotzdem er zu den ehemaligen Feinden Deutschlands zählte, war ein Mann von nüchterner, gerechter Urteilsgabe. Er schreibt:

**Die Kriegsschuldwaffe  
der Entente**

"Ich hatte von jeher eine tief eingewurzelte Abneigung gegen den deutschen Imperialismus, genau wie gegen die Übersteigerungen des Nationalismus, der in allen Ländern seit dem Kriege tobt und wütet. Da er in allen Ländern gleichmäßig die Herrschaft führt, muß er sich einmal durch gegenseitige Vernichtung die Hörner ablaufen, freilich nicht, ohne zuvor allen Völkern den größten Schaden zugefügt zu haben. Ich kann also nicht erklären, daß

Deutschland und seine Verbündeten die einzig Verantwortlichen für den Krieg sind, der Europa in einen Trümmerhaufen verwandelt hat und die Hölle auf die Erde losließ. Diese Behauptung, die wir alle während des Krieges aufstellten, war eine Kriegswaffe, aber kein Mensch kann sie nach dem Kriege als ernsthaftes Argument anführen."

**Kriegsschuldkommission  
der Versailler  
Friedenskonferenz**

Die **Alliierten** jedoch waren keinesfalls gewillt, diese herrliche Waffe niederzulegen. Hatte sie im Kriege vorzügliche Dienste geleistet, so war sie den Siegern jetzt ebenso unentbehrlich, ihren Vernichtungswillen gegen Deutschland zu begründen. Zwar wehrte sich bereits am 29. November 1918 die deutsche Regierung gegen den Vorwurf der Schuld und verlangte Untersuchung durch einen unparteiischen Gerichtshof, wie wir sahen, doch vergeblich. Am 25. Januar 1919 beschloß die **Friedenskonferenz**, eine aus fünfzehn Mitgliedern bestehende Kommission einzusetzen, welche die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen feststellen sollte. Den Vorsitz führte **Staatssekretär Lansing von den Vereinigten Staaten**. Es lag in der Natur der Sache, daß ein so verantwortungsvolles Problem nicht im Handumdrehen erledigt werden konnte, sondern in Ruhe die sorgfältigste Prüfung sämtlicher Unterlagen verlangte, was mit großem Zeitaufwand verknüpft gewesen wäre. Nichtsdestoweniger war bereits Ende März, nach kaum achtwöchiger Tätigkeit, die Kommission zu einem Ergebnis gelangt, das in einem umfangreichen Bericht niedergelegt wurde, nachdem schon am 7. März, wie oben geschildert, die englische Regierung der deutschen mitgeteilt hatte, es sei unnötig, einen Gerichtshof einzusetzen, da die Verantwortlichkeit Deutschlands **längst unzweifelhaft festgestellt** worden sei.

Die Arbeit der Kommission war eine höchst oberflächliche, einseitige und ernster Männer unwürdige. **Fast ausnahmslos stützte sich die Beweisführung auf die Farbbücher der alliierten Regierungen**, von denen die Kommissionsmitglieder selbst am allerbesten wußten, daß sie die Tendenz hatten, die Regierungen vor ihren eigenen Völkern zu rechtfertigen. So kam man zu folgenden Schlußfolgerungen:

"Der Krieg ist von den Zentralmächten ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden, und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen. In Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn hat Deutschland vorsätzlich daran gearbeitet, die zahlreichen vermittelnden Vorschläge der Ententemächte auf die Seite zu schieben und ihre wiederholten Bemühungen, um den Krieg zu verhüten, zunichte zu machen."

Man wandte sich dann der **Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs** zu. Gewiß entsprach der deutsche Einmarsch in Belgien nicht dem Völkerrecht, aber Deutschland handelte in Notwehr. Jedoch solche Gründe existierten für die Kommission nicht. Man verschwieg klüglich, daß Frankreich sich schon seit Jahren mit dem Gedanken getragen hatte, im Falle eines deutsch-französischen Krieges ebenfalls in Belgien einzumarschieren. Hatte doch noch kurz vor Kriegsausbruch der belgische König zum Major von Klüber gesagt: "**Auch ich halte die französische Gefahr für die größte.**" Auch in Belgien hielt man die Verletzung der Neutralität im Falle eines deutsch-französischen Krieges von irgendeiner Seite für recht selbstverständlich. Der **belgische Ministerpräsident und Kriegsminister de Brocqueville** äußerte einmal ganz offen zum Major von Klüber:

"Wenn ich der Generalstabschef von Deutschland oder auch von Frankreich wäre und das strategische Interesse, das Wohl meines Vaterlandes erforderte es, so würde ich keinen Moment zögern, neutrales Gebiet zu betreten, um mir den Durchmarsch zu erzwingen. Das ist so selbstverständlich, daß ich mich gegebenenfalls nur über das Gegenteil wundern würde."

Statt diese hochinteressanten Äußerungen zu würdigen, führte der Kommissionsbericht die klug berechnete **Äußerung des französischen Gesandten** vom 31. Juli 1914 in Brüssel an, die lediglich eine Ergänzung zu dem oben wiedergegebenen Geständnis Cambons bildet. Er sagte nämlich:

"Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen zu erklären, daß kein Einfall französischer

Truppen in Belgien stattfinden wird, selbst wenn bedeutende Streitkräfte an der Grenze ihres Landes aufgestellt werden. Frankreich will nicht dafür verantwortlich sein, Belgien gegenüber die erste feindselige Handlung begangen zu haben."

Man kam also zu der Schlußfolgerung: "Deutschland und Österreich haben vorsätzlich die durch die Verträge vom 19. April 1839 garantierte belgische Neutralität und die durch den Vertrag vom 11. Mai 1867 Luxemburg gegenüber garantierte Neutralität verletzt."

Die **Amerikaner** brachten noch drei unverbürgte Dokumente vor und erklärten: "Diese Kriegserklärung hätte vermieden werden können, wenn Deutschland, begeistert durch die Hoffnung auf den Krieg und die Früchte der Eroberung, nicht entschlossen gewesen wäre, den Krieg aufzuzwingen." Die Schlußfolgerungen der Kommission seien nicht klar genug, und sie seien zu schwach, und die amerikanischen Delegierten seien der Ansicht, sie müßten verschärft werden. "Sie sind vielmehr der Ansicht, daß diese Handlungen in ausdrücklichen Worten verurteilt werden müssen, und daß ihre Urheber Gegenstand des Abscheues der Menschheit werden sollen."

**So also kam Artikel 231 in den Versailler Vertrag.**

**Graf Brockdorff-  
Rantzaus Haltung**

**Graf Brockdorff-Rantzau** protestierte am 7. Mai 1919 vor der Friedenskonferenz gegen die deutsche Kriegsschuld: "Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert, und wir wiederholen die Forderung." Und wieder am 13. Mai erklärte er: "Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen." Am 28. Mai überreichte Brockdorff der Friedenskonferenz eine Wiederlegung des alliierten Kommissionsberichtes, die von namhaften deutschen Sachverständigen abgefaßt war: Hans Delbrück, Graf Max Montgelas, Max Weber, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy. Es wurde hierbei viel die Entente belastendes Material aus dem Petersburger Archiv verwendet, das durch die Bolschewisten veröffentlicht worden war.

Deutschlands Kampf war aussichtslos. In ihrem **Ultimatum vom 16. Juni 1919 erklärten die Alliierten:**

"Der Ausbruch des Krieges ist nicht auf einen plötzlichen Entschluß, der in einer schweren Krisis gefaßt ist, zurückzuführen. Es war das logische Ergebnis einer Politik, die seit Jahrzehnten von Deutschland unter dem Einfluß des preußischen Systems verfolgt wurde. [...] Die Furcht der Führer Deutschlands, es möchten ihre Pläne der Weltherrschaft durch die wachsende Flut der Demokratie zunichte gemacht werden, führte sie dazu, alle ihre Bemühungen darauf zu richten, jedweden Widerstand mit einem Streich zu brechen, indem sie Europa in einen Weltkrieg stürzten."

Der hoffnungslose Kampf gegen **die Lüge von der deutschen Kriegsschuld** wurde zwar von deutscher Seite weitergeführt, aber er ermangelte der Kraft, solange **Erzbergers Erfüllungswille** in der Leitung der deutschen Geschicke maßgebend war. Erst die **Regierung Fehrenbach** war tatkräftiger, da sie in der angeblichen deutschen Kriegsschuld mit Recht die Begründung der unmäßigen gegnerischen Wiedergutmachungsforderungen erblickte. Aber Lloyd George trat diesen deutschen Bestrebungen energisch entgegen, wie wir sahen, denn er erklärte am 3. März 1921, daß die deutsche Kriegsschuld von den Alliierten ein für allemal als eine *cause jugée* behandelt werden müsse, mit welcher der Versailler Vertrag stehe und falle.

**Doch derselbe Lloyd George glaubte selbst nicht mehr an Deutschlands alleinige Kriegsschuld.** Nur politische Notwendigkeit zwang

**Lloyd Georges Ansicht**

ihn, an der fundamentalen Voraussetzung des Versailler Vertrages festzuhalten. Als die Völkerbundsabordnungen der britischen Dominien aus Genf zurückgekehrt waren, hatte er bereits am 23. Dezember 1920 den Delegierten erklärt:

"Je mehr man die Memoiren liest und die Bücher, die in den verschiedenen Ländern darüber geschrieben worden sind, was sich vor dem 1. August 1914 begeben hat, um so mehr begreift man, daß niemand an leitender Stelle zu jener Zeit ausschließlich Krieg wollte. Es war etwas, in das wir hineingeglitten oder vielmehr getaumelt oder gestolpert sind. Eine Diskussion, daran zweifle ich nicht, würde das verhindert haben."

Selbst der amtliche englische Sachverständige in der Schuldfrage, **Professor Headlam Morley**, erklärte (im Märzheft 1921 der *Contemporary Review*), er habe nie behauptet, daß der Krieg von den Zentralmächten mit Vorbedacht geplant worden sei; auch glaube er nicht, daß dies von verantwortlichen Persönlichkeiten in England je behauptet worden sei. Diese seine letzte Behauptung erwies sich aber durch die Tatsachen als ein Irrtum.

Das Dunkel, das über dem moralischen Empfinden der Völker lag, begann sich allmählich zu lichten, und **im Jahre 1920 wurden in den alliierten Ländern mehr und mehr Stimmen laut, welche sich gegen die Behauptung er-hoben, Deutschland sei des Krieges schuldig**. In England war es der tapfere und hochherzige **Morel**, dessen kleine Schar, die Union of Democratic Control, wuchs und der in seiner Monatsschrift *Foreign Affairs* für Deutschlands Rehabilitierung eintrat. Hatte doch der österreichische Zionistenführer Dr. Fried in den *Foreign Affairs* gegen Morel selbst im Februar 1920 die These von der deutschen Kriegsschuld verfochten! Morel entgegnete ihm:

**Gegenbewegung  
in England**

"Kein russischer, französischer oder englischer Kriegsforscher hat je behauptet, daß ihre Länder allein für den Krieg verantwortlich seien... Die Stellung Dr. Frieds und seiner Freunde ist daher einzigartig; denn in ihren Augen waren alle kriegführenden Regierungen schuldlos außer der deutschen... Daß irgendein guter Zweck schließlich dadurch erreicht werden kann - dies zu begreifen übersteigt menschliche Einsicht. Sie (Dr. Fried und Genossen) schädigen aber nicht das deutsche Volk allein. Das ist schließlich ihre Sache. Unser Streit mit ihnen ist, daß sie die Kräfte unterstützen, die hinter den Verträgen von Versailles stehen, und daß diese Verträge, wenn sie durchgeführt werden, Ruin und Unheil für uns bedeuten."

Auch in **Frankreich** hatte sich um **Barbusse** eine Gruppe gebildet, mit dem Namen Clarté, welche gegen Artikel 231 kämpfte. Wie Morel, wandte sich **Georges Demartial** gegen jene Deutschen, die ihr eigenes Vaterland besudelten und die sich besonders in dem Bunde "Neues Vaterland" zusammengefunden hatten. Der Franzose schrieb im Januar 1920 in den *Foreign Affairs*:

**Gegenbewegung  
in Frankreich**

"Als erste Regel legen wir zugrunde, daß kein größeres Unglück einen Mann befallen kann, als sein Vaterland ungerecht zu tadeln; wenn wir uns daher in der schmerzlichen Zwangslage befinden, diesen oder jenen Punkt gegen unser Land zugeben zu sollen, wollen wir es nicht tun, ehe wir alle Dokumente wieder und wieder untersucht und alle Gegenargumente erschöpfend geprüft haben."

Im Frühjahr 1921, eben zu der Zeit, da sich die Krisis zwischen Deutschland und den Alliierten verschärfte, veröffentlichte Demartial unter dem Titel *Die Schuld am Kriege, die Vaterlandsliebe und die Wahrheit* eine Schrift, in der man folgendes lesen konnte:

"Ich sage, daß diese Behauptung von Deutschlands Schuld, die dazu gedient hat, den Krieg fünf Jahre lang andauern zu lassen, einer Prüfung von fünf Minuten nicht standhält, und daß, da man sie zur Unterlage des Urteilspruches von Versailles gebraucht hat, dieser Urteilspruch nicht aufrechtzuerhalten ist. Eins aber stelle ich fest: Noch niemand hat die hier angeführten Dokumente, die hier gezogenen Folgerungen widerlegt."

Zwar gehörten Morel und seine Vereinigung, die 1915 gegründet, Anfang 1919 eine halbe Million, im Frühjahr 1921 aber bereits anderthalb Millionen Mitglieder zählte, sowie Barbusse und sein Anhang zu den radikalen sozialistischen Strömungen ihrer Länder, etwa vergleichbar den deutschen Unabhängigen, aber sie verfügten über ein gesundes Urteil. Da aber die sozialistischen Strömungen

in der Politik der siegreichen Ententeländer ausgeschaltet waren, blieben diese Männer Außenseiter und gewannen keinen Einfluß auf den Gang der Ereignisse.

Auch in **Amerika** gab es mutige Stimmen, welche sich gegen die deutsche Alleinschuld wandten. Die Zeitschrift *Atlantic* schrieb in ihrem Aprilheft 1920:

**Gegenbewegung  
in Amerika**

"Es war aus patriotischen Gründen nötig, zu glauben, daß Deutschland der alleinige Urheber des Krieges war, und unter Deutschland das ganze deutsche Volk zu verstehen, es war deshalb auch nötig, den ganzen Verlauf der 1914 vorausgegangenen Politik zu verzerren oder zu ignorieren und die Verantwortlichkeit erst Serbiens, dann Österreichs und dann Rußlands außer acht zu lassen, auf dessen Mobilisation sogar selten von diesen Patrioten Bezug genommen wurde, und die doch schließlich den überstürzten Ausbruch des Krieges herbeiführte. Die Wahrheit ist, daß es den Regierungen möglich gewesen ist, durch lügenhafte Propaganda die Völker noch toller zu machen, als sie es selbst waren."

In **Italien** schließlich gehörte der ehemalige Ministerpräsident **Francesco Nitti** zu den Männern, welche nicht auf Deutschland allein die ganze Verantwortung für den Krieg abwälzen wollten. Er gab im Spätsommer 1921 sein Buch *Das friedlose Europa* heraus, aus dem schon einige Stellen angeführt wurden. Als Ergänzung möge noch folgendes Zitat genügen:

**Gegenbewegung  
in Italien**

"Als unser Land in den Kampf verstrickt wurde, als wir einem gefährlichen Gegner die Stirn bieten mußten, war es einfach unsere Pflicht und Schuldigkeit, das moralische Gewissen des Volkes anzufeuern, den Feind in den schwärzesten Farben zu malen und ihm die ganze Verantwortung aufzubürden. Aber jetzt, wo so viel Blut geflossen, wo das kaiserliche Deutschland zusammengebrochen, wäre es lächerlich, bei der Behauptung zu bleiben, daß Deutschland allein die Verantwortung trage, und zu bestreiten, daß vor dem Kriege in Europa ein Zustand herrschte, der mit Naturnotwendigkeit zum Kriege führen mußte. Wenn auch Deutschland die meiste Verantwortung trägt, so gibt es doch nicht ein Land in der Entente, das nicht seinen Teil an der Schuld hätte." -

So also stand es um das Kriegsschuldproblem. **Das Dogma von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands, von Frankreich geformt und verkündet, war durch die herrschende Politik der siegreichen Völker der Weltmeinung aufgezwungen worden.** Deutsche Pazifisten und Sozialisten griffen selbst nach dieser Waffe, um sich und ihr Verhalten nicht nur gegen die frühere kaiserliche Regierung, sondern auch gegen jede Regierung des Bürgertums zu verteidigen. Es gab in den Ländern der Alliierten wenige mutige Männer, welche die Haltlosigkeit des Artikels 231 darlegten, aber sie waren zu schwach gegen die öffentliche Meinung, und ihre Stimmen verhallten ungehört. Sie hatten keinen Einfluß auf die offizielle Politik, die Machthaber der Regierungen, welche Artikel 231 brauchten, um auch nach dem Friedensschlusse das deutsche Volk zu quälen, damit es nicht wieder zu Gesundheit, Macht und Wohlstand gelangen sollte. **Auch in Deutschland wurde der Kampf nicht mit dem nötigen Elan geführt.** Hinter der Regierung Fehrenbach stand nicht geschlossen die öffentliche Meinung des gesamten Volkes.

Der tiefere Grund für das Scheitern des Kampfes gegen Artikel 231 war der, **daß man auf deutscher Seite diesen Kampf nicht von der großen moralischen Plattform des Weltgewissens aus führte, sondern von der wirtschaftlichen Plattform des Industriekapitals aus.** Welches Interesse hatten die nationalen Idealisten an dem Geldsäckel einiger weniger Industrieller? Mußte nicht die Betonung des wirtschaftlichen Momentes gerade auch die Linksparteien zum Widerstand aufreizen, sie geradezu hinreißen zu solch verderblichen Äußerungen, wie sie in Genf gefallen waren? Nein, auf dieser Plattform war allerdings nicht die geschlossene Einheit des deutschen Volkes zu erzielen, wie etwa zwei Jahre vorher in der Frage der "Kriegsverbrecher". Dies nüchterne wirtschaftliche Moment entkleidete die große Gewissensangelegenheit des deutschen Volkes ihrer reinen Begeiste-

**Wirtschaftlicher Charakter  
der Regierung Fehrenbach**



rungsfähigkeit, ihres edlen Schwunges. Sie wurde herabgewürdigt zu einer Frage, die durch das Kabinett und nicht durch das Volk behandelt wurde. Die Regierung mußte sich oft gerade von der rechten Seite den Vorwurf machen lassen, sie behandle die Kriegsschuldfrage zu lau, zu schwunglos, und trotz des wirklich guten Willens des Kabinettes Fehrenbach war dieser Tadel gerechtfertigt.

Der **stark wirtschaftliche Charakter der Verhandlungen**, welche man in bezug auf die Kriegsschuldfrage anzuknüpfen versuchte, machte andererseits die Gegner mißtrauisch; da sie fürchteten, durch eine Erörterung der Angelegenheit schließlich darum doch zu einer Änderung des Artikels 231 gezwungen zu sein, lehnten sie von vornherein jede Diskussion ab. Die Sieger zitterten vor der Möglichkeit, daß Deutschland imstande sein könnte, die Alleinschuld von sich abzuwälzen, denn sobald dies gelingen würde, wären auch die ungeheuren Tributforderungen hinfällig geworden. Aber vor einer solchen Möglichkeit zitterten nicht nur die alliierten Regierungen, da sie ihren Völkern große Versprechungen gemacht hatten, die dann unerfüllt blieben, sondern davor zitterten auch die Kapitalisten der Ententestaaten, die in diesem Falle mit einem ungeheuren Anwachsen der Steuerlast rechnen mußten. Dann aber wußten Regierungen und Kapitalisten der "Siegerstaaten" sehr wohl, daß jede Berichtigung in der Kriegsschuldfrage einen **Sieg des Sozialismus** in ihren Ländern bedeutete. Darum also mußten sich England und Frankreich hartnäckig gegen jede Erörterung der Kriegsschuld wehren, und wenn Lloyd George im März 1921 erklärte, er wünsche ein für allemal klar auszusprechen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als *cause jugée* behandelt werde, dann klang aus diesen Worten wohl die alte Feindseligkeit gegen Deutschland, aber ebenso sehr die unverhüllte Sorge um die Existenz des herrschenden Systems.

Wie kam es aber, daß sich der **wirtschaftliche Standpunkt** in Deutschland zu solcher Geltung entwickeln konnte? In der ersten bürgerlichen Regierung der Republik war durch die Deutsche Volkspartei das industrielle Privatkapital zu einer starken, einflußreichen Stellung emporgestiegen. Es war im großen ganzen siegreich um die gefährlichen Klippen der Revolution, um Sozialisierung und Betriebsräte, herumgekommen, wenn es auch bei der neuen Steuergesetzgebung große Opfer bringen mußte. Und gerade aus diesem Grunde, daß es die Lasten der Wiedergutmachung auf seine Schultern übernehmen mußte, erlangte es Mitarbeit in der Regierung, und das Kabinett Fehrenbach verschloß sich nicht diesem Argumente. Infolge des übermäßigen Druckes der aufgezwungenen Reparationslasten mußte es das Schwergewicht seiner Regierung auf das wirtschaftliche Gebiet verlegen. Übrigens behielt Deutschland diese vorwiegend wirtschaftlich orientierte Regierungsweise drei Jahre lang bei, wenn auch in stets wechselnder Gestalt. Der Anfang wurde im Juli 1920 gemacht. Bis zum Sommer 1920, solange noch keine Friedenserfüllungen gefordert wurden, war Deutschland im Sinne der Revolution politisch regiert worden. Das Erscheinen eines Großindustriellen in Spa, Hugo Stinnes, den man als Sachverständigen brauchte, kennzeichnet deutlich genug den Wandel, der sich in Deutschland vollzogen hatte: das Kapital beherrschte jetzt nicht bloß die Arbeiterschaft, sondern auch die Regierung.

**Hugo Stinnes** war in der Tat damals der mächtigste Geldmann des deutschen Volkes. Sein Name war in aller Munde, und selbst Männer wie Hindenburg und Ludendorff traten vorübergehend in der Öffentlichkeit vollkommen hinter diesem Großindustriellen zurück. Dieser fünfzigjährige Mann hatte sich aus kleinen Anfängen emporgearbeitet. Eine unermüdliche, geradezu dämonische Arbeitskraft steckte in ihm, geistige Gewandtheit ließ ihn jeder Anforderung gerecht werden, für sich selbst war er bedürfnislos bis zum Äußersten. Stinnes war kein Egoist, er bewies durch sein Leben, daß es für ihn nur Arbeit und nicht Genuß war, insofern hatte es einen hohen sittlichen Gehalt. Schon vor dem Kriege war Stinnes Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Aktiengesellschaft, die einen großen Vertikaltrust darstellte und Unternehmungen vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat, Kohlen- und Eisenbergwerke, Schmelzhochöfen, Walzwerke und Schiffswerften in sich vereinigte. Er brachte das Unternehmen auf die Höhe und unterstützte nebenbei Thyssen bei der Bildung des Kohlen- und Stahlsyndikats, welche die Produktions- und Preispolitik im Rhein- und Ruhrgebiet bestimmten.

**Hugo Stinnes**

Durch den Krieg erhielt Stinnes große Gewinne, die vor allem durch die **Ausbeutung der Boden-**

**schätze in den besetzten Gebieten** erzielt wurden. Er baute Fabriken und gründete mit einem Teile seines Vermögens in Holland eine Bank. Als der Krieg zu Ende ging, war er der einzige deutsche Wirtschaftsmagnat: Emil Rathenau von der A.E.G. war gestorben, und Albert Ballin hatte sich erschossen, als er sein großartiges Lebenswerk untergehen sah. Zwar hatte die Deutsch-Luxemburgische Gesellschaft durch den Versailler Vertrag die Hälfte ihres Besitztums verloren, ein Schicksal, wie es in gleicher Weise die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft getroffen hatte. Stinnes brachte einen Zusammenschluß beider Gesellschaften zustande und gliederte seiner "Rhein-Elbe-Union" noch den Bochumer Bergwerks- und Hüttenverein an. Durch den Anschluß der Siemens-Schuckert-Gesellschaft erweiterte sich die ungeheure Organisation zur "Siemens-Schuckert-Rhein-Elbe-Union". Dieser von Stinnes geschaffene Koloß holte Eisen und Kohle aus der Erde und verkaufte Maschinen und Schiffe!

Es wurden Kupfer- und Aluminiumwerke gekauft, Ölfelder, Wälder, Kohlenbergwerke in der Tschechoslowakei. Nach Frankreich, England, Ungarn streckte Stinnes seine Arme aus. Papierfabriken und Zeitungen wurden erworben, Rittergüter, Hotels verschluckte dieser Wirtschaftsmammut. Nicht die Politik, sondern die Wirtschaft sei das Wichtige, behauptete Stinnes, und er wuchs aus dem nationalen Interessengebiet hinaus in das internationale. Er stand als ein Einsamer von eigenem Format in Deutschland, der nichts gemein hatte mit den großen politischen Bewegungen des Volkes. Er hätte in normalen Zeiten vielleicht als ein Außenseiter betrachtet werden mögen, der Million auf Million zusammenhäufte, nur aus Lust, immer reicher zu werden, der still und friedlich die Früchte seines Vermögens genossen hätte, so aber, unter dem entsetzlichen Drucke von außen, entwickelte er sich zu einem Herrscher des deutschen Wirtschaftslebens und des deutschen Staatslebens, soweit es wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hatte. Er war, seit Spa, der Sachverständige der deutschen Regierung, er stand ihr mit Rat und Tat in den Wiedergutmachungsverhandlungen zur Seite. Er war es, der allen Schritten der Regierung Fehrenbach gegenüber den Alliierten den Stempel aufdrückte, die ganze Wucht seines Geistes war nach Westen gerichtet, und so kam es, daß die Regierung Fehrenbach dem europäischen Osten nicht die genügende Aufmerksamkeit widmete. - Im Alter von dreiundfünfzig Jahren starb Stinnes 1924.

Von ganz anderer Art war das Konkurrenzunternehmen, der gewaltige Trust der **Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft**, der etwas jünger war als der Stinneskonzern. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft sah sich durch Stinnes ernstlich bedroht, als dieser die Siemens-Schuckert-Gesellschaft erwarb, und der Generaldirektor Felix Deutsch knüpfte 1920 Beziehungen nach Neuyork an, um Kredite zu beschaffen zum Ankauf der fehlenden Rohstoffunternehmungen. Im Jahre 1921 sicherte sich die A.E.G. die Kontrolle über mehrere kleine Betriebe und war nun auf diese Weise der Aufsaugung durch Stinnes entgangen. Der Aufbau eines neuen Vertikaltrustes vollzog sich sehr schnell durch die Verbindung mit der Otto-Wolff-Gesellschaft in Köln und dem Unternehmen Krupps, der sich nicht mehr der Herstellung von Geschützen widmete, sondern zum Bau von Maschinen übergegangen war. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft nahm mit England und Holland Verbindungen auf, schloß Verträge mit der Deutsch-Amerikanischen Schifffahrt, der französischen Schneider-Creuzot- und Loucheur-Gruppe und war internationaler als Stinnes, besonders, da sie auch in **Sowjetrußland** Fuß zu fassen versuchte. Man war allgemein der Ansicht, daß dem A.E.G.-Trust doppelt soviel Kapital wie dem Stinneskonzern zur Verfügung stand. -

**Allgemeine  
Elektrizitätsgesellschaft**

Im Frühjahr 1921 wurde die Regierung Fehrenbach gestürzt, und ihr Protektor Stinnes verlor seinen Einfluß. Ihre Nachfolgerin wurde die Erfüllungsregierung Wirth, deren wirtschaftliche Energie sich in **Dr. Walter Rathenau**, dem Präsidenten der A.E.G., verkörperte. Wirth folgte Fehrenbach, Rathenau folgte Stinnes. Die Namen hatten gewechselt, die Systeme auch, wie wir sehen werden, doch das letzte, entscheidende Prinzip war keinem Wechsel unterworfen gewesen: das Großkapital herrschte durch den Streit um die Reparationen.



## 12. Kapitel: Deutschland und Rußland, Verträge und Aufruhr.

### **Bolschewismus und Weltrevolution**

Der **Bolschewismus** hatte in Rußland ein Reich des Schreckens errichtet. Unter unerhörten Grausamkeiten waren Ströme von Blut vergossen worden, und sie wurden weiterhin vergossen, Paläste wurden in rauchende Trümmerhaufen verwandelt, die Eisenbahnen standen still, und die Fabriken verfielen. Während planmäßig in Moskau, in Petersburg, rings in den Städten des weiten Landes Menschenleiber auf großen eisernen Ambossen zerstampft wurden, verkündeten Dogmatiker das Heil und das Glück der Weltrevolution. Während die Frauen und Töchter der Bourgeoisie den niedrigsten Lüsten der Proletarier dienen mußten, priesen Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, und wie sie alle hießen, das Recht des Menschen auf Freiheit. Die Generale und hohen Staatsbeamten des Zarenreiches fieberten krank und gebrochen, wenn sie gnädig davongekommen waren, als Bettler in den Straßen Petersburgs und Moskaus umher. Manche dienten in der Roten Armee, viele waren ins Ausland geflohen. Fürstentöchter dienten als Näherinnen und Küchenmädchen, die Herren der Aristokratie verdienten ihr Brot als Chauffeure. Doch während die Rote Armee mit stolz erhobenem Haupte und kühnem Wagemute gegen Europa anstürmte, seufzte das städtische Proletariat in Hunger und Kälte, und der Bauer ergab sich dumpf und stumpf in sein Schicksal. Unvereinbare Gegensätze wurden gemeistert durch die eiserne Faust des dämonischen Lenin. Er hatte die besitzende Bourgeoisie hinweggefegt, daß ihre Häupter fielen wie die Schloßen eines Unwetters, er drückte das Proletariat an der Gurgel, daß es keinen Ton des Unwillens zu äußern wagte.

Lenin und seine wenigen Helfer leisteten übermenschliche Arbeit. Sie hatten nicht nur im eigenen Lande den neuen Staat zu errichten, sie mußten auch in den anderen Ländern der Welt die **Weltrevolution propagandistisch und organisatorisch** vorbereiten. Durch ganz Europa ging ein Beben, vernahm man das unterirdische Grollen des Vulkans, dem es auch hier und da gelang, sein Feuer auszuspeien. Wie zitterten die Siegvölker vor der Möglichkeit, daß eines Tages auch bei ihnen die furchtbare Naturgewalt des Bolschewismus entfesselt sein könnte, besonders England, der Industrie- und Handelsstaat. Auch in Deutschland zitterte man stellenweise, aber leiser und schwächer. Die Sozialdemokraten trauten sich die Macht zu, mit den feindlichen Brüdern besser fertig zu werden als ihre russischen Leidensgenossen, und in nationalen Kreisen liebäugelte man zeitweise sogar sehr stark mit dem Gedanken, sich den Bolschewisten zu verbinden. Die national-bolschewistische Strömung hatte sich unter dem ersten Eindruck der feindlichen Friedensbedingungen besonders in der deutschen Jugend entwickelt.

Seine erste Probe legte der Bolschewismus im Jahre 1919 in **Bayern** ab. Nun war allerdings Sowjetrußland damals noch allzusehr mit Kämpfen an seiner Grenze und mit dem Aufbau im Inneren beschäftigt, als daß es unmittelbar in Bayern hätte mitwirken können; es mußte sich auf die Entsendung eines Fachmannes beschränken, der keinen von langer Hand für die deutschen Verhältnisse ausgearbeiteten Plan mitbrachte, sondern nur von Fall zu Fall nach seinen praktischen Erfahrungen Rat erteilen konnte. Leviné wurde später standrechtlich erschossen. Die Bolschewisten kamen nachträglich zu der Überzeugung, daß das bayrische Unternehmen verfrüht, überstürzt gewesen sei, besonders, da noch keine reinliche Scheidung zwischen Sozialisten und Kommunisten durchgeführt war. Der **Frühjahrsaufstand im Jahre 1920** war zwar auch nach den Anweisungen und Vorschlägen der im Sommer 1919 zu Moskau gegründeten Kommunistischen (III.) Internationale (Komintern) geführt worden, aber ihm fehlte die tatkräftige, diktatorische Leitung der an praktischen Erfahrungen reichen russischen Zentralstelle.

Nun bequemte sich Rußland, das bisher alle völkerrechtlichen Verbindungen mit kapitalistischen Staaten abgelehnt hatte, nach seinen kriegerischen Mißerfolgen Ende 1919 dazu, **Verträge mit den westeuropäischen Ländern abzuschließen**, die Hungersnot im Innern zwang es dazu, und es war natürlich, daß die ersten Verbindungen mit dem am meisten ausgesprochen kapitalistischen Staate, mit England angeknüpft wurden zum Zwecke von Lebensmittel-, Arznei- und anderen Rohstofflieferungen. Zwar zog das kluge England die Verhandlungen sehr in die Länge, um die Bolschewisten noch gefügiger zu machen. Auch wußte man nicht, ob die Sowjetherrschaft inzwischen nicht doch

noch zusammenbrach. Da aber schließlich Rußland bezüglich der Anerkennung der Randstaaten Zugeständnisse machte, und auch versprach, in den englischen Staaten keinerlei Propaganda zu treiben, ließ sich das mächtige Albion allmählich bewegen, die erbetenen Lieferungen in formloser Weise zuzusagen. Am 12. Februar 1920 kam lediglich ein Abkommen über den gegenseitigen Gefangenenaustausch zwischen England und Rußland zustande.

Da der Verhandlungsweg nun einmal betreten war, konnte Rußland auch mit anderen Staaten in nähere Beziehungen treten. Es wurden Verträge geschlossen, die sich, wie das englische Abkommen, zunächst nur auf die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen erstreckten. **So verständigte sich die Sowjetregierung am 19. April 1920 mit dem Deutschen Reich über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.** Es war dies überhaupt der erste Vertrag, den die deutsche Republik mit einem fremden Staate unter der Voraussetzung vollkommener Gleichberechtigung schloß, und insofern verdient er, hier wiedergegeben zu werden:

***Deutsch-russischer Vertrag  
über Kriegsgefangenenaustausch***

**"Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der R.S.F.S.R. über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.**

Die deutsche Reichsregierung, vertreten durch den Reichskommissar für Kriegs- und Zivilgefangene, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Herrn Daniel Stücklen, und die Regierung der Russischen Sowjet-Republik, vertreten durch Herrn Victor Kopp, sind nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bedingungen übereingekommen:

**Artikel I.** Die beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sind, soweit sie dies wünschen, heimzubefördern. Die Heimschaffung hat ohne Verzug zu beginnen und ist mit größter Beschleunigung durchzuführen. - Beide Teile verpflichten sich, die Heimbeförderung auf allen zur Verfügung stehenden Wegen beschleunigt vorzunehmen und die dafür erforderlichen Beförderungsmittel zu stellen. - Der Austausch erfolgt Transport um Transport. Jeder der beiden vertragschließenden Teile verpflichtet sich, sobald der andere ihm Nachricht von dem Abzug eines Transportes gibt, seinerseits bis zur Durchführung der von ihm zu bewirkenden Heimschaffung einen Transport bereitzustellen.

**Artikel II.** Jeder der beiden Teile verpflichtet sich: 1. allen in seiner Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten des andern Teiles sowie den Staatsangehörigen des anderen Teiles, die aus der Kriegs- oder Zivilgefangenschaft beurlaubt oder entlassen sind, bis zur Übergabe an den Heimatstaat oder dessen Beauftragten ausreichenden Unterhalt oder die Möglichkeit entsprechenden Verdienstes zu gewähren; 2. die Personen, denen nach Artikel I das Recht auf Heimbeförderung zusteht, hiervon unverzüglich durch amtliche Bekanntmachungen in Kenntnis zu setzen.

**Artikel III.** Als russische Kriegsgefangene im Sinne dieses Abkommens gelten alle Russen oder ehemals russische Reichsangehörige, die im Kampfe für das ehemalige russische Reich oder für die Russische Sowjet-Republik oder im Kampfe gegen die Russische Sowjet-Republik in deutsche Gewalt gekommen sind.

**Artikel IV.** Als deutsche Kriegsgefangene im Sinne dieses Abkommens gelten alle Deutschen oder ehemals deutsche Reichsangehörige, die im Kampfe für das Deutsche Reich oder im Kampfe gegen die Russische Sowjet-Republik in russische Gewalt gekommen sind.

Anmerkung zu Artikel III und IV. Die beiderseitigen Geiseln gelten als Kriegsgefangene im Sinne dieses Abkommens und sind sofort in die Heimat zu entlassen.

**Artikel V.** Die Heimbeförderung darf nicht dadurch verzögert werden, daß der dazu Berechtigte sich in einem Dienstverhältnis befindet oder sonstige privatrechtliche Verbindlichkeiten auf dem Gebiete des andern vertragschließenden Teiles noch zu erfüllen hat. Ersatzforderun-

gen aus derartigen Verpflichtungen können von keiner Seite festgestellt werden.

**Artikel VI.** Eine Zurückhaltung auf Grund von Untersuchungen oder Verurteilungen wegen Verstößen gegen die Disziplin und wegen politischer Verbrechen und Vergehen, insbesondere auch wegen Spionage, findet nicht statt. Dagegen dürfen Personen, bei denen die Voraussetzung für die Heimbeförderung vorliegt, auf Grund von Untersuchungen und Verurteilungen wegen gemeiner Verbrechen bis zur vollendeten Strafverbüßung oder bis zu einer anderweitigen Verständigung zwischen den beiden Teilen zurückgehalten werden.

**Artikel VII.** Jeder der beiden Teile gewährt volle Straffreiheit denjenigen Heimgeschafften, die durch politische Tätigkeit oder mit der Waffe die Verfassung ihres Heimatstaates bekämpft haben.

**Artikel VIII.** Bis zur Durchführung dieses Abkommens ist jeder der beiden Teile berechtigt, auf dem Gebiete des andern Teiles eine Fürsorgestelle zur Vorbereitung der Heimbeförderung und zur Gewährung materieller Hilfe an die nach seinem Gebiete Heimkehrenden zu unterhalten. Der Umfang und die Befugnisse solcher Fürsorgestellen werden durch besondere Vereinbarungen geregelt.

**Artikel IX.** Beide Teile übertragen die Führung der Verhandlungen mit den Staaten, die für den Durchtransport in Frage kommen, dem Internationalen Roten Kreuz in Genf, das gleichzeitig die Leitung und die Sicherung der Transporte durch diese Gebiete übernimmt. Über die Art der Verrechnung der daraus entstehenden Kosten wird von jedem der vertragschließenden Teile ein besonderes Abkommen mit dem Internationalen Roten Kreuz getroffen.

**Artikel X.** Die Verrechnung aller durch die Ausführung dieses Abkommens entstehenden Kosten sowie die Erledigung aller Fragen, die das Eigentum der Heimkehrenden, die Nachlässe von Verstorbenen, den Austausch der Totenlisten, die Mitteilung über Grabstätten und ähnliches betreffen, sind durch eine besondere Vereinbarung zu regeln.

**Artikel XI.** Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald es von den beiden Regierungen genehmigt ist. - Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 19. April 1920.

Stücklen. V. Kopp."

Obwohl dieses Abkommen bereits am 31. Mai in Kraft getreten war, kehrten erst im Oktober die ersten deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien heim. Rußland war durch den polnischen Krieg stark in Anspruch genommen, und dies mag der hauptsächlichste Grund für die Verzögerung gewesen sein. Da der **russisch-polnische Krieg im Jahre 1920** auch auf Deutschland seine Rückwirkungen ausübte, müssen wir auch ihm einige Beachtung schenken.

**Russisch-polnischer Krieg 1920**

Als Rußland im Innern schwere Bürgerkriege durchzumachen hatte, die Angriffe der Weißen Generale abwehren mußte und sich im Baltikum herumschlug, im Sommer 1919, schloß es gezwungenermaßen mit dem **Marschall Pilsudski von Polen einen Geheimvertrag**, auf Grund dessen die Bolschewisten ihre Truppen von polnischem Gebiete zurückzogen. Am 22. Dezember desselben Jahres, nach den Mißerfolgen im Baltikum, machte die Moskauer Regierung der polnischen den Vorschlag, den Krieg zu beenden. Ganz Weißrußland, Wolhynien und Podolien sollte den Polen überlassen werden. Doch Polen, abhängig von der Entente, die nichts sehnlicher als die Vernichtung der Sowjets wünschte, antwortete nicht. Am 28. Januar 1920 wiederholte die Sowjetregierung ihren Vorschlag:

"Unter völliger Aufrechterhaltung des Friedensvorschlages vom 22. Dezember 1919 verspricht der Rat der Volkskommissare, dem alle Angriffsabsichten fernliegen, daß die roten Truppen die jetzige Linie der weißrussischen Front, die sich über die Städte Drissa, Polozk,

Borisow und die Ortschaften Paritsch, Ptitsch und Bar erstreckt, nicht überschreiten wollen."

Polen war aber nur zu Friedensverhandlungen bereit auf Grund seiner Ostgrenze von 1772, d. h. Einverleibung Weißrußlands und der Westukraine. Das aber lehnte Rußland ab.

Jetzt wandte sich Rußland am 8. April mit einem Vermittlungsgesuch an die englische Regierung, worin sie London als Verhandlungsort vorschlug. Doch die englische Regierung war weise und antwortete nicht. Sie überließ die Entscheidung der Zukunft. **Am 7. Juni eröffnete Polen den Krieg**, und seine Heere befanden sich in Nord und Süd auf siegreichem Vormarsch. Die klugen Engländer nutzten den auf den Bolschewisten lastenden Druck aus und schlossen mit ihnen am 6. Juli ein vorläufiges Abkommen über die Freiheit der Handelsbeziehungen unter der Bedingung gegenseitigen Verzichts auf feindliche Agitationen und Aktionen.

**Rückwirkungen  
auf Deutschland**

Aber schon wandte sich das Blättchen. Die **Rote Armee** hatte den polnischen Stoß aufgefangen und **befand sich seit Anfang Juli auf dem siegreichen Vormarsch nach dem westpreußischen Korridor und nach Warschau**. Durch diese Wendung wurde auch Deutschland unmittelbar berührt. Im Überschwange ihres Siegesgefühls überschritten rote Soldaten die Grenze Ostpreußen und richteten mit Hilfe deutscher Kommunisten in den Grenzstädten Soldau und Straßburg die Räteherrschaft auf. Die Sieger mußten jedoch auf energischen Protest Ostpreußens und der deutschen Regierung schleunigst den Rückzug antreten. Doch die russische Hoffnung, die Weltrevolution in das nächst dazu erkorene Land, Deutschland, hineinzutragen, wuchs von Tag zu Tag. Die rote Armee war großzügig. Sie versprach den Deutschen den Wiedergewinn Westpreußens und aller im Osten verlorenen Gebiete und lud die deutschen Truppen ein, brüderlich mit ihnen den Korridor zu besetzen. Sie glaubte, daß die Reichswehr mit ihr sympathisieren und dank meisterhafter Überredungskunst sich auch bald zum Bolschewismus bekehren würde. Dann hätte Rußland gesiegt, Deutschland würde bolschewistisch werden, und die Weltrevolution hätte einen unschätzbaren Sieg errungen. Rußland wäre aus seiner fatalen Isolierung, die es doch als drückend empfand, befreit worden. Der deutsche Osten war aufs schwerste bedroht.

Doch Deutschland zeigte begreiflicherweise kein Verständnis für die russischen Pläne. Es gab zwar, wie ich schon oben sagte, auch nationale Kreise, denen solche Pläne sympathisch waren. Geradezu begeistert aber waren **die deutschen Kommunisten**. Sie sahen in ihrer beweglichen Freude die Rote Armee schon vor Berlin, sie, die Westpreußen früher kaltblütig geopfert hatten, fragten plötzlich, warum man die günstige Gelegenheit der Wiedererlangung nicht benutze. Manch einer der klassenbewußten Proletarier holte sein heimliches, verstecktes Gewehr hervor, putzte es kriegsmäßig und freute sich an seinem blanken Stahl. Aber man wollte aus Gründen der eigenen Sicherheit doch erst abwarten, bis die bolschewistischen Heere die deutsche Grenze erreicht hatten. Jawohl! Dann aber wollte man sehen, ob nicht in Deutschland doch die schon oft verratene Rätediktatur noch Wirklichkeit würde! Man wartete also, man sprach sich gegenseitig Mut zu und stieß schreckliche Drohungen gegen alles aus, was sich den edlen, menschenbefreienden Bestrebungen Rußlands in den Weg stellen würde.

**Sorgen in  
Westeuropa**

Besonders gefährlich war der Einfluß der russischen Siege auf die Ereignisse in der vorwiegend **landwirtschaftlichen Provinz Pommern**. Es war zur Zeit der beginnenden Ernte, da sich die Kommunisten jenes Gebietes zu Banden zusammenrotteten und organisierte Raub- und Plünderungszüge durch das Land unternahmen. In Haufen erschienen sie, führten das Korn von den Feldern weg und bedrohten jeden, der sie daran hindern wollte, aufs schwerste. Die Besitzer wagten nicht mehr, ihre Dörfer zu verlassen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, angegriffen und niedergeschlagen zu werden. Die Behörden standen diesem Treiben machtlos gegenüber, die Polizei war außerstande, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Damals wurde die **Organisation Roßbach**, jene Truppe von Baltikumkämpfern, welche unter Ehrhardt am Kapp-Putsch teilgenommen und dann an der Niederwerfung des Aufstandes im Ruhrgebiet mitgewirkt hatte, nach Pommern gerufen, um die kommunistischen Umtriebe zu unterdrücken. Die Roßbachsoldaten wurden als Beamte und Arbeiter auf die Güter verteilt, wo sie den Flurschutz ausübten und in der Tat in kürzester Zeit wieder geordnete Verhältnisse herstellten. Das entschiedene und rücksichtslose Drauf-

gängertum der Roßbachleute, die keine Furcht kannten und selbst den Verlust des eigenen Lebens nicht fürchteten, zog ihnen den tödlichen Haß der Kommunisten zu, während die Bauern und Gutsbesitzer in ihnen ihre Retter erblickten und sie nicht wieder fortziehen lassen wollten.

In England war man durch die russischen Erfolge bedenklich geworden. **Lloyd George** holte sein Memorandum vom März 1919 hervor und verspürte neben großer Sorge eine gewisse Genugtuung, daß er alles vorausgesehen hatte, wie es nun wirklich kommen würde. **Lord Curzon**, der ehemalige Vizekönig von Indien, sah schon mit sorgenvoller Miene die einträgliche britische Kolonie in Süd-asien von roten Truppen überschwemmt. Praktische Vorschläge machte Winston Churchill, um den sich, wie Radek sagte, die "militärische Clique" gruppierte. "Diese fürchten die Weltrevolution und die Vereinigung des bolschewistischen Sowjetrußland mit einem bolschewistischen Rätedeutschland. Sie sind zu Zugeständnissen an Deutschland bereit." Dieser Lord Churchill trat mit dem Plane hervor, man möge Deutschland einen Teil seiner Versailler Schulden erlassen und es dafür als Sturmbock gegen die Rote Armee benutzen, ein Plan, der von dem deutschen **General Hoffmann** unterstützt und begreiflicherweise von Frankreich, insbesondere vom *Temps*, aufs heftigste bekämpft wurde.

### **Schlacht bei Warschau und ihre Folgen**

Die Rote Armee stand vor **Warschau**. Die Polen hatten alle ihre Truppen hier konzentriert; in einer furchtbaren dreitägigen Schlacht, 14.-17. August 1920, wurden die bolschewistischen Truppen vernichtend geschlagen. Die Europa bedrohende Gefahr war beseitigt, ähnlich wie nach der Zurückeroberung Rigas im Mai 1919. Am 12. Oktober schlossen Polen und Rußland einen Waffenstillstand, dem dann am 18. März 1921 der endgültige Frieden zuungunsten Rußlands folgte. -

**Hiermit war der kriegerische Bolschewismus erledigt, und die Sowjetherrscher wußten, daß sie mit der Roten Armee die Welt nie und nimmer erobern würden.** Um dies zu erreichen, mußten sich die Bolschewisten von nun an ganz auf die kommunistische Wühlpropaganda konzentrieren. Deutschland aber spielte im Kampfe zwischen Bolschewismus und westeuropäischen Kapitalismus eine so wichtige Rolle, daß die Russen nach wie vor fest entschlossen waren, Deutschland als ihre nächste Beute mit der Segnung der Weltrevolution, dem bolschewistischen Kommunismus, zu beglücken. England fürchtete zwar, daß Deutschland infolge der durch Frankreichs Vernichtungswillen hervorgerufenen Verzweiflungsstimmung dem Bolschewismus in die Arme getrieben werden könne, deshalb müsse der trennende Riegel der baltischen Staaten und Polens zwischen Deutschland und Rußland so stark sein, daß er nicht gesprengt werden könne. In Rußland dagegen fürchtete man nach den militärischen Mißerfolgen in Polen mehr denn je, die Entente könne Deutschland zum militärischen Aufmarschgebiet gegen das Sowjetreich machen. Radek, einer der bolschewistischen Außenpolitiker, schrieb im November 1920:

"Die ententistischen Militäroperationen mußten Deutschland zur Basis haben, wenn sie nicht zu spät kommen sollen, wenn die Zufuhren an Lebensmitteln und Munition gesichert sein sollen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet der Entente entgegen seinen Willen oder mit ihm gebraucht werden. Im ersten Falle müßte die Entente die für den Krieg gegen Rußland gebildeten Heere zu einem großen Teile zur Niederhaltung des deutschen Proletariats, zur Besetzung Deutschlands verwenden. Nur im Falle der Hilfe der deutschen Regierung und der deutschen Bourgeoisie würde diese die Niederwerfung des deutschen Proletariats von der Entente auf sich nehmen."

### **Umtriebe der Komintern**

Nach Deutschland ging das Dichten und Trachten der Russen mit unverminderter Sehnsucht. Die Bolschewisten hatten, das muß hier eingeschaltet werden, höchst eigenartige Methoden, um ihre Ziele zu erreichen. Sie waren sich wohl darüber klar, daß sie eine völkerrechtliche Bindung, ja vielleicht ein Bündnis nie mit einer Regierung wie der des Reichskanzlers Fehrenbach erreichen würden. Wo aber die russische Staatsleitung, die Volkskommissariate des Auswärtigen, des Außenhandels und des Militärwesens versagten, hatte man ja in Moskau noch eine wesentlich höhere, mächtigere Instanz: die **Komintern**, die kommunistische Internationale, die im Juli 1919 als III. Internationale errichtet worden war. Diese höchste, allgewaltige Befehlsstelle



der Weltrevolution faßte die kommunistischen Organisationen sämtlicher Länder, nach Ländern sektionsweise geordnet, in sich zusammen. Sie gab den ihr angeschlossenen kommunistischen Parteien nicht nur Ratschläge und Weisungen, sondern sie erteilte ihnen mit diktatorischer Gewalt unwiderruflich auszuführende Befehle. Eine dieser Sektionen, die bereits mehrjährige Praxis hatte und dadurch die Komintern beherrschte, war die Kommunistische Partei Rußlands. Die ihr untergebenen Ausführungsorgane waren die Volkskommissariate des Sowjetstaates, welche etwa den Ministerien in nichtbolschewistischen Staaten entsprechen. Diese gewissermaßen untersten Organe traten erst an die Oberfläche des Völkerrechts.

### **Sinowjew in Halle**

Die Komintern, deren Werkzeug im Sowjetstaate die Kommunistische Partei Rußlands mit ihren Volkskommissariaten war, glaubte nun, dies erprobte System auch auf Deutschland anwenden zu können, das heißt, sie ging unverzüglich dazu über, nach den Mißerfolgen in Polen eine **Kommunistische Partei Deutschlands** zu gründen, die ihr als Sektion unterstellt wurde und ihre Befehle auszuführen hatte. Um die Mitte des Oktober 1920 erschien **Sinowjew**, einer der führenden Männer der Komintern, in Halle, um diese Pläne zu verwirklichen. Schon im Herbst 1919 hatte sich in Heidelberg eine kleine "Kommunistische Arbeiterpartei" gebildet, die aber einmal zu schwach, sodann aber auch ohne engere Fühlung mit Moskau war. Sie wurde der Grundstein zu dem neuen Gebilde der "Kommunistischen Partei Deutschlands". Die bei den Reichstagswahlen im Juni abgegebene halbe Million Stimmen berechnete die Russen zu den größten Hoffnungen. Daß sie den Sitz ihrer deutschen Parteibewegung nicht sogleich nach Berlin verlegten, leuchtete ein, denn es war mit so mancherlei Schwierigkeiten verknüpft, unmittelbar unter den Augen der deutschen Regierung zu arbeiten. Auch war wegen der Nähe der besetzten Rheinlande das Ruhrgebiet als Zentrum ungeeignet. Hier, mitten in Deutschland, in **Halle**, das schon zweimal eine starke kommunistische Energie bewiesen hatte, war ein von der deutschen Regierung ungestörter und von den Besatzungstruppen unbehelligter Aufbau möglich.

Sinowjew begann in Halle damit, den deutschen Unabhängigen zu sagen, daß sie vollkommen unfähig wären, praktische kommunistische Politik zu treiben. Welch glänzende Gelegenheiten seien im März 1920 verpaßt worden! Der von der Regierung Ebert proklamierte Generalstreik sei der größte Generalstreik gewesen, den Deutschland je gesehen habe! Aber die deutschen Kommunisten haben ihn nicht auszunutzen verstanden, weil ihnen der Mut und die fachmännische Leitung fehlte! Man sehe nach Rußland und höre auf die Ratschläge der Russen, die schon jahrelange Erfolge verzeichnen könnten! Man sei in Moskau ganz unzufrieden mit der Leitung des Spartakusbundes in Deutschland; sie sei schwach und willenlos, sie habe in einer "einfach unwürdigen Passivität verharrt, vor den Ereignissen kapituliert, während sich die Kommunisten in der Provinz glänzend schlugen". Die große Masse der "passiven Elemente" habe der Leitung die Entschlossenheit geraubt, darum sei sie so säumig, so wenig schlagfertig gewesen. Und nun zeigte der gewandte Agitator, wie man in Rußland Revolution gemacht habe. Mit einem Schlage sei die gesamte Bourgeoisie durch Terror ungefährlich gemacht worden, man habe nicht vor grausamen Rücksichtslosigkeiten zurückgeschreckt. Wenn der Bourgeois nicht freiwillig Geld und Waffen hergab, so sei man nicht vor den letzten Mitteln, vor Blut und Feuer, zurückgeschreckt. Nur so dürfe das Proletariat auf den Sieg hoffen, alle Zugeständnisse, wie sie bei den Unabhängigen beliebt seien, müßten zur Niederlage führen. Keinerlei Zugeständnisse machen, tatkräftig und rücksichtslos vorgehen, nur das verbürge Erfolg! Aber nie werde man mit den Unabhängigen der Weltrevolution den Sieg erfechten, die entschlossenen Kämpfer müssen aus dieser lauen Partei heraus und sich in einer Kommunistischen Partei zusammenschließen. Unter der Leitung der Komintern werde diese eine wohlorganisierte, siegreiche Truppe zur Diktatur des Proletariats sein.

### **Bolschewistische Umtriebe**

Die Aussprache über Sinowjews Rede war sehr stürmisch. Es nutzte den Unabhängigen wenig, darauf hinzuweisen, daß die deutschen Verhältnisse nicht mit den russischen verglichen werden könnten, daß die deutsche Bourgeoisie und der deutsche Kapitalismus viel zu fest organisiert seien, als daß man so einfach und leicht wie in Rußland vorgehen könne. Auch sei die deutsche Bourgeoisie zahlenmäßig wesentlich stärker als die russische. Doch Sinowjews Überredungskunst war stärker als nüchterne Erwägungen. Der linke Flügel löste sich

von den Unabhängigen ab und konstituierte sich als "Kommunistische Partei Deutschlands". Diese wurde als Sektion der Komintern angeschlossen und entsandte nun zur direkten Übermittlung der Befehle ihre ständigen Delegierten nach Moskau. Die deutschen Kommunisten hatten sich, unbeschwert von moralischen und nationalen Hemmungen, freie Bahn geschaffen und den innigen Zusammenhang mit den Russen gefunden. Im Dezember wurde der erste Kongreß der Partei, die sich mit der in Heidelberg 1919 gegründeten "Kommunistischen Arbeiterpartei" vereinigt hatte und von Däumig geführt wurde, abgehalten und war das Sprachrohr einer halben Million Mitglieder, deren größter Teil im industriellen Gebiete der preußischen Provinz Sachsen ansässig war. Daß sich der Kongreß auf das in Moskau entworfene Programm festlegte, verstand sich von selbst.

Anfang 1921 erließ **Lenin**, der Vorsitzende der Komintern und gleichzeitig Vorsitzender der Kommunistischen Partei Rußlands, außerdem Vorsitzender der Volkskommissariate, also auch Staatsoberhaupt des Sowjetlandes, einen **Geheimbefehl** an die deutschen Kommunisten, worin er eifrige, ja skrupellose Agitation bis in die raffiniertesten Einzelheiten entwickelte und strengste Disziplin und Überwachung der Mitglieder forderte. Dieser Geheimbefehl wurde zufällig bekannt. Wie viele andere Botschaften mögen die Moskauer Kuriere überbracht haben, die nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangten!

Mehr denn je brauchten die Lenker des Sowjetstaates in jener Zeit einen großen außenpolitischen Erfolg. In Kronstadt war ein Matrosenaufstand ausgebrochen, der auf Petersburg überzugreifen drohte. Im Kaukasus gährte es. Eine entsetzliche Hungersnot trieb das russische Volk an den Rand des Wahnsinns. Seuchen und Massensterben wüteten. Die Einwohner setzten sich über alle Schranken hinweg und wurden zu Kannibalen, Kinder und Menschen wurden geschlachtet und verzehrt. Der Reichsaußenminister Dr. Simons erklärte noch Ende Januar im Reichstage, es sei noch nicht an der Zeit, mit Sowjetrußland in nähere Beziehungen zu treten, denn erstens seien die politischen Verhältnisse dort noch vollkommen ungeklärt und zweitens sei der Sowjetstaat vollkommen wirtschaftlich ruiniert, so daß sich Deutschland aus einer Verbindung mit ihm nichts versprechen könne, zudem trieben die Russen eine "unerwünschte Propaganda" in Deutschland.

In Deutschland wurde aufs heftigste geschürt, von hier erwartete man die Rettung Rußlands durch den Ausbruch der bolschewistischen Revolution. Die deutschen Behörden ergriffen zahlreiche Wühler, unter anderen den berüchtigten **Reuter-Friesland**, einen desertierten deutschen Soldaten, den Henker der deutschen Wolgakommunisten, der als Agitator von Moskau gekommen war. Rußland erzwang durch Verhaftung deutscher Geiseln die Herausgabe dieses Menschen. Die Moskauer Regierung betonte zweideutigerweise, daß man zwischen ihr und der Komintern unterscheiden müsse. Die Regierung treibe grundsätzlich keine kommunistische Auslandspropaganda und für die Handlungen der III. Internationale könne sie nicht verantwortlich gemacht werden. -

So war das Frühjahr 1921 herangekommen.

Die Besitzenden Deutschlands blickten nach Westen, wo sich das Schicksal der Wiedergutmachungen entscheiden sollte. In Oberschlesien wartete man auf die Abstimmung und verwirrten die Polen die Lage; mitten in dieser Zeit der Spannungen bereiteten die **Kommunisten den Sturz der Regierung, die Errichtung des Bolschewismus vor.**

Sie sahen in einer russischen Bundesgenossenschaft die **Befreiung von den Wiedergutmachungsverpflichtungen** gegenüber der Entente. Die rote Presse wurde täglich ausfallender und erging sich in blutrünstigen Drohungen gegen die Bourgeoisie. In Dortmund und Düsseldorf bildeten sich Stäbe der Roten Armee, welche Kompanien, Bataillone und Regimenter zusammenstellten. Der Sanitätsdienst und der Kurierdienst wurde gefechtsmäßig organisiert, in den russischen Gefangenenlagern, besonders in Kottbus, entfalteten Sowjetrussen eine eifrige Propaganda, und in Berlin wurden planmäßig kommunistische Kampforganisationen geschaffen. Es waren weniger Arbeiter, die sich hieran beteiligten, als vielmehr Arbeitslose und lichtscheues Gesindel, das sich vielfach aus Verbrechern und gescheiterten Existenzen zusammensetzte. Man hatte unmittelbare Verbindungen mit dem Sowjetvertreter Viktor Kopp; bei ihm fanden zahlreiche Geheimsitzungen statt, an denen sich auch

zwei Dutzend hervorragende russische Agitatoren beteiligten.

### Die Rote Armee

Der Kommandeur der deutschen "Roten Armee" war ein früherer Unteroffizier Kunze, der einen Gehilfen namens Henke hatte. Täglich wurden in Berlin Übungen abgehalten, und man rechnete für die Reichshauptstadt mit einer Truppenstärke von etwa zehntausend Mann. **Im ganzen zählte die bolschewistische Streitmacht rund 160 000 Mitglieder**, die in 214 Ortsgruppen verteilt waren. In Rheinland und Westfalen allein standen an die 30 000 Mann, die mit Handgranaten, Gewehren, Maschinengewehren, ja sogar mit Geschützen, Haubitzen und Minenwerfern bewaffnet waren. Unter der Reichswehr und Polizei wurde, getreu den Weisungen aus Moskau, eine umfangreiche Werbetätigkeit entfaltet. Die Kommunisten beurteilten ihre Aussichten äußerst günstig, war doch die Reichswehr verringert und die Polizei ihres staatlichen Charakters entkleidet worden, die Einwohnerwehren wurden, trotz ihrem Widerstreben, entwaffnet, jedoch die deutschen Bolschewisten betrachteten die Entwaffnungsgesetze als für sich nicht bindend.

Die deutschen Sicherheitsorgane aber waren wachsam. Bereits Ende Januar wurden in Berlin und Westfalen **Führer der roten Bewegung verhaftet**, neue Verhaftungen erfolgten Anfang Februar in Magdeburg, Essen, Königsberg, Mannheim und im mitteldeutschen Leunawerke. Die Schwurgerichtsverhandlungen zeigten, daß die Lage ernst war, und es wurden über eine Reihe der Verhafteten Zuchthausstrafen verhängt.

### Beginnender Aufruhr

Am 15. März wurde bei Halle ein Güterzug zur Entgleisung gebracht. Das Verbrechen forderte drei Tote und sechs Schwerverletzte. Die Regierungsstellen sahen die Lage in Mitteldeutschland auf Grund der Ergebnisse aus den Prozessen als gefährdet an und begannen nach dem Eisenbahnattentat **Polizeikräfte in den Industrierevieren um Halle** zu konzentrieren. Die Mansfelder Bergarbeiterschaft, die im Rufe stand, besonders radikal zu sein, protestierte gegen die Polizeiverstärkungen und eröffnete am 20. März den Generalstreik. Am gleichen Tage sollte ein Anschlag auf die Berliner Siegestsäule gemacht werden, der das Zeichen für einen allgemeinen Aufstand in ganz Deutschland war. Er wurde vereitelt und Friedland, der Führer der kommunistischen Organisation in Berlin, verhaftet. Der Hallesche *Klassenkampf* gab der im Entstehen begriffenen mitteldeutschen Aktion die große politische Linie, indem er schrieb: "Den alleinigen Rettungsweg, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland, will die Regierung nicht betreten. Sie wird sich als Vertreter der herrschenden Gesellschaft mit dem Entente-Imperialismus zur Unterjochung und Aushungerung der Arbeiterklasse verständigen." **Die kommunistische Aktion sollte die große Ostrichtung gegen die im Westen gepflogenen Wiedergutmachungsverhandlungen darstellen und durchsetzen und letzten Endes die bolschewistische Diktatur des Proletariats verwirklichen.**

Die Mehrzahl der Arbeiterschaft, besonders die Verheirateten, hatten keinen Sinn für Streik und Revolution. Sie dachten an ihre Familien, die durch den Ausfall des Arbeitsverdienstes vom Hunger bedroht wurden, und die wirtschaftlichen Sorgen überwogen alle politischen Utopien. Nichtsdestoweniger gelang es den Führern, **durch Terror die revolutionäre Bewegung in Gang zu bringen**. Am 22. März trat im mitteldeutschen Leunawerke, das über 20 000 Arbeiter beschäftigte, ein Zustand passiver Resistenz ein. Die Arbeiter forderten Zurückziehung sämtlicher bewaffneter Polizei- und sonstiger Organisationen aus Mitteldeutschland, Entwaffnung dieser Organisationen, Bewaffnung der Arbeiterschaft und drohten mit dem Streike, falls Polizei in die Betriebe einrückte. - Im Mansfeldischen hatte der Streik unter kommunistischem Terror auch auf die Landarbeiterschaft übergegriffen, und in Eisleben und Hettstedt kam es zu ersten Zusammenstößen. -

Ein bedenkliches Abflauen der Bewegung ließ sich trotzdem überall erkennen, der Elan von 1919 und 1920 war nicht mehr vorhanden,

### Mitteldeutscher Aufstand

und es bedurfte eines gewaltsamen Anstoßes, um den offenen Aufruhr ausbrechen zu lassen. Nach echt russischem Vorbild ging man **mit Bomben, Dynamit und rohen Gewaltakten** zu Werke. Am 22. März abends gegen elf Uhr wurde ein Attentat auf den von Halle nach Leipzig fahrenden Schnellzug verübt. Er entgleiste zwischen Dieskau und Gröbers, und sieben Verletzte waren zu beklagen. In Plauen und Auerbach, zwei Städten des Vogtlandes, explodierten Bomben in den Rathäusern und verheerten diese. In Rodewisch im Vogtlande flog morgens um 3 Uhr ein Teil des

Rathauses in die Luft, und gegen das Gerichtsgebäude in Freiberg in Sachsen ging man mit Dynamit vor. In den Landgerichtsgebäuden Leipzigs und Dresdens erfolgten Dynamitexplosionen.



1921: Reichswehr vor dem Rathaus in Klingenthal (Vogtland) im Kampf gegen den roten Terror.  
Photo Scherl.



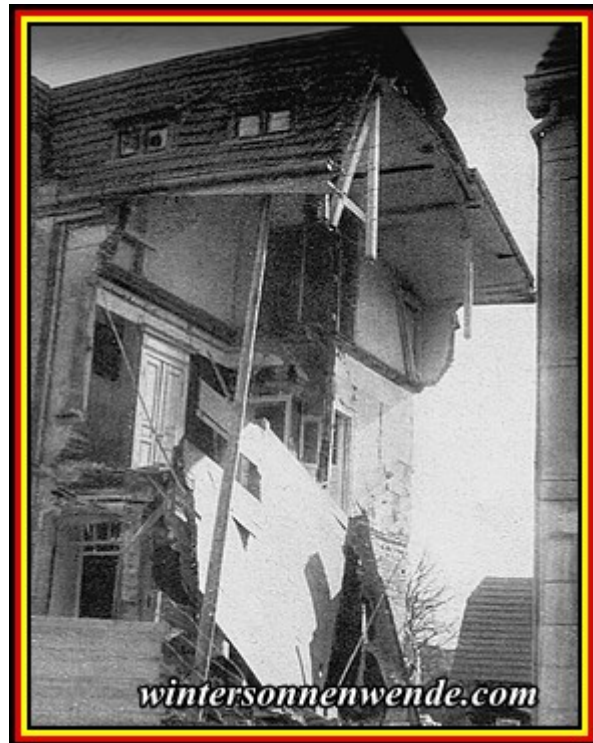
Kommunisten-Umzug in Berlin.  
Photo Scherl.

Am 23. März standen die mitteldeutschen Industriebezirke in hellem Aufbruch, der besonders intensiv und gewalttätig im **Mansfeldischen** tobte. Die Aktion wurde auf das denkbar einfachste finanziert: am Vormittage fuhr vor der Kreissparkasse in Mansfeld ein Kraftwagen vor, der, wie so viele andere, seinem Besitzer einfach weggenommen worden war, und die Insassen erzwangen mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe des gesamten Barbestandes in Höhe von 200 000 Mark. Gleich darauf wurde in Helbra die Volksbank und das Kreissparamt ausgeraubt, und in Mansfeld teilten die Kleinbahn und das Postamt das gleiche Schicksal. Zwei Tage später versuchte man hier das Amtsgericht zu sprengen und drohte mit der Sprengung des Finanzamts, des Landratsamtes und des Schlosses. -

### Aufstand in Mansfeld



Von Kommunisten gesprengtes Haus in Hettstedt.  
[Photo Scherl?]



1921: Von Kommunisten gesprengte Hettstedter Bank. Atlantic-Photo.

An den Straßenecken wurden Plakate auf flammend rotem Papier angeklebt, welche die **gesamte männliche Bevölkerung zwischen sechzehn und sechzig Jahren aufforderte, Waffen- dienst in der Roten Armee zu tun.** Das Bürgertum entzog sich zwar der Ausführung dieses Befehls, mußte aber doch stellenweise unter dem Zwange der Gewalt nachgeben. Bergwerke und

Schächte wurden von bewaffneten Banden besetzt, welche Polizei und Arbeitswillige beschossen. Telegraphen- und Telephondrähte wurden zerschnitten, Bahnschienen aufgerissen, bei Hettstedt wurde die Brücke der Kleinbahn gesprengt. Auf den Landstraßen entstanden Drahtverhaue und Barrikaden. Gutshöfe wurden ausgeplündert, Pferde und Kraftwagen weggenommen, Vieh geschlachtet, die Wohnungseinrichtungen zertrümmert und die Scheunen in Brand gesteckt. Vor den Dörfern wurden Schützengraben ausgeworfen.

In ganz **Mansfeld** loderten die Flammen des Aufruhrs. Am schlimmsten aber ging es in **Eisleben** her, dem Stützpunkt der Polizei. Es kam zu Plünderungen, es gab Tote und Verwundete. Ein Bericht vom Nachmittag des 23. März besagte folgendes:

"Zur Stunde ist kein Sicherheitsbeamter mehr in den Straßen zu sehen, und die Aufrührer haben die Oberhand. Das offenbart sich denn auch an den Plünderungen, die am späten Nachmittag am Marktplatz und in den Nebenstraßen einsetzten und besonders Konfektions- und Schuhwarengeschäfte betrafen. Vereinzelt fallen noch immer Schüsse. Die Schutzpolizei hat sich in ihre Quartiere zurückgezogen. Der in der Mädchenvolksschule liegenden Abteilung wurde ein Ultimatum gestellt. Falls sie sich bis zum Abend nicht ergeben habe, werde man die Stadt an allen Ecken anzünden."

Die *Rote Fahne* in Berlin frohlockte: "Wir schließen ein Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland, und keine Macht der Welt kann uns niedertreten. Verbündet Euch in allen Orten. Nehmt den Euch aufgezwungenen Kampf auf der ganzen Linie auf. Es lebe die einheitliche Kampffront aller Arbeiter! Auf zum Generalstreik!"

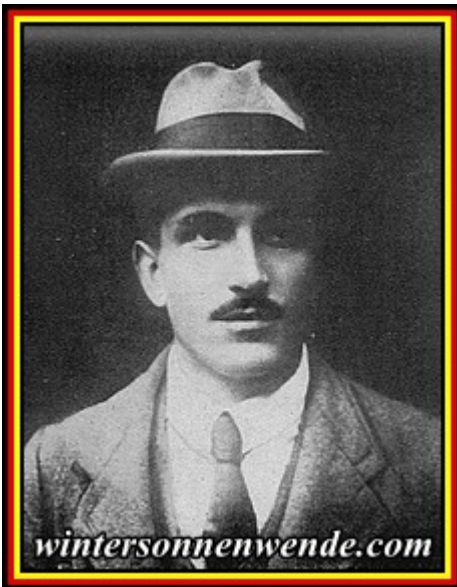
Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing, verhängte am 24. März mittags den **Belagerungszustand über die Aufruhrgebiete**. Durch die weiter durchgeführte Konzentration der Polizeikräfte gelang es schließlich, Eisleben von der kommunistischen Herrschaft zu befreien (25. März). Die Kommunisten wollten sogar, als sie ihre Niederlage vor Augen sahen, Verhandlungen mit dem Kommandeur der Polizei anknüpfen! Der aber lehnte sie ab und stellte ihnen folgende Forderungen: Die aufrührerischen Banden haben sofort den Kampf einzustellen, dann werde die Polizei nicht mehr schießen, alle Waffen und Munition seien sofort abzugeben; diejenigen, die solche freiwillig ablieferten, wolle man nicht nach Namen fragen und auch nicht verfolgen. Sämtliche Kraftwagen und sonst geraubte Sachen seien sofort zurückzugeben. Gestattet werde, daß die Ortsbehörden die Waffen einsammeln. In allen Betrieben sei die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Jedoch die Kommunisten waren weit entfernt, auf diese Forderungen einzugehen. Trotzdem der Kommandeur jeden Verkehr auf der Straße nach sieben Uhr abends untersagte und den Gebrauch von Fahrrädern gänzlich verboten hatte, rotteten sich die Banditen in der Nacht zusammen und versuchten das Eisleber Rathaus zu stürmen. Sie wurden unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Mehrere Maschinengewehre, drei Kisten Dynamit, die man für die Sprengung des Rathauses bestimmt hatte, und dreißig Gewehre erbeutete die Polizei, die ihrerseits zwei Tote und drei Verwundete verlor. Nun aber ergriffen die Unruhen die östlich von Mansfeld gelegenen Teile der Provinz, und in Berlin kam es zu Zusammenrottungen. Das sehr ausgedehnte Leunawerk wurde von bewaffneten Arbeiterregimentern besetzt, die aus allen Teilen der Provinz, besonders aus dem Bergbaugebiet des Geiseltales zusammengeströmt waren. In **Halle** gab es kein Gas und Wasser mehr, **Delitzsch** wurde unruhig. In der Gegend zwischen Halle und Leipzig formierten sich neue rote Truppen. Es war ein unheilswangeres, blutiges Osterfest, welches für Mitteldeutschland anbrach. Rastlos eilten die Kuriere und Radfahrpatrouillen der Kommunisten von Truppe zu Truppe und überbrachten Nachrichten und Befehle. Auf der Bevölkerung lastete der Alp der Proletarierdiktatur, und die Besitzenden mußten wohl oder übel die Geldtribute zahlen, die ihnen abgepreßt wurden.

Während der Osterfeiertage wurde **Eisleben** gesäubert. Man fing in dieser Stadt allein 60 Russen, die in russischer Uniform am Aufstand teilgenommen hatten. Das Mansfelder Revier jedoch, das die Verwüstungen eines Schlachtfeldes aufwies, wurde noch von den Kommunisten behauptet, deren Oberbefehl **Max Hölz**, der erfolgreiche Kommunistenführer des Vogtlandes, über-

**Hölz**





Max Hölz. Keystone View Comp.

nommen hatte. Sein Hauptquartier war Klostermannsfeld, und ein Stab von 20 Köpfen befand sich bei ihm.

Am Ostersonntag fiel seine Horde in die Kreisstadt Sangerhausen ein, wo auf das in der Nähe des Bahnhofs liegende Hauptpostamt ein Dynamitanschlag verübt wurde, um es zu berauben. Nach schwerem, vierstündigem Straßenkampfe gelang es württembergischer Reichswehr, die Räuber zu vertreiben. Gleichzeitig flog die Eisenbahnbrücke bei Artern in die Luft.

Am Dienstag nach Ostern, dem 29. März, begann der **Vormarsch der Polizeitruppen**. An diesem Tage wurde das bereits im Vorjahre heftig umkämpfte **Ammendorf** im Süden Halles den roten Truppen entrissen. Hier war in der Morgenfrühe des zweiten Osterfeiertages die große über die Saale führende Eisenbahnbrücke gesprengt worden, um weitere Antransporte von Reichswehr aus dem südlichen Deutschland unmöglich zu machen. Die Ordnungstruppe, die, allein zu

schwach, genügende Unterstützung durch Reichswehr erhalten hatte, rückte gegen das Leunawerk vor; die hier stehenden Arbeitertruppen, die im übrigen die unbedingt erforderlichen Notstandsarbeiten verrichten ließen und Zucht bewahrten, waren entschlossen, sich zur Wehr zu setzen. Dieser Entschluß kam aber nicht aus tiefstem Herzen. Auf die jungen, militärisch ungeübten Burschen war kein Verlaß, denn sehr viele von ihnen waren schon vor Ostern desertiert, um die Feiertage bei ihren Bräuten und Geliebten verleben zu können, da diese dem kriegerischen Handwerk der Männer wenig Verständnis entgegenbrachten. Die Familienväter andererseits, welche die Feiertage fern von ihrer Familie verbracht hatten, waren verdrossen, daß die jungen Leute die Last des Kampfes auf sie abwälzen wollten, und viele von ihnen waren Rotgardisten wider Willen. Zwar war ein Haufen von Leipzig aus zur Verstärkung im Anmarsch gewesen, jedoch bei Mölkau hatte er sich nach kurzem Gefecht mit der Polizei fluchtartig aufgelöst, und nur wenigen gelang es, sich nach Leuna durchzuschlagen. Der proletarische Widerstand im Leunawerk war aus diesen Gründen sehr schwach, und nach kurzen Kämpfen in den Vormittagsstunden des 29. März ging der riesige Industriekomplex in die Gewalt der Polizei über. Rund 1200 Gefangene wurden gemacht.



1921: Eisenbahnattentat bei Halle.  
[Photo Scherl?]



1921: Von Kommunisten gesprengtes  
Stellwerk bei Ammendorf.  
[Photo Scherl?]

Hartnäckigen Widerstand aber leistete immer noch das **Mansfelder Revier**. Man war doch gezwungen, gegen die kommunistischen Stützpunkte bei Helbra Artillerie einzusetzen. Es stand außer jedem Zweifel, daß der Herd der Aufruhrbewegung unter der Mansfelder Bergarbeiterschaft zu suchen war. Der Bandenführer Hölz erließ am 29. März folgenden Aufruf, der für den Geist der Insurgenten bezeichnend ist:

**Zustände in  
Mansfeld**

"Seit Montag, dem 21. März, stehen wir in Mitteldeutschland, in Eisleben, Mansfeld, Hettstedt usw. im schärfsten Kampf mit der Sipo. Wir erwarten von Euch, daß Ihr uns unterstützt



*1921: Eisleben, Gefangene Kommunisten und ihr Führer. Photo Scherl.*



*1921: Von Kommunisten gesprengter Bahnhof in Hettstedt. Atlantic-Photo.*

in diesem Kampfe. Wir verlangen, daß Ihr zu uns kommt, einzeln oder geschlossen, mit oder ohne Waffen, ganz gleich. Die Hauptsache, daß Ihr kommt. Wenn Ihr aus irgendwelchen Gründen nicht zu uns kommen könnt, dann erwarten und verlangen wir von Euch, daß Ihr dort, wo Ihr seid, den Kampf aufnehmt mit den bezahlten Henkersknechten Eurer Ausbeuter. Entwaffnet die Bürger, die Polizei, die Gendarmerie, die Sipo, die Reichswehr, beschlagnahmt alle erreichbaren Gelder, sprengt die Schienen, die Gerichte, die Gefängnisse, befreit alle Gefangenen. Der 'Sozialist' Hörsing mit seinen Banden hat den Belagerungszustand über Mitteldeutschland verhängt. Der 'Sozialist' Hörsing läßt in Mitteldeutschland Arbeiter, Kinder und Frauen erschießen, nur deshalb, weil sie Arbeiter sind und um ihr Brot und ihre Freiheit kämpfen. Wir haben sofort als Gegenmaßnahme das proletarische Standrecht verhängt, das heißt wir kämpfen mit allen Mitteln gegen die Henker des Proletariats. Wir schlachten die Bourgeoisie ab ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts, wir sprengen ihre Schlösser und Paläste, ihre Villen in die Luft, wir nehmen ihnen das geraubte Gut, das Geld, das Gold, was sie den Arbeitern durch Ausbeutung und Wucher zuerst geraubt haben. Wenn die Sipo nicht sofort abzieht und uns die Waffen abgibt, werden wir ein furchtbares Blutbad unter der Bourgeoisie anrichten, denn diese Ausbeuter haben diese Henkersknechte gerufen, sie sollen sie auch wieder dorthin schicken, wohin sie gehören, oder sie werden mit ihnen zusammen abgeschlachtet. Genossen, die Stunde ist ernst, die Gelegenheit ist günstig, handelt wie auch wir handeln, nur die Tat kann uns retten. Geht zur Tat über!

Max Hölz, Hauptquartier Klostermannsfeld."

Roh im Ausdruck der Sprache, roh im Aufbau der Gedanken, war dieser Aufruf nicht weniger roh in der Bekundung der Gefühle und in der Aufforderung zu gemeinen, verbrecherischen Taten. Aber vom starken Arme dieses Helden hoffte der deutsche Kommunismus und Sowjetrußland zuversichtlich das beste Gelingen ihrer Aktion, und um die kommende Räteherrschaft gebührend vorzubereiten, erließ der "politische Kommissar" der noch nicht bestehenden Sowjetregierung im Mansfelder Gebiete am gleichen Tage folgende Bekanntmachung:

"An die Bevölkerung der Mansfelder Kreise!

Das werktätige Volk der Mansfelder Kreise hat die politische Macht selbst übernommen und mich zum politischen Kommissar bestellt. Kraft dieser Bestellung verordne ich:

Alle Amts- und Gemeindevorsteher unterstehen nur noch meinen Anordnungen und haben Anordnungen von irgendwelcher andern Seite, den Landräten und sonstigen Behörden, keine Folge zu leisten.

Alle Amts- und Gemeindevorsteher erhalten bis zur Wahl von Arbeiterräten einen politischen Beirat, der für die Durchführung meiner Anordnungen verantwortlich ist.



Die Landräte der Mansfelder Kreise sind außer Dienst gestellt und haben sich jeder Amtshandlung zu enthalten.

Die politischen Beiräte tragen mit Sorge für die sofortige Besetzung der Post- und Telegraphenanstalten mit zuverlässigen Arbeitern. Der Telegraphenbetrieb wird vorläufig unterbunden. Der Postbetrieb bleibt, jedoch nur für die Mansfelder Kreise, bestehen.

Beschlagnahmungen irgendwelcher Art geschehen nur auf meine Anweisungen. Plünderungen werden mit dem Tode bestraft.

Die Versorgung der Bevölkerung wird sichergestellt. Alle Vorräte an Lebensmitteln sind durch mich beschlagnahmt und hat jeder derzeitige Inhaber dieselben zu meiner Verfügung zu halten. Es wird von jedermann über die Verwendung Rechenschaft gefordert.

Die Arbeiterschaft trägt die volle Verantwortung für die Durchführung meiner Anweisungen. Jeder Widerstand gegen die Macht der Arbeiterklasse wird mit allen Mitteln gebrochen.

Arbeiter, handelt nach dem Vorbild, welches Euch von der Reaktion bei den früheren Kämpfen gegeben wurde.

Der politische Kommissar für die Mansfelder Kreise  
Paul Bowitzky."

So unbeholfen in der Sprache dieses Manifest auch wirkte, so war doch die ganze Zuversicht des Erfolges in ihm niedergelegt, und in den beiden Dörfern Hedersleben und Dederstedt wurde die Räteherrschaft ausgerufen.

Auch in **Halle** machten die Kommunisten verzweifelte, aber vergebliche Anstrengungen, die Macht in die Hände zu bekommen. Am Ostersonnabend (dem 26. März) versuchte man ein Roboritattentat auf das Polizeipräsidium, aber es wurde entdeckt und kam nicht zur Ausführung. Desgleichen wurden Bombenanschläge gegen die *Hallesche Zeitung*, die *Saalezeitung* und die mehrheitssozialistische *Volksstimme* in der Nacht zum Ostersonntag vereitelt. Es gelang nach vielen Mühen, an diesem Tage sechs Rädelsführer im Klassenkampfgebäude zu verhaften. Der Kommunist Lemck hatte an die Hallesche Arbeiterschaft einen Kampfaufruf erlassen, die Mansfelder Genossen zu unterstützen. In der Industrie wurde gestreikt, doch die städtischen Arbeiter und Angestellten schlossen sich aus. Auch der Eisenbahnverkehr wurde durchgeföhrt, wenn auch auf den Strecken nach Sangerhausen, Thüringen und Leipzig der Betrieb wegen der Gefahr der Beschießung und Zerstörung des Bahnkörpers vorläufig unterbrochen werden mußte. Die Lage in Halle war zum mindesten gespannt. Erst am 30., als die Rebellion durch Hölz' Tätigkeit neu angefacht worden war, legten auch die städtischen Arbeiter im Gas- und Elektrizitätswerk die Arbeit nieder, so daß die Technische Nothilfe die Weiterführung dieser Betriebe übernehmen mußte. Aber nur für einen Tag. In der Nacht wurde das kommunistische Hauptquartier in der Reilstraße Nr. 84 ausgehoben, wobei die Kommunisten Schneidewindt und Hartfeld getötet wurden. Damit war die Bewegung der geistigen Leitung beraubt, und ihr endgültiger Zusammenbruch stand bevor.

Während die Reichswehr Delitzsch besetzte, ging die Polizei in Richtung auf Leipzig vor, da von dort der Anmarsch neuer Proletarierhaufen gemeldet wurde. Bei **Gröbers** kam es zum Kampfe, der, wie überall, so auch hier, für die Ordnungstruppen sehr schwer war, da die Aufrührer hinterrücks aus Häusern, Höfen und Hecken schossen. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. In geradezu entsetzlicher Weise wurden die toten Polizeibeamten ihrer Uniformen beraubt. Die Augen wurden ihnen ausgestochen, und in schändlichster Weise wurden sie zugerichtet. Hyänenhafte, entmenschte Weiber taten sich besonders hervor.

Das **letzte Aufflackern des Aufruhrs** zeigte sich im mittleren Saalekreis, nördlich von Halle. Hölz mußte vor der heranrückenden Reichswehr aus Mansfeld weichen, hatte mit seinen Banden bei Wettin die Saale überschritten und brandschatzte die Dörfer am Petersberge. Stationskassen wurden ausgeraubt, Fleischerläden und Güter geplündert,

**Zusammenbruch  
der Erhebung**

junge Leute zum Waffendienst gepreßt. Jedoch den Kommunisten in Könnern warf man vor, daß sie "schlapp" seien. In diesem Gebiet, das keineswegs so industriereich war wie das Mansfeldische, war es ein leichtes, den Aufstand zu ersticken.

**Anfang April war der schöne Traum von Weltrevolution und Rätediktatur ausgeträumt.** Die roten Soldaten, die vor kurzem noch das Gewehr trugen, fuhren wieder in die Schächte der Kupferschieferbauenden Gewerkschaft, der Riebeckischen Montanwerke und der Kalibergwerke, und die kommunistischen Führer, soweit man ihrer habhaft geworden war, sahen auf der Anklagebank der Sühne ihrer Taten entgegen. Mansfeld, das im Jahre 1525 vom Bauernkrieg heimgesucht worden war, hatte 400 Jahre später seinen blutigen Arbeiterkrieg erlebt.

Auch an anderen Stellen Deutschlands war die Flamme des Aufbruchs emporgelodert, aber nicht so gewaltig, wie im mittleren Deutschland. In **Hamburg** verlangten am 23. März die Arbeiter der Vulkanwerft sofortige Einstellung aller Arbeitslosen. Die Werft Blohm & Voß wurde besetzt, das Direktionsgebäude gestürmt. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, Tote und Verwundete blieben zurück. Doch dank dem tatkräftigen Eingreifen der Polizei wurde eine weitere Ausbreitung des Aufstandes verhindert.

**Unruhen in Hamburg  
und im Ruhrgebiet**

Ein kommunistischer Aufstand, an dem sich nicht das Ruhrgebiet beteiligt hätte, wäre nur eine halbe Angelegenheit gewesen. Aber schon beizeiten war Polizei und Reichswehr dorthin dirigiert worden, und der Belagerungszustand war verkündet. Nichtsdestoweniger wurde am 26. März **im gesamten Gelsenkirchener Revier der Generalstreik** verkündet, dem sich auch einige Zechen des **Essener Reviers** anschlossen. Eifrig hetzten die Kommunisten, und am Ostermontag, dem 28. März, kam es zu einer großen Demonstration in Essen, bei der man unter dem anfeuernden Rufe "Nieder mit den Bluthunden!" Entfernung der Polizei und der Reichswehr forderte. Die mehrfache Aufforderung, sich zu zerstreuen, wurde von der Menge mit Hohngelächter beantwortet, und es kam zum Kampfe: Elf Kommunisten wurden erschossen, vierzig verwundet, auf seiten der Polizei gab es drei Tote und zehn Verwundete. Die Folge war, daß am nächsten Tage auch in **Essen** der Generalstreik ausgerufen wurde.

In **Mettmann** und **Gevelsberg** wurden die Reichsbankstellen überfallen und ausgeplündert, **Wülf-rath bei Münster** wurde von roten Truppen besetzt, und in **Velbert** proklamierte man die Räte-republik, nachdem man auch hier die Reichsbankstelle ausgeraubt hatte. Aber schon nach wenigen Tagen rückte, zum Teil nach schweren Kämpfen, die Polizei ein und schaffte wieder Ordnung. Auch in **Remscheid** hatte man versucht, sich die nötigen Finanzen durch einen Bombenanschlag auf die Kämmerkassette zu verschaffen. Bei dieser Stadt kam es am letzten Tage des März zu einem größeren Gefecht, das mit der Gefangennahme von 400 Kommunisten endete. Ein Teil der Aufbrüher trat auf das neubesetzte Gebiet über und wurde dort von den Engländern entwaffnet. Das rechtzeitig hierher geschickte starke Polizei- und Militäraufgebot und die Nähe der englischen und französischen Truppen hatten verhindert, daß der Aufstand im Ruhrgebiet solche Wucht wie in Mittel-deutschland bekam.

Dunkle Umtriebe machten sich auch in **Bremen** bemerkbar. In der Nacht zum 31. März waren 70 Fernsprech- und Telegraphenleitungen nach Hamburg, Hannover, Bremerhaven und Berlin zerschnitten worden. Jedoch zu weiteren Ausschreitungen kam es nicht. -

Bis weit in die Reihen der Unabhängigen hinein verurteilte das deutsche Volk einstimmig die Verwegenheit der Kommunisten, mit der sie ein blutiges Verbrechen auf das andere häuften. Abgesehen von den kommunistischen Provinzblättern war es lediglich die *Rote Fahne*, die täglich aufs neue Öl ins Feuer goß. Die russische Bundesgenossenschaft und die proletarische Rätediktatur in Deutschland waren die letzten und höchsten Ziele, die erstrebt wurden.

Es hätte nicht der Fingerzeige in der deutschen und ausländischen Presse bedurft, um die **direkte russische Mitwirkung bei dem Aufbruch** zu erkennen. Nicht allein, daß man viele fragwürdige Gestalten mit russischen Uniformen, russischen Gesichtern und russischem Gelde gefangengenommen hatte, die zwar zum Teil aus russischen Gefangenenlagern entwichen,

**Moskaus  
Anteil**

zum Teil aber auch frisch aus dem Sowjetlande importiert worden waren, - es war gewiß kein Zufall, daß die geistigen Urheber des Unternehmens gerade zu jener Zeit in Scharen nach Rußland strömten. Da befand sich Dr. Kurt Geyer in Moskau, die Genossen Otto Braß und Koenen, von dem gespottet wurde, er sei unauffindbar, wenn irgendeine große Aktion im Gange sei, saßen im Schnellzug und reisten ostwärts, begleitet von Fritz Heckert, dem Führer des Chemnitzer Proletariats.

In **Moskau** aber rieb man sich die Hände und frohlockte. Der redselige Sinowjew, eine der Hauptgrößen der Komintern, sagte einige Monate später wörtlich:

**Moskaus  
Hoffnungen**

"Als wir die ersten Informationen über sie (= die Märzaktion 1921) erhielten, waren die Genossen Braß, Geyer und Koenen hier. Wir hatten nach den ersten Informationen alle das Gefühl: endlich ist der Stein ins Rollen gekommen, endlich hat eine Bewegung in Deutschland angefangen, endlich frische Luft."

Nach der Niederlage waren natürlich Sinowjew und seine Genossen enttäuscht. Und nun setzte die Kritik ein: Die deutschen Kommunisten seien zu voreilig gewesen, deshalb hätten sie sich verzettelt, genau so wie sie sich im Vorjahre durch die Langsamkeit ihrer Leitung verzettelt hätten.

"Als wir unsere ersten Aufrufe nach der Niederlage schrieben, haben die Genossen Braß und Geyer die Sache ebenso beurteilt wie wir alle. Wir haben den Aufruf dem Genossen Kurt Geyer in die Feder diktiert. Er fungierte als Stenograph. Es ist dabei kein einziges Amendement durch die deutschen Genossen abgelehnt worden."

Es habe sich nicht um einen Putsch, sondern um einen aufgezwungenen Abwehrkampf gehandelt, es sei ein Schritt vorwärts gewesen, ein Kampf, dessen sich die Arbeiterklasse nicht zu schämen brauche. Deshalb **erklärte Sinowjew im Namen der Komintern: "Wir stehen zur Aktion."**

Die russischen Umtriebe waren an der Festigkeit des deutschen Charakters, an der deutschen Gründlichkeit und Beharrlichkeit gescheitert. Rußlands letzter Trumpf gegen Deutschland und für die Weltrevolution war verloren. Die Bolschewisten erkannten, daß sie sich verrechnet hatten im Tempo ihres Vorwärtstürens, sie erkannten, daß sie die Weltrevolution nicht erzwingen konnten, da sie mit starken Widerständen kämpfen mußten, und beschlossen - zu warten. Das war das Resultat des Kongresses der Komintern im Juli 1921: Das Bündnis mit Deutschland, welches auf gesetzmäßigem Wege nicht erreicht werden konnte, war auch auf revolutionärem Wege nicht erreicht worden. -

Es mag mit Rücksicht auf den bevorstehenden Vertragsabschluß gewesen sein, daß der Außenminister Dr. Simons im April im Reichstag erklärte, er könne sich nicht von der Meinung freimachen, daß sich für eine Agitation der Sowjetregierung in Deutschland keine Anhaltspunkte erbringen ließen. Es vollziehe sich sogar allmählich ein Wechsel in der Haltung der Sowjetregierung, die sich allmählich wieder den Forderungen der Weltwirtschaft anzupassen versuche. Das war formal richtig, aber derselbe Lenin, der an der Spitze der Sowjetregierung stand, hatte als Vorsitzender der Komintern jene dunkle Agitation in Deutschland betreiben lassen, die zu dem blutigen Märzaufruhr führte.

Die zweite Instanz Rußlands, die Sowjetregierung, war nämlich inzwischen auch nicht müßig gewesen. Am 6. Mai wurde ein Ergänzungsabkommen zum Abkommen vom 19. April 1920 abgeschlossen, worin die unverzügliche Heimbeförderung der beiderseitigen Kriegsgefangenen vereinbart wurde. Nach den Vorgängen im März hatte Deutschland ganz besonderes Interesse, mit größter Beschleunigung die Heimbeförderung der Russen durchzuführen, denn diese hatten sich durch Teilnahme am kommunistischen Aufstand einwandfrei als lästige Ausländer erwiesen.

Rußland aber, das zwar lieber den Sieg der Weltrevolution in Deutschland gesehen hätte und auf ein bolschewistisches Deutschland große außenpolitische Hoffnungen, besonders gegen England, setzte, verspürte aber doch das unabweisliche Verlangen, engere Handelsbeziehungen zum bürgerlichen

**Neuer deutsch-russischer Vertrag**

Deutschland aufzunehmen, wenn auch dieses sich noch etwas spröde zeigte. Die Frucht dieser russischen Bemühungen war schließlich ein **Vorläufiges Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderalistischen Sowjet-Republik (R.S.F.S.R.) über die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen für Kriegsgefangenenfürsorge**, ebenfalls vom 6. Mai 1921: "Von dem Wunsche beseelt, dem Frieden zwischen Deutschland und Rußland zu dienen und in gegenseitigem Wohlwollen das Gedeihen beider Völker zu fördern", wurde das Abkommen getroffen, das die beiderseitigen Delegationen für Kriegsgefangenenfürsorge auch mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsangehörigen betraute. Ihnen sollten zur Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern **Handelsvertretungen** angegliedert werden. "Bis zur vollständigen Wiederaufnahme der normalen Beziehungen" führten die Delegationen die Bezeichnung: "Deutsche Vertretung in Rußland" und "Vertretung der R.S.F.S.R. in Deutschland". Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, mußte Rußland erklären, daß diese Instanz als einzige Vertretung des russischen Staates in Deutschland zu betrachten sei. Die Leiter der Vertretungen wurden mit den Vorrechten und Freiheiten der Chefs beglaubigter Missionen ausgestattet.

Diese neuen Vertretungen erhielten **konsularische Befugnisse** und hatten die Interessen ihrer Staatsangehörigen "nach Maßgabe völkerrechtlichen Herkommens" wahrzunehmen, Pässe, Personalausweise und Sichtvermerke auszustellen, Urkunden aufzunehmen, zu legalisieren und zu beglaubigen. Außerdem hatte die deutsche Handelsvertretung in Moskau die wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches und seiner Angehörigen zu schützen, während die russische Handelsvertretung in Berlin für den Rechtsverkehr auf deutschem Gebiet als legitimierte Vertreterin der russischen Regierung auftrat.

Für Rußland kam es aber bei diesem Verträge vor allem darauf an, **wirtschaftliche Vorteile** zu erlangen, um dem tief darniederliegenden Volke neue Hoffnungen zu erwecken und die Dauer der kommunistischen Regierung zu verlängern. Aus diesem Grunde war Sowjetrußland zu Zugeständnissen bereit. Ein solches war es, daß sie den Deutschen, die sich zu Handelszwecken in Rußland aufhielten, die Unverletzlichkeit ihres gesamten mitgeführten und in Rußland erworbenen Eigentums gewährleistete. Außerdem verpflichtete sich Rußland, mit deutschen Privatpersonen, Firmen und juristischen Personen Rechtsgeschäfte auf russischem Gebiet nur mit Schiedsgerichtsklauseln abzuschließen, die auf deutschem Boden abgeschlossenen Handelsgeschäfte sollten den deutschen Gesetzen unterworfen sein, jedoch sollte Rußland das Recht haben, auch hier die Schiedsgerichtsklausel einzufügen.

Wichtig für Deutschland war Artikel XV:

"Die beiderseitigen Vertretungen und die bei ihnen beschäftigten Personen haben sich bei ihrer Tätigkeit streng auf die ihnen nach diesem Abkommen zufallenden Aufgaben zu beschränken. Insbesondere sind sie verpflichtet, sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die staatlichen Einrichtungen des Aufenthaltsstaates zu enthalten."

Diese Bestimmung war sehr wichtig, denn man hatte ja während des Hölzaufstandes erlebt, in welcher gefährlicher Weise die russische Delegation in Berlin am Aufruhr beteiligt gewesen war.

Für Rußlands kommunistische Politik bedeutete dieser Vertrag einen Rückzug. Im Kampf zwischen Bolschewismus und bürgerlicher Staats- und Wirtschaftsform, welcher gewissermaßen ein Kampf zwischen Rußland und Deutschland war, war das bürgerliche Deutschland Sieger geblieben. Rußland hatte die Folgen gezogen und gleichsam mit weitgehenden Zugeständnissen an das privatkapitalistische System seinen Frieden mit Deutschland gemacht. Der Vertrag war ein Baustein in der Neuen Ökonomischen Politik, jenem wirtschaftlichen Kompromiß, den das radikale Sowjetreich nun mit Europa zu schließen gezwungen war.

Das Deutsche Reich, zwar von sich aus nicht gewillt, engere Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen, war dennoch dazu bereit, nachdem Sowjetrußland die notwendigen vertraglichen Sicherheiten gegeben

**Deutsche  
Wirtschaftsentwicklung  
nach Osten**

hatte. **Es war dieser Vertrag für Deutschland die erste Tür, die es seinem Außenhandel eröffnete mit der Wahrscheinlichkeit, wirtschaftliche Vorteile zu erringen.** Ja, Deutschland mußte diese Gelegenheit ergreifen. War doch Rußland das einzige Land von Bedeutung, mit dem Deutschland nach freiem Ermessen Handel treiben konnte, ohne durch die einseitige Meistbegünstigung des **Versailler Vertrages** gefesselt zu sein. Von Westen bedrängt und bedrückt, war dem deutschen Volke und seiner Wirtschaft jetzt eine Möglichkeit gegeben, selbst aktiv, bestimmend und aussichtsreich sich nach Osten entfalten zu können, und diese Aussicht, diese Hoffnung eröffnete sich genau in dem Augenblick, als die Westmächte ihr vernichtendes Londoner Reparationsultimatum an Deutschland richteten.

Es zeigte sich in der folgenden Zeit, daß die russische Handelsvertretung in Berlin keineswegs dem Artikel XV. die Beachtung schenkte, die ihm zukam. Aber die bisher unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zum russischen Staate belebten sich. Deutsche Großindustrielle und deutsche Ingenieure kamen in die Lage, große, vielfach noch jungfräuliche Wirtschaftsgebiete Osteuropas zu erschließen. Besonders die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft fand ein reiches Betätigungsfeld durch den Ausbau des Elektrizitätswesens in der Industrie und auf den Eisenbahnen. Eines der bedeutendsten Werke moderner Technik, die Elektrifizierung der 5 000 Kilometer langen sibirischen Bahn von Moskau nach Wladiwostock, war nur durch die Arbeit und den Geist deutscher Ingenieure durchführbar. Auch die Landwirtschaft im russischen Süden wurde durch deutsche Kräfte gefördert. Jedoch hatte man mehr erhofft, als man erreichte.



### **13. Kapitel: Oberschlesiens Leidensweg.**

In jenen Tagen, da die deutschen Staatsmänner mit dem europäischen Westen um vernünftige Wiedergutmachungsbedingungen verhandelten und der russische Osten mit Tücke und Gewalt nach dem Besitze des Herzens Europas drängte, vereinigte eine andere Angelegenheit die Augen nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt auf sich: die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens.

**Oberschlesien**, dieser goldene Zipfel der fruchtbaren Oderprovinz, welche **Friedrich der Große** im Jahre 1742 seinem Staate einverleibte, war im Laufe des 19. Jahrhunderts neben dem Saar- und dem Ruhrgebiet zu **einem der wichtigsten Mittelpunkte des deutschen Wirtschaftslebens** geworden. Neben seinen Steinkohlenbergwerken besaß es eine Reihe von Blei- und Zinkgruben, und von der wirtschaftlichen Ergiebigkeit dieses Gebietes legt die Tatsache Zeugnis ab, daß im Jahre 1919 auf rund 11 000 Quadratkilometern etwa zwei Millionen Menschen beieinander wohnten. Die also hierdurch gegebene Bevölkerungsdichte von 182 Seelen entspricht ungefähr derjenigen Großbritanniens und würde unter den europäischen Ländern nächst Belgien und den Niederlanden an dritter Stelle noch vor dem britischen Königreiche stehen.

Es gehörte für Polen nicht viel dazu, um zu erkennen, daß der Besitz Oberschlesiens seiner wirtschaftlichen Stellung in Europa ein achtunggebietendes Gewicht verleihen würde. Frankreich, der Freund und Verbündete Polens, hatte seinerseits in Versailles kein Bedenken, auf Deutschlands Kosten großzügig und selbstlos seinem polnischen Freunde das ober-schlesische Gebiet zuzusprechen. Doch hier erhob sich plötzlich und unerwartet der Widerspruch Englands und Amerikas, der aber nicht stark genug war, um die bedingungslose Abtretung Oberschlesiens aus dem dem Grafen Brockdorff überreichten Vertragsentwürfe zu verdrängen. Erst als sich auch die deutsche Regierung entschieden gegen die einfache Abtretung des wichtigen Industriebezirkes wehrte, gelang es Lloyd George, Clemenceau gegenüber seinen Willen durchzusetzen und **das Schicksal Oberschlesiens von einer Volksabstimmung abhängig zu machen.** So einigte man sich denn dahin, das strittige Gebiet demjenigen Staate zuzusprechen, der bei einer binnen achtzehn Monaten nach Ratifikation des Friedensvertrages abzuhaltenden Volksabstimmung die einfache Majorität erhalten würde.

**Die ober-schlesische Frage**

Nach der Friedensratifikation im Januar 1920 hielt die **Interalliierte Abstimmungskommission**

ihren Einzug in Oppeln, und die deutschen Truppen wurden sofort durch englische, italienische und französische ersetzt. Die Kommission hatte die Aufgabe, das Gebiet bis nach erfolgter Abstimmung zu verwalten und "alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Sicherung einer freien, unbeeinflussten und geheimen Stimmenabgabe für erforderlich erachtet. Sie darf insbesondere die Ausweisung jeder Person verfügen, die irgendwie das Ergebnis der Volksabstimmung durch Bestechungs- oder Einschüchterungsmachenschaften zu fälschen versucht". Jedoch ergab es sich bald, daß zwar die Engländer und Italiener loyal und unparteiisch zu sein versuchten, während die Franzosen mit allen zulässigen und unzulässigen Mitteln die Polen begünstigten und ihre Annexionsbestrebungen unterstützten. Der Führer der polnischen Agitation war der fanatische Korfanty, ein Mann im besten Lebensalter, Mitte vierzig, ein gewissenloser Landsknecht der Feder und des Schwertes im Dienste eines überspannten Nationalismus.

**Die öffentliche Meinung Deutschlands wollte nichts von einem Verlust Oberschlesiens wissen.** Seit 600 Jahren rund (1335) gehöre die Provinz nicht mehr zu Polen, und deswegen könne man für Oberschlesien keine Analogie zu Posen und Westpreußen konstruieren. Geographisch gehöre ganz Schlesien zu Deutschland, denn es liege im Stromgebiet der Oder, und das sei deutsch. Industriell, wirtschaftlich und kulturell sei Oberschlesien aufs innigste mit Deutschland verknüpft, und eine Losreißung bedeute Vergewaltigung. Die oberschlesischen Polen seien ja doch nur sogenannte Wasserpolacken, welche von den Polen verachtet würden. Schließlich aber verlange es der deutsche Selbsterhaltungstrieb, daß Oberschlesien nicht vom Reiche getrennt würde. Wie sollte das deutsche Volk, das schon das Saargebiet verloren habe, seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen können, wenn es auch noch sein wichtigstes Kohlenlager verliere?

Die **Polen dagegen argumentierten anders.** Fast zwei Drittel der oberschlesischen Bevölkerung seien Polen, die unter der brutalen deutschen Fremdherrschaft schmachteten. Im Mittelalter habe die Provinz ursprünglich überhaupt zu Polen gehört, preußisch geworden sei sie erst durch Friedrich den Großen. Und im übrigen habe Polen die Kohle, das Blei und das Zink dringender nötig als Deutschland. -

Die **Volksabstimmung** fand nicht wie in den anderen Abstimmungsgebieten innerhalb der ersten sechs Monate nach Inkrafttreten des Vertrages statt, sondern wurde hinausgezögert. So wurde den Polen, die ihrerseits des Erfolges gar nicht sicher waren, Zeit und Gelegenheit zu einer wilden Propaganda und zu wüstem Terror gegeben. Denn es ließ sich schon bald feststellen, daß die sogenannten oberschlesischen Polen zu einem großen Teile mehr Sympathien der deutschen Ordnung, als der polnischen Unordnung entgegenbrachten.

**Verzögerte  
Abstimmung**

Infolge der sowjetrussischen Angriffe war Polen nicht in der Lage, sich mit besonderer Kraftentfaltung in Oberschlesien zu betätigen. Erst im Anschluß an die siegreiche Schlacht von Warschau im August 1920 fühlte sich **Korfanty** stark genug, im Einverständnis mit der Warschauer Regierung einen **Aufstand** zu entfesseln, dessen Ziel Annexion ganz Oberschlesiens vor der Abstimmung sein sollte. Polen wollte die alliierten Mächte vor eine vollendete Tatsache stellen und die im Friedensvertrag geforderte Volksabstimmung umgehen. Es gab furchtbare Mißhandlungen, Bedrückungen und Bedrohungen der Deutschen, die in hellen Haufen ins unbesetzte Schlesien flüchteten und deren Wut sich schließlich in der Zertrümmerung des französischen und polnischen Konsulates in Breslau äußerte.



**Oberschlesien 1921: Deutsche Abstimmungs-  
polizei und englische Soldaten in Oppeln.  
Photo Scherl.**

Die Ereignisse hatten deutlich genug gezeigt, wohin die Dinge steuerten. Die Interalliierte Abstimmungskommission war, was die Engländer und Italiener anbetrifft, nicht in der Lage, und was die Franzosen anbelangte, nicht willens, die Deutschen zu schüt-





*Oberschlesien 1921: Insurgentenstellung vor Boroschau bei Rosenberg. Atlantic-Photo.*



*Oberschlesien 1921: Der von Polen gesprengte und verbrannte Bahnhof Rosenberg. Atlantic-Photo.*



*Oberschlesien 1921: Stellung der Insurgenten bei Rosenberg. Atlantic-Photo.*

zen. Die deutsche Abstimmungspolizei war viel zu schwach, um den Übergriffen entgegenzutreten, die polnische Abstimmungspolizei machte mit den Insurgenten gemeinsame Sache. Es bildeten sich allmählich in dem von jedem deutschen Schutz entblößten **Oberschlesien Zustände heraus, die jeder Kultur spotteten.**

**Polnische Insurgentenbanden**

Besonders schwer und gefährlich war es, daß die Bedrückung des deutschen Volkes nicht nur durch das reguläre polnische Militär erfolgte, sondern auch noch durch **irreguläre Insurgentenbanden**, die militärisch gut organisiert und bewaffnet waren und unter militärischer Leitung standen. Der polnische Staat glaubte sich dieses Mittels bedienen zu können, um ungestört und ungehindert durch Schranken der Kultur, der Sittlichkeit und des Völkerrechtes seine Zerstörungsaktion gegen das ober-schlesische Deutschtum durchzuführen.

**Konzentration polnischer Truppen**

Diese Insurgentenbanden waren in der Hauptsache zusammengefaßt in der **Tajna Bojowka**. Diese war einquartiert in der staatlich polnischen Traugutt-Kaserne zu Sosnowice, und es bedarf eigentlich keines weiteren Beweises für den Zusammenhang der Organisation mit dem polnischen Staate. Die Tajna Bojowka war das Sammelbecken zweifelhafter Elemente, denen sie eine Zuflucht vor dem Staatsanwalt gewährte. Häufig traten diese Banden in einer Stärke bis zu vierzig Köpfen auf, sie begingen Raubüberfälle und Morde, wobei sie tatkräftig von den polnischen Grenzposten unterstützt wurden. Den Banditen wurde geradezu die Beseitigung unbequemer deutscher Persönlichkeiten aufgetragen, und wenn diese gelungen, wurden ihnen hohe Prämien gezahlt; außerdem erhielten sie eine feste Monatszulage von mehreren tausend Mark. In der Zeit vom 1. September 1920 bis zum 15. Januar 1921 wurden auf diese Weise 55 Morde im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet verübt, die Überfälle auf Güter und Dörfer nicht mitgerechnet. Man stellte fest, daß seit Mitte Dezember 1920 bewaffnete Trupps dieser Verbrecherbande fast in allen Städten des Abstimmungsgebietes ihr Unwesen trieben.

**Starke polnische Truppenmassen** zogen sich an der deutschen Grenze zusammen. Sie bestanden aus polnischer Volkswehr und **regulärem Militär**. Um die Jahreswende befanden sich an der ober-schlesischen Grenze zehn bis elf polnische Divisionen, etwa 140 000 Mann, wozu noch etwa 50 000 Mann Irreguläre kamen. Einen Monat später war **die Ziffer von 200 000 überschritten**. Es war der Plan der Polen, Oberschlesien ganz von Deutschland abzureißen, die Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Eisenbahnverbindungen zu zerstören und durch überwältigende Truppenmacht jede deutsche Regung zu ersticken.



*Oberschlesien 1921: Kampf am Bahnhof Myslowitz. Photo Scherl.*



*Oberschlesien 1921: Die von der Menge verbrannten interalliierten Fahnen werden unter erzwungener Anwesenheit des Magistrates auf dem Hause der Abstimmungskommission in Kattowitz wieder gehißt. Photo Scherl.*



*Oberschlesien 1921: Französische Wache in Kattowitz vor der Kleistschule. Photo Sennecke.*

Deutschen wurden Raubüberfälle verübt, viele Hunderttausende von Mark fielen den Räubern in die Hände, die deutschen Beamten und Angestellten wurden vertrieben und durch blutrünstige Drohbriefe verängstigt. Versammlungen der Deutschen wurden mit Handgranaten und Revolvern gesprengt. Die schlechtbewaffnete Abstimmungspolizei war machtlos gegen die vertierten Haufen, die Grenzkontrolle war vollkommen ungenügend. Über die Grenzflüsse schlugen die Polen hölzerne Brücken, eigens zu dem Zwecke, um ihre Banditen in Oberschlesien einfallen zu lassen.

Um die **öffentliche Meinung** für sich zu gewinnen, scheuten die Polen nicht davor zurück, Schriftstücke zu fälschen, die durch ihre unglaubliche Stilistik den Stempel der Lüge schon an der Stirn trugen. So hieß es in einem dieser Machwerke, das man den Deutschen unterschob, Deutschland müsse Oberschlesien und seine Industrie zerstören und verwüsten, ehe es an Polen falle. Als Charakteristikum sei folgender Satz daraus wiedergegeben: "Betreffend Vernichtung der Kohlengruben verbunden mit Menschenopfern, ist unbarmherzig, jedoch aber nicht zu vermeiden, denn in dem jetzigen gesunden Zustande darf unser Oberschlesien niemals an Polen fallen."

**Die Bevölkerung Oberschlesiens, besonders die deutsche,** verlangte immer lauter und dringender nach Abstimmung, damit diesen heillosen Zuständen endlich ein Ende bereitet würde, und die Interalliierte Abstimmungskommission begann zögernd, besonders sehr gegen den Willen des französischen Kommissars Le Rond, die Vorbereitungen zu treffen. Am 5. Januar 1921 gab die Kommission das **Abstimmungsreglement** heraus, wonach man vier Kategorien der Stimmberechtigten unterschied: erstens die in Oberschlesien Geborenen und noch dort Wohnenden, zweitens die in Oberschlesien Geborenen, aber nicht dort Wohnenden, drittens die außerhalb Oberschlesiens Geborenen, aber seit spätestens 1904 dort Wohnenden, und schließlich die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden, die am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hatten, diesen aber infolge Ausweisung durch die deutsche Behörde nicht beibehalten konnten. Stimmberechtigt war jeder Mann und jede Frau, die am 1. Januar 1921 das zwanzigste Lebensjahr vollendet hatten, und auf diese Weise wurden 1 220 000 Namen in die Abstimmungslisten eingetragen.

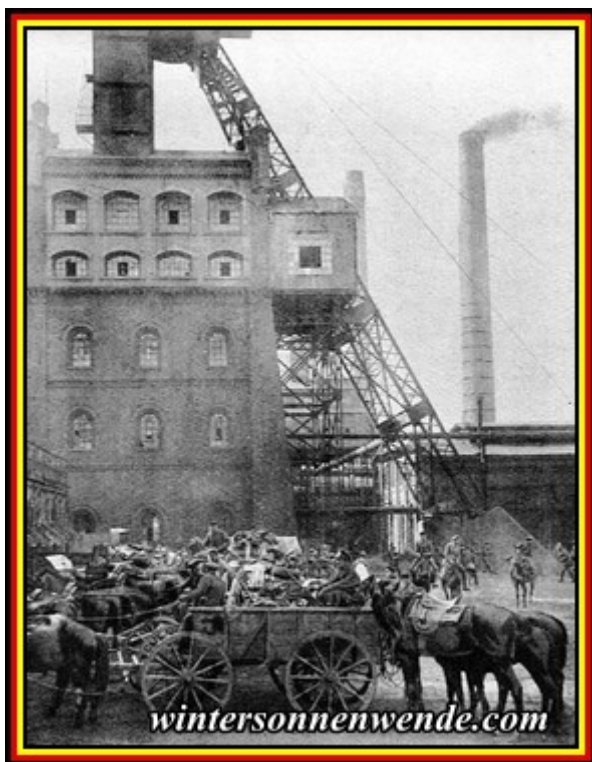
Seit Mitte Januar wartete man in Oberschlesien und Europa auf den Abstimmungstermin. Aber der Januar und der Februar verstrichen, ohne daß sich etwas ereignete. Endlich wurde der 20. März festgesetzt. Es waren lange, qualvolle Wochen für die oberschlesischen Deutschen. Das polnische Bandenwesen wucherte üppiger denn je, auf die Industriewerke der

**Not der Deutschen**

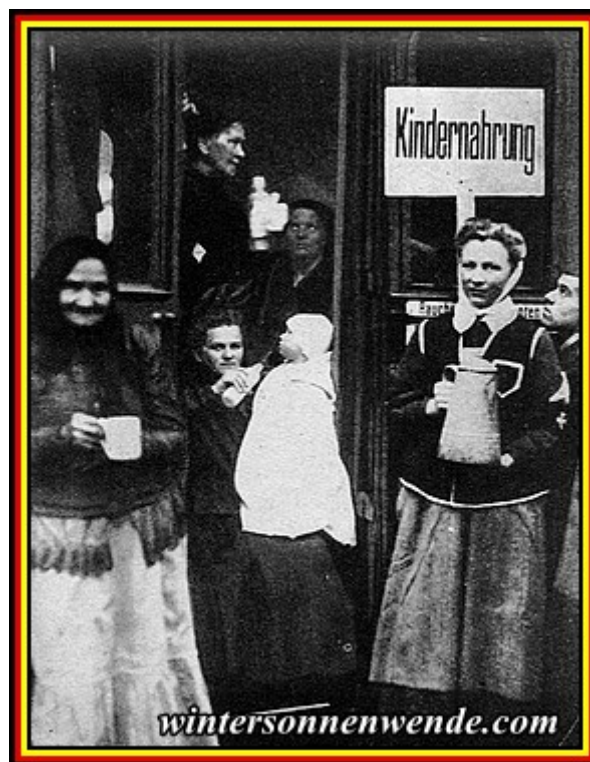
**Vorbereitung der Abstimmung**



Inzwischen strömten **aus allen Teilen Deutschlands die abstimmungsberechtigten Oberschlesier in ihre Heimat**. In der Zeit all dieses Niederganges, dieser Not und Entbehrungen und Demütigungen ging wieder ein Zug echt deutschen Heldentums durch das Volk. Greise, von einem Leben voller Sorgen gebeugt, scheuten nicht die lange, beschwerliche Eisenbahnreise, junge Frauen, die ein Kind unter dem Herzen trugen, waren voll doppelter Freude und Hoffnung und begaben sich in das gefürchtete Gebiet der Untaten und Gemeinheiten. Selbstlos und unermüdlich verpflegten die Frauen des Deutschen Roten Kreuzes die Durchreisenden. Wieder einmal brachten Deutsche unter Qual und Tränen dem Geist des Vaterlandes und der Heimat Opfer aus aufrechtem und aufrichtigem Herzen.



**Oberschlesien 1921: Reichswehr in Myslowitzer Grube. Photo Scherl.**



**Oberschlesien 1921: Speisung der zur Abstimmung Fahrenden durch Deutsches Rotes Kreuz. Atlantic-Photo.**

Auch die Stellen der **deutschen Reichsregierung** taten alles, um die Hoffnung, die Zuversicht auf den Sieg zu heben, zu mehren. Hatte man ja doch schon im November 1920 den Oberschlesiern die Aussicht auf Autonomie eröffnet, um ähnliche polnische Bestrebungen, die sich an die ober-schlesischen Separatisten richteten, zu entkräften. Am Nachmittage des 10. März war der Reichspräsident Ebert in eigener Person auf dem Görlitzer Bahnhof erschienen, um Tausende von Oberschlesiern, die zur Abstimmung fuhren, folgendermaßen zu begrüßen:

"Ehe Sie nach Oberschlesien fahren, möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen zugleich namens der Reichsregierung einen herzlichsten Abschiedsgruß zuzurufen. Sie reisen in Ihr Heimatland, um freudigen Herzens einer vaterländischen Pflicht zu genügen. Sie wollen durch die Abgabe Ihres Stimmzettels bekunden, daß Oberschlesien deutsch und mit dem größeren Vaterlande, dem es seine Kultur und seine blühende Entwicklung verdankt, auf immer verbunden bleiben soll. Sie legen darüber hinaus auch Zeugnis ab dafür, daß wir Deutschen zusammengehören, nicht allein in guten Tagen, sondern auch in Zeiten schwerster Not. Nichts soll uns in den großen Lebensfragen unseres Vaterlandes voneinander trennen. Einig



**Abstimmungsnotgeld 1920. [Photo Scherl?]**

und gemeinsam müssen wir sein, um uns aus den Nöten der Zeit herauszuarbeiten und eine bessere Zukunft zu erkämpfen. Und diese Zuversicht bitte ich Sie, auch denen zu bringen, die in Oberschlesien auf diesen Tag der Entscheidung gewartet haben. Setzen Sie auch dort Ihr Bestes ein. Es geht um die Heimat, es geht um Deutschland. So danke ich Ihnen allen, daß Sie den Anstrengungen dieser Fahrt sich unterzogen haben für dieses Bekenntnis, das gerade in diesen schicksalsschweren Tagen uns besonders erhebt. Von Herzen wünsche ich Ihnen gute Reise und einen schönen Abstimmungssieg!"

Sechs Tage später ließ sich die Interalliierte Abstimmungskommission aus Oppeln vernehmen:

"Einwohner Oberschlesiens! Sonntag, den 20. März 1921, werdet Ihr in Ausführung des **Vertrages von Versailles** berufen werden, Eure nationalen Bestrebungen zu bekennen. Ihr werdet in Ruhe und Ordnung zur Abstimmung schreiten. Eure Abstimmung ist eine vollkommen freie. Sie ist frei von jedem Zwang, jedem Druck, jeder Beeinflussung, jeder Verpflichtung. Sie hängt lediglich von Euch selbst ab. Als Menschen, die selbst frei sind, werdet Ihr auch die Freiheit der andern unbedingt achten. Dadurch werdet Ihr beweisen, daß Ihr des Vertrauens würdig seid, das die alliierten Mächte in Euch gesetzt haben, als sie es Euch überließen, über die politische Zugehörigkeit Oberschlesiens zu entscheiden. Die Welt richtet ihre Augen auf Euch; vergeßt es nicht, handelt als Menschen, die der Freiheit würdig sind."

Unterzeichnet war der Aufruf von dem Vertreter Frankreichs, Le Rond, zugleich Präsident der Kommission, dem Vertreter Italiens, de Marini, und dem Engländer H. F. P. Percival.

Am 19. März richtete die **deutsche Reichsregierung noch folgenden Aufruf an Oberschlesien:**

**Aufruf der Reichsregierung**

"Oberschlesier! Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Von Euch wird es abhängen, ob Oberschlesien, durch Jahrhunderte mit Deutschland vereint, in Jahrhunderten mit Deutschland groß geworden, sich auch in Zukunft in Blüte und Wohlstand weiterentwickeln kann.

Oberschlesien und Deutschland sind unlöslich miteinander verbunden durch Bande des Blutes, durch die gemeinsame Kultur, durch den gleichzeitigen sozialen Aufstieg und durch die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung. Würden diese Bande zerrissen werden, so ist die fruchtbare Arbeit des letzten Jahrhunderts zunichte gemacht, und Hunger, Not und Elend sind die unausbleiblichen Folgen.

Oberschlesier! Voll Stolz und voller Zuversicht blickt das ganze deutsche Volk an Eurem Schicksalstage auf Euch. Aus allen Teilen des Reiches, aus dem Auslande sind Eure Brüder und Schwestern zu Euch gekommen, um aller Welt die Einmütigkeit aller Deutschen und die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit dem Deutschen Reiche zu beweisen. Weder Drohungen noch Lockungen, weder Mühen noch Entbehrungen haben vermocht, sie von der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht abzuhalten. Wir vertrauen darauf, daß die Abstimmung in Ruhe und Ordnung vor sich gehen wird. Der Reichsregierung ist es ein Bedürfnis, in dieser feierlichen Stunde erneut zu erklären, daß sie das obereschlesische Volk in der Neugestaltung seiner Zukunft nach Kräften unterstützen wird. Die erste gemeinsame Aufgabe der Zukunft wird es sein, Gegensätze auszugleichen, die der Abstimmungskampf geschaffen hat, um sich zu gemeinsamer Friedensarbeit zusammenzufinden.

Oberschlesier! Die Stunde der Entscheidung ist da! Das deutsche Volk und die deutsche Regierung hoffen und vertrauen auf Euch. Denkt an Eure Zukunft, denkt an Euch und Eure Kinder und stimmt für ein deutsches Oberschlesien!"

Der Reichspräsident Ebert und der Reichskanzler Fehrenbach hatten den Aufruf unterzeichnet.

Trotz polnischer Schikanen, Drohungen und Belästigungen, trotz französischer Mißgunst **war der 20. März ein deutscher Sieg.** 98 Prozent

**Abstimmungsergebnis**



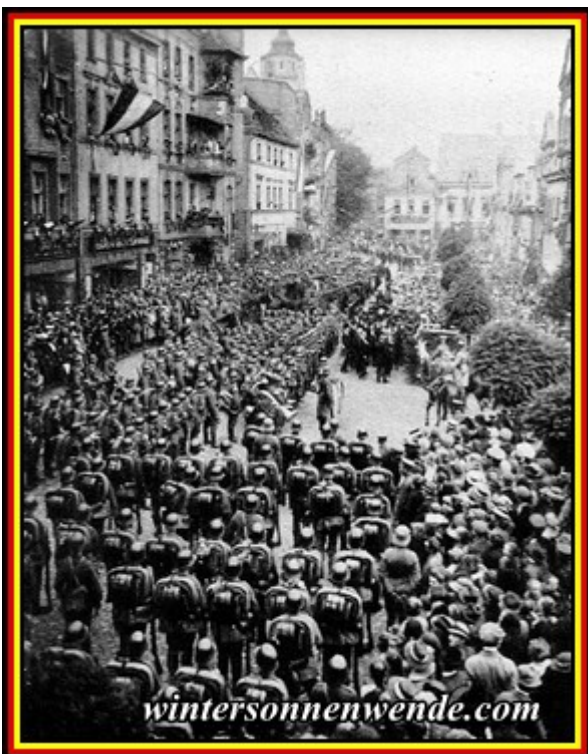
**1921 in Oberschlesien: Ankunft polnischer Abstimmungsberechtigter auf dem Bahnhof Kattowitz. Jeder Pole hat ein Brot mitbekommen!**  
*Atlantic-Photo.*



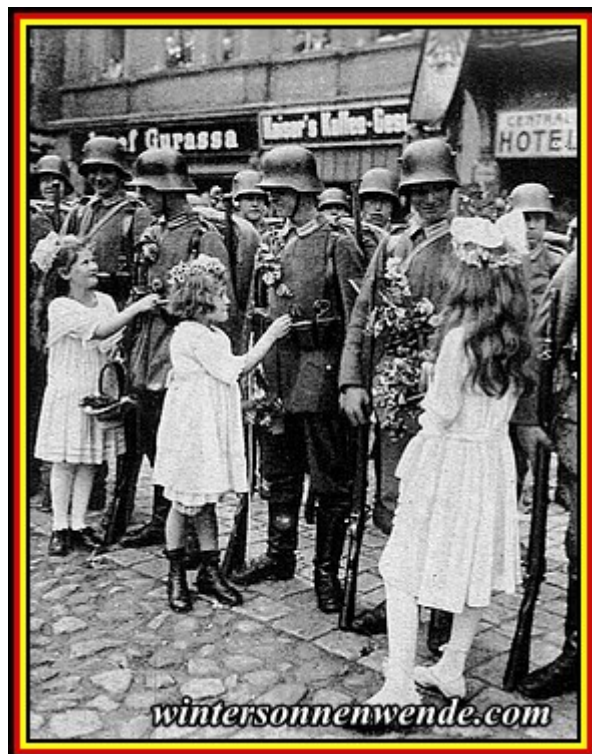
**Oberschlesien 1921: Französische Tanks in Kattowitz am Abstimmungstage.** *Photo Scherl.*

der in den Listen Verzeichneten gingen zur Abstimmungsurne, und einen halben Tag lang verharrete Europa in atemloser Spannung. Das Ergebnis war: 709 348 Stimmen für Deutschland und 479 747 für Polen. Die Stimmenzahl der Deutschen verhielt sich zu jener der Polen wie 3 : 2. Im einzelnen sah die Abstimmung folgendermaßen aus:

	<b>deutsch</b>	<b>polnisch</b>		<b>deutsch</b>	<b>polnisch</b>
Kreis Beuthen	74 565	73 122	Lublinitz	15 473	13 679
" Kosel	36 274	12 218	Ober-Glogau	33 030	4 423
" Gleiwitz	52 353	36 196	Oppeln	76 986	25 833
" Groß-Strehlitz	22 415	23 036	Pleß	18 675	53 371
Hindenburg	45 192	43 261	Ratibor	49 343	20 755
Kattowitz	75 666	70 019	Rosenberg	23 857	11 150
Königshütte	31 864	10 764	Rybnik	27 919	52 376
Kreuzburg	43 484	1 783	Tarnowitz	17 076	27 513
Leobschütz	65 176	257			



**Oberschlesien 1921: Einzug deutscher Truppen in das befreite Kreuzburg.** *Photo Sennecke.*



**Oberschlesien 1921: Einzug deutscher Truppen nach der Befreiung.** *Photo Sennecke.*



691 Gemeinden, das sind 45 Prozent, hatten eine polnische Mehrheit, 845 dagegen eine deutsche. In den Kreisen Kreuzburg, Leobschütz und Oberglogau gab es überhaupt keine polnische Mehrheit, dagegen traf man in jedem andern Kreise Gemeinden mit deutscher Mehrheit an. Als einzige Stadt mit polnischer Mehrheit wurde Alt-Berun im Kreise Pleß befunden, wo 1172 polnischen Stimmen nur 255 deutsche gegenüberstanden, dagegen wurde in 89 Gemeinden nicht eine polnische Stimme abgegeben. Andererseits war keine Gemeinde festzustellen, wo nur polnische Stimmen abgegeben worden wären.

**Deutschland und Österreich hallten wider vom Jubel über den deutschen Sieg.** Der Reichspräsident drückte dem deutschen Abstimmungsbevollmächtigten in Oppeln, Fürsten Hatzfeldt, am folgenden Tage telegraphisch seine freudige Genugtuung aus, der Reichskanzler Fehrenbach begrüßte am gleichen Abend die zurückkehrenden Oberschlesier auf dem Görlitzer Bahnhof, tags darauf tat Reichsaußenminister Dr. Simons auf dem Schlesischen Bahnhof dasselbe. Eine seltene Einmütigkeit spiegelte sich in der deutschen Presse wider, wie man sie seit langem nicht mehr erlebt hatte.

Auch in **Holland** und in der **Schweiz** waren die Stimmen der Genugtuung in der Mehrzahl. Der **italienische Popolo Romano** trat rückhaltlos für Deutschland ein. In **England** teilten sich die Ansichten. Der *Star* stand auf Deutschlands Seite. Die deutschfeindlichen *Times* sahen den letzten Ausweg in einer Teilung Oberschlesiens und die franco-senfreundliche *Morning Post* brach für Polen eine Lanze. Auch die *Westminster Gazette* neigte zu Polen, während die *Daily News* Deutschlands Partei ergriffen.

**Urteil des  
Auslandes**

**Das deutsche Plebiszitkommissariat in Oberschlesien** veröffentlichte am 22. März einen Aufruf, worin die **Unteilbarkeit Oberschlesiens** innerhalb der seit Jahrhunderten unveränderten Grenzen gefordert wurde. Dies sei auch durch den Versailler Vertrag garantiert. Vollkommene Gleichberechtigung zwischen Polen und Deutschen wurde proklamiert. Das Manifest schloß: "Gott schütze das einige, unteilbare Oberschlesien!"

Die deutsche Regierung machte sich ebenfalls diesen Standpunkt zu eigen. In ihrer Note vom 6. April an die Regierungen in London, Paris und Rom betonte sie, die Abstimmung sei stark durch polnischen Terror beeinflußt worden und dennoch zu Deutschlands Gunsten ausgefallen. Die deutsche Regierung gestatte sich nun also, "den Antrag zu stellen, das gesamte oberschlesische Abstimmungsgebiet ungeteilt dem Deutschen Reiche zuzusprechen". Man wies auf die untrennbare Verbindung der oberschlesischen Industrie mit dem deutschen Wirtschaftsleben hin, auf die kulturelle Zusammengehörigkeit, und spielte schließlich den Trumpf aus: zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sei Deutschland auf den unteilbaren Besitz Oberschlesiens angewiesen.

Aber man hatte sich in Berlin gründlich verrechnet. **Die Alliierten dachten ja gar nicht daran, den Deutschen das unversehrte Oberschlesien zu belassen, am allerwenigsten Frankreich.** Die französische Presse war gehässig genug, den deutschen Sieg zu verkleinern; er wäre erkaufte worden, er wäre nicht ehrlich zustande gekommen, und ganz abgesehen davon: die allgemeine wirtschaftliche Lage Europas verlange eine Aufteilung Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen. Ziemlich unbekümmert entwickelte Briand dem Ausschuß der Deputiertenkammer am 15. April seine Gedanken über die Teilung des strittigen Gebietes: man werde Polen die Gruben- und Industriebezirke zuteilen, Deutschland werde die landwirtschaftliche Zone erhalten! Etwas zurückhaltender war Lloyd George. Er schlug am 12. Mai dem Unterhause vor, daß die überwiegend polnischen Gebiete den Polen, der Rest den Deutschen zugewiesen werde. Die Alliierten seien auch verpflichtet, den Versailler Vertrag zu respektieren. Diese Ausführungen hatten zur Folge, daß Briand und die französische Presse den englischen Premierminister mit Gift und Galle bespritzten.

Am meisten erbittert jedoch waren die **Polen**. Sie empfanden den deutschen Sieg förmlich als eine persönliche Beleidigung. Um so mehr waren sie entschlossen, sich mit Gewalt in den Besitz des Gebietes zu setzen. **Schon am 22. März überschritten nachmittags völlig ausgerüstete und bewaffnete militärische Abteilungen die Grenze östlich von Kattowitz und besetzten die Ortschaften.** Plötzlich erschienen überall

**Polnischer  
Aufstand  
Korfanty**



**Oberschlesien 1921: Vor dem Angriff auf Nikischacht. Photo Scherl.**

Hallersoldaten. Niemand wußte, woher sie kamen, als seien sie aus der Erde emporgestiegen oder vom Himmel gefallen. Sie waren als abstimmungsberechtigte Zivilisten nach Deutschland hineingekommen und fanden hier Uniformen und Waffen vor. In verschiedenen Orten wurde die polnische Republik ausgerufen.

Korfanty goß noch Öl ins Feuer. In einem Aufruf vom 23. März forderte er ein **polnisches Oberschlesien** und wandte sich an seine Polen, dies bis zum letzten Atemzuge und bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die Folge waren neue Gewalttaten, Mißhandlungen, Bedrohungen und Vertreibungen von Deutschen. Die deutschen

Industriebeamten mußten fliehen wie die Bettler, nichts durften sie mitnehmen, alles mußten sie im Stiche lassen. Mit Stöcken und Gummiknüppeln wurden sie halbtot geschlagen, und schon am nächsten Tage lagen im Krankenhaus von Nikolai im Kreise Pleß zwanzig verwundete Deutsche. In Beuthen und Kattowitz herrschte der Terror.



**Oberschlesien 1921: Ausgehobene polnische Schützengräben. Photo Scherl.**



**Oberschlesien 1921: Polnische Stellung am Goroschauer Walde bei Rosenberg. Atlantic-Photo.**



**Oberschlesien 1921: Gefangene polnische Spartakisten in Myslowitz. Photo Scherl.**



**Oberschlesien 1921: Bernerbrücke in Ratibor unter italienischem Schutz. Photo Scherl.**

So ging es den ganzen April hindurch, ohne daß die Alliierten sich veranlaßt gesehen hätten, wirksam einzuschreiten. Der Präsident Le Rond hatte ja auch kein Interesse, die Deutschen zu schützen. Der 3. Mai war der polnische Verfassungstag, der nicht würdiger begangen werden konnte als durch die Eroberung Ober-

**Haltung der Alliierten**





*Korfanty. Photo Scherl.*

schlesiens. **Korfanty**, welcher der polnische Abstimmungskommissar war, leitete den Feldzug ein. Er veröffentlichte tags zuvor aufreizende Nachrichten und Lügen über die Deutschen, sie hätten beschlossen, ganz Oberschlesien zu zerstören, wenn es an Polen fallen sollte. Demzufolge traten von 240 000 Arbeitern sofort 190 000 in den Ausstand, 80 Prozent der ober-schlesischen Gruben streikten. **In der darauffolgenden Nacht besetzten Hallertruppen, bewaffnete Zivilisten und französische Soldaten Beuthen und die umliegenden Orte, und in Kattowitz kam es zu wilden Schießereien** polnischer Insurgenten. Mehrere Eisenbahnbrücken, bei Ober-Glogau, Kreuzburg, Schusowitz und anderwärts, wurden gesprengt. Auch in Pleß rückten Hallersoldaten und Insurgenten ein. Dies war das Signal zur Entwaffnung der Deutschen durch die polnische Abstimmungspolizei. Zwar drängten die Italiener die Eindringlinge wieder hinaus, aber Rybnik mußte die italienische Besatzung nach erfolglosem Kampfe den Polen überlassen.



**Oberschlesien 1921:**  
von Insurgenten gesprengte Eisenbahnbrücke  
bei Szczepanowitz–Oppeln. *Atlantic-Photo.*



**Oberschlesien 1921: Italiener im Schützengraben**  
gegen Insurgenten. *Atlantic-Photo.*



**Oberschlesien: Italienische Truppen in Kattowitz,**  
1. Oktober 1920. *Photo Scherl.*



**Oberschlesien: Französische Truppen vor dem**  
**Theater in Kattowitz, 24. September 1920.**  
*Photo Scherl.*

Die Aufständischen beherrschten am 4. Mai im allgemeinen das Gebiet zwischen der Oder (im Westen) und der Linie Rosenberg - Wossowska - Gr.-Strehlitz - Kandrzin (im Süden und Osten). Sie entwickelten schlimmen Terror, nahmen unter der Bevölkerung Zwangsaushebungen vor, requirierten Vieh, Pferde, Gespanne, Futtermittel und scheuten auch vor Bluttaten nicht zurück. Militärische Stellen leiteten das Unternehmen, und es hätte keines weiteren Beweises für die Teilnahme des pol-

nischen Staates daran bedurft. **Korfanty selbst rief sich zum Zivil- und Militärgouverneur Oberschlesiens aus und erklärte sich zum Führer der Aufstandsbewegung.** Er setzte Feldgerichte ein, welche Todesurteile vollstrecken durften.



*Oberschlesien 1921: Italienische Truppen bei Kandrzin-Ratibor. Atlantic-Photo.*



*Oberschlesien 1921: Feldgottesdienst italienischer Truppen. Atlantic-Photo.*

Die Polen versuchten in den folgenden Tagen vergeblich, in Groß-Strehlitz einzudringen, dagegen gelang es ihnen, **im Süden die schwachen Italiener nach erfolgreichen Kämpfen zurückzudrängen.** Am 6. Mai hatten die Polen die sogenannte **Korfanty-Linie**, d. h. die Grenze des von Polen beanspruchten Oberschlesien, erreicht. Sie verlief von der Reichsgrenze bei Balzanowitz zwischen Schierokau und Guttentag hindurch über den Malapane-Fluß, westlich an Groß-Strehlitz vorbei über Kandrzin und Birawa an die Oder, am rechten Ufer aufwärts über Ratibor wieder zur Reichsgrenze.



*Oberschlesien 1921: Italiener verteidigen Eisenbahnbrücke gegen Insurgenten. Atlantic-Photo.*

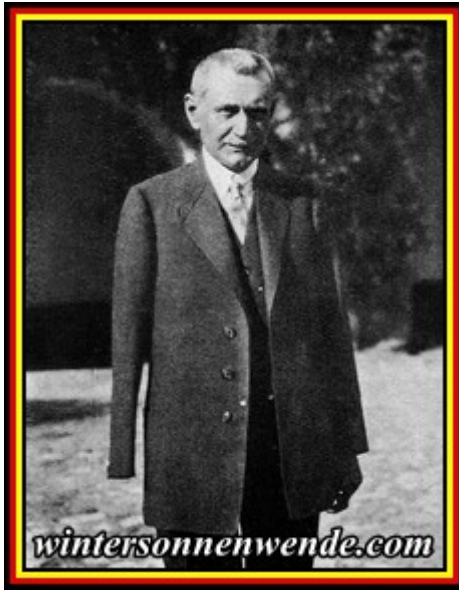
**Die Deutschen riefen in aller Welt um Hilfe und beteuerten ihre Unschuld.** Aber Briand wußte es besser. Er erklärte der deutschen Regierung am 7. Mai, nur Deutschland sei schuld an dem Aufstand, denn es habe die falsche Meldung verbreitet, der größere Teil des Industriegebietes solle an Deutschland fallen! Es war ja leicht und einfach, dem machtlosen Deutschland alle Schuld aufzuladen, auch wenn kein Wort davon der Wahrheit entsprach! So wie die Franzosen die Sachlage beurteilten, war es für sie völlig in der Ordnung, daß sie den polnischen Übergriffen nicht entgegentraten. Dadurch wurde die Lage immer bedrohlicher, und die Insurgenten konnten am Vormittag des 10. Mai den Oderhafen **Kosel** besetzen, wo sie etwa 40 000 Zentner Lebensmittel erbeuteten. Allerdings wurden sie am Nachmittage durch den deutschen Selbstschutz wieder hinausgeworfen.

Die Zeit verstrich, man überhäufte sich gegenseitig mit Schmähungen, Drohungen und Lügen, die Alliierten waren zu schwach die Deutschen zu schützen, und die Franzosen begünstigten offensichtlich die Polen. Die Deutschen waren vogelfrei und man konnte sie quälen und töten nach Herzenslust. So hielten in der Nacht zum 14. Mai die Insurgenten einen Rybniker Transportzug an, in dem sich 700 Flüchtlinge befanden. Trotzdem der polnische Befehlshaber schriftlich freies Geleit zugesichert hatte und trotzdem sich eine Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 50 französischen Soldaten dabei befand, wurden alle männlichen Flüchtlinge verschleppt und vier von ihnen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach schweren, schändlichen Mißhandlungen ohne jeden Anlaß erschossen, unter ihnen ein vierzehnjähriger Gymnasiast aus Rybnik.

Auch in Kattowitz versuchten die Polen einen Handstreich. Hier verlangte am 19. Mai eine polni-



sche Abordnung vom Magistrat die Übergabe der Stadt, doch wurde das Begehren abgelehnt.



Oberschlesien 1921: General Höfer.  
Photo Scherl.

**Deutscher  
Selbstschutz**

Die Deutschen, verlassen, bis aufs Blut gereizt, griffen zur Selbsthilfe. Die kampfgewöhnte **Organisation Roßbach** erschien wieder auf dem Plan, Freikorps und **Selbstschutzorganisationen** formierten sich, die sich dem General Hoefer unterstellten, und die Engländer erklärten sich damit einverstanden, daß der deutsche General gegen die Korfantybanden kämpfte. Diese jedoch erhielten immer mehr Verstärkungen durch polnische Freikorps und Waffennachschub über die offene deutsche Grenze, und am 23. Mai kam es **bei Rosenberg zu schweren Kämpfen**. Am folgenden Tage besetzten die Deutschen die Stadt Landsberg im Kreise Rosenberg und wiesen polnische Angriffe auf Groß-Stein und Schedlitz im Kreise Groß-Strehlitz ab. Die geschlagenen Polen plünderten, brandschatzten, vergewaltigten, mißhandelten und verschleppten deutsche Zivilbevölkerung. Drei Tage später drangen 50 Insurgenten in Hindenburg ein, wo im Lyzeum 200 deutsche Flüchtlinge untergebracht waren. 134 dieser Unglücklichen holten sie heraus, mißhandel-

ten sie fürchterlich und verschleppten sie ins polnische Hauptquartier nach Bielschowitz. Die Franzosen ließen alles ruhig geschehen und rührten sich nicht.

**Korfanty** wurde allmählich selbst bange vor den Geistern, die er gerufen hatte und nicht wieder loswurde, als er sie bannen wollte. Es ging ihm wie dem Hexenmeister bei **Goethe**. Warschau wandte sich von ihm ab, da es den ungünstigen Eindruck bemerkte, den die Vorgänge namentlich in London und Rom hervorriefen. Korfantys Aufruf vom 28. Mai, den Kampf einzustellen, wurde nicht befolgt. Als die Insurgenten, die sich durch Aushebungen in den Kreisen Kosel und Lublinitz erheblich verstärkt hatten, in der Nacht zum 30. Mai versuchten, den Übergang über die Oder zu erzwingen, wurden sie mehrmals von den Deutschen unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Jetzt setzten auf der ganzen Front von Norden bis Süden starke Angriffe gegen den deutschen Selbstschutz ein, sogar schwere Artillerie wurde von den Polen verwandt. Ein besonders starker Angriff bei Groß-Strehlitz wurde von den Deutschen abgewiesen; darauf begannen hier die Insurgenten, sich zurückzuziehen und das geräumte Gebiet planmäßig zu zerstören.

Wie schon in Westpreußen und im Baltikum, fielen auch in Oberschlesien **die Alliierten den Deutschen gerade in dem Augenblick in den Arm, als diese begannen, Erfolge zu haben**, und von nun an wurde General Hoefer stark durch die Interalliierte Kommission in seiner Bewegungsfreiheit behindert. Frankreich hatte nur das eine Bestreben, unter keinen Umständen die Deutschen in Oberschlesien stark werden zu lassen. Es wurde hin und her disputiert über die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen die Insurgenten. Ein englisches Bataillon selbst rückte am 1. Juni in Groß-Strehlitz ein, ohne Widerstand zu finden, aber am nächsten Tage wurden 60 Mann deutscher Abstimmungspolizei von den Polen aus Pleß verschleppt, ohne daß sich die Franzosen weiter darum gekümmert hätten; erst der italienische Oberst Caricati erzwang am 3. Juni die Räumung der Stadt durch die Polen, die sich schadlos hielten durch die tags darauf ausgeführte Besetzung des Bahnhofs Kattowitz.

Im allgemeinen zeigten die Kämpfe des Juni infolge der diplomatischen Verhandlungen zwischen Paris und London über die Teilung des Gebietes bereits **starke Symptome der Ermattung**, und im Vordergrund standen die Notenwechsel zwischen General Hoefer und der Interalliierten Kommission und zwischen der deutschen und den alliierten Regierungen. Es kam, wie es kommen mußte. Die Alliierten schikanierten unter Führung der Franzosen die Deutschen aufs ärgste, und aus jeder Handlung, jedem Worte wurde eine Verletzung des Versailler Friedens konstruiert. Schließlich wurde General Hoefer kurz und bündig befohlen, sich zurückzuziehen. **Am 27. Juni ordnete die Inter-**

**alliierte Kommission den Vormarsch der alliierten Truppen und die etappenweise Räumung der Stellungen der polnischen Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes an,** und in ihrem Aufruf, den sie vier

*Friedensstiftung  
durch die Alliierten*

Tage später von Oppeln aus erließ, forderte sie bis zum 5. Juli vollständige Auflösung der Insurgentenverbände und der Selbstschutzorganisationen, wobei sie eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen in Aussicht stellte.

Es trat jetzt, wenn auch nur nach außen hin, eine **scheinbare Beruhigung** ein, doch unter der Oberfläche blieb die Spannung unvermindert weiterbestehen. Als am 4. Juli die **Engländer in Beuthen** einrückten, wurden sie von den Deutschen aufs herzlichste begrüßt. Man sah in ihnen die Retter, die Befreier. Dies war natürlich den Franzosen ein Dorn im Auge, und mit Reitpeitsche und Gewehrkolben gingen die französischen Soldaten den Einwohnern zuleibe, die sich beim Einzug der Engländer in den Straßen versammelt hatten. Ja, die Franzosen hatten kein Bedenken, auf die wehrlosen Deutschen scharf zu schießen, und als nun gar eine verirrte französische Kugel den französischen Major Montalègre getötet hatte, hielten die Franzosen die Zeit für neue, unerhörte Grausamkeiten gegen die deutsche Bevölkerung für gekommen. Jedoch gelang es den Engländern, in kürzester Zeit musterhafte Ruhe im Kreise Beuthen herzustellen, und die Sympathien, die ihnen von den Deutschen entgegengebracht wurden, waren vollkommen gerechtfertigt.

*Schriftstücke*

Ein Schriftstück, das man in diesen Julitagen im Lomnitzhotel zu Beuthen vorfand, war weniger geeignet, Aufsehen zu erregen, als vielmehr Aufschluß zu geben über die Ereignisse, wie sie sich abgespielt hatten. Es war ein polnisches Rundschreiben an alle Kommandostellen, welches folgenden Wortlaut hatte:

**"Streng geheimzuhalten! Rundschreiben an alle Kommandostellen.**

Wenn es bisher den militärischen Abteilungen nicht gelungen ist, zu erreichen, was sie sich vorgenommen haben, vor allen Dingen, wenn sie durch die Franzosen an manchen Orten daran gehindert wurden, sollen sie sich deshalb nicht verleiten lassen, deshalb etwa gegen die Franzosen feindlich vorzugehen. Diese sind und bleiben unsere Freunde und Verbündeten, die ihre eigene Taktik und ihre eigenen Ziele verfolgen. Wenn es auch manchmal so aussieht, als ob deren Handlungen gegen uns gerichtet wären, so ist dies nicht der Fall, denn die Franzosen müssen auf die Verbündeten Rücksicht nehmen und vorsichtig arbeiten.

Wenn Sie die Taktik der Franzosen genau verfolgen, werden Sie wahrnehmen, daß es ihnen nur darauf ankommt, das Deutschtum zu unterdrücken und auszurotten. Auf dem Lande geben sie uns Polen selbst die Deutschen in die Hand, damit die Absicht schneller ausgeführt wird. Es wäre ihnen sehr leicht gewesen, unsere Handlungen zu unterbinden. Sie werden auch dafür sorgen, daß wir durch eine andere Macht in unserem Vorhaben nicht gestört werden. In den Städten bemerken wir freudigst, daß die Unterdrückung der Deutschen durch sie selbst besorgt wird. Andernfalls werden sie es dazu bringen, daß auch die Städte in unsere Hand kommen. Vor allen Dingen ist es erforderlich, daß sie durch die Polentruppen nicht gestört werden, damit andere Mächte von diesem Vorhaben nichts erfahren.

Dies Rundschreiben darf nicht in unrechte Hände kommen. Große Vorsicht ist geboten."

Dies Schriftstück gab gewissermaßen den Schlüssel für das Verhalten der Franzosen während des Aufstandes.

**Gegen Ende des Juli flackerte der Aufruhr stellenweise wieder kurz auf.** Den Bahnhof Kattowitz hatten die Engländer am 6. Juli den Polen wieder abgenommen

*Ende des  
Aufstandes*

und den Deutschen übergeben. Zwei Wochen später, in der Nacht zum 22. Juli, trieben sich wieder polnische Banden, die über die Grenze gekommen waren, in der Kattowitzer Umgebung herum, überfielen Dörfer und Gutshöfe, und heftige Schießereien ließen sich an vielen Stellen vernehmen. Zwei Tage später sogar machten reguläre und irreguläre polnische Truppen einen heftigen Angriff auf Kostellitz bei Oppeln, der aber von den alliierten Truppen zurückgewiesen wurde.



*Oberschlesien 1921: Schottische Truppen in Oppeln. Atlantic-Photo.*

Die **Interalliierte Kommission** hatte am **19. Juli** einen Bericht über die Lage in Oberschlesien verfaßt, der in folgenden Sätzen gipfelte: **1.** Die Lage in Oberschlesien ist ernst. Die alliierten Regierungen müssen ihr unverzüglich ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden. **2.** Eine Lösung scheint solange unmöglich zu sein, als nicht eine Entscheidung erfolgt, die von beiden Parteien verlangt wird. **3.** Die der Kommission zur Verfügung stehenden Streitkräfte sind ungenügend nicht nur zur Verhinderung eines weiteren Aufstandes, sondern auch selbst für eine wirksame Aufrechterhaltung der Ordnung im ganzen Gebiet. Truppenverstärkungen sind aber um so notwendiger und dringender, je länger die Entscheidung hinausgeschoben wird.

So drohte noch weiterhin ein schweres und hartes Geschick über dem deutschen Oberschlesien, und der stumme Schmerz eines bitteren Leides breitete sich von hier aus auf das ganze deutsche Volk aus. Auch materiell hatte Deutschland schwer unter dem polnischen Aufstande zu leiden. **Die Eisenbahnverbindungen mit dem Kohlenrevier waren vollkommen unterbrochen, und die Zufuhr der ober-schlesischen Steinkohle war unterbunden.** Dieser Zustand lähmte den Eisenbahnverkehr und drohte für die deutsche Industrie zur Katastrophe zu werden. Viele Werke mußten aus Kohlenmangel ihren Betrieb teilweise oder ganz einstellen, Gaswerke konnten nicht mehr die nötigen Mengen Gas liefern. Arbeitslosigkeit und anderes Ungemach war die Folge der ober-schlesischen Wirren. Deutschland mußte auf die Verkündung des lange hinausgezögerten Urteils über das fernere Schicksal Oberschlesiens warten, und doch hatte Deutschland nach Recht und Gesetz und Volkswillen den alleinigen Anspruch auf dieses Gebiet!

**Wirkungen des Aufstandes für Deutschland**



## **II. Teil: Politische und wirtschaftliche Zerrüttung 1921-1922**

### **1. Kapitel: Vom Londoner Ultimatum zum Wiesbadener Abkommen.**

Als im dritten Jahre der deutschen Republik der schöne Monat Mai ins Land zog, hingen düstere Wolken des Unheils und der Katastrophe über Deutschland, so etwa wie zwei Jahre zuvor, als die deutsche Delegation zur Entgegennahme der Friedensbedingungen nach Versailles gegangen war. In Oberschlesien tobte der polnische Aufstand, der doppelt schmerzlich empfunden wurde, weil er Gewalttat an Stelle von Recht setzte und das deutsche Wirtschaftsleben schwächte und gefährdete. Die

Regierung Fehrenbach trat zurück, weil sie den ehrlichen Willen gehabt hatte, Deutschland aus seiner durch den **Versailler Vertrag** bedingten furchtbaren Lage der Ausplünderung herauszureißen, und schließlich an Amerikas Ablehnung, zwischen Deutschland und den Alliierten zu vermitteln, gescheitert war.

Da fuhr aus dunklem Gewölk am 6. Mai der langerwartete Blitzstrahl hernieder, und die Erschütterung, die er verursachte, war nicht geringer als die Bekanntgabe der Friedensbedingungen von Versailles. Dieser Blitzstrahl war das **Londoner Ultimatum**, das auf Beschluß des Obersten Rates der Alliierten am 5. Mai Lloyd George dem deutschen Botschafter Sthamer überreichte. Dies denkwürdige Schriftstück hatte folgenden Wortlaut:

**Londoner  
Ultimatum**

"Die Verbandsregierungen stellen fest, daß trotz der wiederholten Zugeständnisse, welche von den Verbündeten seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles gemacht worden sind, ungeachtet der Warnungen und Zwangsmaßnahmen, die in Spa und Paris beschlossen wurden, wie auch der in London angekündigten und seither in Kraft getretenen Maßnahmen, die deutsche Regierung mit der Erfüllung der Verpflichtungen im Rückstande ist, die ihr nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages obliegen, und zwar in folgenden Punkten:

1. Entwaffnung.
2. Zahlung der 12 Milliarden Goldmark, die gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages am 1. Mai 1921 noch fällig waren und deren Begleichung von der Reparationskommission bereits für den genannten Zeitpunkt verlangt worden ist.
3. Aburteilung der Kriegsverbrecher unter den Bedingungen, wie sie erneut durch die Verbandsnoten vom 13. Februar und 17. Mai 1920 festgelegt wurden.
4. Einige andere wichtige Fragen, in erster Linie diejenigen, welche die Artikel 264 bis 267, 269, 273, 321, 322, und 327 des Friedensvertrages berühren.

Sie beschließen deshalb:

**A)** Heute bereits alle vorbereitenden Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Besetzung des Ruhrtals durch die verbündeten Truppen am Rhein nötig sind, und zwar unter den in D) vorgesehenen Bedingungen.

**B)** Gemäß Artikel 233 des Friedensvertrages die Reparationskommission aufzufordern, der deutschen Regierung unverzüglich Zeiten und Bedingungen für die Begleichung der Schuld in ihrer Gesamtheit mitzuteilen und ihre darauf bezügliche Entschließung der deutschen Regierung bis spätestens 6. Mai bekanntzugeben.

**C)** Die deutsche Regierung aufzufordern, innerhalb einer Frist von 6 Tagen nach Empfang der obigen Entschließung klipp und klar zu erklären, daß sie entschlossen ist:

1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so, wie sie von der Reparationskommission festgelegt werden,
2. ohne Vorbehalt oder Bedingungen hinsichtlich ihrer Verpflichtungen die von der Reparationskommission vorgeschriebenen Sicherheiten anzunehmen und durchzuführen,
3. ohne Vorbehalt und unverzüglich die Maßnahmen zwecks Abrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft, die der deutschen Regierung durch die Verbandsmächte durch Schreiben vom 29. Januar 1921 aufgegeben worden sind, durchzuführen, soweit die Durchführung dieser Maßnahmen bereits fällig geworden ist, und unverzüglich die weiteren Maßnahmen zu Ende zu führen, die zu bestimmten Fristen verwirklicht sein müssen,
4. ohne Vorbehalt und unverzüglich die Aburteilung der Kriegsverbrecher vorzuneh-

men, sowie die Erfüllung der übrigen Teile des Vertrages, denen bisher noch nicht Genüge getan ist und wovon im § 1 dieser Note die Rede ist.

**D)** Am 12. Mai zur Besetzung des Ruhrtales zu schreiten und alle anderen militärischen Maßregeln zu Wasser und zu Lande zu ergreifen bei Nichterfüllung der obigen Bedingungen durch die deutsche Regierung. Diese Besetzung wird so lange dauern, bis Deutschland die unter C) aufgezählten Bedingungen erfüllt haben wird.

London, 5. Mai 1921.

Lloyd George. Briand. Sforza. Jaspar. Hayashi."

Das gleichzeitig überreichte **Reparationsprotokoll** verlangte folgendes:

**Reparationsprotokoll**

Deutschland wird in der in diesem Plan bestimmten Weise seine Verpflichtungen, den in Übereinstimmung mit Artikel 231, 232 und 233 des Vertrages von Versailles durch die Kommission festgesetzten Gesamtbetrag zu zahlen, erfüllen, nämlich 132 Milliarden Goldmark abzüglich **a)** des bereits auf Reparationskonto bezahlten Betrages, **b)** derjenigen Summe, welche von Zeit zu Zeit Deutschland hinsichtlich des Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten usw. gutgebracht werden können und **c)** aller der Summen, welche von anderen feindlichen oder früher feindlichen Mächten eingehen und hinsichtlich deren die Kommission entscheiden kann, daß sie Deutschland gutgebracht werden sollen, zuzüglich der belgischen Schuld an die Alliierten. Die Schuld sollte in 37 Jahren abgetragen werden.

Für die **Zahlungsweise** wurde folgendes bestimmt: Deutschland soll jedes Jahr bezahlen zwei Goldmilliarden für den Zinsen- und Amortisationsdienst, ferner eine Summe, welche 25 Prozent seiner Ausfuhr in jedem Zeitraum von zwölf Monaten nach dem 1. Mai 1921, so wie von der Kommission festgesetzt, entspricht, oder wahlweise einen entsprechenden Betrag, so wie er in Übereinstimmung mit jedem andern von Deutschland vorgeschlagenen und von der Kommission angenommenen Index festgesetzt werden würde, und schließlich eine weitere Summe, entsprechend 1 Prozent des Wertes seiner Ausfuhr. Innerhalb 25 Tagen jedoch, also bis zum 31. Mai, sollte eine Goldmilliarde, entsprechend den ersten beiden Vierteljahresraten, gezahlt werden. Außerdem sollten Schuldverschreibungen über 12 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1921 ausgestellt werden, desgleichen Schuldverschreibungen über 38 weitere Milliarden bis zum 1. November 1921 und über 82 Milliarden je nach Zahlungsfähigkeit. Diese Schuldverschreibungen umfaßten also die gesamte Wiedergutmachungssumme, auf welche die einzelnen Tribute aufgerechnet wurden. Hierin waren auch die von Deutschland zu leistenden Sachlieferungen enthalten.

Natürlich wurden auch Sicherheiten gefordert, damit man jederzeit eine Handhabe hatte, um die Reparationssummen von Deutschland einzutreiben. Es sollten infolgedessen von Deutschland an die Alliierten verpfändet werden **die Einnahmen der deutschen See- und Landzölle und -abgaben** und insbesondere die **Einnahmen aus allen Ein- und Ausfuhrabgaben**, ferner die Erträgnisse der Abgabe von 25 Prozent auf den Wert aller Ausfuhr und schließlich die **Erträgnisse der direkten und indirekten Steuern**, welche von Deutschland zu diesem Zwecke vorgeschlagen würden. Zur Überwachung würde ein Garantiekomitee gebildet werden, dessen Befugnisse Deutschlands staatliche Souveränität weitgehend beschränken sollte, indem es ein Aufsichtsrecht über die Gesetzgebung erhielt.

Man stellte den Deutschen einige kleine Erleichterungen in Aussicht: Frankreich werde fortan für die deutsche Kohle nunmehr den Inlandpreis zahlen müssen und diese zu Wasser oder zu Lande geliefert erhalten, und die Besatzungskosten sollten vermindert werden dadurch, daß die englischen Truppen geringere Zahlungen erhalten sollten. Das Protokoll schloß zusammenfassend:

Vor dem 31. Mai muß Deutschland die Einsetzung des Garantiekomitees annehmen,

vor dem 31. Mai muß Deutschland ferner 1 Milliarde Goldmark entweder in Gold oder ausländischen Devisen bezahlt haben,



bis zum 15. Mai muß die Auslieferung des Flugzeugmaterials,

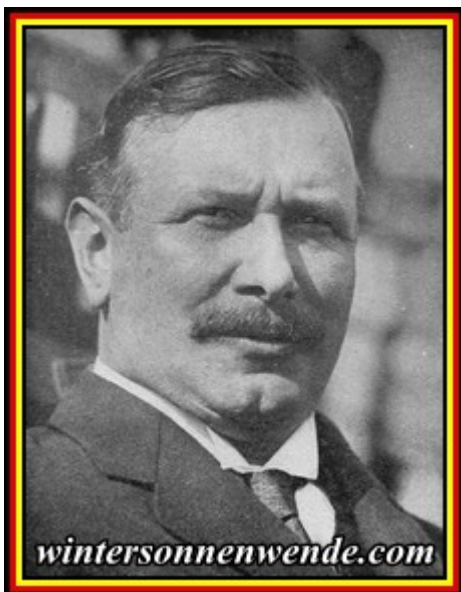
bis zum 31. Mai die Auflösung der Einwohnerwehren und die Zerstörung der im Bau befindlichen Kriegsschiffe beendet sein.

**Drohung des  
Ruhreinmarsches**

Es bestand nach der Lage der Dinge gar kein Zweifel mehr, daß **die Alliierten unbedenklich ins Ruhrgebiet einmarschieren** würden, falls Deutschland die Annahme des Ultimatums verweigerte. Frankreich rief seinen Jahrgang 1919 zu den Fahnen. Die Rheinlandkommission führte im besetzten Gebiet bereits seit Wochen eine Bestandsaufnahme und Vormusterung der Pferde, Fahrzeuge, Kraftwagen und Fabriken durch und zwang sogar deutsche Bürgermeister, Landräte und Gemeindevorsteher, ihr dabei behilflich zu sein! Ja, es wurden sogar Automobile requiriert, und deren Führer, Chauffeure oder Besitzer, erhielten Gestellungsbefehle! Diejenigen, die mit ihren Fahrzeugen sich ins unbesetzte Deutschland begeben hatten, wurden telegraphisch zurückberufen. Die Alliierten waren entschlossen, despotisch Deutsche gegen Deutsche in den Krieg zu schicken.

Das Damoklesschwert der Ruhrbesetzung war für die Verbündeten das sicherste Mittel, **eine ausgesprochene bürgerliche Regierung wie die des Reichskanzlers Fehrenbach in Deutschland unmöglich zu machen**. Eine solche Regierung war den Engländern und den Franzosen unbequem, denn sie förderte die Selbstbesinnung der Deutschen, sie erweckte das Selbstbewußtsein zu neuem Leben und erschütterte dadurch die Stellung der alliierten Regierungen in ihren Ländern. Man wußte sehr gut in London und Paris, daß eine bürgerliche Regierung in Deutschland das Ultimatum ablehnen würde. Sie würde, so glaubte man, unter dem drohenden Londoner Ultimatum sich auch gar nicht halten können, selbst wenn sie aufs neue gebildet würde, denn, so sagte man sich, die Angst der Deutschen, auch noch das letzte Kohlenrevier an der Ruhr zu verlieren, ist zu groß, als daß sie eine Regierung dulden würden, die diesen Verlust in Kauf nähme. Den Franzosen allerdings war die Ablehnung sympathischer als die Annahme; wäre doch dann der Vorwand für den schon lange erhofften und ersehnten Einmarsch ins Ruhrgebiet gegeben.

**Regierung  
Wirth**



**Dr. Joseph Wirth, Erfüllungskanzler.**  
*Photo Scherl.*

Und in der Tat, die Rechnung, die man in London und Paris gemacht hatte, stimmte dieses Mal. Der 9. und 10. Mai waren zwei bewegte Tage im Reichstage. Während das eine Lager, bestehend aus Zentrum, Sozialdemokratie, Unabhängigen und einem Teil der Demokraten für die Annahme des Ultimatums waren, widersetzten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Diese verlangten, man müsse mindestens, wenn man sich schon unter das Kaudinische Joch beuge, die Gewißheit haben, daß Oberschlesien ganz bei Deutschland verbleibe und daß die alliierten Truppen aus dem neubesetzten Gebiet zurückgezogen würden. **Eine neue Regierung wurde gebildet, Dr. Wirth, der dem linken Zentrum angehörte, übernahm das Reichskanzleramt**, vier Zentrumsminister, vier Demokraten und drei Sozialdemokraten bildeten sein Kabinett; es war also wieder die Koalition der Mitte auferstanden, wie sie seit dem 13. Februar 1919 bis zum 24. Juni 1920 die Geschicke Deutschlands leitete mit der kurzen Unterbrechung vom 21. Juni bis zum 3. Oktober 1919, als die Demokraten infolge der Annahme des Versailler Vertrages ausgeschieden waren.

Es darf bei dieser Gelegenheit nicht übergangen werden zu erwähnen, daß in jenen kritischen Maitagen der **Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, durch den englischen Botschafter Lord d'Abernon in London anfragen ließ, ob ein Kabinett Stresemann angenehm wäre und mit welchen Bedingungen es rechnen könne**. Es war erklärlich, daß bei der ungeheuren Bedeutung der Reparationsfrage für die deutsche Industrie und Wirtschaft die Deutsche Volkspartei

ihren Einfluß in der Regierung nicht so ohne weiteres opfern wollte, daß andererseits aber auch eine Regierung der Großen Koalition unter Einschluß der Sozialdemokratie notwendig war, um nicht immer durch die Opposition dieser großen Partei behindert zu werden. Schließlich glaubte Stresemann auch, auf dem Umwege über England eine bessere Verbindung mit Frankreich zu erhalten. Ohne Zweifel kann man annehmen, daß damals bereits in Stresemann der Gedanke einer großen inneren Befriedung (Große Koalition) und außenpolitischer Verständigung (England, Frankreich) herangereift war. Vielleicht hoffte er auch auf diesem Wege das Schicksal Oberschlesiens günstig zu beeinflussen. England jedoch hatte starkes Mißtrauen nach den Erfahrungen mit der Regierung Fehrenbach, deren Hintermann Stinnes war, und Stinnes würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch hinter der Regierung Stresemann stehen. England wünschte, ebenfalls wie Frankreich, ein klar erkennbares Erfüllungsministerium nach dem System Erzberger - und verzögerte die Antwort also solange, bis infolge der drängenden Zeit vor dem Ablauf des Ultimatums die Regierung Wirth auf der Grundlage der Weimarer Koalition gebildet worden war. -

Der neue Reichskanzler Wirth nahm umgehend Stellung zum Ultimatum der Alliierten und führte in seiner Reichstagsrede vom 10. Mai etwa folgendes aus:

### **Annahme des Ultimatums**

**"Es bleibt uns keine andere Möglichkeit als Annahme oder Ablehnung... Um das Reich und seine Einheit zu retten, um deutsches Land vor der Gefahr feindlicher Invasionen zu bewahren und die deutsche Freiheit zu erhalten, dafür ist das deutsche Volk zu den höchsten materiellen Opfern bereit. Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an."**

Man wolle den Gegner durch Leistungen von der Aufrichtigkeit und dem guten Willen der Deutschen überzeugen; aber die Aufhebung der Sanktionen und Gerechtigkeit in Oberschlesien seien die Voraussetzung für die Annahme des Ultimatums. Wirth bezeichnete als das Programm seiner Regierung "Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung", und sein Kabinett erhielt vom Volke die Bezeichnung "Erfüllungsministerium".

In der Nacht vom 10. zum 11. Mai nahm der Reichstag mit 220 Stimmen das Londoner Ultimatum an. Das Zentrum, die Sozialdemokratie und die Unabhängigen, sechs Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und siebzehn Demokraten hatten ihre Ja-Stimmen abgegeben. 172 Abgeordnete lehnten ab, ein Zentrumsabgeordneter enthielt sich der Stimme. Am 11. Mai teilte die deutsche Regierung den Alliierten die vorbehalt- und bedingungslose Annahme des Ultimatums durch Deutschland mit.

Das Erfüllungsministerium berechtigte in Paris und London zu den besten Hoffnungen. Schon gleich am 12. Mai richtete **General Nollet** als Vorsitzender der Interalliierten Militärkommission eine Note nach

### **Auflösung der Selbstschutzverbände**

Berlin, worin er Ausführung der Entwaffnungsbestimmungen, vor allem soweit sie Polizei und Einwohnerwehren betraf, forderte. Bis zum 30. Juni mußten sämtliche Selbstschutzorganisationen aufgelöst sein. Nun entgingen auch die Organisationen Escherisch in Bayern und die Orts- und Grenzwehren in Ostpreußen nicht mehr dem Schicksal. Die Reichsregierung erließ ein **Gesetz zur Auflösung der Selbstschutzorganisationen** und bedrohte "Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer". Die Milizverbände verschwanden von der Oberfläche und tauchten im Volke unter. Auch das "Wachregiment Berlin", das aus Kommandos verschiedener Truppenteile bestand, wurde aufgelöst (21. Juni), weil es die Alliierten verlangten.

Der **Wiedergutmachungsausschuß** war jetzt Herr der Lage, und das neugebildete Garantiekomitee beaufsichtigte Deutschlands innere Verwaltung. Bis zum 30. Mai wurden

### **Forderungen des Wiedergutmachungsausschusses**

zwanzig Stück Reichswchsel im Betrage von insgesamt 200 Millionen Dollar den Alliierten übergeben. Bis zum 31. August wurde die erste Milliarde voll bezahlt. Am 12. Juni überreichte die Reparationskommission die Schadenersatzforderungen der Alliierten in Naturalien gemäß Anhang 4 des achten Teiles des Versailler Vertrages. Zwei Monate später, den 4. August, wurde daraufhin von

Deutschland gefordert, innerhalb der nächsten sechs Monate 29 400 Pferde, 130 000 Schafe und 175 000 Rinder abzuliefern. Die Alliierten hielten die Gelegenheit für günstig, auch wieder die Frage auf Ersatz **der im Sommer 1919 zerstörten sieben Marineluftschiffe** aufzurollen. Sie verlangten Ablieferung der Verkehrsflugzeuge "Nordstern" und "Bodensee" oder Neubauten oder Geld. Hatte die Regierung Fehrenbach im November des Vorjahres das Ansinnen abgelehnt, so beugte sich diesmal die Regierung Wirth und erfüllte die alliierten Forderungen. Die Auslieferung des "Nordstern" mußte bis zum 20. Juni an Frankreich, die des "Bodensee" an Italien erfolgen. Und einen Monat später, am 18. Juni, befahl die Botschafterkonferenz der deutschen Regierung, "in kürzester Frist das gesamte Luftfahrtmaterial, das im Widerspruch mit den Beschlüssen von Boulogne hergestellt worden ist, zu beschlagnahmen und der Interalliierten Luftfahrtüberwachungskommission auszuliefern". Diese sollte das als militärisch erkannte Gerät restlos konfiszieren und den Alliierten übergeben, während 25 Prozent von dem zivilen Gerät ebenfalls den Alliierten zufallen sollte. Der Rest werde zu vollem Eigentum an Deutschland zurückfallen, sobald der deutschen Regierung die Ermächtigung erteilt werde, den Bau von Luftfahrtgerät wieder aufzunehmen.

Auch das **Garantiekomitee** begann sich zu regen. Es belehrte die deutsche Regierung darüber, daß das ganze Gleichgewicht des Zahlungssystems auf einer "gewissen Stabilität der Mark" beruhe und daß diese Stabilität nur erreicht werden könne, wenn vorher durch notwendige Reformen **das deutsche Budget ins Gleichgewicht** gebracht worden sei. Man brachte ganz unverhohlen zum Ausdruck, daß es im Interesse der Wiedergutmachungen keine Rücksicht auf das deutsche Volk gebe. **Der Jammer der Darbenden und Hungernden** wurde beiseitegeschoben durch die Forderung drakonischer Steuern und Sparsamkeit, um die Verpflichtungen gegenüber den Siegern zu überfüllen. -

#### "Kriegsverbrecher"prozesse

Die Prozesse gegen die "**Kriegsverbrecher**" begannen am 23. Mai vor dem **Reichsgericht in Leipzig**. Zuerst verhandelte man die von England anhängig gemachten Fälle. Der Gerichtssaal war überfüllt. Englische Belastungszeugen waren erschienen, und eine Abordnung Großbritanniens befand sich im Saale, um das Verfahren zu verfolgen. Die Engländer bewahrten Zurückhaltung und traten niemals hervor, während sich der deutsche Gerichtsvorsitzende bemühte, sachlich und ruhig seines beschämenden Amtes zu walten. Gegen drei Unterseebootkommandanten und drei Leiter von Gefangenenlagern war von den Engländern Klage erhoben worden. In einem Falle erfolgte Freisprechung, während die fünf anderen Angeklagten verurteilt wurden. Die Strafen waren, nach englischer Auffassung, "bedauerlich" leicht, dennoch sagte der Engländer Gooch, es sei "doch besser, daß mildere Urteile von deutschen Richtern gefällt wurden, als schärfere Urteile von einem feindlichen Gerichtshof". Die britischen Zeugen hinterließen einen guten Eindruck, und der Vorsitzende machte den Angeklagten Vorwürfe, daß sie bei ihren Taten die Ehre ihres Landes außer acht gelassen hätten. Belgien brachte nur eine Anklage vor, und die wurde verworfen. Von den fünf französischen Fällen wurde nur einer als strafbar erkannt. Natürlich waren die Alliierten von solchen Ergebnissen nicht gerade befriedigt, vor allem nicht die Franzosen, und so zogen diese am 8. Juli ihre Abordnung und ihre Zeugen aus Leipzig zurück.



Engländer als Zeugen im Kriegsverbrecherprozeß in Leipzig. Photo Scherl.

Es war kein Wunder, **daß die Erfüllungspolitik auf der ganzen Linie weite Kreise des deutschen Volkes bis ins Innerste aufrührte und aufwühlte.**

#### Unwille der nationalen Kreise

Hatte es doch den Anschein, als sei die deutsche Regierung nur noch ein untergeordnetes, ausführendes Organ der alliierten Regierungen. Grausam despotisch wurde in Deutschland der Wille der Selbstbehauptung unterdrückt, und jeder Tag brachte es den Deutschen aufs neue zum Bewußtsein,

daß sie nur noch die Heloten des Auslandes waren. Jedes Wort aus Paris oder London war ein glühender Pfeil in das Herz der Deutschen. Seitdem die Garantiekommission auf den Plan getreten war, waren sie noch nicht einmal mehr Herren im eigenen Hause. Die Zustände in Oberschlesien steigerten die Entrüstung. Am meisten aber verbitterten die "Kriegsverbrecherprozesse". Wie ein Sturm wogte und tobte es in den nationalen Kreisen des Volkes. Den schlimmsten Schimpf, der in diesem grotesken Unmaß noch keinem europäischen Volke widerfahren war, mußte sich Deutschland gefallen lassen: das eigene Volk mußte auf das Geheiß der Feinde seine eigenen Söhne verurteilen für Taten, die, vielleicht unter normalen Verhältnissen strafbar, doch nicht aus persönlichen, sondern aus politischen Gründen der Landesverteidigung erfolgt waren! Besonders schimpflich aber war es, daß die Kriegsverbrechen der Franzosen und Engländer gegen die Deutschen, die die deutschen um ein Vielfaches übertrafen, ungesühnt blieben!

**Immer drohender wurde die Sprache der nationalempfindenden und die nationale Ehre verteidigenden Kreise.** Es kam zu großen Volksansammlungen vor dem Gerichtsgebäude, und drohende Rufe wurden laut. Das Reichsgericht mußte polizeilich und militärisch geschützt werden, um Versuche zur Befreiung der Angeklagten zu verhindern. Ganz Deutschland hallte wider von Empörung und Erbitterung, und um gewaltsamen Zwischenfällen vorzubeugen, wurden schließlich die Prozesse eingestellt. Die im Herbst von Italien eingereichten Fälle kamen nicht mehr zur Verhandlung. Zwar teilte die Kommission in Sachen der Kriegsbeschuldigten Anfang Januar 1922 dem Obersten Rat das nach ihrer Ansicht vollkommen ungenügende Ergebnis der Prozesse mit. Das Verfahren in Leipzig gebe keinerlei Genugtuung, und es seien nicht genügend Bemühungen zur Aufdeckung der Wahrheit unternommen worden. Einzelne Angeklagte seien freigesprochen worden, die eigentlich hätten bestraft werden müssen, und bei den für schuldig Befundenen sei die Bestrafung ungenügend. Infolgedessen müsse jetzt Artikel 228 des Versailler Vertrages in Kraft treten, das heißt die Angeklagten sollten den alliierten Regierungen ausgeliefert werden. Die Alliierten aber erkannten die Gefahr, welche der Erfüllungsregierung Wirth aus der weiteren Ausdehnung der Prozesse erwuchs, und sie fürchteten vor allem, daß bei einem durch die Auslieferung möglicherweise hervorgerufenen Putsch die nationale Strömung die Herrschaft an sich reißen könnte. Deswegen unternahmen auch sie, wiewohl unbefriedigt, nichts weiter in einer Sache, die, wie der Engländer Gooch behauptet, "gleich von Anfang an schlimm verpfuscht war".

**Boycott englischer,  
französischer,  
italienischer Waren**

Unter der Regierung Fehrenbach war schon in weiten Kreisen des Volkes der Widerstand gegen die englischen und französischen Anmaßungen geweckt worden. Dieser äußerte sich in dem **Boycott französischer und englischer Waren**. Die Verbände des Leinwandhandels in Bremen begannen hiermit im Februar, und der Wein- und Kaffeegroßhandel schlossen sich im März an. Hamburg folgte. Der Hansabund, die Handelskammer, hervorragende Persönlichkeiten aus Finanz- und Schiffahrtskreisen forderten dazu auf, die aus alliierten Ländern eingeführten Waren zu meiden. "Trinkt keine französischen Weine, raucht keine englischen Zigaretten, eßt keine französische Schokolade! Es ist besser, daß das Geld im Lande bleibt, als daß es den Alliierten gegeben wird, die uns mit solch hohen Reparationen quälen!" Der Verband des deutschen Großhandels griff die Parole auf, die deutschen Grubenbesitzer gaben sie weiter, und die deutschen Gastwirte und Hotelbesitzer setzten ihren Gästen nur noch deutschen Wein, deutschen Weinbrand und deutsche Liköre vor. Bald war es in allen deutschen Städten verpönt, Apfelsinen und Feigen zu essen und Spitzen aus Brüssel oder Valenciennes zu tragen. Die Fachzeitschriften propagierten eifrig den Boykott, die *Zentralzeitung für Optik und Mechanik*, die *Lederwelt*, die *Deutsche Destillateurzeitung*, die *Deutsche Weinzeitung*. Große politische Zeitungen stellten mehr die moralische, nationale Seite in den Vordergrund, so die *Leipziger Neuesten Nachrichten* und das *Stuttgarter Neue Tageblatt*. Die *Leipziger Neuesten Nachrichten* brachten am 2. Juni eine Liste englischer und französischer Waren, die boykottiert werden mußten, und die *Stuttgarter Zeitung* veröffentlichte am 24. August einen ähnlichen Aufruf. Auf den Straßen wurden Flugblätter verteilt, große und kleine Plakate hingen an Mauern und Schaufenstern: "Trinkt keine französischen Weine!" "Trinkt deutschen Weinbrand!" "Raucht deutsche Zigaretten, ihr nützt damit dem deutschen Volke!"

Den **Franzosen** war dieser Zustand höchst unbequem. Sie argwöhnten, daß hinter der ganzen Boykottbewegung Regierungsstellen stünden. Hatte doch am 12. Mai die Bayerische Eisenbahndirektion Nürnberg den Bahnhofsrestaurateuren unter Androhung sofortiger Kündigung verboten, Waren aus dem Ausland, besonders aus den Ententestaaten, zu verkaufen! Wer anders könne wohl dahinterstehen als das Reichsverkehrsministerium? Und die *Deutsche Weinzeitung* hätte am 1. Juni ein Rundschreiben des Verbandes württembergischer Weinhändler abgedruckt, worin der Boykott französischer und elsäß-lothringischer Weine befürwortet würde. Die Handelskammer Stuttgart habe auf Betreiben des Württembergischen Arbeitsministeriums die Veranlassung hierzu gegeben. Wenn natürlich der Boykott auch nicht vom ganzen deutschen Volke restlos durchgeführt wurde - gab es doch seither in Deutschland Leute, welche das Ausländische stets höher bewerteten als das Erzeugnis des eigenen Landes -, so mag er dennoch seine Wirkung nicht verfehlt haben. Mitte September forderte Frankreich in einer Note die deutsche Regierung auf, gegen den Boykott französischer Waren in Deutschland einzuschreiten, da ein solcher gegen den Friedensvertrag verstoße. Dies war allerdings nur insoweit möglich, als vielleicht die Mitwirkung von Regierungsstellen in Frage kam. Soweit der Boykott jedoch Privatangelegenheit war, standen der Regierung weder Gesetzes- noch Machtmittel zur Verfügung, dagegen vorzugehen.

Die Franzosen nahmen jede Gelegenheit wahr, um Deutschland seine Schwäche fühlen zu lassen. In der Frage der Sanktionen trat dies besonders unmittelbar und scharf hervor. Zwar demobilisierte die französische Regierung am 25. Juni den im April einberufenen Jahrgang 1919, aber nicht etwa deshalb, weil sie vermeinte, daß kein Vormarsch und infolgedessen keine Truppenverstärkung notwendig sei, sondern mit der Begründung, daß die jüngeren Jahrgänge nun soweit ausgebildet seien, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Gelegentlich der Pariser Besprechungen am 18. und 19. Juni erklärte Lord Curzon, der englische Vertreter, Deutschland habe den Beweis seines guten Willens erbracht, deshalb solle man die Rheinzollgrenze aufgeben und die Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sofort räumen. "Der gute Wille Deutschlands macht uns nicht bezahlt", erwiderte Briand, "und es hat sich doch gezeigt, daß die Sanktionen nicht unnütz verhängt worden sind." Gewiß hat keine Schlacht des Weltkrieges den Franzosen soviel Mühe, Arbeit und Zeit gekostet wie das unblutige Vorrücken an die Schwelle des Ruhrgebietes. Jetzt, nachdem nun ihre Träume erst zu einem Teil erfüllt waren, sollten sie zurückgehen? Sie dachten gar nicht daran!

Was kümmerte sie der gute Wille Deutschlands, was die Sentimentalität Englands? Nun, man konnte ja entgegenkommen, Deutschlands guter Wille konnte belohnt werden, indem man die Rheinzollgrenze aufhob, aber nur unter der Bedingung, daß bis zum 31. August die fällige Milliarde voll bezahlt und der Boykott über die französischen Waren aufgehoben sei. Zu mehr war man auf französischer Seite auch um die Mitte des August noch nicht bereit. England erinnerte daran, daß die eigenmächtig von den Franzosen vorgenommene Besetzung Frankfurts im Vorjahre zu unliebsamen Zusammenstößen geführt habe. Großbritannien wünsche nicht, daß es als Bundesgenosse durch Frankreichs Seitensprünge bloßgestellt werde, und Großbritannien habe alles Recht zu diesem Wunsche, denn es sei während des Weltkrieges ein Hauptverbündeter Frankreichs gewesen. Auch erinnerte England Frankreich an sein Versprechen, das es nach den Frankfurter Vorfällen gegeben habe, nicht wieder Maßnahmen von so einschneidender Bedeutung ohne Englands Zustimmung ergreifen zu wollen. Frankreich erkannte schließlich die englischen Gründe an, da es auf England angewiesen war, und fügte sich zähneknirschend. **Mitte September zog es seine "Ruhrarmee" zurück und räumte die besetzten Sanktionsstädte.**

**Aufhebung der Sanktionen**

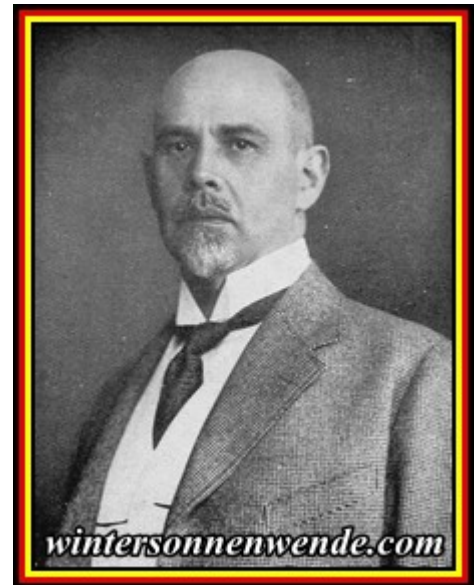
Es war um diese Zeit, daß ein Mann in Deutschland an maßgebende Stelle berufen wurde, von wo aus er wenig länger denn ein Jahr Einfluß auf den Gang der deutschen Geschicke hatte: **Walter Rathenau**. Er, der Präsident der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, wurde am 29. Mai zum Reichsminister für Wiederaufbau ernannt, er hatte sich sehr lange gesträubt, bis er, immer noch gegen seinen Willen, das ihm von der Regierung Wirth angetragene Ministerium übernahm; nach der Konferenz von Cannes im Januar 1922 übernahm er das Amt des Reichsaußenministers, welches er bis zu seiner Ermordung am

**Walter Rathenau,  
seine Schriften  
und Ansichten**



24. Juni des gleichen Jahres bekleidete.

**Dr. Walter Rathenau**, 1867 geboren, von jüdischer Abstammung, war ein geistreicher und vielseitiger Demokrat. Er besaß, dies ist einigermaßen bemerkenswert, gleichzeitig eine starke kaufmännische und künstlerische, ja philosophische Ader. **In der Politik war er nicht nur der Rivale von Stinnes, sondern zugleich sein Nachfolger und Antipode.** Er hatte mit diesem nur das gemein, wie Gooch sagte, daß er einen Namen und eine Laufbahn geerbt hatte. In Deutschland, Frankreich und der Schweiz hatte er studiert und sprach fließend englisch, französisch und italienisch. Am liebsten verkehrte er mit Künstlern und Schriftstellern, mit Liebermann und Hauptmann. Dabei vernachlässigte er nicht seine geschäftlichen Pflichten, und er förderte und mehrte das durch seinen Vater begründete Unternehmen. In Rußland und Frankreich erschloß er der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft neue Handelsgebiete, er machte Entdeckungen auf chemischem und elektrolytischem Gebiete, gründete neue Werke und war industrieller Direktor einer großen Bank. Er unternahm Reisen nach Amerika und Afrika, weitete seinen Blick und sammelte Eindrücke, aus denen sich seine soziale Lehre bildete. Im letzten Jahrzehnt seines Lebens hat er in zahlreichen Schriften und Reden seine Ansichten dargelegt.



Walther Rathenau. Photo Scherl.

Als Fünfundvierzigjähriger veröffentlichte Rathenau sein erstes Buch: **Zur Kritik der Zeit**. Er hatte nicht so unrecht mit seiner Behauptung, daß die Zeichen der Zeit im Reiche des Geistes der Intellektualismus, im Bereiche der Gesellschaft aber Mechanisierung seien. Schon aber seien Kräfte erwacht, welche eines Tages den Kampf mit den herrschenden Mächten aufnehmen würden, wobei er auf die kommende sozialistische Strömung hinwies. **Zur Mechanik des Geistes** erschien 1913. Er hatte es der jüngeren Generation gewidmet und verleugnete auch hier nicht den Einfluß von James und Bergson. Er forderte, daß sich die Seele freimache vom unbedingten Vertrauen auf den Intellekt und von seiner Herrschaft. In seinen Gedankengängen war Rathenau so etwas wie ein moderner Rousseau.

Während des Krieges war er zum Leiter der Rohstoffabteilung berufen worden, und erst 1917 konnte er sein Buch mit dem etwas metaphysisch klingenden Titel **Von kommenden Dingen** herausgeben. Der Engländer Gooch sagte, daß dies kaum ein Kriegsbuch genannt werden könne, "aber sicherlich ist es eines der interessantesten Bücher, die während des Krieges geschrieben wurden, und es hat eine größere Verbreitung erfahren als irgendeine seiner anderen Schriften". Rathenau weist hier den Weg zu einer großen Revolution des Geistes und der Gesellschaft. Der "proletarische Zustand" solle abgeschafft werden durch **Änderung der Eigentums- und Erziehungsgesetze**, vor allem fordert er eine starke Einschränkung des Erbrechtes. Rathenau erkannte die große Gefahr, welche den europäischen Völkern durch die Masse der Besitzlosen drohte, andererseits aber verschloß er sich auch nicht der vernünftigen Forderung, den wertvollen Kräften des Proletariats gebührende Aufstiegsmöglichkeiten zu verschaffen. Er ging auf der beschrittenen Bahn weiter vor und brachte 1918 **Die neue Wirtschaft** heraus, worin er das System einer Sozialisierung auf kapitalistischem Wege entwickelte. Industrie und Handel dürften nicht mehr dezentralisierte Privatangelegenheiten sein, sondern sie müßten zusammengeschlossen werden zu einem großen Trust, der mit staatlichem Privileg arbeite und alle Mittel der Wissenschaft auf die Produktion einstelle. Durch diese neue Wirtschaftsordnung werde von selbst die neue Gesellschaftsordnung herbeigeführt werden, die jeder Kämpfer in dem großen Kriege in seinem Herzen herbeisehne. Es war Rathenau darum zu tun, auf friedlichem Wege jene große soziale Umwandlung herbeizuführen, die mit immer stärkerer Deutlichkeit sich gewaltsam anzubahnen drohte.

Im Frühjahr 1919 veröffentlichte er eine "Betrachtung" unter dem Titel: **Der Kaiser**. Diese Schrift



ist kein Pamphlet, sondern eine in wunderbarer durchsichtiger Form durchgeführte Analyse **des letzten Kaisers** und seines Zeitalters. Keine Anklagen gegen den Monarchen, sondern eher Entschuldigungen und Rechtfertigungen. Der Kaiser habe zwar der Epoche seinen Namen gegeben, dennoch aber sei er nicht Herr, sondern Produkt seiner Epoche gewesen. Die wilhelminische Epoche habe am Monarchen mehr verschuldet als der Monarch an ihr. Es war die Epoche des Intellektualismus, der verstandesmäßigen Breite, nicht der seelischen Tiefe. Alles können und verstehen, aber nichts Neues hervorbringen. Und die Katastrophe des Kaisers sei zugleich die Katastrophe des Intellektualismus und umgekehrt. Wer aber war schuld am Lauf der Dinge? Der Kaiser? Nein. Denn in dieser dynastischen Atmosphäre wäre jeder normale Mensch übergeschnappt, wenn er länger darin hätte leben sollen. Dieses Gottesgnadentum sei allerdings den Germanen fremd gewesen, und darin hatte Rathenau recht: "sie hatten Herzöge und selbstgewählte Könige." Auch dem Feudalismus sei kein Vorwurf zu machen, denn er verteidigte altvererbte Rechte. Die Schuld treffe ganz allein das Großbürgertum.

"Schmachvoll war hier wie überall die Haltung des Großbürgertums, das, durch Beziehungen und Vergünstigungen preiswert bestochen, seinen Vorteil im Ankriechen an die herrschende Schicht und in der Lobpreisung des Bestehenden suchte. Die geistige Verräterei des Großbürgertums, das seine Abkunft und Verantwortung verleugnete, das um den Preis des Reserveleutnants, des Korpsstudenten, des Regierungsassessors, des Adelsprädikates, des Herrenhaussitzes und des Kommerzienrates die Quellen der Demokratie nicht nur verstopfte, sondern vergiftete, das feil, feist und feig durch sein Werkzeug, die Nationalliberale Partei, das Schicksal Deutschlands zugunsten der Reaktion entscheiden ließ: Diese Verräterei hat Deutschland zerstört, hat die Monarchie zerstört und uns vor allen Völkern verächtlich gemacht. Einer der tragischen Züge des Kaisers war, daß er dieses Großbürgertum lieben mußte, so wie er alles lieben mußte, was ihm tödlich war, und alles verfolgen, was ihn hätte retten können."

Diese oberen Zehntausend in Kunst und Wissenschaft, in Handel und Industrie, in Heer- und Staatsdienst haben durch ihren Byzantinismus eine freiere, demokratische Entwicklung der Verfassung verhindert, wie diese nach dem ganzen Verlauf der europäischen Dinge notwendig gewesen wäre. Niemand setzte sich ein für die Erweiterung der Volksrechte, die Beschränkung der Monarchenrechte. "Hier war **Stein-Hardenbergsche** Arbeit zu tun, und es war keiner, der es nicht wußte, dem es nicht gesagt war."

Also nicht den Kaiser, sondern das Bürgertum, die Epoche, den Intellektualismus treffe die Schuld an dem Zusammenbruch. Die einzige Rettung des Monarchen hätte bestanden in der Genialität des Charakters. "Daß er sie nicht besaß, ist kein Vorwurf." Darum aber sei sein Fall beklagenswert, nicht tragisch. Den Kaiser treffe keine Schuld am Kriege. Er sei freier von Schuld als die meisten. Überhaupt sei die ganze Kriegsschuldfrage Unsinn. Bei einer zerbrochenen Fensterscheibe mag man die Schuldfrage erörtern, vor dem Naturereignis enthülle sie sich als das, was sie sei: kindlich und kindisch. Wenn es eine Schuld gebe, so sei es die Schuld des europäischen Gewissens. Europa befinde sich in einer gewaltigen Gärung. Zwar mit den horizontalen Völkerwanderungen von Westen nach Osten sei es vorbei, aber nun setze die vertikale Völkerwanderung ein, von unten nach oben, die das abgewirtschaftete Bürgertum verschlinge. Ein Jahrhundert des Bolschewismus werde anbrechen.

"In einem Jahrhundert werde der praktische Gedanke des Ostens so restlos verwirklicht sein, wie heute der praktische Gedanke des Westens. Im Hintergrunde der Zeiten steht wartend ein letzter Gedanke: die Auflösung der Staatsformen und ihre Ersetzung durch ein bewegliches System selbstverwaltender Kulturverbände unter der Herrschaft transzendenter Ideen. Dieser Gedanke aber setzt eine veränderte Stufe der Geistigkeit voraus."

Dann würden nicht mehr einige wenige, sondern alle teilhaben an den Schätzen aus Materie und Geist. Es sei dann nicht mehr die Welt und Zeit der wenigen, sondern aller. Nicht das Paradies erwarte uns, sondern die erweiterte Menschheit, die neue Würde des Lebens und der Mühen. Wenn

die Barbarei des kommenden Jahrhunderts vorüber sei, dann werde nicht der Bolschewismus herrschen, noch das Proletariat diktieren; es werde niemand herrschen und niemand diktieren, sondern Völker werden sich verwalten, neue Arbeit, neue Verantwortung, neue Wünsche lernen. Der Friede, den man in Versailles berate, sei der letzte Herrenfrieden, der den letzten Herrenkrieg beende. "In Gedanken und Mitteln: ein Denkmal der alten Horizontalpolitik."

In seinem kühnen Gedankenflug aber eilte Rathenau seiner Zeit und seiner Menschheit voraus. Bereits im Juni 1919 schrieb er:

"Es kann nicht länger zweifelhaft sein, daß das, was wir die deutsche Revolution nennen, eine Enttäuschung ist. Jeder unverhoffte Gewinn, jedes Produkt der Verzweiflung bringt Ernüchterung mit sich. Unsere Ketten wurden nicht zerbrochen, sondern fielen ab. Es gab keine Vorbereitung, keine revolutionäre Theorie. Nur eine zweite Revolution kann uns retten, die Revolution der Gesinnung."

Die Bewegung von 1919 sei aus dem Haß entsprungen, "was unser unwürdig ist"; sie sei entsprungen aus dem Verlangen nach Wohlfahrt durch Ausgleich des Besitzes, das habe sich aber als Illusion erwiesen; sie sei hervorgegangen aus dem Verlangen nach Verantwortlichkeit, und das sei das Rühmlichste und Fruchtbarste an ihr.

**Unablässig war Rathenau bemüht, in Wort und Schrift den Staat und die Gesellschaft nach seinen Ansichten und Grundsätzen weiterzubilden.** Der weite, geschichtsphilosophische Horizont war das hervorstechende Merkmal seiner Reden, die er auf demokratischen Parteiversammlungen hielt. "Wir haben unsere Freiheiten nicht gewonnen, sie sind uns in den Schoß gefallen." Immerhin war es ihm klar, daß durch die Revolution das alte Regime für immer abgetan sei, eine soziale Epoche habe begonnen. Und so tröstete er sich nach den Juniwahlen 1920: "Eine reaktionäre Strömung geht durch Deutschland, sie ist stark in ihrem augenblicklichen Einfluß, in ihren bleibenden Erlebnissen jedoch nur ein Windhauch." Nachdem nun die Reichsverfassung geschaffen war, sagte er:

**Rathenaus  
politische  
Gedanken**

"Unser politisches Programm ist fast erfüllt, aber das große Arbeitsfeld der Wirtschaft ist noch von keiner Partei in Angriff genommen. Wir werden weder zum alten System zurückkehren, noch werden wir der Führung von Marx folgen. Keiner von uns glaubt, daß Armeen oder Diplomaten uns retten werden. Die Schicksale der Nation werden auf die Dauer nicht durch Armeen, sondern durch das Volk selber bestimmt werden, je nach den Ideen, die es zu den seinen macht. Der Versailler Vertrag wird verschwinden, denn er baut sich nur auf Haß auf; und nichts wird Bestand haben, das nicht eine Idee verkörpert."

Es war eine der Lieblingsideen Rathenaus, **daß das Recht des Besitzes sich nur auf Arbeit gründen dürfe.** Es war eine kühne und dennoch gesunde, urwüchsige Idee; und er lehnte deshalb sowohl den Kapitalismus wie auch den Sozialismus ab, denn letzten Endes liebten beide den Besitz nur um des Genusses willen. Diesen Gedanken des Arbeitsbesitzes machte er zur Grundlage seines Gesellschaftssystems. "Es handelt sich nicht länger um den Ruf nach Sozialisierung, die niemand versteht, sondern um einen eingehenden Organisationsplan unserer Wirtschaft auf sozialer Basis." **Nicht Enteignung der Industrie durch den Staat, sondern Beaufsichtigung sei der Mittelweg zwischen den sich bekämpfenden Strömungen des Individualismus und Sozialismus.** In einer Vorlesung in der Hochschule für Politik zu Berlin sagte er 1921:

"Wir fühlen, daß die Epoche des reinen Kapitalismus beendet ist, dennoch verlangt keine maßgebende Stimme nach einer grundlegenden Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung."

Der Kapitalismus sei allein dazu in der Lage gewesen, für Nahrung, Kleider, Häuser, Transporte und andere Bedürfnisse einer riesig angewachsenen Bevölkerung zu sorgen, und es sei auch nötig, die Produktion noch zu steigern. Kein guter oder auch nur erträglicher Lebensstandard könne erreicht werden, wenn unsere Produktion nicht gesteigert werden könne. Aber dadurch, daß der

Kapitalismus den notwendigen Bedarf decke, habe er zuviel Macht über das Leben der Gesamtheit gewonnen und sich einen unverhältnismäßig großen Anteil am Nutzen daraus gesichert. Es solle keine einzelne Klasse herrschen dürfen. Politik und Wirtschaft verlange Zusammenarbeit. An Stelle von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit solle Freiheit, Verantwortlichkeit und Solidarität gesetzt werden.

Als sein reifstes Werk seiner sozialen und politischen Gedanken wird sein Buch **Die neue Gesellschaft**, 1921, bezeichnet. Er gibt den Sozialdemokraten recht, daß die Gesellschaft sozialisiert werden müsse, indem jeder seinen Lebensunterhalt selbst verdienen solle. Aber das Ziel sei nicht eine Verteilung des Besitzes oder gleicher Lohn. Es sei die Abschaffung des proletarischen Zustandes lebenslanger und erblicher Knechtschaft, der zweifachen Schichtung der Gesellschaft, der skandalösen Versklavung des Bruders durch den Bruder, die all unsere Handlungen, all unsere Schöpfungen, all unsere Freuden schände. Auch dies sei nicht das letzte Ziel. Der letzte Zweck alles Strebens sei die Entwicklung der menschlichen Seele. Wirtschaftlicher Sozialismus sei nicht nötig, aber ein ethischer. Die Sozialisten hätten eine Zukunft im Auge, in der es keine Reichen mehr gäbe, und glaubten, infolgedessen werde es auch keine Armen mehr geben. Sie seien Sklaven von Papageienphrasen. Logischer Sozialismus bedeute proletarischen Zustand für uns alle. Eine echte Demokratisierung des Staates und der Erziehung müßte erreicht werden. Nur dann werde das Monopol der Klasse und der Kultur gebrochen werden. Das Aufhören des unverdienten Einkommens werde den Fall des letzten Klassenmonopols, nämlich desjenigen der Plutokratie anzeigen. In dem Rettungsplan sei kein Platz für Parasiten. -

#### **Urteil über Rathenau**

Dergestalt waren die Gedankengänge und Ansichten des Mannes, den man als einen modernen Rousseau der Wirtschaftsära bezeichnen könnte. Schärfer fiel das Urteil Lord d'Abernons, des britischen Botschafters, aus. Er schrieb am 14. Juli 1922: "Waren nicht die Anschauungen dieses Mannes ebenso umstürzlerisch wie die von Lenin? Er sah aus wie ein Bolschewik. War er in der Tat nicht einer mit dem Herzen?" **Rathenau entwickelte das Idealbild einer Demokratie**, dem jeder ehrliche und aufrichtige Mensch zustimmen konnte, - ein Idealbild, das vorderhand aber mit den zu Gebote stehenden unzulänglichen irdischen Mitteln nicht erreicht werden konnte. In der politischen Siedehitze seiner Zeit wurde er vielfach verkannt und mißverstanden, und so hatte er zahlreiche Gegner. Der rechts eingestellte Teil des Volkes erblickte in ihm einen Edelbolschewisten, die Linksgerechten hielten ihn für einen Erzkapitalisten, aber für einen Mann von großzügigen Führerqualitäten, wie sie selbst einen solchen hervorzubringen außerstande waren. Deshalb riefen sie ihn wider seinen Willen. In Wahrheit war er vielleicht der befähigteste Kopf der deutschen Demokratie. **Seine Tragik bestand darin, daß man ihn aus seiner Villa im Grunewald ins Reichsministerium holte.** Er war ein gewandter und erfolgreicher Politiker, ein genialer und mutiger Staatsmann, wie er durch den Vertrag von Rapallo bewies, aber er war plötzlich in den Brennpunkt des öffentlichen Lebens gerückt und verstärkte dadurch den Haß, der sich infolge seiner unverständenen Schriften gegen ihn richtete. Diesem Haß, der nicht aus Bosheit hervorfloß, sondern aus Vaterlandsliebe und Mißverstehen Rathenaus Gedankenfluges, fiel er zum Opfer, und das ist die doppelte Tragik dieses Mannes. Von allen politischen Morden jener unruhigen Zeit ist derjenige an Rathenau der tragischste. -

#### **Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur**

Am 11. und 12. Juni traf Rathenau, der Reichsminister für Wiederaufbau, in Wiesbaden zum ersten Male mit dem **französischen Minister Loucheur** zusammen, um über die weitere Durchführung des Wiederaufbaues von Nordfrankreich zu beraten, ohne daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hatten. Erst am 26. August wurden die Verhandlungen zwischen beiden Ministern wieder aufgenommen, und sie zogen sich bis in die ersten Tage des Oktobers hin, mit Unterbrechungen. Man verhandelte über die Kohlenfrage, den Wiederaufbauvertrag und die Sachlieferungen, sowie über die Rücklieferung von Industrie- und Eisenbahnmaterial und von Tieren. Am 7. Oktober kam endlich zu Wiesbaden das Wiederaufbauabkommen zwischen Rathenau und Loucheur zustande.

Das **Wiesbadener Abkommen** könnte man eigentlich weniger als ein politisches, als vielmehr als

ein kaufmännisches Ereignis bezeichnen. Trotzdem aber war es staatsmännisch. Rathenau wollte an Stelle der Gold- und Geldprogramme ein Leistungsprogramm setzen. Deswegen versuchte er, das verantwortungsvolle Reparationsproblem nicht nach dem starren, buchstabengläubigen Schema des Verwaltungsbeamten, sondern nach der wägenden, aber intuitiven Methode des Kaufmannes zu lösen. Es wurde bestimmt, daß die Durchführung der Sachlieferungen nicht mehr unmittelbar durch die beiden beteiligten Staaten Deutschland und Frankreich, sondern durch privatrechtliche kaufmännische Organisationen erledigt werden sollte, wobei die deutsche Organisation als Produzent, die französische als Händler zu wirken hatte. Das bedeutete ohne Zweifel eine Vereinfachung. Jedoch sollte die deutsche Organisation zu den Lieferungen nur insoweit verpflichtet sein, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sein würden. Die deutsche Lieferungsorganisation sollte durch die deutsche Regierung bezahlt werden, und dieser wiederum sollte der Wert der Lieferungen auf Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Es wurden **drei Zeitabschnitte für die Lieferungen** festgesetzt; der erste sollte bis zum 1. Mai 1926 reichen, und bis dahin sollte der Sachwert der Lieferungen sieben Milliarden Goldmark nicht übersteigen. Der zweite Abschnitt sollte das Jahrzehnt vom 1. Mai 1926 bis zum 1. Mai 1936, der dritte die Folgezeit umfassen. Die Rücklieferung von französischem Industriematerial sollte am 6. Dezember 1921 aufhören, danach sollten lediglich noch die vorher abgerufenen Maschinen zurückgeliefert werden. Das restliche französische Material würde in Deutschland verbleiben, dafür jedoch würde Deutschland innerhalb der nächsten acht Monate 120 000 Tonnen Industriematerial neu oder gebraucht, aber in gutem Zustande, liefern. Ferner sollte Deutschland 62 000 Pferde, 25 000 Rinder, 25 000 Schafe und 40 000 Bienenvölker liefern, ferner noch 13 000 Pferde zur Gutschrift auf das Wiedergutmachungskonto. Damit hätte Deutschland dann aber den Artikel 238 des Versailler Vertrages erfüllt.

Schließlich wurde noch ein **Kohlenabkommen** getroffen. Frankreich würde Deutschland für gelieferte Kohlen die Inlandpreise zuzüglich der Transportkosten zahlen. Deutschland sollte das Recht der freien Kohlenausfuhr haben, wenn es seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen nachgekommen sei. Die Alliierten verpflichteten sich ihrerseits, die von Deutschland gelieferten Kohlen nur für den eigenen Bedarf und den ihrer Kolonien und Protektorate zu verwenden. Deutschland darf bei etwaiger Ausführung der unter Artikel 299 aufrechterhaltenen Vorkriegsverträge bis zu 150 000 Tonnen monatlich der so gelieferten Mengen auf die anderen Pflichtlieferungen an Frankreich anrechnen. Der Erlös solcher Lieferungen sollte auf Wiedergutmachungskonto eingezahlt werden.

Das Wiesbadener Sachlieferungsabkommen versuchte, wenn auch in bescheidener Form, Vergünstigungen für das deutsche Wirtschaftsleben herauszuholen, indem **die deutsche Industrie direkt am Wiederaufbau Nordfrankreichs beteiligt** wurde.

**Widerstand der  
französischen Industrie**

Hierdurch wäre es möglich gewesen, für die deutsche Wirtschaft auch aus den bisher höchst unrentablen Wiederaufbauverpflichtungen eine gewisse Rentabilität herauszuholen, und darum schaltete Rathenau das Wiederaufbaumonopol des Reiches aus und legte die Gelegenheit in die Hände des Unternehmertums. **Da aber erhob sich die französische Industrie und verhinderte die Durchführung des Abkommens.** Die französische Regierung verweigerte die Ratifikation des Abkommens, "infolge der Habgier unserer Industriellen und Spekulanten, die sich das Monopol dieser ungeheuren Unternehmung sichern wollten, in der jede verwüstete Stadt für sie zu einer Goldgrube wurde", wie der französische Professor Gide schrieb. Auch Caillaux bestätigt dies, indem er schrieb, daß die Politiker diesen Reparationsmodus ablehnten, "weniger weil sie Ignoranten in finanziellen Dingen waren, sondern eher, weil sie unter dem Einfluß der Schieber und Spekulanten standen. Es schien diesen letzteren, daß es in Nordfrankreich ein wunderbares Expansionsgebiet für ihre Industrie gebe, eine Art von Kolonie in neuer Ausgabe, wo sie keine Konkurrenz zulassen wollten." Erst drei Vierteljahr später konnten die Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens in die Wirklichkeit umgesetzt werden durch das Bemelmans- und Gillet-Abkommen vom 2. und 3. Juni 1922, und auch da erhielt es keine allzu große Bedeutung für die Praxis infolge der andauernden Opposition der französischen Industriellen.

Um die gleiche Zeit, da die Wiesbadener Besprechungen begannen, kam auch endlich **der Friedensschluß zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika** in Berlin zustande, den 25. August 1921. Die Urkunde beginnt folgendermaßen:

**Friede mit Amerika**

"In der Erwägung, daß die Vereinigten Staaten gemeinschaftlich mit ihren Mitkriegführenden am 11. November 1918 einen Waffenstillstand vereinbart haben, damit ein Friedensvertrag abgeschlossen werden könne; in der Erwägung, daß der **Vertrag von Versailles** am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde und gemäß den Bestimmungen des Artikels 440 in Kraft getreten, aber von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist, in der Erwägung, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten einstimmig den Beschluß gefaßt hat, der vom Präsidenten am 2. Juli 1921 genehmigt worden ist und im Auszug folgendermaßen lautet: Beschlossen vom Senat und Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika, die zum Kongreß versammelt sind, daß der durch den am 6. April 1917 genehmigten einstimmigen Beschluß des Kongresses erklärte Kriegszustand zwischen der kaiserlich deutschen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika hiermit für beendet erklärt wird."

Im Vertrage sicherten die Vereinigten Staaten sich und ihren Angehörigen alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile einschließlich des Rechts, sie zwangsweise durchzuführen, soweit ihnen solche nach dem Vertrage von Versailles, den Ansprüchen aus dem Kriege usw. zustünden. Als Sicherheit für die Ersatz- und Entschädigungsleistungen durch Deutschland sollte sämtliches deutsches und österreichisch-ungarisches Staats- und Privateigentum beschlagnahmt werden, das am 7. Dezember 1917 im Bereiche der Vereinigten Staaten war. Amerika beanspruchte also aus dem Versailler Vertrage die Rechte und Vorteile für sich, soweit sie sich auf folgende Punkte erstrecken: deutsche Kolonien, die Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die Kriegsgefangenen und Grabstätten, die Wiedergutmachungen, die finanziellen Bestimmungen, die wirtschaftlichen Bestimmungen, die Luftschiffahrt, die Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen, die Sicherheiten für die Ausführung und die Klauseln.

"Wenn die Vereinigten Staaten die in den Bestimmungen jenes Vertrages festgesetzten und in diesen Paragraphen erwähnten Rechte und Vorteile für sich in Anspruch nehmen, werden sie dies in einer Weise tun, die mit den Deutschlands nach diesen Bestimmungen zustehenden Rechten in Einklang steht."

Kategorisch abgelehnt wurde von Amerika der erste Teil des Versailler Vertrages: die Völkerbundsakte. Außerdem übernahm die Union keine Verpflichtungen aus den Teilen des Vertrages, die sich beschäftigten mit den Grenzen Deutschlands, den politischen Klauseln für Europa, mit China, Siam, Liberia, Marokko, Ägypten, Türkei, Bulgarien, Schantung, und mit den Arbeitsbestimmungen, die in Verbindung mit dem Völkerbundsstatut gebracht waren. Schließlich erklärten die Vereinigten Staaten, daß sie wohl berechtigt, aber nicht verpflichtet seien, sich an der Wiedergutmachungskommission und anderen Ausschüssen zu beteiligen.

So wurde, nach der Dauer eines Kriegszustandes von 4½ Jahren, nun auch formell zwischen Deutschland und Amerika der Friede wiederhergestellt. Amerika, das mit dem Versailler Vertrag von Anfang an unzufrieden war, beanspruchte für sich in der Hauptsache, außer den militärischen, die international-wirtschaftlichen Bestimmungen. Dafür hatte es zwei gewichtige Gründe: erstens war es selbst aktiv am Kriege gegen Deutschland beteiligt gewesen, zweitens aber war es zum Hauptgläubiger seiner alliierten Verbündeten geworden. Jedoch eine Einmischung in alle politischen Angelegenheiten Europas, und als solche betrachtete es auch den nicht nach seinem Willen geschaffenen Völkerbund, wies es zurück.



## **2. Kapitel: Der Kampf um Oberschlesien.**

Es war kein klirrender Kampf der Waffen, aber ein nervenzerrüttender Kampf der Meinungen,

Hoffnungen und Befürchtungen, welcher der **Tragödie Oberschlesiens** vorausging. Der Kampf der Meinungen war auf der Seite derjenigen, welche die Macht hatten, auf der Seite der Alliierten, der Kampf der Hoffnungen und Befürchtungen auf seiten des ohnmächtigen Deutschland. Oberschlesien verursachte in der Tat in Paris und London erhebliches Kopfzerbrechen, und man feilschte um deutsche Seelen wie um eine Schafherde. Im Abstimmungsgebiet war inzwischen der von den Polen heraufbeschworene Aufstand ausgebrochen, und zu der Ungewißheit über das künftige politische Schicksal kamen für die Deutschen zahllose Leiden, Grausamkeiten und Bluttaten. Junge, grünende Saaten wurden zerstampft, Dörfer in Trümmerhaufen verwandelt und die Maschinen in den Fabriken zerstört. Menschenleben wurden für nichts geachtet. Als Bettler, nur mit dem Nötigsten bekleidet, zogen viele Hunderte von Flüchtigen von ihrer Heimat. Die Ehre ihrer Frauen und Töchter wurde mit Füßen getreten, und die Männer wurden meuchlings gemordet. Wilder Fanatismus zerfleischte das Land, und das Seufzen, das Stöhnen und Jammergeschrei erfüllte die einst so blühende Provinz der Arbeit und Wirtschaft, doch gab es keine Macht der Welt, die sich der Unglücklichen erbarmte. -

#### **Vier Abstimmungszonen**

**Die Abstimmung am 20. März hatte in vier Zonen stattgefunden.**

Der Nordwesten hatte eine deutsche Mehrheit von vier zu eins, der Süden eine polnische von zwei zu eins. Das dicht bevölkerte Herz des Industriebezirks wies eine deutsche Mehrheit von fünf zu vier auf, das kleine Gebiet in der Mitte eine polnische im gleichen Verhältnis. Da die **Teilung Oberschlesiens** von vornherein bei den Alliierten feststand, machten ihnen die beiden ersten Bezirke keine Sorgen. Um so größer waren die Schwierigkeiten bei den beiden letzten Zonen. Frankreich, welches Polen begünstigte, wollte diesem Staate beide Teile ganz ausliefern. **England**, welches wirtschaftliche Faktoren in den Vordergrund stellte, wollte zum mindesten das Industriegebiet bei Deutschland lassen. **Italien** beschritt den goldenen Mittelweg und hielt eine Grenzlinie in Bereitschaft, welche zwischen der französischen und englischen mitten durch das Industriegebiet verlief. Der Streit um die Grenze, über die sich die Alliierten nicht einigen konnten, füllte sechs Monate aus und nahm zeitweise sehr scharfe Formen an, während die **Polen** sich bemühten, ihre Korfanty-Linie, die der französischen am nächsten kam, zu verwirklichen. **Deutschland** dagegen behauptete, eine Teilung käme gar nicht in Frage. Die Abstimmung habe insgesamt eine deutsche Mehrheit gegeben und infolgedessen müsse ganz Oberschlesien beim Reiche bleiben. -

#### **Französisch- englische Differenzen**

**Lloyd George** verbreitete sich am 12. Mai des längeren im Unterhause über das Problem Oberschlesien. "Es sei das Friedensproblem", sagte er.

#### **Lloyd George über Oberschlesien**

"Die Volksabstimmung, die gemäß dem Versailler Vertrag stattgefunden habe, hätte gezeigt, daß sich eine Mehrheit von etwa sechs zu vier zu Deutschlands Gunsten erklärt hätte. Die Lage sei einigermaßen kompliziert worden durch die Tatsache, daß in einigen Bezirken die Städte deutsch und das Land polnisch gestimmt hätten. Die Interalliierte Kommission sei zu dem Entschluß gekommen, daß die Gebiete mit überwiegend polnischer Bevölkerung den Polen zugewiesen werden sollten. Jetzt hätten nun die Polen einen Aufruhr eingeleitet, um die Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Aber so etwas bedeute eine Herausforderung dem Versailler Vertrag gegenüber. Wenn die Angelegenheit nicht streng unparteiisch behandelt werde, würden die Folgen für den europäischen Frieden verhängnisvoll sein. Polen sei das letzte Land, das den Versailler Vertrag zerreißen dürfe, denn Polen habe nicht durch eigene Kraft seine Freiheit gewonnen, sondern diese sei durch England, Frankreich und Italien errungen worden. Die polnische Regierung habe zwar die Verantwortung für den Aufstand abgeleugnet, aber derartige Beteuerungen seien schon öfter gegeben worden, und es sei schwer, zu glauben, daß diese Beteuerungen etwas mehr als Redensarten seien. Für die Alliierten aber sei es sehr wichtig, daß der Vertrag von Versailles eingehalten würde. Wenn Polen gestattet werde, in die deutschen Provinzen einzufallen, so könnte das sehr üble Folgen haben. Deutschland könnte unter diesen Umständen mit Recht zu den Alliierten sagen: 'Sie haben mich gezwungen, meine Verpflichtungen einzuhalten; was aber haben Sie hinsichtlich Ihrer Verpflichtungen getan?'"



Der englische Minister fuhr fort:

"Ich erkläre feierlichst, daß es nicht allein eine Ehrensache, sondern auch eine Sache der Sicherheit ist, daß wir uns zu dem Versailler Vertrag bekennen, gleichgültig, ob der Vertrag für oder gegen uns ist. Sie können sagen, es handle sich nur um Deutsche, aber ich sage, die Deutschen haben das Recht auf jeden Punkt, den ihnen der Versailler Vertrag gibt. Es gibt nur zwei Arten, diese Angelegenheit zu behandeln: erstens, können die alliierten Truppen die Ordnung wiederherstellen? zweitens, würde Deutschland von seinen Streitkräften Gebrauch machen können, um die Ordnung in seinem eigenen Gebiete wiederherzustellen? Ich sehe nicht ein, was die Alliierten dagegen einzuwenden haben würden. Das ist ehrliches Spiel - *fair play* -, und Großbritannien hat immer für ein ehrliches Spiel plädiert. Das einzige, was wir nicht gestatten können, ist, daß der Vertrag gebrochen wird. Das würde die schlimmsten Folgen haben."

Wie ein aufgerührter Wespenschwarm fiel die **französische Presse** über Lloyd George her. Seine ketzerischen, deutschfreundlichen Ausführungen wurden geradezu als ein Verrat an der Sache der Alliierten gebrandmarkt. Briand selbst wies am 14. Mai im *Temps* den Engländer zurecht. Polen sei unschuldig am Aufstande, denn die Polen hatten es ja selbst behauptet und mit scheinheiligem Augenaufschlag erklärt, der ganze Aufruhr sei nur davon gekommen, daß Deutschland falsche Nachrichten über die bevorstehende Teilung des Gebietes verbreitet hätte, Nachrichten natürlich, die für Polen ungünstig gewesen seien. Deshalb sei auch Deutschland verantwortlich für den Aufruhr. Auf keinen Fall jedoch dürfe man ein militärisches Eingreifen der Deutschen gestatten. Wo bliebe denn da die europäische Sicherheit? Und was die Teilung anbelange, so brauche man sich jetzt darüber noch nicht den Kopf zu zerbrechen, die Interalliierte Kommission werde die Grenze schon festsetzen.

**Für Lloyd George wurde Oberschlesien eine Quelle innerer Qual.** Hier Versailler Vertrag, Ehre, Gewissen - dort Frankreich-Polen, politische Zweckmäßigkeit. Dem Reuterschen Nachrichtenbüro übermittelte er am 18. Mai folgende Erwiderung auf die französischen Vorwürfe:

"Es wäre beklagenswert, wenn die französische Presse einen anderen Standpunkt einnehmen sollte... Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Presse in der oberschlesischen Frage eingenommen hat, sollte Frankreich nicht anstößig sein. Sie stehen zum Vertrage von Versailles und wollen die Bestimmungen des Vertrages gerecht anwenden, ob sie nun für oder gegen Deutschland ausfallen. Das Schicksal Oberschlesiens muß durch den Obersten Rat entschieden werden, nicht durch Korfanty. Es darf den Kindern des Vertrages nicht gestattet werden, ungestraft in Europa Geschirr zu zerbrechen. Jemand muß ihnen die zügelnde Hand anlegen, andernfalls wird es ständige Schwierigkeiten geben... Die britische Regierung war bestrebt, die Frage einer Teilung Oberschlesiens auf der Londoner Konferenz zu regeln. Alle Tatsachen der Volksabstimmung waren bekannt. Unsere Bundesgenossen waren aber nicht bereit, mit der Besprechung fortzufahren. Wir werden treu zu der Entscheidung stehen, die von der Mehrheit der Mächte getroffen werden wird, die auf Grund des Vertrages bei der Festsetzung der schlesischen Grenze eine Stimme haben, wie auch immer der Spruch lauten möge. Wir nehmen die Volksabstimmung als Ausdruck der Wünsche der oberschlesischen Bevölkerung voll an. Da wir aber in den großen Krieg eingetreten sind und für die Verteidigung des alten Vertrages, an dem unser Land beteiligt war, gewaltige Verluste erlitten haben, kann Großbritannien nicht einwilligen, ruhig dabeizustehen, während auf dem Vertrag, den seine Vertreter vor weniger als zwei Jahren unterzeichnet haben, herumgetreten wird."

Das Stadium der politischen Vorfeldgefechte zog sich bis gegen Mitte Juni hin, und man erkannte bereits den **tiefen, ja unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Auffassung. Deutschland unterließ in London, Paris und Rom nichts, um immer wieder auf seinen nach Volksabstimmung und Versailler Vertrag gerechten Anspruch auf ganz Oberschlesien hinzuweisen.** Man erklärte, die gan-

**Scharfe Gegensätze  
auf allen Seiten**

zen Wiedergutmachungsverpflichtungen würden in Frage gestellt, wenn Deutschland das ober-schlesische Industriegebiet einbüße. Deutschland war viel zu ohnmächtig, um anders als durch Worte sein Recht zu verteidigen. - Auch **Polen**, der andere Hauptbeteiligte, argumentierte für sein Recht. Mit herzerfrischender Unbefangtheit gab der Ministerpräsident Witos am 15. April im Sejm zu Warschau folgende Erklärung ab: Das Plebiszit stecke klar die Grenze des deutschen Dranges nach Osten sowie die Linie ab, auf der das polnische Element siegreich diesen Drang zum Stillstand gebracht habe. Die Hartnäckigkeit, mit der Deutschland den Kampf um Oberschlesien führe, habe ihren Grund darin, daß die Deutschen am Revanchegedanken hängen und der Besitz Oberschlesiens ihnen die Revanche ermöglichen würde! Darum liege der Anschluß Oberschlesiens an Polen direkt im Interesse des europäischen Friedens! - Eine klare, überwältigende Beweisführung. Den Polen dauerte die englisch-französische Diskussion schon viel zu lange. Darum kabletten sie am 17. Mai nach Washington, Amerika möge doch die Entscheidung über Oberschlesien in die Hand nehmen und beschleunigen. Doch postwendend kam schon nach zwei Tagen die Antwort, es vertrage sich nicht mit den Grundsätzen der amerikanischen Politik, sich in innere Angelegenheiten Europas einzumischen. Der Schmerz über diese Absage wurde etwas behoben, da gleichzeitig die französische Regierung in Warschau erklärte, sie werde unter allen Umständen eine Entscheidung nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages herbeiführen; auch würde sie keinesfalls zulassen, daß deutsche Truppen nach Oberschlesien gingen. Dies bedeutete soviel als: Oberschlesien wird polnisch. Darauf nahm der Sejm eine EntschlieÙung an, in der man die Korfanty-Linie als Grenze forderte.

### *Deutsche und polnische Ansichten*

Mit der **Pariser Konferenz vom 18. und 19. Juni** trat die ober-schlesische Frage in ihr zweites Stadium, da man ernsthaft eine Lösung versuchte. Frankreich war durch Briand vertreten, England durch Lord Curzon, und von Italien war Bonin Longare anwesend. Kurz und bündig, mit einer gewissen Trockenheit, die jeder blumenreichen Phrase entbehrte, erklärte der Engländer, daß nach Ansicht der englischen Regierung das ober-schlesische Industriegebiet unteilbar sei und daß angesichts der deutschen Mehrheit im Industriegebiet dessen Zuteilung an Deutschland nicht vermieden werden könne. Mit einiger Schärfe kritisierte Lord Curzon das Verhalten Le Ronds, und er erwarte und hoffe, daß an seiner Stelle eine hohe, nichtmilitärische Persönlichkeit gewählt werde. Mit erregter Beredsamkeit verfocht demgegenüber Briand seinen Standpunkt, und als man auseinanderging, war man ebensoweit wie vorher: nichts war erreicht.

### *Unüberbrückbare Gegensätze*

Immerhin dämpften die Pariser Besprechungen etwas die große Freude und Hoffnung in Warschau. Der Außenminister Skirmunt erklärte etwas resigniert fünf Tage nach Schluß der Konferenz, aller Wahrscheinlichkeit nach werde man das volle Programm nicht verwirklichen können.

"Wir wissen", sagte er, "welche Differenzen zwischen den hierfür entscheidenden Faktoren entstanden sind und wünschen unsererseits eine Entscheidung entsprechend dem Versailler Vertrag und dem Ergebnis der Volksabstimmung. Der Vorschlag des Grafen Sforza (der sich dem englischen näherte) befriedigt uns zwar nicht, bietet aber eine Brücke zur Verständigung. Unser Bestreben wird dahin gehen, die von italienischer Seite vorgeschlagene Linie möglichst der von Frankreich vertretenen nahezubringen."

### *Haltung Italiens*

Allerdings war das **Verhältnis der Italiener zu den Polen einigermaßen gespannt**. Hatten doch die Italiener, wie wir sahen, in verschiedenen ober-schlesischen Gefechten zahlreiche Opfer zu beklagen. Als Sforza am 25. Juni in der italienischen Deputiertenkammer über Oberschlesien sprach, war er reserviert. Zweifellos werde man für das ober-schlesische Problem eine befriedigende Lösung finden, meinte er. Die Bevölkerung der strittigen Zone habe Gewalt angewandt, um einen tatsächlichen Zustand zu schaffen, der die Alliierten beeinflussen sollte. Dabei seien italienische Soldaten die ersten Opfer gewesen. Sie seien ihrer Pflicht in vollem Umfange gerecht geworden und hätten weit größere Blutopfer gebracht als die anderen Alliierten. Die polnische Regierung habe zwar einen scharfen Unterschied zwischen ihrer Verantwortlichkeit und der der Auführer gemacht, jedoch wäre es wünschenswert gewesen, wenn sie von vornherein eine unzwei-

deutige Haltung eingenommen hätte. Polen müsse, wenn es gedeihen wolle, den Frieden über alles wünschen, das könne er den Polen nur raten. Das oberschlesische Problem sei ein Problem der Gerechtigkeit für alle. Die Abstimmung sei durch den Vertrag von Versailles gefordert, sie müsse in den Grenzen des Vertrages geregelt werden, ohne daß Gewalt, von welcher Seite auch immer, angewandt würde.

Etwas deutlicher drückte sich der **italienische Nationalist Greco** am 18. Juli in der Deputiertenkammer aus. "Polen sei der Schlüssel des französischen Hegemoniesystems, das sich gleichmäßig gegen Deutschland und die Stellung Italiens an der Adria richte. Deshalb hätte Italien gemeinsam mit England die französische Politik in Oberschlesien bekämpfen müssen, die übrigens die Hauptschuld am Vergießen italienischen Blutes trage." -

Die **Interalliierte Kommission** in Oppeln war Mitte Juli zu der Erkenntnis gekommen, daß sie ihre Truppen verstärken müsse, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Von Paris wurde die Forderung nach Truppenvermehrung eifrig unterstützt, um den Deutschen jede Möglichkeit der Einmischung zu nehmen. England war verstimmt und lehnte ab. Wozu sollten die alliierten Truppen vermehrt werden? Man sehe für diese Maßnahme keine Notwendigkeit ein. Wenig freundliche Worte liefen durch den Draht zwischen London und Paris, und es stand in jenen Julitagen schlimm um die englisch-französische Freundschaft.

**Polen gegen  
Lloyd George**

Dies war die beste Gelegenheit, **daß auch die Polen einmal ein offenes Wort mit Lloyd George reden konnten**. Die "Aufständischen" hatten am 20. Juli von Scharley aus einen Aufruf herausgegeben, den die Warschauer Zeitungen am 27. Juli abdruckten. Lloyd George sei ganz allein schuld an den unhaltbaren Zuständen in Oberschlesien, auf ihn komme all das polnische Blut, das dort vergossen worden sei und vergossen werde. Man fordere die polnische Regierung auf, nicht zuzulassen, daß dies weiterhin geschehe, sonst würden die oberschlesischen Aufständischen gewaltsam die trennenden Schranken zwischen Polen und Oberschlesien niederreißen. Zwei Tage später meinte der polnische Ministerpräsident Witos im Sejm, "der Stand der oberschlesischen Angelegenheit sei nicht befriedigend. Sollte der Oberste Rat in seiner Sitzung am 4. August eine Entscheidung treffen, die den Bestimmungen des Versailler Vertrages zuwiderlaufe und Polens Interessen gefährde, dann sehe sich die polnische Regierung gezwungen, sich hinsichtlich der Erfüllung der Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien freie Hand vorzubehalten." Man drohte in Polen schon offen mit Gewalt.

**Pariser Konferenz  
August 1921**

Am 8. August wurde **in Paris die Ententekonferenz eröffnet, welche das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden hatte**. Fromageot, der Vorsitzende des Sachverständigen-Ausschusses, eröffnete mit kurzen Worten die Verhandlungen, indem er etwa folgendes sagte: "Völlige Einmütigkeit herrscht über die fast vollständige Unteilbarkeit des Industriegebietes, aber der französische Vorschlag habe die Tendenz, dies Gebiet fast vollkommen Polen zuzuteilen, während England es zum größten Teile Deutschland zusprechen wollte." Darauf führte Sir Cecil Hurst, der juristische Beirat des Londoner Auswärtigen Amtes, folgendes aus:

"678 Gemeinden hätten für Polen, 844 dagegen für Deutschland gestimmt. Es seien 479 000 polnische, dagegen 707 000 deutsche Stimmen abgegeben worden. Dies seien die tatsächlichen Grundlagen, auf welche England seine Ansicht stütze, und die sei folgende: erstens, da Frankreich die gemeindeweise Abstimmung als Basis für die Regelung annehme und da jede Gemeinde dem Lande zugeteilt werde, für das sie gestimmt habe, solle nur der Fall der Ausnahme zugelassen werden, wenn gute Gründe dagegensprechen; zweitens, Enklaven müsse man als unpraktisch und ungerecht für beide Teile vermeiden, die wirtschaftlich untrennbaren Gemeinden könnten nicht voneinander getrennt werden; drittens, das Zentrum des Industriegebietes müsse an Deutschland übertragen werden, was den Rest der zu ziehenden Grenze anlange, so bestünden ja wenig Differenzen zwischen dem französischen und dem englischen Vorschlag. Im übrigen müsse er den französischen Vorschlag deswegen zurückweisen, weil er sieben Elftel der für Deutschland abgegebenen Stimmen an Polen, dagegen die vier Elftel der Stimmen, die für Polen abgegeben worden seien, an Deutschland zuteilen wolle."

Der Vertreter Italiens stimmte im wesentlichen dem Engländer zu, und man hatte am ersten Tage die Ansichten kennengelernt.

Am folgenden Tage kam **Lloyd George** zu Wort:

**"Die Entscheidung über Oberschlesien sei so ungeheuer wichtig, weil der Weltfrieden von ihr abhängt.** Man dürfe diese Frage nicht auf Kosten der Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung regeln und nicht ein neues Elsaß-Lothringen aus Oberschlesien machen. Die gesamte Bevölkerung von etwa 5 $\frac{1}{5}$  Million enthalte nur 1 $\frac{1}{5}$  Million Polen. Das britische Reich werde niemals eine Lösung annehmen, die dies nicht berücksichtige. Es verstehe vollkommen Frankreichs Wunsch nach Garantien seiner Sicherheit, und der Oberste Rat werde sicher hierauf Rücksicht nehmen. Frankreich könne aber vollkommen versichert sein, wenn es aufs neue ungerecht angegriffen werde, so werde das gesamte britische Reich, wie in der Vergangenheit, an seiner Seite stehen. Aber Frankreich sei augenblicklich wirklich nicht in Gefahr. Es müsse von seinem Sieg in Mäßigkeit und Billigkeit Gebrauch machen. Er schlage vor, die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen auf folgender Grundlage: erstens, alle Stimmen müßten für die Zusprechung des Gebietes an die eine oder die andere Macht gezählt werden, die Zusprechung könne nicht gemeindeweise erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe; zweitens, einzig und allein das Industriegebiet, welches das Herz Oberschlesiens sei, würde als unteilbares Ganzes betrachtet; die Industriezone, die viel ausgedehnter sein solle, als es der französische Vorschlag vorbringe, sei keine künstliche Schöpfung; das Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das die Mehrheit erlangt habe; drittens, die industriellen Gemeinden seien voneinander untrennbar, denn sie bildeten eine enge wirtschaftliche Einheit."

Demgegenüber hielt **Briand in seinen Ausführungen hartnäckig an seinem Vorschlag fest.** Während der Friedensverhandlungen hätte man einstimmig Oberschlesien den Polen zugesprochen. Stände doch im Lexikon von Brockhaus, daß die Bevölkerung von Oberschlesien polnisch sei. Außerdem hätten die Alliierten beschlossen, dem polnischen Volke zum Wiederaufbau zu verhelfen, deswegen müsse man auch dessen wirtschaftliche Lebensmöglichkeiten sicherstellen. Der Industriebezirk müsse Polen zugesprochen werden.

Es ließ sich unschwer voraussehen, daß man im August ebensowenig wie im Juni zu einem Ergebnis kam. Die Gegensätze zwischen England und Frankreich waren zu tief und geeignet, einen Bruch zwischen beiden Ländern herbeizuführen. Um die drohende Sprengung der Entente zu verhindern, faßte man am 12. August folgenden Beschluß:

**Eingreifen des  
Völkerbundes**

"Der Oberste Rat beschließt, bevor er die Grenze zwischen Deutschland und Polen gemäß Artikel 88 des Versailler Vertrages bestimmt, unter Anwendung des Artikels 12, Absatz 2 der Satzung des Völkerbundes, diesem Bunde die Schwierigkeiten darzulegen, welche die Festlegung der Grenze verursacht, und ihn zu ersuchen, seine Meinung über die Grenzlinie abzugeben, welche die alliierten und assoziierten Regierungen ziehen sollen. In Berücksichtigung der Lage in Oberschlesien wird der Rat des Völkerbundes gebeten, die Angelegenheit mit aller Dringlichkeit zu behandeln."

Damit war **die oberschlesische Frage an den Völkerbund verwiesen**, und sie trat in ihr drittes, ihr Endstadium.

Am 19. August nahm der japanische Graf Ishiu die oberschlesische Angelegenheit im Namen des Völkerbundsrates an und erbat sich höflich ein Schriftstück, in welchem die Schwierigkeiten der Grenzziehung dargelegt seien, und, wenn möglich, um eine geschichtliche Darstellung. Zehn Tage später trat der Völkerbundsrat in Genf zusammen und beschloß, eine Nachprüfung durch die Vertreter Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens durchführen zu lassen. Acht Wochen brütete der Völkerbundsrat hinter verschlossenen Türen über Oberschlesiens Schicksal! -

Angesichts dieser Vorgänge hatte sich der **Deutschen begreifliche Erregung** bemächtigt. Der

Reichskanzler Wirth machte Reisen und hielt Reden, in denen er betonte, Oberschlesien sei unser, aber uns fehle die Macht, wir dürfen nur auf die Gerechtigkeit hoffen. So sprach er am 8. Juli vor den Partei- und Gewerkschaftsführern Schlesiens in Breslau. Einen Monat später, am 2. August, sprach er vor der Handelskammer in Bremen: "Löst die oberschlesische Frage, nachdem das Volk gesprochen hat, gerecht, löst sie so, daß nicht im Osten ein neuer Brandherd entsteht, der Deutschland und die ganze Welt aufs neue dem Ruin entgegenführen kann." Die Hamburger Bürgerschaft hatte schon im Juli eine halbe Million Mark zur Linderung der oberschlesischen Not bewilligt. Am 5. August brachten die Bayerische Volkspartei, die Bayerische Mittelpartei und Deutsche Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und der Bayerische Bauernbund im bayerischen Landtag eine EntschlieÙung ein: "Im Namen von Recht und Freiheit fordern wir ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien von denjenigen, in deren Macht die Entscheidung liegt." Das ganze Volk bangte und bebte.

**Unwille in  
Deutschland**

Anfang Oktober hörte man etwas von der Tätigkeit des Völkerbundes. So um den 10. herum übermittelte der Völkerbundsrat den Alliierten seinen Vorschlag, welcher dem des Grafen Sforza, dem italienischen, genau entsprach und die **Grenze mitten durch das Industrieviertel** zog. Um die Einheit und Einheitlichkeit des Wirtschaftslebens sicherzustellen, wurde die Einsetzung einer "Gemischten Kommission" verlangt. **In einem Sturm der Entrüstung brauste das deutsche Volk auf.** Die Parteien faÙten EntschlieÙungen, so die Demokratische Partei Bayerns und Württembergs am 11. und 12. Oktober. Die Deutsche Demokratische Partei werde zusammen mit den Deutschen aller Parteirichtungen die ZerreiÙung Oberschlesiens als einen rechtlosen und ungültigen Gewaltakt erklären und in dieser Erkenntnis die heranwachsende Generation erziehen. Lloyd George habe vor sechs Monaten im Hinblick auf Oberschlesien Deutschland feierlich *fair play* - ehrliches Spiel - versprochen und an die ehrliche Respektierung der Volksabstimmung glauben gemacht, als es galt, Deutschland zur Unterzeichnung einer erdrückenden Schuldsumme zu bestimmen. Der preußische Landtag erklärte am 13. Oktober mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, Oberschlesien solle "nicht nur deutsch, sondern ungeteilt deutsch bleiben". Eine Teilung werde "als brutale Vergewaltigung des Volkswillens" empfunden. "Wir müssen uns auf das entschiedenste wehren, einen solchen Gewaltakt als Recht anzuerkennen." Im hessischen Landtag wurde eine ZerreiÙung als "blutiger Hohn auf das vom Völkerbund selbst laut betonte Recht der Selbstbestimmung der Völker" bezeichnet. Die Reichsorganisation der Demokratischen Partei sah in der ZerreiÙung Oberschlesiens "einen gegen das Recht verstoÙenden Gewaltakt und eine schwere politische Versündigung an der Zukunft Europas". Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Sachsen, Buck, erklärte in einer Rede, die er am 14. Oktober in Dresden hielt, durch die Teilung Oberschlesiens werde es uns unmöglich gemacht, unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, und der Landtag von Braunschweig erklärte die Maßnahme für eine Vergewaltigung des deutschen Volkes.

**Die deutsche Regierung selbst hatte am 25. September an die Verbandsmächte Noten gerichtet, in der sie Anspruch auf ganz Oberschlesien erhob.** Sie begründete dies mit Eingaben von fünf großen schlesischen Organisationen, die fast die Gesamtheit der Bevölkerung umfaÙten: der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein und die Handelskammer als Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe; die Oberschlesische Handwerkskammer als Vertreter des Handwerks; der Oberschlesische Landbund als Vertreter der Landwirtschaft; der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring als Vertreter der Angestellten und Arbeiter und der katholische Klerus. Sie alle hatten sich an die Reichsregierung gewandt und ein ungeteiltes Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland gefordert. -

Inzwischen waren auch in Oberschlesien merkwürdige Dinge vorgefallen. Die Polen waren äußerst unzufrieden über den Mißerfolg und die Niederlagen der Insurgenten und begannen diese abzuschütteln. Polen zahlte den Aufständischen keine Löhnung mehr, lieferte keine Lebensmittel, und wenn diese etwas nachdrücklich ihr Recht verlangten, wanderten sie nach Posen auf die Zitadelle. Darüber waren die oberschlesischen Auführer sehr ungehalten, und sie schlossen sich Ende Juli gegen Polen in

**Ehemalige Insurgenten  
gegen Polen**

einem "**Verbande ehemaliger oberschlesisch-polnischer Insurgenten**" zusammen, deren Vorsitzender Franz Merik war, ehemaliger Insurgentenoffizier und Abschnittskommandeur, Beuthen, Hotel "Schlesischer Hof". Der Verband ehemaliger Insurgenten umfaßte über 8 000 Mitglieder und begann Anfang Oktober mit der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Polen. Am 1. Oktober ging von Beuthen aus folgendes Telegramm nach Oppeln an die Interalliierte Kommission:

"Der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten, der über achttausend Mitglieder umfaßt, richtet an die Hohe Interalliierte Kommission das dringende Ersuchen, gegen die Angehörigen der kongreßpolnischen Mordkommission und alle noch auf oberschlesischem Boden, besonders in Kattowitz, Beuthen und Myslowitz befindlichen kongreßpolnischen Offiziere und Mannschaften einzuschreiten, die einen neuen Aufstand organisieren. Ebenso verlangen wir die Entfernung der landfremden Orgeschleute. Namen und Wohnungen von Angehörigen der kongreßpolnischen Mordkommission werden gleichzeitig durch Einschreibebrief mitgeteilt."

Da Polen mit dem, was man von Paris und Genf über Oberschlesien gehört hatte, nicht zufrieden war, lag die Gefahr eines neuen Aufstandes durchaus im Bereich der Möglichkeit. Allerdings wurde seine Durchführung durch den Abfall der Insurgenten sehr erschwert.

Nach dem aufsehenerregenden Telegramm vom 1. Oktober war es für den Verband der ehemaligen Insurgenten nicht länger möglich in Beuthen zu verbleiben, und er siedelte bereits in den nächsten Tagen nach Oppeln über, in den unmittelbaren Schutz der Interalliierten Kommission. Von hier aus erging der Aufruf, den am 6. Oktober die oberschlesischen Zeitungen brachten und in dem die enttäuschten Auführer ihrem gequälten Herzen Luft machten.

"Wir oberschlesischen Insurgenten haben für unser Land gekämpft und geblutet. Wir sind in den Kampf gezogen, um die Freiheit für unsere oberschlesische Heimat zu erringen. Polen wollte uns dabei helfen. Wir haben unser Ziel nicht erreicht, unsere Hoffnungen sind getäuscht worden. Der Warschauer und der galizische Pole hat sich nicht als unser Freund und Bundesgenosse gezeigt, sondern als herrschsüchtiger und habgieriger Eindringling. Wir sind die Betrogenen."

Nach dem Aufstand sei man nach Polen gekommen, und da habe man von Tag zu Tag klarer erkannt, daß Oberschlesiens Glück nie mit diesem Lande verknüpft sein könne. "Wir mußten zu der niederschlagenden Überzeugung kommen: eine Vereinigung unseres oberschlesischen Landes mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat." Der Kongreßpole sei nicht der Bruder des Oberschlesiers, er stehe ihm wie ein Fremder gegenüber. Die Mitkämpfer des letzten Aufstandes haben dies am eigenen Leibe erfahren müssen. Keine Löhnung, schlechte Verpflegung, gemeine Behandlung, Fußtritte statt Lohn - das sei der Dank der Warschauer gewesen. Als man darauf zur Selbsthilfe gegriffen habe, bis aufs Blut gepeinigt, war Maschinengewehrfeuer und das blanke Bajonett die Antwort gewesen. Kaltblütig hätten die Polen viele Insurgenten hingemordet, noch jetzt schmachteten viele Oberschlesier in der Zitadelle von Posen. Aber Oberschlesien dulde immer noch Kongreßpolen in seinem Lande.

"Noch ist Warschau nicht der Herr Oberschlesiens, aber in unseren besten Stellen sitzen Leute aus Warschau, Krakau und Posen, die durch ihr freches, unverschämtes Benehmen, besonders unsern oberschlesischen Schwestern gegenüber, uns zum Ekel geworden sind. Wir wollen los von Warschau. Hinaus mit den Kongreßpolen aus Oberschlesien! Das ist die Forderung von über achttausend oberschlesisch-polnischen Insurgenten." -

Soweit also war es gekommen, daß nun, wo die Entscheidung vor der Tür stand, die Spießgesellen Polens in Oberschlesien von ihren Freunden in Warschau nicht mehr das geringste wissen wollten.

Diese neue, interessante Konstellation war sehr geeignet, die Öffentlichkeit zu beunruhigen. Neuer Zündstoff hatte sich in der unglücklichen Provinz angesammelt, der bei der nächsten Gelegenheit explodieren konnte. Auch drohte Gefahr, als der Völkerbundsvorschlag bekannt wurde. Darum

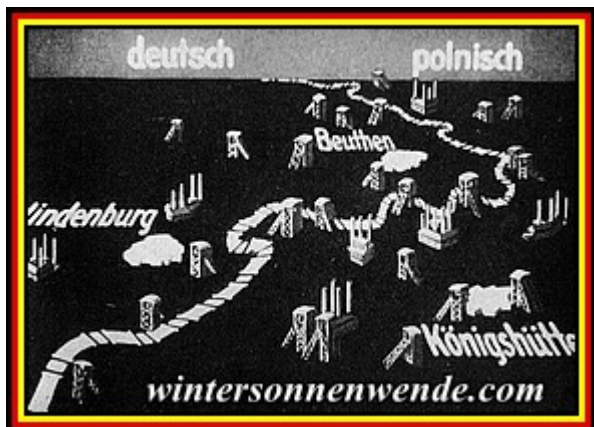


machte die Interalliierte Kommission am 13. Oktober von Oppeln aus bekannt, daß sie ruhiges und besonnenes Verhalten verlange; sie werde rücksichtslos jede Unruhe unterdrücken, woher sie auch kommen möge. Man werde auch Zeitungen verbieten, wenn sie beunruhigende Nachrichten verbreiteten, öffentliche Kundgebungen würden nicht geduldet. - Jedoch, es ereignete sich nichts, was aufs neue das Land in Unruhe und Bürgerkrieg gestürzt hätte.

### Völkerbundsentscheidung

**Am 20. Oktober verkündete der Oberste Rat die Entscheidung,**

**wie sie vom Völkerbundsrat formuliert worden war.** Die Würfel waren gefallen. An Polen sollten fallen die Stadtkreise Kattowitz und Königshütte, Landkreis Kattowitz, Kreis Pleß, sowie große Teile der Kreise Rybnik, Ratibor, Gleiwitz, Hindenburg, des Landkreises Beuthen und der Kreise Tarnowitz und Lublinitz. Das waren 3467 Quadratkilometer mit 992 000 Einwohnern, darunter 400 000 Deutschen. Bei Preußen verblieben 9737 Quadratkilometer mit 1 300 000 Einwohnern. Dennoch hatte Deutschland einen unersetzlichen Verlust erlitten. Der Industriebezirk wurde mitten durchgeschnitten; überwiegend deutsche Städte, wie Kattowitz und Königshütte, und der wertvollste Teil der Bodenschätze kam in polnische Hand. Deutschland verlor 91 Prozent des Gesamtvorrates der im oberschlesischen Steinkohlenbecken anstehenden Kohlenmengen einschließlich der noch nicht in Angriff genommenen Kohlenflöze in den Kreisen Rybnik und Pleß, von insgesamt 61 Steinkohlengruben mußten 49½ abgegeben werden, die Eisenerzgruben mit einer jährlichen Förderung von 61 000 Tonnen gingen fast vollständig verloren (97 Prozent), von 16 Zink- und Bleierzgruben blieben vier zurück, von 37 Hochöfen nur 15, von 25 Eisen- und Stahlgießereien wurden 15 abgetreten, von 18 Walzwerken neun; schließlich gingen sämtliche Zink- und Bleihütten sowie die beiden Blei- und Silberhütten in polnischen Besitz über, die Verluste Deutschlands an Forsten, Domänen, anderem landwirtschaftlichen und städtischen Besitz sollen nicht mitgerechnet werden. - Das Ergebnis war: **der kleinere, aber industriell wertvollste Teil Oberschlesiens gehörte fortan zu Polen.**



Zerreiung Oberschlesiens 1921.  
Keystone View Comp.

**Der Eindruck in Deutschland war vernichtend.**

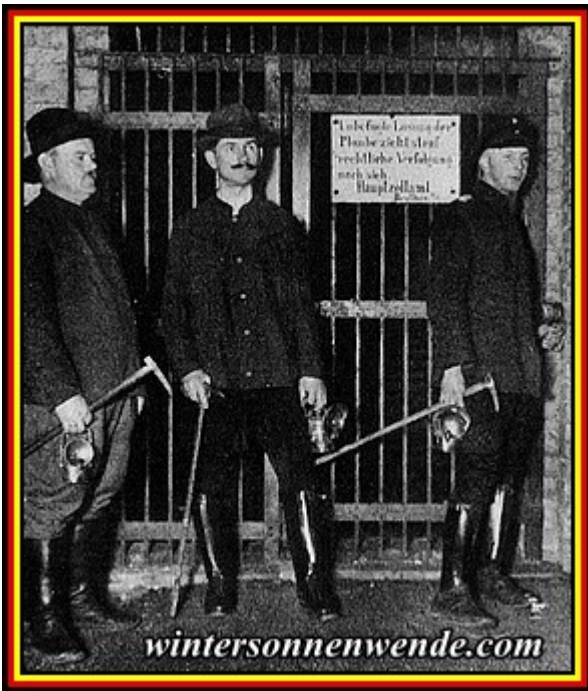
### Erregung in Deutschland

"Niemals hat ein so hartes Geschick unser Land befallen, nicht im Frieden und nicht im Kriege. Es macht uns wieder einmal furchtbar klar, was es heißt, den Krieg verloren zu haben", erklärte Rathenau. Die Regierung Wirth trat darauf am 22. Oktober zurück. Fünf Monate lang habe das Kabinett eine Politik geführt, welche getragen gewesen sei von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ernstesten Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiedererstarkung Europas beizutragen. Es habe die dem deutschen Volke auferlegten überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Barbetrag von einer Milliarde Goldmark zum 31. August abgetragen. Niemals werde das deutsche Volk den Verlust Oberschlesiens, den es wehrlos hinnehmen müsse, verschmerzen. Die Grenzen der deutschen Leistungs- und Erfllungsmglichkeit seien durch das schlesische Diktat erheblich verengt worden, und dadurch sei für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen. In Würdigung dieser Tatsachen habe das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Reichsgeschfte in die Hände des Reichspräsidenten zurückzugeben. In Ausführung dieses Beschlusses teilte Wirth dem Präsidenten die Demission des Kabinettes mit.

### Rücktritt der Regierung Wirth

In den Landtagen Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs protestierte man gegen das ober-schlesische Urteil. **Die Reichsregierung richtete eine Note an die Botschafterkonferenz in Paris (27. Oktober), daß sie die Teilung Oberschlesiens nicht nur als eine Ungerechtigkeit, sondern als ei-ne Verletzung des Versailler Vertrages betrachte.** Aus Paris kam lediglich die kühle Antwort, man halte den deutschen Protest für unbegründet, null und nichtig. Deutschland wurde

In den Landtagen Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs protestierte man gegen das ober-schlesische Urteil. **Die Reichsregierung richtete eine Note an die Botschafterkonferenz in Paris (27. Oktober), daß sie die Teilung Oberschlesiens nicht nur als eine Ungerechtigkeit, sondern als ei-ne Verletzung des Versailler Vertrages betrachte.** Aus Paris kam lediglich die kühle Antwort, man halte den deutschen Protest für unbegründet, null und nichtig. Deutschland wurde



Oberschlesien 1921: Grenzziehung mitten durch eine Grube. Keystone View Comp.

höchstens noch aufgefordert, dafür zu sorgen, daß keine unruhigen Elemente nach Oberschlesien eindringen, denn für alle jetzt dort entstehenden Unruhen müsse man Deutschland verantwortlich machen.

Auch der **polnische Sejm war unzufrieden**. Nicht alle Wünsche Polens seien erfüllt worden. Ministerpräsident Ponikowski erklärte im Namen der Regierung am 27. Oktober, der Entscheidungstag sei leider nicht, wie erwartet, ein Tag der Freude, da viele Tausend Polen jenseits der Grenze blieben. Die polnische Regierung werde dafür sorgen, daß für die in Gleiwitz und Beuthen Verbliebenen alle Garantien und Rechte eingehalten würden, wie sie auch selbst die Rechte der zu Polen gekommenen Minderheit vertragsmäßig schützen werde. Polen nehme die Entscheidung des Botschafterrates an und wolle nach der nunmehrigen Festlegung seiner Grenze den Weg friedlicher Arbeit betreten.

**Nittis Urteil**

Nicht nur in Deutschland war die

Erbitterung gegen die Entscheidung des Völkerbunds groß. Der spanische Abgeordnete Olascoaga nannte in der Deputiertenkammer die Entscheidung einen Hohn auf die Gerechtigkeit. In der Welt gelte nur noch die brutale Gewalt. Am schlimmsten aber äußerte sich **Francesco Nitti**, der von 1919 bis 1920 italienischer Ministerpräsident gewesen war und also zu einer ehemals feindlichen Macht gehörte. Seine Ausführungen in seinem Buch *Das friedlose Europa* sind interessant genug, daß sie wörtlich wiedergegeben werden sollen.

"Alle Gewalttaten in Oberschlesien, die verhindern sollten, daß die Volksabstimmung günstig für Deutschland ausfiele, sind nicht nur geduldet, sondern von langer Hand vorbereitet worden.

Als ich Chef der italienischen Regierung war, gab mir der Vertreter der deutschen Regierung in Rom, von Herf, beglaubigte Nachrichten über das, was im Werk war, und am 30. April 1920 lieferte er mir in einer Audienz, die ich ihm als Ministerpräsident gewährte, die Beweise, was eigentlich die polnische Organisation war, wohin sich ihre Ziele richteten, worin ihre Einnahmequellen bestanden.

Wie alle Welt weiß, ist die Volksabstimmung vom 20. März 1921 ungeachtet der Gewalttaten und ungeachtet des offiziell beschützten Räuberunwesens, günstig für Deutschland ausgefallen. Von 1 200 636 Stimmen gehörten 717 222 den Deutschen und 483 514 den Polen. Die 664 reichsten, blühendsten und bevölkertersten Gemeinden ergaben eine Mehrheit für die Deutschen, 597 Gemeinden ergaben eine Mehrheit für die Polen. Das Gebiet von Oberschlesien mußte nach dem Vertrage nach der Volksabstimmung, nach der elementarsten internationalen Ehrenhaftigkeit sofort Deutschland zugesprochen werden. Aber da man ja die ober-schlesische Kohle Deutschland nicht überlassen wollte, und da eine neue Konzentration von Eiseninteressen vorlag, welche drängte und schob, wurde auch der Vertrag von Versailles zum *chiffon de papier*.

Anstatt das Ergebnis der Volksabstimmung anzuerkennen, wie es erste Pflicht gewesen wäre, hat man zu Sophismen gegriffen, die auf ungemein schwachen Füßen standen. Artikel 88 des Versailler Vertrages besagt nur, daß die Einwohner Oberschlesiens aufgefordert werden sollen, mit Hilfe der Volksabstimmung kundzutun, ob sie mit Deutschland oder mit Polen vereinigt zu werden wünschten.

Jetzt galt es, eine Spitzfindigkeit auszuklügeln!

Der 'Annex' des Teiles VIII setzt die Art und Weise fest, wie man bei der geheimen Abstimmung zu Werke gehen soll und erklärt das ganze Verfahren. Sechs Artikel wurden darüber verfaßt. § 4 besagt, daß ein jeder in der Gemeinde, in der er wohnhaft ist, abstimmen soll oder in der, wo er geboren ist, wenn er keinen Wohnsitz in dem Gebiete hat. Das Ergebnis der Abstimmung soll gemeindeweise, entsprechend der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde, festgesetzt werden.

Das bedeutete also, daß die Ergebnisse der Abstimmung, wie es bei den politischen Wahlen in fast allen Ländern üblich ist, Gemeinde für Gemeinde kontrolliert werden sollten: dies sind die Modalitäten der Abstimmung, wie die Anlage sie vorschreibt. Statt dessen hat man versucht, um Deutschland seiner Kohlen zu berauben, und versucht immer noch, den Vertrag nicht in Anwendung zu bringen, das Prinzip der Unteilbarkeit der Lande zu verletzen und die erhaltigen Bezirke Polen zuzuschieben. Die Volksabstimmung ist nicht als ausschlaggebend anerkannt worden, und da sich Frankreich und Großbritannien nicht einigen konnten und Italien in seiner Politik schwankte, hat man den Völkerbundsrat befragen wollen (worüber denn, nachdem die Volksabstimmung gesprochen hatte?). Und der Völkerbund hat eine Entscheidung getroffen, die ebenso sehr dem Rufe seiner Lauterkeit wie dem seines sittlichen Verantwortlichkeitsgefühles schadet, was ja genau so schlimm ist...

Es ist nicht das edle, das demokratische Frankreich, das die Fäden bei diesem Spiel in der Hand hat. Es ist vielmehr die gesamte neu entstandene plutokratische Struktur, die nun die gleichen schlimmen Allüren zur Folge hatte, wie sie vor dem Krieg die deutsche Eisenindustrie annahm. Es ist das nämliche Vorgehen, gegen das Lloyd George bei mehr als einer Gelegenheit auf das entschiedenste Einspruch erhoben hat und für das er so manches scharfe Wort gefunden hat, an das man nicht mehr zu erinnern braucht. Es ist dieselbe Bewegung, die in Italien mit Hilfe ihrer Organe Unruhen hervorgerufen hat und die nur einem Ziele zustrebt: die deutsche Industrie zu vernichten und dann im Besitz der Kohle die Eisenindustrie und die von ihr abhängigen Industrien in Europa zu monopolisieren...

Man braucht nicht seine Zeit damit zu verschwenden, um nachzuweisen, aus welchen geographischen, ethischen und wirtschaftlichen Gründen Oberschlesien mit Deutschland vereint bleiben müßte. Es ist eine nutzlose und nach dem Ergebnis der Volksabstimmung für die Logik sogar beleidigende Beweisführung! Wenn nicht etwa Vertragsverletzung als Recht des Siegers angesehen wird, so kann wahrlich nach der Abstimmung, bei der ungeachtet der Gewalttätigkeiten drei Viertel der Bevölkerung für Deutschland stimmten, für eine Diskussion kein Stoff mehr vorhanden sein...

Polen ist das letzte Land in Europa, das sich das Recht anmaßen darf, über den Vertrag zu klagen, weil Polen sich nicht den Versailler Vertrag erobert hat. Polen hat sich seine Freiheit nicht selbst verdient und müßte mehr als jedes andere Land das kleinste Komma des Vertrages respektieren. Es verdankt seine Freiheit Italien, Frankreich und Großbritannien."

Ein vernichtenderes Urteil über die oberschlesischen Dinge, als es hier ausgesprochen ist, läßt sich kaum denken, und **das oberschlesische Urteil raubte dem Völkerbund die Mehrzahl seiner Sympathien**. Zwar sagt der englische Geschichtsschreiber Gooch, der Zorn auf den Völkerbund sei nicht am Platze gewesen, denn er hätte die ihm übertragene schwierige Aufgabe mit Sorgfalt und Unparteilichkeit gelöst, und seine Bewegungsfreiheit sei durch die Bestimmungen des Friedensvertrages beschränkt, für den er nicht verantwortlich wäre. Dennoch aber will es uns scheinen, daß der Völkerbund sehr wohl und im Sinne des Versailler Vertrages die Macht gehabt hätte, Oberschlesien restlos den Deutschen zuzusprechen, nachdem England und Frankreich ihre gegensätzlichen Vorschläge fallen ließen, indem sie ihn als Schiedsrichter anriefen. -

**Der Verlust Oberschlesiens war der letzte, aber der schmerzlichste Gebietsverlust Deutschlands nach dem Weltkriege.** Man hatte sich abgefunden mit dem Verlust Elsaß-Lothringens, und

Nordschleswig war zu verschmerzen. Auch Eupen-Malmedy hätte die Öffentlichkeit nicht besonders stark ergriffen, wenn nicht die Volksbefragung so barbarisch gehandhabt worden wäre. Schlimmer und schmerzlicher wirkte der Verlust der Provinzen Posen und Westpreußen, aber auch darin fügte man sich schließlich, da diese Gebietsabtretungen in Versailles kategorisch diktiert worden waren. Und wenn nun schließlich der Versailler Vertrag den Deutschen ein Recht in die Hand gab und Deutschland mit gutem Gewissen nach der Abstimmung dieses Recht geltend machte in Oberschlesien, und man ihm dennoch sein Recht und sein Land raubte, so war das ein Verbrechen! Deutschland konnte anklagen und wettern, und schließlich mußte es sich doch in seine trostlose Ohnmacht fügen. Es empfand den Verlust Oberschlesiens nicht nur politisch, territorial, wirtschaftlich, es empfand ihn, was viel schlimmer war, moralisch als einen Verlust seiner Ehre.

Der Völkerbund setzte ein Dreimännerkollegium ein, bestehend aus einem Deutschen, einem Polen und dem Vorsitzenden Calonder, der früher Präsident des Schweizer Bundes war, und dieses Komitee hatte die Aufgabe, die über Oberschlesien getroffenen Bestimmungen durchzuführen. Den ganzen Winter hindurch dauerten die Verhandlungen, und im Mai 1922 kam zu Genf ein Vertrag von 606 Artikeln zwischen Polen und Deutschland zustande. Im Juli verließen die alliierten Truppen das Abstimmungsgebiet, und Deutschland und Polen besetzten ihre Gebietsteile. Eine ständige gemischte Kommission und ein Schiedsgericht hatten über den Schutz der Minderheiten zu wachen und wurden dem Völkerbund unterstellt. Durch eine Art wirtschaftlichen Kondominiums wurde die gewaltsame Zerreißung des Industriegebiets vermieden und das Chaos von Oberschlesien abgewendet. -

**Bedrückung der Deutschen  
in Westpreußen und Posen**

Auch in den anderen ehemals deutschen Gebieten hatten die Deutschen stark unter polnischer Willkür zu leiden. **Durch einen rücksichtslosen, beispiellosen Terror wurde deutsche Kultur in Westpreußen und Posen vernichtet.** Deutsche Familien wurden enteignet und ausgewiesen, in Wind und Wetter hinausgetrieben. Deutsche Domänenpächter mußten das Land als Bettler verlassen, ihr Eigentum und Vermögen wurde eingezogen. Im Jahre 1910 gab es in Posen-Westpreußen 1 112 000 Deutsche, im September 1921 waren es deren nur noch 547 000. Sie, die als Bettler von ihrer Heimat, von Haus und Hof vertrieben waren, trugen ihr Elend nach Deutschland hinein, das ihnen nicht helfen konnte. Am 19. Oktober 1921 teilte das polnische Ansiedlungsamt in Posen weiteren tausend deutschen Ansiedlerfamilien mit, daß ihr Besitz Eigentum des polnischen Staates sei und daß sie bis zum 1. Dezember, innerhalb sechs Wochen, ihre Anwesen zu räumen hätten. Es war eine grausame Härte. Wo sollten die Unglücklichen bei der herrschenden Wohnungsnot in dieser kurzen Zeit Wohn- und Unterkunftsräume finden, wo sollten sie, ohne Hab und Gut, als Bettler, Zuflucht suchen? Zusammengebrochene Männer, kranke Frauen und jammernde Kinder schrien nach Gerechtigkeit. Deutschland war zu schwach und arm, um seinen Kindern zu helfen. Wo war die Macht der Welt, die sich ihrer erbarmt hätte?



### **3. Kapitel: Deutsch-Österreichs Anschlußtragödie.**

Gleichzeitig mit der oberschlesischen Tragödie vollzog sich das tragische Schicksal von sieben Millionen Deutschen in Österreich.

**Katastrophe  
Deutsch-Österreich**

**Deutsch-Österreich**, der Leidensgefährte Deutschlands, war ein tief unglückliches Land. Herabgestürzt von der Höhe seiner Macht, aller Hilfsmittel beraubt, war es in einen Zustand bitterer Not und namenlosen Elends geraten, aus dem es nur Erlösung erhoffen konnte durch eine **Vereinigung mit Deutschland**. Aus einer ehemaligen Großmacht war es zu einem Zwergstaat herabgesunken mit einem Umfang von kaum 84 000 Quadratkilometern und mit einer Bevölkerung von 6½ Millionen Menschen.

Die Monarchien in Deutschland und Österreich-Ungarn waren gestürzt, und damit war das letzte Hindernis für eine Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reiche beseitigt. Sowohl **auf deutscher** wie **auf österreichischer Seite** bestand sogleich nach dem Zusammenbruch der Wille dazu. Die



großdeutsche Strömung beider Länder förderte eifrig die Bewegung, und wir konnten bereits das Echo feststellen, welches der Anschlußgedanke 1919 in der Deutschen Nationalversammlung auslöste.



*Anschlußkundgebung in Wien, 27. März 1919. Photo Scherl.*

Doch da drängte sich der Feindbund mit seinem Machtgebot zwischen beide Länder: Artikel 80 des Versailler Vertrages verbot den Zusammenschluß, es sei denn, daß der Völkerbund seine Zustimmung dazu gebe. Darüber hinaus mußte Deutschland ausdrücklich erklären, daß der die Vereinigung mit Österreich erstrebende Artikel der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt sei. Nach der ganzen Lage der Dinge und dem außenpolitischen Kräfteverhältnis war hiermit die Anschlußfrage erledigt: **Deutsch-Österreich konnte nicht hoffen, in absehbarer Zeit seine Vereinigung mit Deutschland zu vollziehen.**

Die Österreicher aber ließen nicht von ihrem Willen. Das Volk besaß keine Industrie und hatte insofern keine Möglichkeit, Geld ins Land zu ziehen. Dieses Mißverhältnis zwischen Bedarf und Eigenproduktion führte zu einer rapiden Inflation, der Notenumlauf stieg innerhalb eines Jahres seit dem Januar 1920 von zwölf auf dreißig Milliarden. Jeder einsichtige Staatsmann erkannte, daß die weitere Entwicklung auf dieser Linie zur Katastrophe führen müsse.

Da gab es eben nur **zwei Auswege aus diesem Strudel des Unglücks**: entweder unterstützten die kapitalkräftigen Staaten der Entente den Donaustaat wirtschaftlich, oder Österreich schloß sich politisch und wirtschaftlich dem Deutschen Reiche an. Welcher Weg auch begangen wurde, immer war die Zustimmung des Völkerbundes vonnöten. Hier nun setzte die Tragik Deutsch-Österreichs ein. Der Regierung der Republik, hinter der vor allem die Christlich-Sozialen standen, war der erste Weg sympathisch, während das Volk, von Großdeutschen und Sozialdemokraten beeinflusst, **sich für den zweiten Weg, den Anschluß, entschied.** Diese Gegensätzlichkeit der politischen Richtung führte einen Konflikt herauf, durch welchen die Regierung gestürzt, die Wünsche des Volkes aber nicht erfüllt wurden.

Unter dem Drucke der sich mehr und mehr verschärfenden Not und in dem gräßlichen Bewußtsein der eigenen Hilflosigkeit nahm die österreichische Nationalversammlung am 1. Oktober 1920 eine großdeutsche Entschließung an, welche verlangte, **daß im Laufe der nächsten sechs Monate eine Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland stattfinden solle.** Die Alliierten ihrerseits glaubten, die österreichische

**Plan zur  
Volksabstimmung  
über den Anschluß**

Initiative in dieser Frage dadurch zum Schweigen zu bringen, daß sie eine wirtschaftliche Unterstützungsaktion für das unglückliche Land in die Wege leiteten. Denn hätte der Völkerbund, dessen Zustimmung zum Anschluß nach Artikel 80 des Versailler Vertrages nötig war, diese verweigern können, wenn eine Abstimmung zustande gekommen wäre und die überwiegende Mehrzahl der Österreicher den Anschluß forderte? Da schien es besser zu sein, Österreich wirtschaftliche Hilfe in Aussicht zu stellen und es gleichzeitig in den Völkerbund aufzunehmen. Dadurch würde der Beweis erbracht, daß die Alliierten ihren Frieden mit Österreich gemacht hatten, und das Land würde schwerlich die Vorteile, die ihm winkten, gegen den Anschluß an das geächtete, außerhalb des Völkerbundes stehende Deutschland eintauschen wollen. Außerdem wurde durch einen solchen Schritt die Christlich-Soziale Partei in Österreich gestärkt, welche dem habsburgischen Hause anhing und daher eine Gegnerin der Anschlußbestrebungen in der Großdeutschen und Sozialdemokratischen Partei war. Am 3. Dezember 1920 wurde Österreichs Aufnahme in den Völkerbund vollzogen.

Der Bundeskanzler Dr. Mayr begünstigte die Völkerbundspolitik, da die **deutsche Regierung in der Anschlußfrage sehr zurückhaltend geworden war.**

**Bundeskanzler  
Dr. Mayr**

Die Regierung Fehrenbach hatte kein augenblickliches Interesse, das Anschlußproblem aufzurollen, da sie bei ihren Verhandlungen mit den Alliierten über die Wiedergutmachungssumme ängstlich alles vermied, was Frankreich und England verstimmen könnte. Sie war also in dieser Frage durchaus passiv. Der deutsche Außenminister Dr. Simons erklärte Ende November 1920, das deutsche Interesse beschränke sich unter Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen Italiens auf kulturelle Beziehungen zu Südtirol; Deutschland glaube, mit Italien einig zu sein in der Auffassung, daß die Eigenart der Südtiroler berücksichtigt und gewahrt werden müsse. Diese Äußerung befriedigte weder in Deutschland noch in Österreich. Aus diesen Gründen nahm die österreichische Regierung die Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente auf.

Anfang Januar erklärte der Bundeskanzler Dr. Mayr im Ausschuß für Auswärtiges, die Beziehungen zum Deutschen Reiche seien auf der unveränderlichen und unveräußerlichen Kulturgemeinschaft gegründet, die Österreich mit seinen Stammesbrüdern im Reiche verbinde; die überlieferte Herzlichkeit und Innigkeit der Beziehungen unter Beachtung der beiderseitigen Lebensinteressen zu pflegen, betrachte die österreichische Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Das war höflich und unverfänglich.

Die fünfzigjährige Reichsgründungsfeier am 18. Januar weckte auch in Österreich Widerhall, und die Großdeutschen wiesen wieder überzeugend auf die Notwendigkeit des Anschlusses hin. Die lebhafte Erörterung dieser Frage in Presse und Parlamenten erregte Frankreichs Aufmerksamkeit, und eine Woche später erklärte der französische Bevollmächtigte in Wien, die Entente werde einen Anschluß Österreichs an Deutschland nicht dulden.

Nichtsdestoweniger führte der Präsident des Nationalrates, Dr. Weißkirchner, am 25. Januar folgendes aus:

**Telegrammwechsel  
mit Reichspräsident Ebert  
zum 18. Januar 1921**

"Die politischen Fäden, die unser Land durch ein Jahrtausend mit dem alten Deutschen Reiche verbanden, konnten zwar gelöst werden, niemals aber hat die kulturelle Einheit zwischen uns und dem Deutschen Reiche aufgehört. Der Tag des 18. Januar, dessen unsere Stammesbrüder im Reiche in wehmütiger Freude gedachten, bewegt mit ganzer Macht auch unsere Herzen, die wir Mühsal und Leiden getrennt von unseren Volksgenossen tragen müssen."

Aus dieser Stimmung heraus wurde an den Deutschen Reichspräsidenten folgendes Telegramm gesandt:

"Der Nationalrat der Republik Österreich gedenkt bei seinem ersten Zusammentreten nach dem 18. Januar bewegten Herzens des Tages, an dem vor fünfzig Jahren Deutschlands Stämme sich zum Deutschen Reich vereinigt haben, und hat mich unter lebhaftem Beifall ermächtigt, aus diesem Anlaß dem Deutschen Reichstag und Reichspräsidenten seine herzlichsten Glückwünsche zu entbieten. In unser aller Herzen ruht fest verankert die Hoffnung und das



Vertrauen auf des deutschen Volkes neue Blüte. Möge die Zukunft des Deutschen Reiches und der Republik Österreich die Erfüllung unserer Herzenswünsche bringen."

Am folgenden Tage antwortete der Deutsche Reichspräsident:

"Dem Nationalrat der Republik Österreich danke ich herzlichst für die anlässlich des Erinnerungstages übermittelten freundlichen Grüße. Das deutsche Volk ist gleich den Stammesgenossen in Österreich von der festen Zuversicht erfüllt, daß sich der deutsche Name in der Zukunft überall jene Achtung und Geltung erringen wird, die dem gemeinsamen Streben der Wiederaufrichtung durch unermüdliche Arbeit zuteil werden müssen."

Dieser Telegrammwechsel zum fünfzigjährigen Reichsgründungstage war nicht bloß der Ausdruck für irgendeine internationale Höflichkeit; hinter ihm stand die unausgesprochene Sehnsucht zweier Völker nach dem Großdeutschen Reiche. Gewiß, diese Sehnsucht mußte auf beiden Seiten unausgesprochen bleiben, denn sowohl Deutschland wie Österreich verhandelten mit der Entente über höchst materielle Fragen, bei denen großdeutsche Erörterungen nicht angängig waren.

Aber die großdeutsche Sehnsucht ließ sich nicht ersticken; und wollte die Regierung, die infolge ihrer Völkerbundspolitik noch zurückhaltender geworden war, sie nicht erfüllen, dann forderte das Volk die Erfüllung um so stürmischer.

**Anschlußkundgebungen**

Am vorletzten Januartage fand im **Rathause zu Wien eine imposante Anschlußkundgebung des Deutsch-Österreichischen Lehrerbundes statt**. Der Anschluß an Deutschland sei der einzige Weg zu Wirtschaftsgesundung und kulturellem Gedeihen. Um die Ansicht des Volkes hierüber kennenzulernen, wurde eine **Volksabstimmung** gefordert.



*Abstimmung in Kärnten:  
Feierlicher Gottesdienst für deutschen Sieg  
im Drautal. Photo Scherl.*

Schon wenige Tage später erschienen **die Vertreter Salzburgs, Tirols, Kärntens und Steiermarks** beim Bundeskanzler in Wien und trugen ihm ihre Wünsche vor. Alle Parteien ihrer Länder forderten Abstimmung über den Anschluß an Deutschland. Jedoch sollte die Anschlußbewegung im Rahmen des Vertrages von Saint-Germain gehalten werden. Das Abstimmungsergebnis werde unzweifelhaft günstig für Deutschland ausfallen und sollte zunächst nur dem Völkerbund mit einem entsprechenden Antrag unterbreitet werden.

**Der Wille  
des Volkes**

Eine Woche später stellte die **Großdeutsche Partei** im Nationalrat den Antrag, es solle ein **Bundesgesetz über die Volksabstimmung** wegen eines Anschlusses an Deutschland vorgelegt werden. Es solle zunächst nur die grundsätzliche Meinung der Bevölkerung eingeholt werden. Jedoch die Parteien des Nationalrates waren der Ansicht, daß außenpolitische Rücksichten augenblicklich eine Forcierung der Anschlußbewegung nicht wünschenswert erscheinen ließen, und in dieser Auffassung befänden sie sich in Übereinstimmung mit dem Wunsche der Regierung.

**Die Regierung des Dr. Mayr verscherzte sich mehr und mehr die Sympathien des Volkes, indem sie die Anschlußbewegung nicht nur nicht förderte, sondern sogar zu hemmen versuchte.** Zwar bewies sie der Entente damit ihren guten Willen, aber der Sache des Volkes diene sie nicht; denn es war ganz offenkundig, daß der Anschlußwille an Deutschland eine große Volksbewegung darstellte, von der sich nur die Christlich-Sozialen ausschlossen. Anfang März erklärte der Bundeskanzler im Nationalrat, "es entspreche sowohl der innigen Anteilnahme Österreichs an allem, was Deutschland betreffe, als auch der politischen Klugheit, wenn augenblicklich alles unterbleibe, was die internationale Lage des Deutschen Reiches irgendwie erschweren könnte."

Aus seinen Reden entnahmen die Gegner Dr. Mayrs, wie froh er war, einen begründeten Vorwand



*Anschlußkundgebung der Kärntner auf dem Zollfeld bei Klagenfurt. Photo Scherl.*

für sein ablehnendes Verhalten zu haben. Das Volk aber klagte an: von Tag zu Tag wird unsere Not immer unermeßlicher; wo ist die versprochene Hilfe der Entente geblieben? Man gebe uns den Anschluß an Deutschland frei! **Ein tiefer Groll und Unmut zitterte durch die Massen, und diese fanden einen beredten Sprecher in dem großdeutschen Abgeordneten Dr. Frank, der dem Kanzler bereits am folgenden Tage, dem 4. März, entgegnete:**

"Um der Entente nicht eine bequeme Waffe für die Verweigerung der Kredite an uns in die Hand zu geben, haben wir uns in der Anschlußfrage bis zur Pariser Konferenz (24.-29. Januar) die äußerste Zurückhaltung auferlegt. Nun aber können wir eine weitere Passivität in der Anschlußfrage vor unserem Gewissen nicht mehr rechtfertigen... Wenn die Entente ihre Verpflichtungen nicht erfüllen kann oder will, dann soll sie die Gittertore unseres Käfigs öffnen und uns den Anschluß gestatten. Wir haben die Regierung bisher unterstützt, können sie aber nur dann weiter unterstützen, wenn sie unserer Anschlußpolitik nicht weiter hindernd entgegentritt."

**Österreich auf der  
Londoner Konferenz**

Vielleicht unter dem Eindruck dieser großdeutschen Kampfansage wurden **die österreichisch-alliierten Finanzverhandlungen beschleunigt zu Ende geführt**. Der 18. März brachte das Ergebnis der Londoner Konferenz zwischen dem Obersten Rate und dem österreichischen Bundeskanzler. Es wurde eine Finanzkommission des Völkerbundes beschlossen; eine Bankengesellschaft sollte eine Anleihe gewähren, zu deren Deckung die Republik Österreich Staatsmonopole verpfänden sollte. Für Friedensvertragsleistungen, sowie für Tilgung und Verzinsung bisheriger Vorschüsse wurde ein Zahlungsaufschub vorgesehen, die Verwaltung der Staatseinnahmen sollte der Finanzkommission übergeben werden. Man bemerkte in aller Öffentlichkeit, daß diese Vorschläge eine völlige "Ottomanisierung" Österreichs darstellten. Das Land wurde zu einer Kolonie der Alliierten gemacht, und das Volk hatte nur Mißbilligung und Tadel für eine Hilfe, die solch schwere Opfer forderte. Jedoch Dr. Mayr fühlte sich jetzt in seiner Position gefestigt und machte neue Ausflüchte geltend, um die Anschlußbewegung zu lähmen. Jetzt habe der Völkerbund nun die große Aufgabe der Sanierung Österreichs zu erledigen, und solange dies nicht entschieden sei, könne man nicht schon den Völkerbund mit dem Anschluß an Deutschland behelligen. Wer wunderte sich noch, wenn das Volk glaubte, seine Regierung stehe im Bunde mit den Alliierten, und wenn es nun entschlossen war, selbst die Initiative in der brennenden Frage zu ergreifen?

Am tatkräftigsten ging hierin das Land Tirol voran, dieses Land, dessen Süden, die Heimat **Walthers von der Vogelweide**, die Italiener wider Recht und Sittlichkeit an sich gerissen hatten. Schon im Januar hatte der Tiroler Landtag beschlossen, eine Volksabstimmung über den Anschluß durchzuführen. Doch am 1. Februar verbot die Wiener Regierung die Ausführung dieses Beschlusses, da Frankreich und die Entente-Kommission dies verlangten. Tirol war zunächst geneigt, der österreichischen Regierung nachzugeben, aber die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung veranlaßte doch Ende Februar den Landtag, die Volksabstimmung für den 24. April festzusetzen. Zwar teilte die Wiener Regierung Mitte März der Tiroler Landesregierung mit, daß die Volksabstimmung unzulässig sei, dennoch ordnete der Landtag am 18. März die Abstimmung an über die Frage: Wird der Anschluß an das Deutsche Reich gefordert?

**Land Tirol**

Nach diesen Ereignissen mußte der Bundeskanzler erkennen, daß seine Regierung beim Volke keine Achtung und Macht mehr besitze. **Der Wille des Volkes ging über die Verordnungen Wiens hinweg und kehrte sich nicht an sie.** Die Wiener Regierung, die einerseits zu den Alliierten, andererseits zum Hause Habsburg hielt, fing an, eine klägliche Rolle zu spielen. Im Namen der Sozialdemokratischen Partei trumpfte am 12. April der Abgeordnete Eldersch im Nationalrat auf: Es handle sich für Österreich um zweierlei: **entweder Kredithilfe der Alliierten oder Anschluß an Deutschland.** Die Sozialdemokraten wählten in diesem Dilemma den natürlichen Weg des Anschlusses. Für das Linsengericht einer geringen Kredithilfe gedächten sie nicht das Recht auf den Anschluß zu verkaufen. Die Regierung habe versucht, den Anschlußgedanken nicht zu erörtern, um den Kreditverhandlungen nicht zu schaden. Es müsse aber gesagt werden, daß die Geduld der österreichischen Bevölkerung zu Ende sei. Das war eine drohende Sprache, und sie bewies, daß die Anschlußbewegung zu einer schweren innenpolitischen Gefahr werden konnte, sie kündigte geradezu eine neue nationale Revolution an.

**Regierung  
zwischen Alliierten  
und österreichischem Volk**

Was nützte es unter diesen Umständen, daß zwei Tage später der **französische Gesandte Lefèvre-Pontalis** dem Bundeskanzler im Auftrage Frankreichs folgende Erklärung abgab:

**Einmischung  
der Alliierten**

"Falls die österreichische Regierung nicht in der Lage sein sollte, die gegenwärtig auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Österreich einstellen, und die Reparationskommission würde in ihrer Befugnis vollständig wiederhergestellt werden."

Und die Vertreter Englands und Italiens schlossen sich an, indem sie bemerkten, daß **ein Zurücktreten Frankreichs von der Hilfsaktion das Ende dieses Unternehmens und das Fallenlassen aller hierauf bezüglichen Pläne bedeute.** Auch diese Sprache war drohend genug für die Wiener Regierung, die in einem Zustande erbarmungswürdiger Hilflosigkeit verharrte. Schon am 17. April fand in Wien eine gewaltige Kundgebung der werktätigen Bevölkerung für den Anschluß an Deutschland statt, an der sich viele Tausende von Männern und Frauen beteiligten. Österreich sei nicht lebensfähig, und nur der Anschluß an Deutschland könne ihm wirkliche wirtschaftliche Hilfe bringen. Deshalb sollte dem Völkerbund dieser Wunsch zum Ausdruck gebracht werden. Es war in der zahllosen Menge nicht einer, der dieser Entschließung widersprochen hätte. Mit freudigem Herzen jubelten die Tausende ihrem Stern entgegen: Vereinigung mit Deutschland, das Großdeutsche Reich. Ein Rausch der Begeisterung flog durch die alte Kaiserstadt an der Donau und ließ die tägliche Not vergessen. Ein Traum vereinte Millionen und forderte kategorisch seine Erfüllung.

Als nun gar die **Abstimmung in Tirol** von insgesamt 146 468 Stimmen 144 342, das sind 98,6 Prozent, für den Anschluß und nur 1794 dagegen ergab, kannte die Begeisterung keine Grenzen. Die Kunde von dem überwältigenden Sieg der Anschlußfreunde flog wie ein Blitz durch das Land, und das Frohlocken nahm kein Ende. Man brandmarkte die Wiener Regierung, welche nicht die Interessen des Volkes wahrnehme, und hoffte zuversichtlich, daß angesichts solcher Ergebnisse der Völkerbund nicht länger den Anschluß verweigern könne. Daraufhin beschloß der **Landtag von Oberösterreich** am 27. April einstimmig, ebenfalls

**Abstimmung  
in Tirol**

eine Volksabstimmung vornehmen zu wollen. Der **Salzburger Landtag** aber faßte am gleichen Tage folgende EntschlieÙung:

"Der Landtag legt Verwahrung gegen den vom französischen Gesandten in Wien unternommenen Schritt ein, der nicht imstande ist, die Bevölkerung in ihrem AnschluÙgedanken wankend zu machen. Die Volksabstimmung im Lande Salzburg ist am 29. Mai vorzunehmen, falls nicht durch die Bundesregierung ein früherer Termin für das ganze Reich festgesetzt wird. Die Volksabstimmungsfrage hat zu lauten: Wird der AnschluÙ an Deutschland gefordert?"

**Vergeblich versuchte die Bundesregierung in Wien die Salzburger Abstimmung zu hintertreiben.** Ja, sie mußte es sogar geschehen lassen, daß am 12. Mai der Nationalrat das Bundesgesetz über Volksabstimmungen auf Grund der Bundesverfassung annahm und das **Gesetz über Volksbefragung betreffend den AnschluÙ an Deutschland** verabschiedete. Nach diesem Gesetze sollte den Bundesbürgern die Frage vorgelegt werden: Soll die Bundesregierung beim Rat des Völkerbundes um die Zustimmung zum AnschluÙ der Republik Österreich an das Deutsche Reich ansuchen? Allerdings hatte der Verfassungsausschuß aus dem großdeutschen Gesetzesantrag die wichtige Bestimmung über den Zeitpunkt der Volksbefragung gestrichen und dafür die Bestimmung aufgenommen, daß der Tag der Volksbefragung durch den Nationalrat bestimmt werden sollte. Der Nationalrat nahm einstimmig dies Gesetz an.

Das war wieder ein Grund für die Alliierten, ihre drohende Stimme zu erheben. **Frankreich, Italien und die Kleine Entente wiesen gemeinsam die österreichische Regierung auf strikte Innehaltung des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain** hin, welcher Österreich den AnschluÙ an Deutschland verbot. Nach diesem Artikel sei **bereits vor einer Abstimmung über die AnschluÙfrage die Zustimmung des Völkerbundesrates** erforderlich. Ein eigenmächtiges Vorgehen von Volk und Regierung hätte die Einstellung aller wirtschaftlichen Hilfsaktionen zur Folge. Die Note hatte keinen Einfluß auf die Bewegung, da die österreichische Regierung auch keinen solchen hatte. Ebenso unfruchtbar war der sechs Tage später, am 21. Mai, erhobene Einspruch des französischen und rumänischen Geschäftsträgers beim Bundeskanzler. Der jugoslawische Ministerpräsident Pasitsch drohte sogar mit einer Revision der steiermärkischen Abstimmung. Welchen Zweck aber hatten all diese Drohungen und Einsprüche, wenn die Regierung selbst machtlos gegen die Volksbewegung war?

Der Bundeskanzler fühlte, daß er nicht imstande war, die AnschluÙbewegung zu hindern. Sie ging ihren Lauf wie ein Naturereignis. Mit einem gewissen Gefühle der Resignation **gab Dr. Mayr am 23. Mai dem Chef der Salzburger Landesregierung die strenge Weisung, "es sei unbedingt notwendig, den Charakter der AnschluÙbewegung als einer reinen Privatveranstaltung zu wahren"**. Alle amtlichen Organe seien angewiesen, daß jede mittelbare oder unmittelbare Unterstützung zu unterbleiben habe. Zwei Tage später teilte der italienische Vertreter dem Bundeskanzler mit, daß sich die Mächte durch die AnschluÙbewegung beunruhigt fühlten; es könnten daraus für Österreich schwere wirtschaftliche und politische Schäden erwachsen. Dr. Mayr konnte derartige Ermahnungen nur noch mit Achselzucken beantworten, mit einem stummen Eingeständnis seiner Ohnmacht.

Im **Land Salzburg** eilten am 29. Mai 104 000 Menschen zur Abstimmungsurne, das waren etwa 90 Prozent der gesamten Bevölkerung. 103 000 Stimmen sprachen sich für, 800 gegen den AnschluÙ aus! 200 waren ungültig. **Einen großartigen Triumph konnte der deutsche Gedanke kaum feiern.** Das Ergebnis war noch günstiger für den AnschluÙ als in Tirol. In Steiermark sollte auch am 29. Mai abgestimmt werden. Aber infolge der besonderen Verhältnisse und der jugoslawischen Drohungen war es der Wiener Regierung gelungen, den Landtag wankend zu machen. Wenn man aber in Wien hoffte, daß Steiermark seine Abstimmung fallen lassen würde, so hatte man sich sehr geirrt. Am 24. Mai hatte man die Volksabstimmung für den 3. Juli anberaumt. Alle Bitten, Ermahnungen, Drohungen Wiens nützten nichts. **Infolgedessen sah sich Dr. Mayr genötigt, müde des Kampfes gegen das**

**Abstimmung  
in Salzburg**

**Rücktritt  
Dr. Mayrs**



**eigene Volk und überdrüssig der Ententedrohungen, am 1. Juni seine Entlassung zu nehmen.** Er begründete seinen Schritt damit, daß er infolge der vom Steirischen Landtag beschlossenen Abstimmung die Verantwortung für die Regierung angesichts der Ententedrohungen und der Gefährdung der Kreditaktion durch die Anschlußbewegung nicht länger tragen zu können glaubte. -

**Die anschlussfeindliche Regierung war gestürzt, aber mit ihrem Sturz hatte auch plötzlich die Anschlußbewegung ihre innere Kraft verloren.**

**Ende der  
Anschlußbewegung**

In Steiermark beschloß am 16. Juni der Landesparteitag der Christlich-Sozialen, mit der neuen Wiener Regierung über die Abstimmung zu verhandeln. In Wien verhandelten dann die Vertreter der steirischen Christlich-Sozialen mit den Führern der Wiener Christlich-Sozialen, und sie kamen zu dem Ergebnis, die Abstimmung fallen zu lassen. Acht Tage später, nach der Rückkehr ihrer Vertreter, stellte die Christlich-Soziale Partei im Steirischen Landtag einen entsprechenden Antrag, der mit 29 christlich-sozialen Stimmen gegen 15 Großdeutsche und freiheitliche Bauernbündler angenommen wurde. Die Sozialdemokraten hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen. Die Bewegung war erlahmt, sie war tatsächlich durch die Politik der Alliierten und, trotz Dr. Mayrs Sturz, der Christlich-Sozialen zum Schweigen gebracht worden.

Wir hören nur noch, daß der Bundesrat am 11. Juli gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrats zur Durchführung einer Volksbefragung und eines an den Rat des Völkerbundes auf Grund des Artikels 88 des Friedensvertrages zu stellenden Antrages keinen Einspruch erhob. Dann wird alles stumm.

Nach einem Zeitraum von vier Monaten, am 10. November, brachte die Wiener *Arbeiterzeitung* eine EntschlieÙung, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei den Volksversammlungen anläÙlich des Gründungstages der Republik Österreich am 12. November vorschlug. Darin hieß es:

"Am dritten Jahrestag der Gründung der Republik erneuert das Proletariat feierlich den Schwur unverbrüchlicher Treue und erklärt, daß kein Verbot militärisch und politisch noch so starker Faktoren imstande ist, es vom Festhalten an dem damals gleichzeitig aufgestellten Ziele des Anschlusses an Deutschland abzubringen."

Das war **die Tragik Deutsch-Österreichs**: sieben Millionen Deutsche schmachteten in den Ketten eines Gewaltfriedens, der ihnen ihr natürlichstes Recht der Selbstbestimmung versagte. Eine gewaltige Bewegung, getragen vom Feuer der Begeisterung, erlosch am eisenharten Willen der Gegner und am inneren Zwiespalt, der durch die habsburgischen Separatisten, die Christlich-Sozialen, hervorgerufen wurde. Die Deutschen Österreichs mußten ihre Sehnsucht nach dem Großdeutschen Reiche in ihre Herzen verschließen, denn das große Deutschland war zu ohnmächtig, ihnen zu helfen.



#### **4. Kapitel: Innere Spannungen,**

##### ***Forderungen der Militärkontrollkommission, Konferenz von Cannes.***

Im Sommer des Jahres 1921 bot Deutschland und sein Volk bereits das vollkommene Bild innerer Zerrüttung. An der Spitze des Reiches stand eine Koalitionsregierung von der Demokratie über das Zentrum zur Sozialdemokratie, und ihr ausschlaggebender Faktor, der Reichskanzler Dr. Wirth, neigte stark als Angehöriger des linken Zentrums zur Sozialdemokratie. Dr. Wirth ging in der Folgezeit sehr oft mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu Rate, so daß man förmlich von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung sprach, während sich die Kluft zwischen ihm und den Rechtsparteien immer mehr vertiefte. Die Regierung hatte Völkerversöhnung und Weltfrieden unter der Bedingung restloser Erfüllung auf ihre Fahnen geschrieben und forderte auch damit den **Widerspruch der Rechtsparteien und der Kommunisten** heraus. Die **Anhänger der nationalen Parteien** erklärten die Annahme des Londoner Ultimatus nicht nur für baren Unsinn wegen seiner Unerfüllbarkeit, sondern geradezu als ein Verbrechen am Volke, da allein der Versuch seiner Erfüllung weite Kreise des Volkes unerhörter Verelendung preisgeben müÙte. Die Auflösung der Selbstschutzorganisationen rief Widerspruch hervor, da man stets die drohende kommunistische

**Rechtsparteien  
und Kommunisten  
gegen Wirth**

Gefahr im Auge hatte. Die "Kriegsverbrecherprozesse" lösten einen wahren Sturm der Erbitterung aus, der vom Standpunkt der nationalen Ehre durchaus berechtigt war. Auch über die blutigen Wirren in Oberschlesien machte man der Regierung Vorwürfe und klagte sie ihrer Ohnmacht und Schwäche an, die nicht in der Lage sei, jene Katastrophen vom deutschen Lande abzuwenden. - Auch die **Kommunisten**, die im Juli 359 613 Mitglieder zählten, waren mit der Regierung Wirth unzufrieden. Durch ihren Erfüllungswillen leistete sie dem Ententekapitalismus und -imperialismus Vorspanndienste auf Kosten des deutschen Proletariats. Das deutsche Kapital werde durch eine solche Politik ebenfalls nur gestärkt, und wahre Gesundung werde nur der Anschluß an Rußland bringen.

**Charakter der deutschen Regierungen:  
Landesregierungen in Preußen,  
Bayern, Sachsen und Thüringen**

Vielseitige politische Schattierung zeigten die **Regierungen der Länder. Preußen**, der größte Staat, wies eine Regierung auf, die etwa der Koalition im Reiche entsprach, mit vorherrschendem sozialistischen Element im Innenministerium. Demokratisierung der Verwaltung war das Hauptbestreben der preußischen Regierung, und alte, erfahrene Beamte machten neuen, ungeschulten, aber sozialdemokratisch zuverlässigen Kräften Platz. Der Verwaltungsapparat wurde schwerfällig, unbeholfen, kostspielig, da die verantwortlichen Männer in Ermangelung eigener Kenntnisse erfahrene Berater brauchten, bis sie die verwaltungsmäßige Routine besaßen. Angehörige vaterländischer Organisationen, besonders des "Stahlhelm", wurden nach Möglichkeit aus den Beamtenstellen entfernt, denn man fürchtete ihren Einfluß. Auf diese Weise trieb man die Mitglieder der Rechtsverbände in die Opposition, anstatt sie zu versöhnen.

**Bayern** war der Gegenspieler Preußens. Hier war seit dem Frühjahr 1920 eine ausgesprochen rechtsgerichtete Regierung am Ruder, und sie gewährte den Führern des Kapp-Putsches Zuflucht vor der Verfolgung durch das Reich und Preußen. Oberst Bauer, Kapitän Ehrhardt, General Ludendorff und mancher andere siedelte nach München über, und in Berlin wurden die abenteuerlichsten Märchen verbreitet: Bauer und Ehrhardt hätten sich in der Nähe der bayerischen Hauptstadt mit ihren Leuten verschanzt; sie würden von bayerischer Landespolizei scharf vor den Zugriffen der Preußen bewacht. Bayern konnte den Verlust seiner Sonderrechte durch die Reichsverfassung nicht verschmerzen, und es betrachtete Berlin, die Reichshauptstadt, die ihm gleichbedeutend mit Preußen war, als ihren offenen Feind. Die Forderung nach der Wiederherstellung der bayerischen Rechte verstummte nicht.

**Ausgesprochen sozialistische Regierungen mit starkem unabhängigen Einschlag wiesen die beiden Mittelstaaten Sachsen und Thüringen** auf. In Thüringen wurde der Landtag auf Antrag der Kommunisten aufgelöst, und als am 6. Oktober der neue Landtag zusammentrat, bildete sich mit achtundzwanzig gegen sechszwanzig Stimmen eine rein sozialistische Regierung. Das Innenministerium lag in den Händen eines unabhängigen Sozialdemokraten. Das Bürgertum war vogelfrei. Erdrückende Steuern wurden ihm aufgelegt, seine Versammlungen wurden gestört und seine Lebensführung unter dem Vorwand der Zwangswirtschaft kontrolliert. - Ebenso schlimm war es in Sachsen. Der unabhängige sozialdemokratische Minister Lipinski ernannte seinen Parteigenossen Ryssel zum Amtshauptmann von Leipzig. Dieser Mann, der keinerlei Sach- und Fachkenntnisse besaß, übernahm sein Amt am 1. August, an demselben Tage, da der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Zeigner sein Amt als Justizminister antrat. Unter dem wohlwollenden Protektorate Lipinskis und Zeigners entwickelte sich Sachsen zu einem sozialistisch-kommunistischen Paradies, und der Aufruf der Exekutive der Komintern in Moskau vom 4. August: "Ihr Arbeiter, vereinigt Euch von unten zum Kampfe gegen die Bourgeoisie und Sozialrevolutionäre", fand in der Folgezeit in Sachsen seine energischste Befolgung. Dr. Zeigner gab seinem Amtsantritt eine besondere Weihe dadurch, daß er fast sämtliche von sächsischen Sondergerichten verurteilten Aufrührer und Mordbrenner begnadigte.

**Die gewaltsame Auflösung der Selbstschutzorganisationen, die Heimatwehren und der Organisation Escherich** mußte gerade in jenen Zeiten katastrophaler Außenpolitik und stark linksgerich-

**Auflösung der  
Selbstschutzorganisationen**



teter Innenpolitik zu Komplikationen führen. Gewiß, dem Machtgebot der Entente und dem Befehl der Reichsregierung konnte man nicht trotzen: die gefährlichen Organisationen verschwanden. Es war aber nicht möglich, den Geist starken Nationalbewußtseins und kameradschaftlichen Zusammenschlusses, der in zahlreichen äußeren und inneren Kämpfen geschmiedet war, zu ertönen. Die aufgelösten Verbände bildeten sich unter anderem harmlosen Namen neu, und der dauernde Zwang, ihre Verbindung vor der Entente und den deutschen Regierungen geheimzuhalten, erzeugte allmählich eine Verzweiflungsstimmung, die sich in Katastrophen und Explosionen Luft machen mußte. Das nationale Gefühl dieser Organisationen überspannte sich, blind gegen alle Gefahren und nüchternen Erwägungen der Zweckmäßigkeit, so wie etwa der Druck des Wassers mehr und mehr übersteigert wird, je länger es in einem geschlossenen Topfe über dem Feuer steht, bis eine gewaltsame Explosion die natürliche Reaktion herbeiführt.

Die Behauptung, die gern von den Linksparteien aufgestellt wurde, daß sich die **Tätigkeit der Geheimverbände** lediglich auf den Sturz der deutschen Regierungen richte, entsprach nicht ganz den Tatsachen. Wenn ein aggressiver Gedanke vorhanden war, so war es der Wille, den **Versailler Vertrag** und seinen Urheber Frankreich zu bekämpfen, allerdings im Anschluß daran auch in Deutschland alle diejenigen Stellen zu beseitigen, die den Bestrebungen der Alliierten Vorschub leisteten. Nach innen waren die Geheimverbände nur auf **Abwehr kommunistisch-sozialistischer Bürgerkriege** eingestellt. Es war natürlich von vornherein unklug gewesen von der Entente, die Auflösung der Selbstschutzorganisationen zu verlangen, denn nun tauchten diese in die unkontrollierbare Sphäre des bürgerlichen Lebens unter. Sie gaben gewissermaßen eine Schicht ab, in der militärische Einflüsse der Reichswehr und der Polizei ins Bodenlose versickerten. Es kam vor, daß Großgrundbesitzer Ostpreußens, Pommerns und der Mark Mitglieder solcher Verbände auf ihre Güter nahmen, wo sie die Arbeiten einfacher Landarbeiter verrichteten. Auch kam es vor, daß in Garnisonstädten zivile Vereinigungen den Anschluß an die Reichswehr suchten und dann als sogenannte "Schwarze Reichswehr" operierten, ohne daß die Bevölkerung hiervon etwas ahnte. Die meisten Organisationen jedoch blieben selbständig unter einem unauffälligen Namen als Sport- oder Gesellschaftsvereine bestehen und unterhielten durch ihre Mittelsmänner eine Verbindung mit Reichswehr oder Polizei aufrecht.

### **Geheimverbände**

**Einige Geheimverbände waren in München entstanden.** Ihre Satzungen besagten folgendes:

"Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage: **a)** geistige Ziele - weiteste Pflege und Ausbreitung des nationalen Gedankens, Bekämpfung alles Anti- und Internationalen, des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien, Bekämpfung der anti-nationalen Weimarer Verfassung in Wort und Schrift, Aufklärung weiter Kreise über diese Verfassung und Propagierung einer für Deutschland allein möglichen Verfassung auf föderalistischer Grundlage; **b)** materielle Ziele - Sammlung von entschlossenen nationalen Männern zu dem Zwecke, die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern und bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederringung zu erzwingen, ferner durch Einsetzen einer nationalen Regierung die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entwaffnung und Entmannung des deutschen Volkes unmöglich zu machen und dem Volke seine Wehrhaftigkeit und seine Bewaffnung soweit wie irgend möglich zu erhalten."

Es hieß ferner in den Satzungen: Die Organisation sei eine Geheimorganisation; sie verpflichte die Mitglieder untereinander zu einem Schutz- und Trutzbündnis, wodurch jeder Angehörige der weitestgehenden Hilfe aller Mitglieder sicher sein könne. Jedes Mitglied verpflichte sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation und deren Organen. Juden, überhaupt alle Fremdrassigen, seien von der Aufnahme ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft sollte erlöschen entweder durch Tod, oder durch Ausweisung wegen unehrenhafter Handlung, oder bei Ungehorsam gegen Vorgesetzte, oder schließlich bei freiwilligem Austritt. In allen Fällen jedoch sollten Verräter, auch ausgeschiedene, der Feme verfallen. Die Verpflichtungsformel lautete:

"Ich erkläre ehrenwörtlich, daß ich deutscher Abstammung bin und verpflichte mich, mich den Satzungen zu unterwerfen und nach ihnen zu handeln. Ich gelobe, dem obersten Leiter

unbedingten Gehorsam zu leisten und über alle Angelegenheiten Stillschweigen zu bewahren, auch nach meinem Austritt."

Da es bei diesen Organisationen wesentlich mehr als bei anderen Verbänden auf die persönliche Fühlung zwischen Führung und Mitgliedern ankam, war die Mitgliederzahl naturgemäß beschränkt, was wiederum zur Folge hatte, daß sich eine ganze Anzahl solcher kleinen Geheimverbände bildete, die sich der Führung einer Organisation unterstellten, wie dies in München der Fall war.

Ähnliche Vorgänge hatten sich in **Sachsen** vollzogen. Am 6. Juli hatte im "Hotel Hauffe" zu Leipzig die "Orgesch" ihre Auflösung beschlossen, aber in derselben Versammlung wurde der Bund der "Brüder vom Stein" gegründet. Mit diesem Bunde arbeiteten die "Liga zum Schutze der deutschen Kultur", der "Verein für Volksaufklärung" und andere Verbände zusammen. Die "Brüder vom Stein" hatten ihren Verein beim Amtsgericht Leipzig eintragen lassen, ohne daß das Polizeiamt dies beanstandet hätte. Daneben bestand ein Sportverein "Silbernes Schild", welcher eine Fortsetzung der militärischen Organe der Zeitfreiwilligen in Leipzig darstellte. Er gliederte sich in Wanderabteilungen, die unter militärischer Leitung standen, sogar ein Polizeihauptmann gehörte zu den Gruppenleitern. Die Mitglieder jedoch ließ man über den militärischen Charakter im unklaren. Im September 1921 beschloß das "Silberne Schild", sich geschlossen den "Brüdern vom Stein" anzugliedern. Die "Brüder vom Stein" hatten auch ihre Beziehungen nach Bautzen. Hier war der entlassene Major Schneider Leiter der Selbstschutzorganisation für Ostsachsen. Der Verband gliederte sich in zwei Polizeizüge, deren einen ein aktiver Oberleutnant der Landespolizei führte. - All diese Organisationen waren die Fortsetzungen der "Orgesch" und des "Bürgerbundes", und Gelder erhielten sie von den Finanzausschüssen der sächsischen Industrie. Auch die ehemalige Brigade Ehrhardt stand in Fühlung mit den "Brüdern vom Stein".

**Ermordung  
Erzbergers**

Man hätte vielleicht von diesen geheimen Organisationen kaum irgend etwas erfahren, wenn nicht ein Ereignis eingetreten wäre, das plötzlich alle deutschen Regierungsmänner erbeben ließ. Matthias Erzberger, der 1920 infolge seines Prozesses mit **Helfferrich** aus dem Reichsdienst ausscheiden mußte, trug sich mit dem Gedanken, wieder aktiv in die Politik einzutreten. War doch die Regierung seines politischen Freundes Dr. Wirth so das rechte Fahrwasser, in dem er schwimmen konnte! Er hielt sich in Griesbach am Schwarzwald mit seinen Angehörigen zur Erholung auf und unternahm am sonnigen, warmen Nachmittag des 26. August mit Bekannten einen Waldspaziergang am Kniebis. Plötzlich sprangen zwei Männer aus dem Gebüsch hervor auf die Landstraße, feuerten ihre Revolver auf den Exminister ab und verschwanden. **Erzberger war ermordet**, und Deutschland entsetzte sich. Von den beiden Tätern, den ehemaligen Offizieren Schulz und Tillessen, fand man keine Spur, und sie entkamen ins Ausland. Doch wurden zwei andere Männer verhaftet, Killinger und Müller, von denen man den ersten wegen Begünstigung anklagte, denn er hatte den einen Täter im Auto von München weggebracht, ehe er verhaftet werden konnte. Die beiden Verhafteten gehörten aber jener Münchener Geheimorganisation an, deren Mitglieder auch Schulz und Tillessen waren.

**Empörung der  
Linksparteien**

Die **Demokraten und Linksparteien erhoben ein Wutgeschrei gegen die Rechtsparteien**, die den Mord Erzbergers verschuldet hätten. Man bezeichnete geradezu Helfferrich als den geistigen Vater der Tat. In Wahrheit war davon keine Rede. Die Reichsregierung aber, Dr. Wirth, erließ am 29. August einen Aufruf gegen die politischen Unruhen. "Schon seit geraumer Zeit erfüllt es die Reichsregierung mit Besorgnis, daß die öffentlichen Sitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten und die Grundlagen von Reich und Staat zu erschüttern drohen." Zügellose Agitation untergrabe die politischen und staatlichen Fundamente, die Sprache der Presse werde von Tag zu Tag eindeutiger. Gewissenlose Elemente und Gruppen trügen sich mit dem Plane, den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung zu betreiben. Offen werde zu rohen Gewaltakten und Mord aufgefordert, indem man die Reichsregierung als einen "Klüngel unfähiger, schwächerer und undeutscher Politiker" bezeichne, deren Beseitigung patriotische Pflicht sei. Dies entspringe dem Haß gegen die demokratisch-republikanische Staatsform, und daraus ergebe sich die Verachtung und Übertretung der Gesetze.

"Die Reichsregierung ist deshalb entschlossen, das zu tun, was die Zeitumstände und die Provokationen der Gegner der Verfassung gebieterisch erheischen... Sie wird mit unerbittlicher Strenge gegen jede Auflehnung vorgehen und fordert alle Organe des Reiches und der Länder auf, in völliger Unparteilichkeit und ohne Ansehen der Person der Verordnung rücksichtslos Geltung zu verschaffen."

### Regierungsmaßnahmen

Diese Verordnung war die "**Ausnahmereverordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**" vom gleichen Tage. Hiernach sollten alle periodischen Druckschriften, die zum gewaltsamen Umsturz der republikanisch-demokratischen Staatsform aufforderten, verboten werden. Wer trotzdem eine solche Druckschrift herausgibt, würde mit einer Geldstrafe bis 500 000 Mark und Gefängnis bestraft werden. Auch Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen und ihre Teilnehmer sollten unter den gleichen Bedingungen verboten und bestraft werden.

Dieser Aufruf und diese Verordnung waren **das Signal für die Angehörigen der sozialistischen und kommunistischen Parteien, gegen jedermann, der ihnen verdächtig war, einer Rechtspartei anzugehören, mit brutaler Gewalt vorzugehen**. Harmlose Bürger wurden überfallen und mißhandelt, und die Proletarier, welche allein die Existenz nationaler Parteien als persönliche Beleidigung auffaßten, ächteten jeden Bourgeois; sogar vor der Reichswehr machte man nicht halt, stand sie doch, nach der Auffassung jener Leute, im engsten Zusammenhang mit den Verschwörern. Wo man einen einzelnen Soldaten erwischen konnte, schlugen ihn Arbeiterfäuste zu Boden, nahmen ihm die Waffe weg, zerrissen seine Uniform und mißhandelten ihn aufs schauderhafteste. Der Reichspräsident sah sich bereits am 5. September genötigt, eine Kundgebung für die Wehrmacht herauszugeben:

"Die politische Erregung der letzten Zeit hat bedauerlicherweise dazu geführt, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Straßen ohne Grund angegriffen, beleidigt und mißhandelt worden sind... Die Autorität des Staates macht es der Reichsregierung zur Pflicht, Ausschreitungen gegen die Wehrmacht des Reiches und Angriffe gegen ihre Angehörigen mit den ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu begegnen."

Trotzdem kamen immer neue Fälle von Mißhandlungen an Soldaten vor. Der ganze, Jahre hindurch zurückgedämmte Grimm des Proletariats gegen die Reichswehr, die einst erbarmungslos die kommunistischen Aufstände niedergeschlagen hatte, kam wieder zum Durchbruch.

**Mit Eifer führten die Regierungsstellen im ganzen Reiche die Untersuchung.** Haussuchungen bei bekannten Führern der Rechtsparteien, bei Zeitungen wurden vorgenommen. Man verhaftete zahlreiche Menschen und ließ sie wieder laufen, und wirkliches Belastungsmaterial wurde nur in ganz verschwindenden Fällen gefördert, nämlich in bezug auf jene Geheimorganisationen in München und Leipzig und vielleicht in einigen anderen Orten. Unaufhörlich aber gossen die Sozialisten Öl ins Feuer. Der unabhängig-sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann erklärte im Reichstag, in Bayern und in Salzburg sei das Zentrum der die Republik bedrohenden Elemente. Die Schandwirtschaft von Kahr, Roth und Pöhner trage die Schuld am Morde von Gareis (im Juni), sie treffe auch die Verantwortung für die Pissetreiberei des *Miesbacher Anzeigers* und deren Folge, die Ermordung Erzbergers. Ja, die Sozialdemokratie trat Anfang Oktober an die Unabhängigen mit dem brüderlich gemeinten Vorschlage heran, ob sich die Unabhängigen nicht an der Regierung Wirth beteiligen wollten, dies sei von größter Wichtigkeit "wegen der Steuerpolitik der nächsten Zukunft und der Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen". Doch die Unabhängigen antworteten ausweichend, man wisse nicht, wie sich die Demokraten und das Zentrum zu ihrem Eintritt in die Regierung stellen würden. Sie zogen es vor, freie Hand zu behalten, statt sich durch Teilnahme an der Regierung zu binden.

**Mit besonderem Eifer widmete sich Sachsen der Verfolgung der "Monarchisten"**. Das Gesamtministerium, sozialistisch mit stark unabhängiger Tendenz, hatte am 2. September erklärt, die Reichsregierung tatkräftig bei

"Monarchisten"-  
Verfolgungen  
in Sachsen

der Durchführung ihrer Ausnahmeverordnung unterstützen zu wollen. "In Form von militaristisch-nationalistischen Feiern wird die monarchistische Propaganda mit demon-strativer Hervorhebung des Schwarzweißrot im ganzen Reiche mehr oder weniger offen betrieben. Absichten und systematische Organisation dieser Treibereien sind unverkennbar." Den Beamten aber, die derartige Bewegungen naheständen, werde ans Herz gelegt, die notwendigen Folgerungen zu ziehen. An den Ermittlungen und Untersuchungen beteiligte sich auch die Straße höchst intensiv, mißhandelte verdächtige Einwohner, drang in Häuser ein, um auf eigene Faust Haussuchungen vorzunehmen, und beleidigte die Verhafteten, ohne daß man den Unberufenen dieses verwehrt hätte. Es gab zahllose Haussuchungen und Verhaftungen, die nur bei Anhängern rechtsgerichteter Verbände vorgenommen wurden, während man die Kommunisten bei ihren staatsgefährlichen Umtrieben nicht störte. Bildeten sie doch schon hier und da **proletarische Selbstschutzorganisationen**, da ihnen die Polizei nach den sich mehrenden Enthüllungen nicht mehr sicher genug für die Verteidigung der Republik erschien.

Die Deutsche Volkspartei Sachsens beklagte sich über die einseitige Durchführung der Ausnahmeverordnung und fragte die Regierung, ob sie bereit sei, eine gleichmäßige und gerechte Handhabung der Verordnung gegenüber den Parteien zuzusagen und dafür Sicherheiten zu geben, die friedlichen Versammlungen gegen den Terror der Straße zu schützen, das allgemeine Verbot der Regimentstage aufzuheben, und welche Maßnahmen sie auf Grund ihrer Erklärung vom 2. September gegen die Beamten beabsichtige? Die Regierung bejahte die ersten beiden Fragen, ohne die Angelegenheit der Sicherheit zu erörtern, die dritte verneinte sie zunächst, und auf die vierte gab sie keine Antwort. Im Laufe des September kam man in Leipzig und Bautzen auf die Spur der oben erwähnten Geheimbünde, die Mitglieder wurden zum Teil in Haft genommen, nachdem umfangreiche Haussuchungen bei Tag und Nacht durchgeführt worden waren, und der Fonds der "Brüder vom Stein" in Leipzig und Dresden in Höhe von 700 000 Mark wurde beschlagnahmt. Es kam in der Folgezeit bei den Untersuchungen nicht viel heraus, doch Anfang November rühmte sich der Innenminister Lipinski vor dem Landtage seiner Erfolge, worauf ihm von den Rechtsparteien entgegengehalten wurde, daß er durch seine "Enthüllungen" nur den grausamen Vernichtungswillen der Feinde gegen das deutsche Volk stärke. Daß diese Besorgnis nicht unbegründet war, sollte sich sofort zeigen.

Bereits im Juli wurde von der **Interalliierten Marinekommission** wieder die leidige **Frage der Dieselmotoren** angeschnitten. Die Firma Benz in Mannheim hatte drei solcher Maschinen im Bau, und die Kommission sah in der Tatsache, daß es schnellaufende Motoren waren, ein Charakteristikum als Unterseeboot-Maschinen. Somit seien sie Kriegsmaterial, und ihre Fertigstellung wurde verboten. Die deutsche Regierung trat den umfangreichen Beweis an, daß die fraglichen Motoren kein Kriegsmaterial seien und daß bereits die Alliierten dem Bau von Dieselmotoren für industrielle Zwecke zugestimmt hätten, dennoch aber hielt die Kommission ihre Ansicht aufrecht und bezeichnete die Herstellung der Maschinen als eine Verletzung des Ultimatums.

**Sorgen der  
Entwaffnungskommission**

Die **Interalliierte Militärkommission** betrieb, trotzdem das Heer auf 100 000 Mann herabgesetzt, die Polizei dezentralisiert war, die Waffen abgeliefert und zerstört, die Selbstschutzverbände aufgelöst waren, mit allem Nachdruck und Eifer die "Entwaffnung" Deutschlands. Sie fand gute Unterstützung bei nichtswürdigen Subjekten, die gegen Geld falsche Angaben machten, dadurch aber die Stellung der Reichswehr den Alliierten gegenüber erschwerte. Gegen diese Hochverräter, meist Arbeiter und kleine Handelsleute, die aus gewinnsüchtigen Motiven handelten, wurden Prozesse geführt, so in Köthen und Leipzig, und die für schuldig Befundenen mit Festung bestraft. Der englische Oberst Repington schrieb hierüber (21. Januar 1923 im *Daily Telegraph*):

**Forderungen  
der Interalliierten  
Kontrollkommissionen**

"Die Deutschen erwiesen sich als unübertreffliche Angeber. Es ist hauptsächlich diesen Deutschen zu verdanken, daß verstecktes Kriegsmaterial gefunden wurde. Der Beweggrund dabei war vorherrschend Geld; an zweiter Stelle kamen Haß und Rachsucht; an dritter Stelle kam der Glaube einer gewissen Anzahl Deutscher, daß sie damit ehrlich deutschen Interessen

dienen."

Diese schmutzige Angeberei war eine der verwerflichsten Erscheinungen jener düsteren Jahre. Sie war weiter verbreitet, als für die deutschen Gerichte die Möglichkeit bestand, sie zu verfolgen. Es blieb hierdurch also nicht aus, daß die Interalliierte Kommission bei all ihren Inspektionen durch Mißtrauen und Argwohn voreingenommen war und sich in dem Gefühle sonnte, sie werde von Deutschland hintergangen, und daraus das Recht zu scharfen Maßnahmen ableitete. Man entdeckte vertragswidrige schwere Kanonen in Festungen, man hob gewaltige Waffenlager von zehn oder zwanzig Gewehren aus, die Deutschland versteckt hatte, um damit Frankreich zu überfallen, die Kadetten- und Unteroffiziersschulen bestanden unter zivilen Namen weiter, ohne daß der kriegerische Geist von ihnen gewichen war, die Herren vom Großen Generalstab und von den Generalkommandos versahen statt in Uniform als Pensionär in Gehröcken ihren Dienst weiter - und was derartige merkwürdige Auffassungen mehr waren. "In der Geschichte der Kommission hat es niemals einen Augenblick gegeben, in dem nicht ein jeder, von dem Wehrministerium und dem Chef der Heeresleitung bis zur untersten Stelle herunter, tätig gewesen wäre, nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Plane die Kontrollarbeit zu vereiteln, bei scheinbarer Unterwerfung unter ihre Vorschriften", replizierte General Morgan, selbst ein Mitglied der Kommission. Die Einheitlichkeit der Armee bereitete schon Sorge genug. Früher gab es preußische, bayerische, sächsische usw. Truppen, jetzt gab es nur noch eine Reichswehr. Sie sei nicht eine Armee, sondern ein Kader von Instruktoren. Die Rekruten würden nicht für zwölf Jahre angeworben, wie der Versailler Vertrag verlange, sondern nur kurze Zeit ausgebildet und dann wieder entlassen. Das war dann die sogenannte "Schwarze Reichswehr", ein "maskiertes Pensionssystem".

Nun kamen die vor breiter Öffentlichkeit mit beredten Worten gemachten **Enthüllungen über die Geheimverbände**. Die Interalliierte Kommission sah sich neuen Gefahren, neuen Tücken, neuer Arbeit gegenüber. Was hatte alle ihre Arbeit genützt, wenn man plötzlich derartige Erkenntnisse sammeln mußte? Es stand für die Engländer und Franzosen fest, daß der größte Teil Deutschlands einer unsichtbaren Armee angehörte, und ein neuer Feldzug gegen diesen heimlichen Feind begann. Wo Geheimverbände sind, sind auch geheime Waffen, schlußfolgerte die Kommission, und man begann auf pommerschen Rittergütern die Misthaufen umzugraben, ohne die erwarteten Gewehre, Maschinengewehre und Kanonen zutage zu fördern. Bei Dresden mußten Gebäudeteile einer Fabrik gesprengt werden, um festzustellen, daß kein Kriegsmaterial eingemauert sei. In Kruppschen Werken mußten Maschinen zerstört werden, die lediglich friedlich-wirtschaftlichen Zwecken dienten. In den chemischen Fabriken witterte man die Herstellung giftiger Gase. Ganz besonders hatte man es jetzt aber auf die "Deutschen Werke" abgesehen.

**Die "Deutschen Werke"** waren während des Krieges Heereswerkstätten gewesen, nach der Revolution aber sogleich auf Friedensproduktion umgestellt worden. Die deutsche Regierung hatte am 10. Februar 1920 von der Botschafterkonferenz das ausdrückliche Einverständnis zum Fortbestehen der Reichswerke nach ihrer Umstellung erbeten und erhalten. Nun aber, im September 1921, forderte die Militärkontrollkommission Zerstörung, Umbau und Entfernung von "Spezialmaschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial", Vernichtung von Eisenbahnen, Loren und anderem Gerät, Umbau von Gebäuden, ja, für das Wolfgangwerk bei Hanau wurde Zerstörung sämtlicher Gebäude bis auf den Grund verlangt, auch bei Werken bei Erfurt und Spandau-Haselhorst sollten sehr beträchtliche Einschränkungen vorgenommen werden. Ferner wurde eine Menge von Rohmaterialien der Werke beschlagnahmt. Die deutsche Regierung protestierte gegen die Forderungen unter Hinweis darauf, daß die Schließung der "Deutschen Werke" viele Tausende von Arbeitern und Angestellten brotlos machen und dadurch die Not in Deutschland erheblich vermehren würde. Sie legte dar, was in den einzelnen Werken hergestellt würde: in Erfurt und Spandau Schußwaffen für Sport und Munition, in Hanau Kollodium und Nitrozellulose zur Herstellung von Filmwolle und Kunstleder, Schmirgelpapier, Wagen- und Lokomotivenreparaturen usw., die Hüttenwerke Spandau sollten zu einem Walzwerk ausgebaut werden usw. Ferner ersuchte die Regierung, für die trotz Nachprüfung und Beschränkung noch zerstörungspflichtig bleibenden Maschinen eine Verkaufsfrist zu gewähren, die den Bedingungen geordneter und rentabler

**Streit um die  
"Deutschen Werke"**



Geschäftsführung Sorge trage.

Anfang Januar 1922 antwortete dann die Botschafterkonferenz, die Kommission sei ermächtigt, zur Durchführung der Umstellungen, die sie für erforderlich erachten werde, Fristen zu bewilligen, die ausreichen würden, um die besonderen Interessen der Arbeiter vollständig zu wahren. Bedingung hierfür sei, daß die Umstellungen bis spätestens zum Zeitpunkte des Aufhörens jeder effektiven Kontrolle durch die Alliierten vollständig beendet seien. Einen Monat später gab Nollet die näheren Anweisungen heraus, in welcher Weise bei den "Deutschen Werken" Betriebsänderungen vorzunehmen seien. Vor allem wurde die Herstellung von Waffen und Munition, sowie von Nitrozellulose für die Zukunft verboten, denn dies waren kriegerische Produkte, deren Herstellung man nicht gern beim deutschen Volke sah, das zum Frieden erzogen werden mußte. -

**Eine neue  
Wirth-Regierung**

Die Hauptsorge galt aber nach wie vor der **unseligen Reparationsfrage**. Die Regierung Wirth war anlässlich der oberschlesischen Entscheidung am 22. Oktober zurückgetreten. Der Reichspräsident Ebert jedoch beauftragte schon nach drei Tagen den zurückgetretenen Reichskanzler aufs neue mit der Regierungsbildung. "Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch dieses Mal dieses Opfer bringen werden." Und Wirth brachte das Opfer. Am 26. Oktober stellte er **dem Reichstag seine neue Regierung vor**, die sich aus vier Sozialdemokraten, vier Zentrumsanhängern und zwei Demokraten zusammensetzte, und er erklärte, daß die neue Regierung die Entscheidung des Rates des Völkerbundes über Oberschlesien als gegen Vertrag und Recht verstoßend erachte und daß sie Deutschlands Rechte auf das entrissene Land in keiner Weise als beeinträchtigt erachten könne durch einen Zustand, der durch Gewalt geschaffen werden solle.

Die Regierung Wirth hatte seit dem Londoner Ultimatum keinen leichten Stand in Deutschland. **Die stärksten Stützen des Kabinetts waren die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften**. Diese Tatsache mußte ganz naturgemäß den Widerstand des Kapitals, besonders der Schwerindustrie, wecken, die in dieser offensichtlichen Rückkehr zu Zuständen des Jahres 1919 eine Herausforderung erblickte, besonders, da ja das Kabinett Fehrenbach sich ernstlich bemüht hatte, dem Privatkapital wieder Einfluß und Geltung zu verschaffen. **Stinnes stand grollend beiseite, und hinter ihm stand die deutsche Schwerindustrie**. Deutschlands Schicksal könne sich nur durch Arbeit, schwere, rastlose und ungestörte Arbeit zum Besseren wenden, das war die Ansicht des deutschen Kapitals, und mit unverhohlenem Mißfallen verfolgte es den "guten Willen" der Regierung Wirth, "bis zur Grenze der Leistungsmöglichkeit" zu erfüllen. Dieser "gute Wille" der Regierung Wirth ging sogar so weit, daß sie hemmungslos, ohne Rücksicht auf das Volk, seit Mai 1921 die deutsche Währung verkaufte, nur um erfüllen zu können. Die Folge davon war, daß die Mark unaufhaltsam sank, daß die Geldentwertung, **die Inflation**, sich zu einer ernsten Gefahr entwickelte. Stinnes sagte einmal zu Rathenau: "Sie werden mit Ihrer Erfüllungspolitik denselben Schaden stiften, wie eine Anzahl Vertreter in Spa, die aus einer fremdvölkischen Psyche heraus den deutschen Widerstand gegen unwürdige Zumutungen gebrochen haben." Es kam so weit, daß industrielle Blätter eine Lanze für Steuerflucht und Kapitalflucht brachen. So schrieb die *Bergisch-Märkische Zeitung* im Juli 1921, Steuerflucht sei "heute jedenfalls nicht so unmoralisch wie unter den früheren schöneren Verhältnissen", und schwerwiegende volkswirtschaftliche Gründe ließen sogar eine Kapitalflucht unter Umständen nützlich erscheinen. Und die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* meinte, wenn das Kapital durch konfiskatorische Steuern und eine chaotische Verwaltung bedroht werde, dann gehe es ins Ausland; mit einem Federstriche oder einer Umbuchung könne man das Kapital von einem Ende der Welt zum andern übertragen. Der Kampf zwischen Regierung und Industrie war derart scharf, daß Loucheur im November im Französischen Senat äußerte, es habe den Anschein, als ob die deutschen Kapitalisten und Industriellen den Zusammenbruch Deutschlands beschleunigen wollten.

Aber mit der Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie und des Proletariats konnte die Regierung Wirth auf die Dauer doch nicht regieren, denn zur Erfüllung der Reparationen brauchte sie das Kapital, und dies

**Reparationsorgen  
der Regierung Wirth**

ließ sich nicht diktatorisch zwingen, wenn man nicht seine Freundschaft suchte. Dies zu tun, wurde Wirth **durch den Wiedergutmachungsausschuß nahegelegt**, der Anfang Oktober nach Berlin gekommen war, um die Frage zu prüfen, in welcher Weise die nächsten Zahlungen aus dem Londoner Ultimatum bewirkt werden könnten. Die Gläubiger forderten, nötigenfalls ausländische Kredite in Anspruch zu nehmen. Das aber war wiederum nur möglich mit Hilfe der deutschen Industrie und Banken, das heißt also: durch Belastung des Besitzes.

***Groll der Industrie  
und ihre Forderungen***

**Die Reichsregierung berief also Anfang November Vertreter der Industrie, des Handels und der Banken nach Berlin und besprach mit ihnen die weiteren Maßnahmen der Politik.** Es kam der Regierung vor allem auf Kredithilfe an, um ihre Wiedergutmachungsverpflichtungen im Januar und Februar erfüllen zu können. Das Kapital stellte seine Bedingungen. Zunächst wurde Bruch mit der Sozialisierungspolitik verlangt, die in der öffentlichen Hand befindlichen Betriebe sollten in Privatbetriebe umgewandelt werden. Mit der **Eisenbahn** sollte der Anfang gemacht werden, sie sollte auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes an ein Privatkonsortium verkauft werden. Das Reich solle eine sparsame Finanzwirtschaft treiben: Beamtenabbau. Und dann: die Sanierung der Finanzen sei natürlich nur möglich, wenn das Problem der Verpflichtungen aus dem Londoner Ultimatum in anderer Weise gelöst würde. Das waren die Forderungen des Kapitals. Dafür wollten sich Industrie und Banken um Beschaffung derjenigen Kredite bemühen, die das Reich brauche, um seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten Neuorganisationen in den Reichsbetrieben zeitlich und sachlich sicherzustellen. Die Industrie trat für langfristige Kredite ein und schlug vor, diese beim Ausland zu beschaffen. Doch sollte die Reichsregierung nur im Einverständnis mit Industrie und Banken dahingehende Verhandlungen führen. Selbstverständlich müsse, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten wolle, die Volksgesamtheit, das heißt der Staat, denjenigen, die heute diesen freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, das heißt dem deutschen Kapital, in zu vereinbarenden Weise entsprechende Entlastung gewähren. Man hatte dabei Abbau der Steuern und der sozialen Fürsorge im Auge.

Der Anfang war gemacht. Die Regierung hatte in der Verzweiflung über die durch ihre bisherige Erfüllungspolitik hervorgerufene wirtschaftliche Zerrüttung mit dem Kapital Waffenstillstand geschlossen und schöpfte neue Hoffnung. So konnte sie eine Woche später dem Wiedergutmachungsausschuß noch vor seiner Abreise aus Berlin mitteilen, daß sie zwar davon ausgehe, daß es an und für sich nicht den Bestimmungen des Londoner Zahlungsplanes entspräche, zur Aufbringung der Jahresleistungen zum Mittel des Kredites zu greifen, sie sei aber, um ihren guten Willen zu beweisen, bereit, eine solche Kreditoperation vorzunehmen. Für die Frage der Bedingungen des Kredites komme es in erster Linie auf die Vorschläge des Geldverleihers an. Die deutsche Regierung sei bereit und habe auch Schritte getan, um einen Kredit zu erhalten, und bitte den Wiedergutmachungsausschuß um seine Unterstützung hierbei. Jedoch müsse sie schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß für die Zeit der Rückzahlung der Kredite eine außerordentlich schwierige Lage mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reiches entstehen werde, und sie erwarte von der Reparationskommission, daß sie dieser besonderen Lage Rechnung tragen werde.

**Deutschland setzte sich unverzüglich mit den Magnaten der Londoner Börse in Verbindung, und der Wiedergutmachungsausschuß beflügelte diese Aktion.** Anfang Dezember teilte er der deutschen Regierung mit, sie solle all ihre Aufmerksamkeit unverzüglich den erforderlichen Maßregeln schenken, um die fälligen Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar sicherzustellen. Sie möge die schweren Folgen bedenken, die notwendigerweise für Deutschland entstehen, wenn es am Fälligkeitstage seine Zahlungen nicht erfülle. Man fordere die deutsche Regierung dringend auf, entweder bei den Staatsbürgern, die notorisch Besitz im Auslande hätten, oder bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten. Man sei überzeugt, daß die deutschen Schwierigkeiten aufs engste mit der neuerlichen Baisse des Kurswertes der Mark verknüpft seien und mehr einen finanziellen als wirtschaftlichen Charakter hätten. Sie seien vor allem durch das Versäumnis der deutschen Regierung

hervorgerufen, rechtzeitig den Haushalt dergestalt ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsbank gewährten Kredite und durch die Vermehrung des Papiergeldumlaufs als Folge dieser Kredite gedeckt werden.

### **Erfolgreiche Anleiheverhandlungen in London**

**Inzwischen waren die deutschen Vertreter nach London gefahren und verhandelten.** Die Herrscher des Geldes hörten sich die Wünsche der Bittsteller an, knöpften ihre Taschen zu und schüttelten lächelnd ihre Köpfe. Nein, man werde Deutschland keinen Pfennig geben, man habe kein Vertrauen zu ihm, besonders, solange die Bedingungen des Londoner Ultimatums gelten, welche Deutschlands Zahlungsverpflichtungen für die nächsten Jahre bestimmten. Man würde weder eine langfristige Anleihe noch einen kurzfristigen Bankkredit gewähren. Ehe die zweite Woche des Dezember verstrichen war, hatte die City das Urteil gesprochen, und der deutschen Regierung blieb nur noch übrig, dem Wiedergutmachungsausschuß mitzuteilen, daß auf Grund des negativen Ergebnisses der Anleiheverhandlungen die beiden Raten im Januar und Februar nicht voll bezahlt werden könnten. Sie beantragte für den nicht erfüllbaren Restbetrag Zahlungsaufschub. Die französische Presse fand für diesen Schritt weiter keine Erklärung, als daß sie sagte, der deutschen Regierung fehle es am "guten Willen".

Es war vorauszusehen, daß der Wiedergutmachungsausschuß ohne weiteres die deutsche Mitteilung nicht entgegennehmen würde. Er wollte wissen, wie hoch die Zahlungen zu den fälligen Terminen sein würden und bis wann man den Zahlungsaufschub wünsche; die Lage zwischen Deutschland und den Alliierten war wieder aufs äußerste gespannt. Nach den amtlichen Mitteilungen des Wiedergutmachungsausschusses betragen Deutschlands Zahlungen bis zum 31. Dezember 1921 in bar 1 184 171 000 Goldmark [eine Milliarde einhundertundvierundachtzig Millionen einhundertundsiebzigtausend], die erst nach Annahme des Londoner Ultimatums gezahlt waren, da ja die Regierung Fehrenbach vor Festsetzung der Gesamtsumme keine Barbeiträge abgeführt habe. Die Sachlieferungen wurden mit zwei Milliarden achthundert Millionen Goldmark, das Staatsvermögen in den abgetretenen Gebieten mit 2½ Milliarde eingeschätzt. Damit hatte Deutschland bis Ende 1921 insgesamt 6½ Milliarden Wiedergutmachungen geleistet. Nicht enthalten waren hierin die Kosten für Besatzung, für Ausschüsse und Zurückvergütung weggenommener Gegenstände. Für den Wiederherstellungs- und den Garantiausschuß wurde ein Jahresaufwand von 13 Millionen Goldmark angenommen!

### **Frankreichs Drohungen**

**Frankreich war unerbittlich. Es tobte über den säumigen Schuldner und verlangte schärfste Maßnahmen: Ruhrbesetzung.** Anders England, das unter einer erdrückenden Arbeitslosigkeit litt. Lloyd George war von Sorge erfüllt, daß eines Tages das ganze europäische Wirtschaftsleben zusammenbrechen könne, wenn man nicht bald auf Mittel und Wege sinne, um das kranke Mittel- und Osteuropa wiederherzustellen. Auf englische Veranlassung war es zurückzuführen, daß am vorletzten Dezembertage englische, französische und italienische Finanzsachverständige in Paris zusammenkamen und die Gründung einer "*Financial Corporation*" mit dem Sitz in England und einem Aktienkapital von 20 Millionen Pfund Sterling beschlossen, **um das europäische Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen.** Es waren lediglich Vorbesprechungen, die auf einer großen, noch zu berufenden europäischen Konferenz behandelt werden sollten. Um aber das Programm dieser Konferenz festzulegen, beschloß man möglichst bald im Januar in Cannes zusammenzukommen.

### **Konferenz von Cannes**

**Am Tage der Heiligen Drei Könige, dem 6. Januar 1922, versammelten sich die Vertreter der alliierten Mächte in Cannes, dem paradiesischen Badeort der französischen Riviera.** Ein ewig heiterer, blauer Himmel lachte über den Palmen und Oliven, und die Sonne spendete schon sommerliche Wärme, während im mittleren Europa der Winter sein eisiges Regiment führte. Im "Nautischen Club" tagte die Konferenz, deren Vorsitz Briand führte. Er führte aus, man wolle über die allgemeine Wirtschaftslage Europas und das Problem der Wiederherstellung sprechen. Deshalb wurden zwei Ausschüsse gebildet, welche sich mit Entschädigungsfra-

gen und dem Wiederaufbau Europas zu beschäftigen hatten. Lloyd George erklärte, wenn England Mäßigung Deutschland gegenüber zeige, so dürfe man ihm keineswegs vorwerfen, daß es deutschfreundlich sei, sondern diese Haltung entspreche den allgemeinen und großen Interessen Europas und der Welt. Was habe man davon, wenn Deutschland in das gleiche Chaos gestürzt würde, in dem sich Rußland befinde? Dies müsse man auf alle Fälle vermeiden, denn Deutschland könne in diesem Falle wesentlich gefährlicher werden als Rußland. Darum rate England zu Vorsicht und Mäßigung. Er schlage eine Wirtschaftskonferenz vor, zu der auch Deutschland und Rußland eingeladen werden sollten.

Auch der Italiener Bonomi unterstützte diesen Vorschlag, und so beschloß man denn, am 8. März in Genua eine europäische Konferenz abzuhalten, wozu die Minister möglichst aller europäischen Länder erscheinen sollten. Frankreich jedoch machte zwei Vorbehalte, daß nämlich keine innenpolitischen und propagandistischen Fragen erörtert werden sollten und daß alle wirtschaftlichen Fragen ehrlich geregelt werden sollten, indem die Schuldner ihre Verpflichtungen anerkennen, das heißt die Reparationsfrage sollte nicht erörtert werden. Der erste Vorbehalt war gegen Rußland gerichtet, dessen Propagandafreudigkeit in sowjetistischen Dingen genugsam bekannt war, und der zweite Vorbehalt betraf Rußland und Deutschland, den Vorkriegs- und den Nachkriegsschuldner Frankreichs.

Lloyd George wußte, daß er zur Durchführung seiner Pläne Frankreichs Zustimmung erkaufen mußte. Deshalb unterbreitete er Briand am 11. Januar eine Denkschrift, worin er wohlwollend alle Sorgen Frankreichs aus der Welt zu schaffen versprach. "In Cannes müsse auf alle Fälle ein Ergebnis erzielt werden", hieß es darin. "Frankreich habe vor allem zwei Sorgen: die Wiedergutmachungen und seine Sicherheit. Aber Englands Handel sei ebenso schrecklich ruiniert wie der französische Boden." Zählte man damals in England doch etwa zwei Millionen Erwerbslose! In Italien und Belgien sei die Erwerbslosigkeit ernst. Jedes der beiden Länder müsse 120 000 Arbeitslose erhalten. Mittel- und Südeuropa ständen vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. "Selbst die Inflation, die den arbeitenden Klassen Arbeit und gute Löhne gegeben hat, kann nur eine zeitweise Erleichterung bringen, wird aber sicher eine Reaktion auslösen, so daß schon rechtzeitig Maßregeln ergriffen werden müssen. Die Menschen, die nur über eine kleine Rente verfügen, leiden noch mehr." Rußland müsse man aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen unterstützen. England sei jedoch bereit, zugunsten Frankreichs an den getroffenen Reparationsvereinbarungen festzuhalten, die für Frankreich beträchtliche Vorteile, für England beträchtliche Opfer bedeuteten. **Auch sei England bereit, das seiner Menschenzahl nach schwächere Frankreich gegenüber einem etwaigen nicht herausgeforderten Angriff des stärkeren Deutschland durch einen Vertrag auf Grundlage des Abkommens von 1904 zu sichern, - jenes Abkommens, das den Franzosen die englische Unterstützung im Kriege versprach. Es handle sich dabei aber nur um einen Defensivvertrag mit zehnjähriger Gültigkeitsdauer.**

**Poincarés  
Quertreibereien**

In Paris verfolgte man mit Unbehagen die Verhandlungen von Cannes, und man war vollends erbittert, als man erfuhr, daß der Wiederherstellungsausschuß bereit sei, auf englische Initiative den Deutschen einen Zahlungsaufschub zu bewilligen. Auch fürchtete man, Briand werde nicht tatkräftig genug den französischen Antrag vertreten, daß auf der beschlossenen europäischen Konferenz mit keinem Worte an den Wiedergutmachungsbestimmungen gerührt werden dürfe. Schließlich wollte man den von Lloyd George vorgeschlagenen Defensivpakt auch auf Polen ausgedehnt und auf 30 Jahre verlängert wissen. Mit einem Worte: die nationalistische Gruppe, deren Seele Poincaré war, hatte kein Vertrauen zu dem "allzu nachgiebigen" Briand. **Es gelang dem intransigenten Poincaré, die politische Meinung zu beeinflussen, und im Namen des Senats telegraphierte er am 11. Januar an Briand:**

"Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat auf Verlangen einer großen Anzahl seiner Mitglieder und mit Rücksicht auf das allgemeine Gefühl, das sich gestern in den Gruppen des Senats geltend gemacht hat, mich beauftragt, Ihnen eiligst Kenntnis zu geben von der Tagesordnung, die angenommen worden ist. Der Ausschuß ist der Ansicht: **1.** daß

der wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau Frankreichs eine wesentliche Bedingung des Wiederaufbaues Europas ist; 2. daß die Reparationen, auf die Frankreich Anspruch hat, unantastbar bleiben, daß also weder eine neue Reduktion noch eine Abänderung des Zahlungsplanes vom 15. Mai 1921 angenommen werden kann; es ist unzulässig, die belgische Priorität im mindesten zu erschüttern; 3. Frankreich kann sich zu der geplanten internationalen Wirtschaftskonferenz nur begeben, wenn es im voraus die effektive Versicherung erhält, daß alle seine Rechte respektiert werden; 4. der zwischen Frankreich und England diskutierte Pakt muß vor allem die Garantien der Ausführungsmittel und die Pfänder, die Frankreich aus dem Verträge zu empfangen hat, bestätigen und ihm für Gegenwart und Zukunft sichern. Der Ausschuß ist infolgedessen der Ansicht, daß nichts wirksam werden kann ohne die Mitarbeit des Parlaments."

Damit war der unversöhnliche Standpunkt des hartnäckigen, in jeder Weise eifersüchtig sein Prestige wahrenen Frankreich festgelegt, und Briand waren die Hände gebunden: er bedurfte zu seinen Abmachungen der "Mitarbeit des Parlamentes"!

**Rathenau  
in Cannes**

Inzwischen war **Rathenau**, der Vertreter der deutschen Regierung, in Cannes eingetroffen. Am 12. Januar sprach er vor dem Wiederherstellungsausschuß im "Nautischen Club" über Deutschlands Lage. In bewegten Worten schilderte er die Not der deutschen Regierung und des deutschen Volkes. Deutschland sei fest entschlossen, mit seinen Leistungen bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, aber äußere Leistung und innere finanzielle Sanierung seien unvereinbar. Deutschland sei ein Land der Lohnarbeit: Rohstoffe müsse es einkaufen, Fertigfabrikate verkaufe es. Es müßte also normalerweise eine aktive Handelsbilanz haben, aber tatsächlich stände einer Einfuhr von 6 Milliarden eine Ausfuhr von 4 Milliarden gegenüber. Damit sei die deutsche Wirtschaft schon vor jeder Reparationszahlung um 2 Milliarden vorbelastet. Nun gebe es drei Möglichkeiten, um diesen Verlust zu decken: entweder den **Ausverkauf der Landessubstanz**, der tatsächlich auch leider nicht verhindert werden könne, denn Grundstücke, Unternehmungen, Obligationen, Aktien, ja sogar Hausrat werde in großen Mengen vom Ausland unter Wert gekauft, oder **Durchführung einer Auslandsanleihe**; aber ein Versuch in dieser Richtung sei fehlgeschlagen, da nach Ansicht der City die Deutschland auferlegten Lasten zu groß seien, oder schließlich **Verkauf der Landeswährung**, dadurch werde die deutsche Mark internationales Spekulationsobjekt. Zwar sei der Prozeß des Ausverkaufs des deutschen Geldes ohne panikartige Folgen bis Mitte 1921 fortgeführt worden, dann aber hätten plötzlich die Markkäufer gestreikt.

"In dem Augenblick, wo man sah, daß wir gezwungen waren, in kurzer Frist eine Goldmilliarde zu beschaffen (bis 31. August 1921), mithin 30 Papiermilliarden zu verkaufen, steckten die Markkäufer die Hände in die Taschen und warteten. So trat der Marksturz ein, und der Dollarkurs stieg zeitweise von 55 auf 300."

Dieser Marksturz sei also nicht nur die Folge des Gebrauchs der Notenpresse. Als die ersten Nachrichten über die ersten britisch-französischen Besprechungen wegen der Regelung der deutschen Verbindlichkeiten für 1922 bekannt wurden, habe sich die Mark wieder erholt. Aber:

"Solange die Währung eines Staates auf dem internationalen Markte aus dem Gleichgewicht gekommen ist, ist es unmöglich, irgendein Budget auf bestimmte Zeit in Sicherheit zu bringen. Denn jeder neue Sturz des Kurses hat eine Erhöhung der Ausgaben für Gehälter, Löhne und Rohstoffe zur Folge. Ein Staatsbudget setzt sich aber nur aus diesen drei Posten zusammen."

Wenn die Reparationen erträglicher würden, könne die Mark steigen, und dementsprechend sinke das Maß der Staatsausgaben in Papiermark.

Als **Mittel für die Gesundung der Mark** komme folgendes in Frage: die Hebung der Produktion, um die Ausfuhr zu vermehren. Dies sei jedoch durch den Widerstand des Auslandes gegen die Einfuhr deutscher Waren außerordentlich schwierig. Man könne also nur die **landwirtschaftliche Produktion** heben, dazu sei aber jetzt Zeit nötig. An eine Einschränkung des Verbrauches sei nicht



zu denken, denn die deutsche Lebenshaltung sei bereits auf die Hälfte der Vorkriegszeit zurückgegangen. Der Staatshaushalt für 1922 betrage ausschließlich der Reparationen 85 Milliarden; man habe die Steuerlasten verdoppeln müssen, und der Deutsche trage in dieser Hinsicht eine schwerere Bürde als der Engländer und der Franzose. Die Eisenbahn, Post und Telegraphie müsse man ins Gleichgewicht bringen, ja man müsse auch die öffentlichen Unterstützungen zur Verbilligung der Lebensmittel und zur sozialen Fürsorge abbauen. Wenn man noch die Reparationen hinzurechne, müsse das deutsche Volk im neuen Jahre 218½ Milliarden Papiermark, das heißt bei einem Kurs von 1 : 50, 4⅓ Milliarden Goldmark aufbringen. Man könne dies entweder durch eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder aber durch eine Riesenanleihe bewerkstelligen. Wie aber solle die Anleihe zustande kommen? Der Versuch im Ausland sei gescheitert, und für eine innere Anleihe bestehe wenig Hoffnung, denn statt der nationalen Ersparnisse der Vorkriegszeit habe das deutsche Volk jährlich 2 Milliarden Goldmark Verlust, es lebe von der Substanz. Gewiß, Deutschland leide zwar nicht an einer offensichtlichen, aber an einer versteckten Arbeitslosigkeit, denn ein Fünftel aller Arbeitnehmer, 4 Millionen, müßten gegenwärtig Arbeit leisten, die vor dem Kriege nicht nötig war. Deutschland sei bereit zu stabilisieren und wolle auch eine innere Anleihe in Erwägung ziehen. Es sei bereit, mitzuarbeiten am Wiederaufbau Europas, besonders in Rußland, da es dort mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen vertraut sei. Ein internationales Privatsyndikat scheine sich am besten für diesen geplanten, mit deutscher Hilfe durchzuführenden Aufbau Rußlands zu eignen. -

Dem Eindruck der klaren und überzeugenden Worte Rathenaus vermochten sich die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses nicht zu entziehen, jedoch ihre Wirkung war abgeschwächt, **da Briand auf Grund des oben besprochenen Pariser Telegrammes abgereist war**. Dies war die Absicht Poincarés gewesen, und es war ihm gelungen, so die Konferenz von Cannes zu sprengen, ehe seiner Ansicht nach weiteres Unheil angerichtet wurde. Lloyd George sah sich gezwungen, die Konferenz zu vertagen.

Am folgenden Tage, dem 13. Januar, wurde die deutsche Abordnung zu einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Rates und des Wiedergutmachungsausschusses in dem "Nautischen Club" eingeladen. Lloyd George eröffnete, in Briands Abwesenheit könne man die Verhandlungen nicht fortsetzen, man habe aber beschlossen, **eine Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen und auch Deutschland hierzu einzuladen**. Mit Befriedigung habe er von Rathenau vernommen, daß Deutschland sich am Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas beteiligen wolle. Die Entschädigungsfrage müsse man aber wegen Briands Abreise vertagen.

Nun kam der **Vorsitzende des Wiederherstellungsausschusses, Dubois**, zu Wort. Die Entscheidung, die er der deutschen Delegation mitteilte, ließ erkennen, daß Rathenaus zweistündige Rede vom vorigen Tage nicht vergeblich gewesen war:

**Teilmoratorium**

"Der Wiederherstellungsausschuß beschließt, der deutschen Regierung eine vorläufige Verzugsfrist für die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Zahlungen zu gewähren, soweit diese Zahlungsverpflichtungen durch geleistete oder noch zu leistende Barzahlungen und durch Sachlieferungen oder Einnahmen aus der Recovery-Act, die schon eingegangen sind oder bis zu den obengenannten Tagen eingehen werden, nicht schon gedeckt sind."

Allerdings wurde das vorläufige Teilmoratorium für Deutschland von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: es sollten, beginnend am 18. Januar, alle zehn Tage 31 Millionen in zugelassenen Devisen gezahlt werden, und innerhalb vierzehn Tagen solle die deutsche Regierung dem Ausschuß einen **angemessenen Reform- und Garantieplan für den deutschen Staatshaushalt und Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen im Jahre 1922 übergeben**. Das Moratorium sei zu Ende, sobald der Ausschuß oder die Alliierten eine Entscheidung über den von Deutschland eingereichten Plan getroffen hätten.

Die Konferenz von Cannes war hiermit zu Ende, und Rathenau kehrte nach Deutschland zurück. Er hatte ohne jeden Zweifel Deutschlands Sache äußerst gewandt vertreten und war dabei nicht erfolg-

los gewesen, soweit es sich im Rahmen der gegebenen Tatsachen um das Mögliche und Erreichbare handelte. Von seiten der Besitzenden wurde ihm die Betonung des deutschen Erfüllungswillens vorgeworfen, denn für jeden einsichtigen Politiker bedeute der Erfüllungswille eine Absurdität, und insofern betrachtete man den Rathenauschen Erfolg eines Teilmoratoriums nicht als ein Mittel zur Gesundung Deutschlands, sondern als ein Palliativmittel für augenblickliche Schmerzbetäubung. **Die Reichsregierung übertrug Rathenau jetzt das Außenministerium**, und in dieser Eigenschaft war ihm der Weg geebnet zu engeren und konkreteren Verhandlungen mit Rußland. **Rathenau richtete sein Augenmerk nach dem europäischen Osten**, dem er schon seit Jahren mit Vorliebe seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Jetzt war er in die Lage versetzt worden, hier praktische Politik zu treiben, besonders, da er die ungeahnten Wirtschaftsmöglichkeiten Rußlands kannte und bei ihrer Ausnutzung nicht den Engländern den Vorrang lassen wollte, dann aber auch, da er den Plan Frankreichs durchkreuzen wollte, sich mit Rußland über die Anerkennung der zaristischen Schulden auf Deutschlands Kosten zu einigen. Andeutungen, die Rathenau in Cannes gemacht hatte, setzte er nach seiner Rückkehr in positive Politik um, und in den nächsten Monaten galt seine Hauptsorge den deutsch-russischen Beziehungen.

### **Reformplan der Regierung Wirth**

Inzwischen hatte die deutsche Regierung den verlangten **Reformplan** ausgearbeitet und am 28. Januar dem Wiederherstellungsausschuß überreicht. Das Schriftstück atmete geradezu den Mut der Verzweiflung. Um eine Vermehrung der Einnahmen zu erzielen, wollte man die Besitzsteuern, Vermögens-, Vermögenszuwachs-, Kapitalverkehrs- und Körperschaftssteuer erhöhen. Man sah voraus, daß infolge dieser Maßnahme das Vermögen selbst, die Substanz des Besitzes, angegriffen werden müsse, was logischerweise auch einen Rückgang des Verbrauchs zur Folge haben würde, deswegen müßten auch die Verbrauchssteuern gesteigert werden! Das Bankgeheimnis sollte aufgehoben werden, den Wertpapierbesitz bei den Banken sollte die Steuerbehörde überwachen, und gegen Kapitalflucht seien strenge Gesetze in Vorbereitung. Der Eisenbahnpersonenverkehr sollte auf das 15- bis 19fache, der Güterverkehr auf das 32fache, der Post- und Telegraphenverkehr auf das 21fache gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert werden. Die Ausgaben sollten durch Verringerung der Beamtenstellen herabgemindert werden, auch sollten die Zuschüsse zur Lebensmittelverbilligung, die 1921 noch rund 22½ Milliarden betragen hätten, bis auf eine Milliarde herabgedrückt werden, wodurch der Brotpreis um 75 Prozent erhöht werde. Die Erwerbslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln sollte durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, wodurch diese Lasten auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgewälzt würden. Post und Eisenbahn sollten sich künftig selbst erhalten, oder unter Umständen Überschüsse erzielen. Man rechne mit 103 Milliarden Einnahmen und etwa 87 Milliarden Ausgaben, somit könne man etwa 16½ Milliarden für Reparationen erübrigen. Um die schwebende Schuld und den Notenumlauf einzuschränken, wurde eine Zwangsanleihe beschlossen. Dann sprach der Plan vom Programm der Leistungen. Deutschlands Handelsbilanz sei um zwei Goldmilliarden passiv, und deshalb seien sichere Angaben über Wiedergutmachungsleistungen unmöglich. Deutschland werde jedoch sein möglichstes tun. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung müßten Deutschland verhindern, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Große Kreditoperationen seien zwar nötig, aber weder das Inland noch das Ausland habe Vertrauen zu Deutschland. Das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, sei die Vorbedingung für eine befriedigende Lösung des Problems. Zu guter Letzt wurde eine Art Vertrag mit dem Ausland vorgeschlagen, wonach die ausländischen Behörden verpflichtet sein sollten, der deutschen Regierung genaue Mitteilungen über das deutsche Kapital im Ausland zu machen, damit man dies erfassen könne.

### **Kritik des Reichstags**

In aller Stille wurde dem Wiedergutmachungsausschuß das Dokument überreicht. Als dann Wirth im Reichstag über die Verhandlungen von Cannes und den Reformplan der Regierung sprach, war man höchst erstaunt. Es war eine trostlose Zukunft, in welche der Erfüllungswille der Regierung das deutsche Volk hineintrieb. Die Deutschnationalen geißelten mit erbitterten Worten die Handlungsweise des Kabinetts. Es sei doch nach der Verfassung notwendig, daß erst der Reichstag befragt werden müsse, ehe sich die Regierung auf derartig folgenschwere

Entschlüsse festlege, wie sie solche dem Wiedergutmachungsausschuß in ihrem Reformplan vorgelegt habe. Sie habe doch kein Ermächtigungsgesetz in Händen. Die Regierung treibe mit ihrer Politik Deutschland in den Untergang. **Wirth aber erkannte, daß nun alle Brücken zum deutschen Kapital abgebrochen waren.** Selbst Scheidemann, der Sozialdemokrat, wurde von der katastrophalen Stimmung mit fortgerissen, indem er sagte: "Wir sind ein Volk von Bettlern geworden, wir hungern und frieren. Eine allgemeine Achtung vor der deutschen Republik besteht noch nicht. Viele Beamte schmähen die Republik, stecken aber ihr Geld ruhig ein." Wie ein Verhängnis stand es über dem Volke: der unbarmherzige Sieger wollte seine Vernichtung. Was nützte jeder Widerspruch? Die Mehrheit des Reichstages ergab sich in ihr Geschick. Man nahm die Regierungsvorlage, den Steuerkompromiß, an und klügelte neue Steuern aus. Der ungedeckte Betrag von 183 Milliarden sollte durch eine drei Jahre hindurch unverzinsliche Zwangsanleihe gedeckt werden. Dumpfe Resignation bemächtigte sich des ganzen Volkes, die Warnungen der Rechtsparteien verhallten ungehört, viele erwarteten den Untergang, den Zusammenbruch des Reiches, den Bolschewismus.

Um diese Zeit, Ende Januar und Anfang Februar, erschütterte ein großer **Eisenbahnerstreik** die innere Ruhe, an dem sich auch die Beamten beteiligten. Es sollte das neue Arbeitszeitgesetz geschaffen werden, welches den achtstündigen Arbeitstag festlegte, jedoch sollte das Eisenbahnpersonal hiervon ausgenommen sein. Die Regierung erließ ein Streikverbot, welches die Streikenden aufs höchste erbitterte. Sie wiesen darauf hin, daß der Streik ein anerkanntes Wirtschaftskampfmittel sei, da ja Ebert selbst während des Kapp-Putsches zum Generalstreik aufgerufen habe. In seiner Reichstagsrede vom 10. Februar erhob der Unabhängige Dittmann schwere Anschuldigungen gegen den Reichspräsidenten. Dazu kamen die **fortgesetzten Drangsale der Interalliierten Kommissionen.** Weshalb soll ich diese alle im einzelnen aufführen? Sie würden den Leser nur ermüden. Nolllets ewige Forderungen wegen Neuorganisation der Polizei wiederholten sich in bestimmten Zeitabständen. Nichtswürdige Subjekte hatten ihm angezeigt, daß bei zahlreichen Bürgermeistereien doch militärische Stammrollen vorhanden seien, also forderte er deren Verbrennung in Gegenwart von Ententeoffizieren.

Ende Februar schloß **Bemelmans, der Vertreter des Wiedergutmachungsausschusses, mit der deutschen Regierung ein Sachlieferungsabkommen, das sich im wesentlichen auf den Wiesbadener Beschlüssen aufbaute.** Zwei Wochen später kamen in Paris die Finanzminister Frankreichs, Englands und Italiens zusammen, um die deutschen Tribute zu verteilen. Den Franzosen wurden 65 Prozent aller deutschen Sachleistungen zugesprochen. Auch wurde das Wiesbadener Abkommen für die Dauer von drei Jahren angenommen, jedoch sollten dabei die deutschen Sachleistungen 1922 nicht 350, die beiden folgenden Jahre nicht je 750 Millionen übersteigen, das waren die Forderungen der französischen Industrie.

Am 21. März endlich äußerte sich der **Wiedergutmachungsausschuß über den deutschen Plan vom 28. Januar.** Er genüge keineswegs den Verpflichtungen Deutschlands und den ihm gegebenen Möglichkeiten. Die deutsche Regierung werde darauf hingewiesen, daß man von ihr "eine anders vertiefte Reform der Reichsfinanzen und die endgültige Aufgabe der bis zum heutigen Tage begangenen Irrtümer zu erlangen gedenke". Es wurde eine **Vermehrung der Steuern um weitere 60 Milliarden bis zum 1. Mai verlangt,** und man behalte sich das Recht der Überwachung vor. Die Barleistungen Deutschlands wurden für den Rest des Jahres 1922 mit 438 Millionen festgesetzt, von denen am 15. April 18 Millionen, vom Mai bis Oktober an jedem 15. d. M. je 50 Millionen, am 15. November und 15. Dezember je 60 Millionen gezahlt werden sollten. An Sachleistungen sollten 950 Millionen an Frankreich, 500 Millionen an die andern Alliierten erstattet werden.

Die deutsche Regierung mußte sich wohl oder übel mit den Vorschlägen einverstanden erklären. Durch das Autonomiegesetz gab sie der Reichsbank die vom Wiedergutmachungsausschuß geforderte Selbständigkeit und verzichtete in weitgehendem Maße auf ihren Einfluß bei diesem Institut. Auch die Finanzkontrolle durch das Garantiekomitee wurde angenommen mit der Einschränkung, daß die Souveränität Deutschlands nicht angetastet werden sollte. Das Garantiekomitee

sollte eine beobachtende und beratende, keine bestimmende Instanz sein.

Deutschland hatte bereits vom 18. Januar bis zum 18. März in sieben Dekaden 282 Millionen Goldmark gezahlt. **Unter diesen ungeheuerlichen Erpressungen nahm die Not des deutschen Volkes immer schärfere Formen an.** Der Dollarkurs stieg über 300, und eine Goldmark mußte mit 75 bis 80 Papiermark bezahlt werden. Von Woche zu Woche nahm die Teuerung furchtbarere Formen an. Viele unentbehrliche Lebensmittel, so das Fleisch, waren schon 60- bis 70mal so teuer wie vor dem Kriege. Der Brotpreis, der durch Reichszuschüsse und Zwangswirtschaft künstlich niedergehalten wurde, hatte schon den 25fachen Betrag der Vorkriegszeit erreicht. Man mußte 15 Mark anwenden, um einen Laib Brot zu erstehen. Die Kohle, die Ende Januar den 35fachen Friedenspreis kostete, war unter den Einwirkungen der erhöhten Kohlensteuer und der erhöhten Löhne bis zum März auf das 60fache gestiegen: der Zentner kostete 40 Mark. Die Baumwolle gar schnellte in zwei Monaten vom 65fachen auf den 95fachen Friedenspreis empor. Auch Möbel, Wäsche, Hausrat usw. hatten im Frühjahr ihre Preise gegenüber dem Januar verdoppelt.

**Wachsende  
Wirtschaftsnot  
in Deutschland**



**Teuerungsunruhen: Massenkundgebung Erwerbsloser vor dem Rathaus zu Berlin. Photo Scherl.**



**Papiergeld des Nationalsozialistischen Arbeitervereins in München:  
"Streiter der Wahrheit tötet die Lüge".  
Photo Sennecke.**

Den Arbeitern, Angestellten und Beamten war es immerhin möglich, durch Ansteigen ihrer Löhne und Gehälter einigermaßen Schritt zu halten mit der Verteuerung des Lebens. Aber auch sie spürten von Woche zu Woche die zunehmende Not und waren gezwungen, sich einzuschränken. **Ganz besonders aber litt der deutsche Mittelstand unter den Verhältnissen, die freien Berufe der Wissenschaft, des Handels und Gewerbes.** Angstvoll verfolgten sie die Katastrophe, die ihnen ihr Lebenswerk, ihre Ersparnisse zu vernichten drohte. Sie hatten schon längst auf die Ansprüche des Wohllebens verzichtet, jetzt sahen sie voll Verzweiflung, daß auch die Grundlagen ihrer

**Verarmung  
der Besitzenden**

Existenz, die ihnen das notdürftigste Leben gewähren sollten, erschüttert wurden. Menschen, die meist zu den Begüterten und Reichen zählten, zeigten sich in abgeschabten und geflickten Kleidern, sie hungerten und wohnten in ungewärmten Räumen und sparten des Abends das Licht. Manche schon sahen sich gezwungen, ihre Kostbarkeiten und Kleinode zu verkaufen, um ein ärmliches Leben fristen zu können. Verzweifelte begingen Selbstmord, da sie den Aufregungen und Sorgen nicht mehr gewachsen waren, und besonders die Älteren, die nicht mehr die Kraft zur Arbeit besaßen, befanden sich in erbarmungswürdiger Not. Immer weiter streckte das greifende Elend seine Krallen aus und verbreitete einen Geist dumpfer Hoffnungslosigkeit, dem sich immer weitere Kreise des deutschen Volkes ergaben. Viele Deutschen hatten den Glauben an die Gerechtigkeit und Menschenwürde verloren, und wo sie nicht zu Verbrechern wurden, wurden sie zu Feinden des Staates, ja des Vaterlandes.

Zwar war die Regierung Wirth bemüht, **durch eine umfassende Gesetzgebung die allgemeine Not etwas zu lindern**. Aber gerade diese legislative Tätigkeit, die den Besitzlosen zugute kommen sollte, richtete sich gegen die schwächste Gruppe der Besitzenden, indem ihnen ein viel schlimmeres Los bereitet wurde als manchem Arbeiter - sie richtete sich **gegen die Besitzer der Mietshäuser**. Es war gewiß berechtigt, von vornherein jeden Wucher bei dem elementarsten Lebensbedürfnis des Wohnens auszuschalten, und er war auf diesem Gebiete besonders begünstigt nicht nur durch die hereinbrechende allgemeine Not, sondern vor allem auch durch den großen Wohnungsmangel. Um diesem abzu helfen, hatte die Regierung Wirth bereits am 16. Juni 1921 ein **Hauszinssteuergesetz** verkündet, welches die Länder verpflichtete, von den Wohnungsinhabern der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Wohnungen eine Abgabe zu erheben. Die Gemeinden sollten hierzu Zuschläge erheben, und die Einkünfte dieser Steuer, die deswegen auch Wohnungsbauabgabe genannt wurde, sollten zum Bau neuer Wohnhäuser verwandt werden. Wohl seufzte das Volk über diese neue Last, die ihm auferlegt wurde, aber man nahm sie hin und trug sie in dem Bewußtsein, daß die Wohnungsbauabgabe gerecht verteilt sei auf Mieter und Vermieter, auf Besitzlose und Besitzende, je nach dem Maßstabe ihres Mietzinses. Eine ungerechtfertigte Härte für den Hausbesitzer und Sparer jedoch stellte das **Reichsmietengesetz** vom 24. März 1922 dar. Das Reich wollte hierin den Mieter gegen jede ungerechtfertigte Steigerung der Miete schützen, ein Verfahren, das anerkennenswert war. Aber indem sich die Fürsorge des Staates nur auf die Mieter erstreckte, wurde der Hausbesitzer durch das künstliche Niederdrücken seiner Einkünfte anderen Erwerbsständen gegenüber stark benachteiligt. Die zur Erhaltung seines Hauses notwendigen Mittel wurden ihm gewährt, aber jegliche Grundrente blieb ihm versagt, sie blieb in Papiermark nach dem Friedensstande nominell berechnet, ohne nach Recht und Billigkeit durch irgendwelche Zuschläge der Markverschlechterung entsprechend erhöht zu werden. Während der Hausbesitzer für seine Lebensbedürfnisse fast das 100fache der Vorkriegspreise bezahlen mußte, war die Kaufkraft seiner Hausrente auf den 50sten Teil ihres früheren Wertes gesunken!

**Bedrückung des  
Hausbesitzes**

Diese Maßnahmen waren natürlich nur dadurch möglich, daß auch die **Hypothekengelder** entwertet wurden, indem man ihren nominellen Goldmarkwert einfach demselben Nominalwert in Papiermark gleichsetzte. Die Gläubiger, die vielfach die Ersparnisse ihres ganzen Lebens auf städtischen Grundbesitz festgelegt hatten, erhielten Zinsen, deren Wert kaum mehr genügte, um den notdürftigsten Lebensbedarf einiger Tage zu decken. Ja, diese von Staats wegen drakonisch betriebene Entwertung des Kapitalbesitzes machte es den Schuldnern leicht, ihre in Goldmark empfangenen Darlehen in leicht wiegender Papiermark zurückzuzahlen. Tausende von Familien, die sich ehrlich durch ihrer Hände Arbeit durchs Leben gebracht hatten und auf einen versorgten Lebensabend hofften, wurden einem grausamen Untergange geweiht. In jenem schwarzen Frühjahr 1922 hob der Siegeszug des Todes und der Vernichtung an, der sich an die Fersen der Inflation heftete und das deutsche Volk seelisch und leiblich fast zugrunde gerichtet hätte. Der Reichstag setzte in bestimmten Abständen die Grenzen der Sozialversicherung herauf, die Landtage zeterten über Teuerung, Not und Armut. Es war aber keinem Menschen die Macht gegeben, den Strom des Unheils, der sich heranwälzte, zu bannen.

**Not der  
Hypothekengläubiger**



Auch die **kulturelle Not des deutschen Volkes** war groß. Den Leidensweg, den die deutsche akademische Jugend ging, werde ich in einem späteren Kapitel beschreiben. Aber auch der Beruf der seminaristisch gebildeten Lehrer war beängstigend überfüllt. Im März 1922 waren für 21 000 Lehrerstellen, die Preußen überhaupt zu vergeben hatte, 30 000 Bewerber vorhanden, also auf jede vierte Stelle wartete ein Kandidat! Es konnte aber nur der kleinere Teil (46 Prozent) im Schuldienst beschäftigt werden, während die überwältigende Mehrzahl brotlos war. Allerdings zeigte sich, daß die Lehrerschaft wieder **mehr und mehr zur christlichen Weltanschauung zurückkehrte**. Weigerten sich 1921 663 Lehrer, Religionsunterricht zu erteilen, so war bereits im Frühjahr 1922 deren Zahl um 38 zurückgegangen, ein Zeichen dafür, daß die deutsche Kultur stark genug war, die ungesunden Auswüchse der Revolution zu überwinden. Dagegen hatte sich die Zahl der vom Religionsunterricht befreiten Kinder mehr als verdoppelt, sie war auf 118 000, über 2 Prozent, angestiegen, - eine Folge kommunistischer und sozialistischer Arbeit. Der sozialdemokratisch-unabhängigen Regierung Sachsens war es sogar geglückt, am 5. April im Landtag mit 49 Stimmen der Linken gegen 45 Bürgerliche ein Gesetz über Anerkennung des 1. Mai und des 9. November als gesetzliche Feiertage durchzubringen.

**Kulturelle Not**



## **5. Kapitel: Genua und Rapallo.**

Ursprünglich hatte man in Cannes beschlossen, die **Konferenz von Genua** am 8. März [1922] zu eröffnen. Doch plötzlich tauchten Hindernisse auf, die niemand vorausgesehen hatte. Briand mußte, nach seiner Rückkehr von Cannes, von seinem Posten als Ministerpräsident zurücktreten, und der unversöhnliche, von einem an Wahnsinn grenzenden Deutschenhaß besessene Poincaré war an seine Stelle getreten. Diesem neuen Manne Frankreichs war der englische Konferenzgedanke wenig sympathisch, denn er fürchtete, je mehr man über die Wiedergutmachungen verhandelte - wer konnte wissen, ob dies nicht trotz des Verbotes geschehen würde? -, um so mehr würde Deutschland versuchen, abzuhandeln. Nach langem Hin und Her hatte endlich Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten Ende Februar in Boulogne feierlich erklärt, daß in Genua mit keinem Worte die Wiedergutmachungs- und die Abrüstungsfrage erörtert werden solle. Damit waren nun wieder die Vereinigten Staaten nicht einverstanden, und sie erklärten am 9. März, daß es ihnen unmöglich sei, in Genua zu erscheinen, wenn man nicht über die beiden wichtigsten Fragen sprechen wolle.

**Eröffnung der  
Konferenz  
von Genua**

So blieb Europa unter sich, und der Beginn **der ersten großen europäischen Wirtschaftskonferenz** wurde auf den 10. April festgesetzt. In den ersten Tagen des April strömten in der seit alten Tagen berühmten Handelsstadt Italiens viele Hunderte von Fremden aus aller Herren Länder zusammen. Dreiunddreißig Völker entsandten ihre Minister, denen ein großer Stab ausführender Organe folgte, und ein Heer von Pressevertretern heftete sich an ihre Fersen. Es war ein Völkergemisch wie weiland beim Turmbau zu Babel, und ein phantastisches Sprachengewirr schlug dem Beobachter auf den Straßen und in den Hotels entgegen, und für die Gewerbetreibenden Genuas brach im wahrsten Sinne des Wortes eine goldene Zeit an.

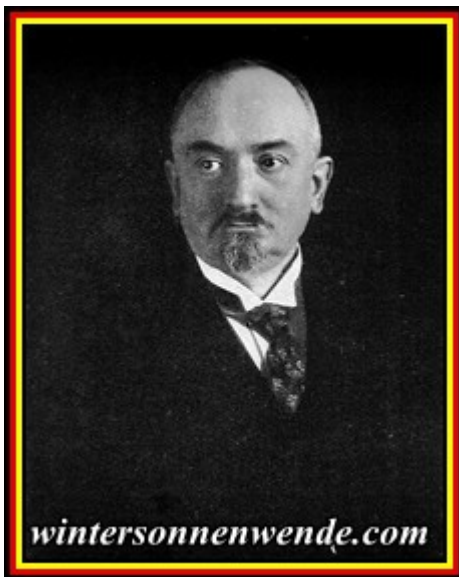
Heiter und blau, wie der Himmel des Südens, war die Stimmung der Konferenzteilnehmer. War man doch zusammengekommen, **um Europa den Frieden wiederzugeben und seine kranke Wirtschaft wiederaufzurichten**. Auch Japan hatte sich zu diesem Zwecke eingefunden. Noch nie gesehene Gäste bei solchen europäischen Veranstaltungen waren die **Sowjetrussen**. Sie erschienen nicht in blauer Bluse und roter Krawatte, sondern in Zylinder, Frack und weißer Binde, als vollendete Männer von Welt. Der Führer der Sowjetdelegation war **Tschitscherin**, der einem alten russischen Adelsgeschlechte entstammte und aus der alten russischen Diplomatie hervorgegangen war. Der Ruf eines gewandten und gewiegten Staatsmannes war ihm vorausgeeilt. Von **Deutschland** waren der Reichskanzler **Wirth** und der Außenminister **Rathenau** erschienen.

Mit einer feierlichen, vom Friedensgeiste getragenen Rede eröffnete der **italienische Ministerpräsident de Facta** als Vorsitzender die Versammlung. Hier gebe es weder Freunde noch Feinde, noch



Sieger und Besiegte, sondern nur Menschen und Völker, die sich vereinigen wollten, um alles aufzubieten, was notwendig sei, um den Geist der Zusammenarbeit und Brüderlichkeit unter den Völkern zu erreichen. Dieser Geist sei das charakteristische Zeichen der Konferenz. Hier sei kein Platz für die Erinnerung an den Haß und für die Erinnerung an die Gefühle, die durch den Krieg entstanden seien. **Lloyd George** erging sich in den gleichen Gedanken. Europa brauche Ruhe und Frieden, man solle versuchen, das Gute zu schaffen, statt es zu bekämpfen. Doch schon etwas umwölkt war des Franzosen **Barthou** Stirne, als er, im Namen Frankreichs, erklärte, die Wiedergutmachungsfrage werde hier nicht erörtert werden. Die Konferenz von Genua sei somit nicht, könne und werde nicht sein eine Berufungsinstanz, wo die bestehenden Verträge zur Sprache gebracht, beurteilt und revidiert werden könnten. Der Krieg habe Frankreich zuviel gekostet, als daß es nicht Abscheu vor dem Kriege empfinden sollte, es sei in seiner Gesamtheit entschlossen pazifistisch. Der Deutsche Reichskanzler **Wirth** versuchte den Eindruck des negativen französischen Geistes etwas abzuschwächen, als er die Voraussetzung für einen wirklichen Erfolg nur in sachlicher Zusammenarbeit und ernsten Willen sah. Er forderte deswegen Gleichberechtigung für alle Völker.

**Tschitscherin**



*Tschitscherin, Sowjet-Rußlands Außenkommissar. Photo Scherl.*

Alles war gespannt, als **Tschitscherin** zu sprechen begann. Er begrüßte mit Befriedigung die Auffassung derjenigen, die den Frieden wünschten. Er sähe in einer wirtschaftlichen Erneuerung Rußlands überhaupt die Vorbedingung für eine wirtschaftliche Erneuerung der Welt. Man müsse unter allen Umständen die Rüstungen und den Militarismus einschränken. Im übrigen sei dies die erste europäische Konferenz, der, wie er dem Programm entnehme, in periodischer Folge ähnliche Kongresse folgen sollten. Es wäre dann zu wünschen, daß sich auch die Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder daran beteiligen würden.

Dies konnte **Barthou** nicht ruhig hinnehmen. Er erinnerte sich an die vielen monatelangen, vergeblichen Versuche Frankreichs, Sowjetrußland mit Güte und mit Drohungen zur Anerkennung der zaristischen Schulden zu bewegen. Nun mußte dieser Russe von Entwaffnung und periodischen Kongressen sprechen! Er erwiderte also, die Entwaffnungsfrage stünde überhaupt nicht auf dem Programm, und wenn Frankreich etwa erfahren sollte, daß man jetzt ähnliche periodische Konferenzen beabsichtige, würde es sich überhaupt nicht daran beteiligen. Tschitscherin dagegen ließ sich nicht belehren, und eine Gewitterwolke stand bereits am Friedenshimmel von Genua.

**Französisch-russische Differenzen**

Verlegen lächelnd erhob sich **Lloyd George**, um in dem galligen Disput zwischen Frankreich und Rußland zu vermitteln. Nichts sei so mit Explosivstoffen geladen wie eine Friedenskonferenz. Wenn die Konferenz von Genua nicht zur Entwaffnung führe, werde sie ein Fehlschlag sein, aber ehe die Entwaffnung kommen könne, müsse eine Verständigung dasein. Das war wahrhaft diplomatisch ausgedrückt und gab beiden Parteien recht.

**Ausschüsse**

Um das gewaltige Programm bewältigen zu können, wurden **sieben Ausschüsse** gebildet, von denen sich die wichtigsten mit den Finanzen, mit Wirtschaft und Handel, mit Verkehrswesen, Redaktion, Rechtsfragen und Prüfung der Vollmachten zu beschäftigen hatten. Im Mittelpunkt des Interesse stand des **russische Problem**, und so wurde hierfür ein besonderer Ausschuss gebildet. Die Grundlage der gesamten Verhandlungen bildete die Denkschrift der Verbandsmächte von der Londoner Konferenz, deren erster Teil den **Wiederaufbau Rußlands** behandelte, während man im zweiten sich dem gesamteuropäischen Problem widmete, der Wiederherstellung der Währung, der Wiederbelebung des Handels und der Organisierung des Verkehrs. Jedoch die Verhandlungen waren schleppend und verworren, da zunächst keine volle Klarheit darüber zu erlangen war, ob lediglich die Maßregeln zum wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau besprochen werden

sollten, oder ob auch die Erörterung der bestehenden Friedensverträge und ihre Abänderung zulässig sein soll.

Da geschah etwas Unerwartetes. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte die Nachricht, **daß Rathenau und Tschitscherin in Rapallo, einem kleinen Ausflugsort in der Umgebung Genuas, einen Vertrag abgeschlossen hätten**, der ganz außerhalb der Kontrolle der Alliierten lag. Mit Eifer und Eile hatte Rathenau darauf gedrängt, daß Sowjetrußland in engere Beziehungen zu Deutschland trat. Drei Gründe waren für den deutschen Außenminister maßgebend: nach der Aufhebung des Brest-Litowsker Vertrages bestand zwischen Deutschland und Rußland weder ein formeller noch ein materieller Friedenszustand, und dieses unklare Verhältnis mußte beendet werden, besonders, da ja Deutschland die Sowjetrepublik in aller Form anerkannt hatte. Dann aber noch etwas anderes: die Alliierten waren nach Genua gegangen, um Rußlands Verpflichtungen zu regeln. Die Sowjetrepublik sollte dazu gebracht werden, die Schulden des Zarenreiches anzuerkennen, wofür sie sich dann an Deutschland hätte schadlos halten können, gemäß dem letzten Absatz des Artikels 116 im [Versailler Vertrag](#), welcher lautete: "Die verbündeten und assoziierten Mächte behalten Rußland ausdrücklich die Rechte auf alle Wiederherstellungen und Genugtuungen vor, die auf den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages beruhen." Jetzt hatte Rathenau meisterhaft das Prävenire gespielt, und Deutschland hatte Rückendeckung gegen etwaige Überfälle Frankreichs, die es von Rußland aus vornehmen konnte, indem es die Sowjets unter Hinweis auf Artikel 116 zur Anerkennung der Vorkriegsschulden zu bewegen versuchte. Schließlich wollte der deutsche Außenminister verhindern, daß bei einer etwaigen Wirtschaftsverständigung zwischen England und Rußland Deutschland beiseitegeschoben würde.

Der wichtige **Vertrag von Rapallo** besagt folgendes:

**Vertrag  
von Rapallo**

"Die deutsche Regierung, vertreten durch Dr. Rathenau, und die Regierung der Russischen Sozialistischen Republik, vertreten durch Tschitscherin, sind über die nachfolgenden Bestimmungen übereingekommen:

**Artikel 1.** Beide Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland aus der Zeit des Kriegszustandes auf folgenden Grundlagen geregelt ist:

**a)** Das Deutsche Reich und die Russische Sowjet-Republik verzichten gegenseitig auf den Ersatz der Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, das heißt derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Staatsangehörigen im Kriegsgebiet durch militärische Maßnahmen einschließlich aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der zivilen Schäden, die Angehörigen des einen Teiles durch sogenannte Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles verursacht worden sind.

**b)** Die durch den Kriegszustand getroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des andern Teiles geratenen Handelsschiffe werden nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden.

**c)** Deutschland und Rußland verzichten gegenseitig auf die Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene, ebenso verzichtet die deutsche Regierung auf die Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen. Die russische Regierung verzichtet ihrerseits auf die Erstattung des Erlöses aus den von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von diesem requirierten und nach Deutschland gebrachten Heeresgutes.

**Artikel 2.** Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sowjetrepublik auf deutsche Reichsangehörige oder auf ihre Privatrechte, sowie auf die Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Rußland, sowie sie sich aus den von der Sowjetregierung oder ihren Organen gegen deutsche

Reichsangehörige oder ihre privaten Rechte getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung der Sowjetrepublik auch ähnliche Ansprüche dritten Staaten nicht bewilligt.

**Artikel 3.** Die beiden Regierungen sind ferner auch darüber einig, daß die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetrepublik sogleich wieder aufgenommen werden. Die Zulassung der beiderseitigen Konsulate wird durch ein besonderes Abkommen geregelt werden.

**Artikel 4.** Die beiden Regierungen sind ferner auch darüber einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles wie für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gilt. Der Grundsatz erstreckt sich nicht auf Vorrechte oder Erleichterungen, die die Sowjetregierung einer andern Sowjetrepublik oder einem ähnlichen Staate gewährt, der früher ein Bestandteil des ehemaligen russischen Reiches war.

**Artikel 5.** Die beiden Regierungen werden dem wirtschaftlichen Bedürfnis der beiden Länder in wohlwollendem Geiste entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung der Fragen auf internationaler Basis werden sie in einen vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, in der Sowjetrepublik von Privatfirmen beabsichtigte Unternehmungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

**Artikel 6.** Die Artikel 1 b) und 4. dieses Vertrages treten mit der Ratifizierung, die übrigen Bestimmungen sofort in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Rapallo am 16. April 1922."

Der deutsch-russische Vertrag enthielt, soweit er die Vergangenheit betraf, **einen Frieden unter Verzicht auf Annexionen und Entschädigungen**, wie ihn die deutsche Demokratie seit 1917 forderte, und war, soweit er die Zukunft betraf, ein **Wirtschaftsvertrag**, der beiden Ländern gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten bot. Daran aber hatten beide Völker ein großes Interesse, Rußland, das seine ruinierte Wirtschaft wiederherzustellen hoffte, Deutschland, das durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik einigermaßen die Verluste durch die Wiedergutmachungen auszugleichen hoffte. So fanden sich zwei Völker in ihrer höchsten Not zusammen. Ein halbes Jahr später, am 5. November, wurde der Vertrag auf sämtliche anderen mit Rußland verbündeten Sowjetrepubliken ausgedehnt.

In **Deutschland** wurde der Vertrag von Rapallo mit allgemeiner Freude begrüßt. Man erörterte seine wirtschaftlichen Aussichten und pries ihn als das erste Zeichen eines Willens zu aktiver Politik. In **Frankreich** dagegen war man empört. Besonders der unnachgiebige Poincaré sah seine Felle insofern davonschwimmen, daß nach der durch den Vertrag geschaffenen Sachlage an eine Anerkennung der zaristischen Schulden durch die Sowjets nun vorläufig erst recht nicht mehr zu denken war. **England** beschwerte sich über Deutschlands illoyales Verhalten, und auch die bürgerliche Presse **Italiens** fand sehr unfreundliche Töne. In Wien dagegen rühmte man den großen Fortschritt in der Richtung des Friedens und der Verständigung, während die **Amerikaner** allgemein behaupteten, sie hätten das unvermeidliche Zusammenrücken Deutschlands und Rußlands vorausgesehen.

**Beurteilung des  
Rapallo-Vertrages  
im Ausland**

Den Eindruck, den die Veröffentlichung des Vertrages auf die Mitglieder der Konferenz, machte, schilderte der Pressevertreter der *Baseler Nachrichten* folgendermaßen:

"Der deutsch-russische Vertrag hat wie eine Bombe gewirkt. Man hört von einer zweiten Schlacht an der Marne sprechen. Lloyd Georges persönliches Prestige wäre aufs höchste erschüttert, wenn die Franzosen jetzt die Konferenz sprengten. Deshalb läßt er zur Beruhigung der Franzosen seine Pressestellen gegen die Deutschen toben, sucht aber zu leimen, was noch zu leimen ist."

Mit der **Friedensstimmung in Genua war es ein für allemal vorbei**. Die Konferenz spaltete sich in zwei Lager, die offen gegeneinander einen erbitterten Kampf der Worte und Meinungen führten. Auf der einen Seite standen die Verbandsmächte, von Frankreich geführt, auf der anderen Rußland, das von Deutschland unterstützt wurde. Die Alliierten, England, Frankreich, Italien, Belgien, Rumänien, Tschechoslowakei und Japan, machten den Deutschen Vorwürfe, daß sie heimlich mit Rußland verhandelt hätten, ohne die anderen vertretenen Staaten davon zu unterrichten. Der Abschluß des Abkommens während der Konferenz stelle eine Verletzung der Bedingungen dar, die Deutschland einzuhalten sich verpflichtet habe, als es nach Genua ging. Es sei nicht recht und billig, wenn Deutschland nun noch an der Erörterung eines Abkommens zwischen den Verbandsmächten und Rußland teilnehme, und man nähme an, daß Deutschland auch sein Ausscheiden aus dieser Diskussion beabsichtigt habe, als es den Vertrag schloß.

Hierauf erwiderten die Deutschen, daß die seit mehreren Wochen mit Rußland geführten Verhandlungen bereits vor dem Abschluß gestanden hätten. **Die russische Verständigung sei für Deutschland deshalb so wichtig gewesen, weil die Möglichkeit bestand, mit einem der großen am Kriege beteiligten Staaten zu einem Friedenszustand zu gelangen, der alle dauernde Schuldnerschaft ausschließe und von Grund auf erneute, durch die Vergangenheit nicht belastete freundschaftliche Beziehungen ermögliche**. Die Vorschläge des Londoner Programms hätten die deutschen Interessen außer acht gelassen, und ihre Unterzeichnung hätte dazu geführt, daß die Folgen der zaristischen Kriegsgesetze Deutschland allein zur Last gefallen wären. Außerdem hätten ja die Alliierten auch hinter dem Rücken Deutschlands mit den Russen verhandelt, was der deutschen Abordnung wohl bekannt sei. Mitteilungen über diese Verhandlungen hätten darauf schließen lassen, daß eine Verständigung binnen kurzem bevorstände, daß aber die Berücksichtigung der gerechten deutschen Wünsche nicht in Aussicht genommen sei. Um nicht vor einen ungünstigen, von der Mehrheit der Kommission bereits genehmigten Entwurf gestellt zu werden, sei die deutsche Abordnung zum Handeln gezwungen gewesen. Der Vertrag greife in das Verhältnis dritter Staaten in keiner Weise ein.

Am erbittertsten waren die **Franzosen**. Seydoux erklärte, nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen zu können, bis er Instruktionen aus Paris erhalten habe. Barthou, der Vorsitzende der französischen Abordnung, sprach sogar von "lügenhaften Behauptungen der Deutschen", worauf der Deutsche Reichskanzler scharf entgegnete.

**Rußland** aber hatte gewonnenes Spiel. Es wolle mit sich reden lassen, wenn es finanzielle Hilfe erhalte. Im übrigen könne die Sowjetregierung keinerlei Verpflichtungen ihrer Vorgängerin übernehmen, solange sie nicht offiziell *de jure* von allen interessierten Mächten anerkannt sei. Die nationalisierten Unternehmungen der Ausländer würde man nicht zurückgeben, man wolle den ehemaligen Eigentümern höchstens eine Vorzugsstellung einräumen. Dem polnischen Außenminister Skirmunt warf Tschitscherin eine "grobe Verletzung des Friedensvertrages von Riga vom 8. März 1921" vor, die dadurch begangen sei, daß Polen, das die Sowjetregierung ohne Vorbehalte *de jure* anerkannt habe, sich auf die Seite der Verbandsmächte stelle und gegen den Vertrag von Rapallo protestiere.

Lloyd George war von schwerer Sorge erfüllt. Gegen Ende April gaben die amerikanischen und englischen Journalisten ihm zu Ehren ein Essen, wo er erklärte, nur ein Blinder könne sich einbilden, daß durch irgendeine Kombination zwei große Völker, die zwei Drittel von Europa repräsentieren, niedergehalten werden könnten. "Ich bin erschrocken über das Sturmwetter, das sich am Horizont zusammenzieht und am europäischen Himmel höher und höher steigt." Am folgenden Tage, dem 27. April, wurden die Deutschen von den Russen zu einem Abendessen eingeladen. Bei auserlesenen Speisen und Weinen wurde die neue Freundschaft gefeiert. Tschitscherin begrüßte Deutschland, das erste große Land, das mit der Sowjetrepublik in normale Beziehungen getreten sei, und zwar auf der Basis friedlicher Zusammenarbeit. Eine große Perspektive auf eine künftige, wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern eröffne sich.

**Seit dem Tage von Rapallo war die Tätigkeit der Konferenz in Genua gelähmt.** Eigentlich war ihre Tätigkeit zwecklos geworden, denn die Lösung des russischen Problems im Sinne der Alliierten war nun unmöglich geworden. Trotzdem wurde den Russen am 29. April ein Schreiben der Kommission übergeben, worin England, Italien, Japan und Belgien den Russen hinreichende Kredite versprochen. Sobald die russischen Schulden anerkannt wären, könne die Ausfuhr von Waren nach Rußland beginnen. Wenn man aber glaubte, daß Rußland unter dem Drucke seiner Not allmählich doch nachgeben werde, irrte man sich sehr. Drei Wochen lang waren alle Bemühungen umsonst, von dem nach dem Rapallo-Vertrage nun erst recht unzugänglichen Tschitscherin Zugeständnisse zu erhalten. Am 19. Mai fand die letzte Sitzung der Konferenz statt. Rathenau wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Welt Frieden haben wolle. Barthou erwiderte, Frankreich liebe den Frieden und sei durchaus pazifistisch gesinnt. -

Unbefriedigt gingen die Staatsmänner der Alliierten auseinander. Das Ergebnis ihrer Arbeit war, daß sie nichts erreicht hatten. Lloyd George, der als Apostel des Friedens und der Versöhnung gekommen war, kehrte bitter enttäuscht heim. Nur Deutschland und Rußland hatten einen moralischen Erfolg zu verzeichnen: sie hatten bewiesen, daß Tyrannenmacht eine Grenze auch bei geschlagenen Völkern hat. Rathenaus Vorgehen hatte die ganzen Pläne der Alliierten umgestoßen.



## **6. Kapitel: Innere und äußere Sorgen, Rathenaus Ermordung und ihre Folgen, Wirths Abgang.**

In Deutschland zeitigte der Rapallo-Vertrag zunächst sehr zweifelhafte Folgen. Hier betrachteten sich die Kommunisten als seine rechtmäßigen Nutznießer, und sie hielten es für selbstverständlich, daß dem ersten Schritte der zweite auf dem Fuße folgen müsse: die **Bolschewisierung Deutschlands**. Nur so schien den Linksradiakalen ein wahrer Frieden mit dem Sowjetreiche gesichert. Durch ein gewaltsames Auftreten begannen die Kommunisten ganz Deutschland zu beunruhigen.

Der **Bolschewist Radek** war wieder nach Deutschland gekommen und betrieb bei den Kommunisten mit großem Eifer den Staatsumsturz. Es wurde Rathenau von den bürgerlichen Parteien vorgeworfen, daß er im Vertrage mit Rußland keine Vorsichtsmaßregeln gegen die russische Propaganda aufgenommen habe. Die sogenannte Propagandaklausel, jene neue Erscheinung in den Verträgen europäischer Mächte mit Rußland, fehlte. Sie hätte sich nicht, wie bisher, auf die Staatsorgane Rußlands, sondern nach den gemachten Erfahrungen auch auf die in Moskau wirkenden Organe der Komintern erstrecken müssen. Der ungenügende Schutz gegen die staatszerstörenden Einflüsse von Seiten Rußlands war auch der Grund, weshalb die Deutschnationalen zum großen Teile mit dem Rapallo-Vertrag nicht einverstanden waren. Daher kam Radek und stellte den deutschen Kommunisten für ihre Propaganda im Jahre 1922 50 Millionen Mark zur Verfügung, das waren immerhin noch  $\frac{3}{4}$  Million Goldmark. Neue Pläne und Dienstanweisungen wurden ausgegeben, von deren Charakter die "**Dienstanweisung für die Abteilung Post**" beredtes Zeugnis ablegte. Die "Abteilung Post" wurde als "Technische Gruppe während des Bürgerkrieges" bezeichnet, und auf ihr ruhte ein großer Teil der Verantwortung für die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg. Sie soll:

**Bolschewistische  
Tätigkeit: Radek**

"**erstens**, aktiv in die vorbereitenden Kampfhandlungen eingreifen durch Verhinderung der technischen Nachrichtenübermittlung des Gegners;

**zweitens**, bei vorgeschrittener Aktion bereits vorhandene oder neu herzustellende technische Nachrichtenmittel in den Dienst der Revolutionstruppe stellen. Für diese Aufgabe kommen in erster Linie die Telegraphenarbeiter in Frage. Natürlich werden Spionage und Erkundung nach Möglichkeit fortgesetzt.

Die durch die Erkundung der technischen Nachrichtenmittel festgestellten Fernsprech- und Telegraphenleitungen einer anzugreifenden Truppe oder eines zu besetzenden Gebäudes (Behörde, Kaserne, Fabrik usw.) sind zu durchschneiden, damit der Gegner von der Außen-

welt abgeschnitten ist und Hilfe nicht herbeigerufen werden kann. Es ist von Wichtigkeit, eine Funkenstation zu besetzen und durch dauerndes Senden von dieser die drahtlose Nachrichtenübermittlung des Gegners zu stören und zu verhindern.

Ist bereits ein größeres Gebiet von uns besetzt, so ist es bei der räumlichen Entfernung der Kampftruppen und Kommandostellen voneinander unbedingt notwendig, telephonische Verbindung zu schaffen, um die Befehle an die Kampftruppen und Meldungen an die Kommandostellen so schnell wie möglich zu fördern (Feldtelefon).

Die Abteilung Post hat als Grundlage einer technischen Truppe für den Bürgerkrieg auf räumlich ausgedehntem Gelände die hierfür nötigen Leute zu stellen. Das nötige Material ist in den Fernsprech- und Telegraphenämtern zu beschlagnehmen."

**Die Hoffnung auf den Bürgerkrieg war durch den diplomatischen Schritt in Rapallo wieder stark angewachsen**, und die kommunistische Presse redete in herausfordernden Tönen. Interessant für die Stimmung ist folgende Stelle aus der *Stettiner Kommunistenzeitung* vom 8. Mai 1922:

"Genosse! Beachte folgendes und handle sofort danach:

**Du**

bist Kommunist und hast die Pflicht, endlich aktiv zu werden, du

**mußt sofort**

damit beginnen, lies deine Zeitung aufmerksam durch, denn sie ist

**deine Waffe**

im proletarischen Klassenkampf. Wirf die Zeitung nicht weg, sondern nimm sie

**mit in den Betrieb**

und gib sie deinem Arbeitskollegen. Diskutiere mit ihm über die politischen Tagesfragen, und er wird bald Anteil

**nehmen**

an unserer Bewegung. Genosse,

**es ist**

die heiligste Pflicht aller Kommunisten, mitzuwirken an der

**Mobilmachung**

aller proletarischen Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen die steigende Verelendung des Proletariats."

Die steigende Verelendung des Proletariats war die Maske, hinter welcher die **Errichtung der Räteherrschaft** lauerte. Eine Erwerbslosendemonstration am 2. Mai vor dem Berliner Rathause machte den Anfang. Weitere Demonstrationen, Streiks und Gewalttaten ereigneten sich, ohne daß es zu einer großen Erhebung kam. Am 10. Mai wurde der im Volkshause zu Leipzig tagende deutsche Bauarbeiterkongreß gewaltsam gesprengt. In den Betrieben häuften sich die Fälle wilder Streiks und rücksichtslosen Terrors. So wurde in den Norddeutschen Kabelwerken ein Arbeiter, Familienvater, vom Betriebsobmann schwer mißhandelt, weil er am 1. Mai vorübergehend zur Arbeit gekommen war. Als die Direktion darauf dem Obmann kündigte, verließen sämtliche 500 Arbeiter das Werk. Bei **Heidelberg** wurde Anfang Mai das Zementwerk Lennen stillgelegt, nachdem es trotz des über das Werk verhängten Streikes von mehreren hundert Arbeitswilligen, Angehörigen des Deutschen Arbeiterbundes, bisher in Gang gehalten worden war. Die Streikenden sprengten die Drahtseilbahn und zerstörten andere Anlagen, so daß die Verwaltung das Werk schließen mußte, weil der polizeiliche Schutz nicht ausreichte. Im

**Kommunistische  
Gewalttaten**



städtischen Elektrizitätswerk Rummelsburg war Anfang Juni ein Anschlag zu lesen, daß nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte geduldet würden. Auch an andern Stellen waren solche Bekanntmachungen anzutreffen.



Berlin 1922:

**Kommunistische Massenkundgebung im Lustgarten. Photo Scherl.**

te sich, daß die Sozialdemokraten gefühlsmäßig auf der Seite der Kommunisten standen, da sie in den Veranstaltungen der nationalen Kreise eine größere Gefahr für die Republik sahen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun sagte im Juni vor dem Preußischen Landtag folgendes:

"Das deutsche Volk leidet schwer in seiner Wirtschaft unter dem Versailler Verträge, die Staatsregierung wird daher bemüht sein, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß alles versucht werde, um die Schuldlüge abzutragen, zu erschüttern, zu vernichten. Ich richte von dieser Stelle aus die ernste Mahnung an das Land, daß man mit geräuschvollen militärischen Feiern und Veranstaltungen, in denen das *ancien régime* gefeiert wird, Zurückhaltung üben möge. Diese sind nicht dazu angetan, den Haß des Auslandes abzubauen. Unter diesem Haß muß die Bevölkerung im besetzten Gebiet, besonders auch im Saargebiet, leiden."

Die Dinge standen also so, daß weniger eine kommunistische Erhebung zu befürchten war, als vielmehr, daß eine große gemeinsame sozialistische Aktion gegen die Tätigkeit der "monarchistischen" Rechtsverbände einsetzte. Das war das Ergebnis von Wirths einjähriger Regierungsweise: sie hatte die nationalen Kreise zum Widerspruch gereizt, und dieser rief automatisch die sozialistisch-kommunistische Gegenbewegung hervor, welche dadurch stark war, weil sie einen gewissen Rückhalt an der Reichsregierung hatte.

Das deutsche Volk befand sich also Ende des Frühjahrs in einem **systematischen Kleinkrieg**, der die Sozialisten aller Schattierungen einschließlich der Kommunisten als Verbündete gegen die vaterländischen Verbände vereinte und viele Opfer forderte. Raufereien und Schießereien waren an der Tagesordnung. Bereits Ende April kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen dem deutschnationalen "Bismarckbund" und dem "Bunde der proletarischen Arbeiterjugend" in **Berlin**. Mit Totschlägern und Gummiknüppeln gingen die Kommunisten vor. Der schwer mißhandelte Führer des "Bismarckbundes" mußte in bewußtlosem Zustande nach der Unfallstation gebracht werden. Wenige Tage später wurde in **Dresden** eine Versammlung der Deutschsozialen Partei von den drei sozialistischen Parteien gesprengt. Der

**Tätigkeit der vaterländischen Verbände**

**Zusammenstöße**

bestellte Redner kam nicht zu Wort, statt seiner sprachen je ein Vertreter der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und der Kommunisten. Bei der Skagerrakfeier in **Breslau** am 1. Juni versuchten 3 000 bis 4 000 Sozialdemokraten, von ihrem Vorstand aufgewiegelt, gegen Abend gewaltsam in den Festsaal einzudringen. Einige mit Knüppeln Bewaffnete gelangten bis an die Eingänge und schlugen auf die Teilnehmer ein, die sich mit Stühlen wehrten. Die Schutzpolizei drängte zwar die Ruhestörer wieder hinaus, aber die Masse der Aufrührer wurde immer größer. Schließlich mußte auf Ersuchen des Polizeipräsidenten die Feier abgebrochen werden. Mitte Juni kam es in **Chemnitz** zu einem blutigen Handgemenge, weil ein Festzug der vaterländischen Verbände, der eine Sonnenwendfeier abhielt und damit eine Feier für die Gefallenen des Weltkrieges verband, von Kommunisten überfallen wurde. 300 Kommunisten stürzten sich auf die tausend Teilnehmer, und über hundert Personen wurden teils leicht, teils schwer verletzt. Um dieselbe Zeit wurde in **Eggesin in Pommern** der Kreiskriegerbund bei seinem Verbandsfeste überfallen, an dem **Generalfeldmarschall von Mackensen** teilnahm. Nach dem Gottesdienst griffen 150 Kommunisten den Verein an, und es entspann sich ein Handgemenge mit Stöcken, so daß auch die Polizei mit der Waffe einschreiten mußte und es zum Blutvergießen kam. Gleichzeitig ereigneten sich in **Stregda bei Eisenach** Zusammenstöße. Das Heldendenkmal sollte eingeweiht werden. Die Kommunisten störten die Rede des Pfarrers durch lautes Johlen. Ihr Führer sprang auf das Denkmal und legte einen Kranz nieder mit roter Schleife und Inschrift: "Ich warne die Jugend vor Verführung von dieser Seite."

Es würde zu weit führen, im einzelnen all die gestörten Feiern, Fackelzüge und Paraden aufzuführen. In **Karlsruhe** und **Darmstadt** paradierten die ehemaligen Garderegimenter vor ihren ehemaligen Großherzögen. In **Eisleben** fand ein viele Tausende zählender Aufmarsch des "Stahlhelms" vor dem Grafen Goltz statt, dem ehemaligen General der Baltikumtruppen. Dabei wurde ein kommunistischer Provokateur blutig geschlagen. In **Belgard in Pommern** nahmen Mackensen und Prinz Sigismund von Hohenzollern an Regimentsfeiern teil, wozu auch Reichswehr erschienen war. Zu einer Feier in Königsberg war der **Generalfeldmarschall von Hindenburg** eingeladen, und die Reichswehr beteiligte sich trotz eines Verbotes. Hier gab es Tote und Verwundete.

Die Situation hatte sich seit Ende Mai noch dadurch verschärft, **daß verschiedene Anschläge auf Persönlichkeiten und Zeitungen der Linksparteien versucht wurden**. So wurde auf Scheidemann ein Blausäureattentat verübt, das jedoch keine Folgen hatte. In Hamburg wurden seit Ende Mai bis Mitte Juni fünf Bombenanschläge auf Arbeiterzeitungen und -führer unternommen. In München wurde die sozialdemokratische *Münchener Post* das Ziel eines Bombenanschlages. Die Flagge der Republik wurde heruntergeholt und verbrannt, vor dem Sitz der Interalliierten Kommission wurde demonstriert. Das waren alles Dinge, die den Kommunisten sehr zustatten kamen. Sie wiesen in ihren Aufrufen auf die gefährliche Konterrevolution, auf die Gefahr des deutschen Faschismus hin.

All dies offenbarte eine trostlose Zermürbung und Zerrissenheit des Volkes, ohne daß es den leitenden Stellen möglich gewesen wäre, die mehr und mehr fortschreitende Zersetzung zu verhindern. Mit Naturnotwendigkeit drängte die Gewitterstimmung zu einer Entladung, einer Katastrophe; und sie kam, wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Am 24. Juni, um die zehnte Morgenstunde, es war ein warmer, sonniger Sommertag, fuhr der Reichsaußenminister Dr. Rathenau wie gewöhnlich im Kraftwagen von seiner Wohnung ins Auswärtige Amt. Seinem Wagen folgte alsbald ein anderer, der von drei jungen Leuten besetzt war. Diese suchten Rathenau zu überholen, und als ihr Wagen in gleicher Höhe mit dem des Ministers lag, erhob sich einer der Insassen und **feuerte auf Rathenau mehrere Revolverschüsse ab**. Der schwer Getroffene sank in sich zusammen und starb. In der allgemeinen Aufregung und Verwirrung gelang es den drei Attentätern, welche der Geheimorganisation "Consul" angehörten und Hermann Fischer, Kern und Ernst Techow hießen - der letzte war noch Gymnasiast -, zu entkommen.

**Rathenaus  
Ermordung**

**Die Kunde von diesem Morde löste Entsetzen und Entrüstung aus.** Im Reichstag erhob sich ein gewaltiger Tumult. Als sich der deutschnationale Abgeordnete **Helfferich** auf seinen Platz begab,

stießen die Unabhängigen und Kommunisten laute Verwünschungen gegen ihn aus und schrien: "Hinaus mit dem Mörder!" Nur mit Mühe konnte die Ordnung wiederhergestellt werden. Der Reichstagspräsident Löbe teilte den Meuchelmord an Rathenau mit.

"Die Täter haben Gehilfen, haben Spießgesellen gehabt, haben eine Organisation von Mördern gehabt, sie haben eine Organisation von Mördern hinter sich, die sie schützen und die sie für ihre Taten unterhalten. Anders wäre es nicht möglich gewesen. Das Blut des Ermordeten, es fällt auf die, die dazu anreizen, es fällt auf die, die frühere Anschläge, wenn sie nicht gelangen, mit Spott und Hohn begleiteten, es fällt auf die, die nach den gelungenen Anschlägen noch das Andenken der Opfer zu besudeln wagten."

Dies sei das Ergebnis der grenzenlosen und maßlosen Hetze gegen die Männer, die an der Spitze der Regierung stünden. Und nun machte er den Deutschnationalen und ihrer Presse schwere Vorwürfe:

"Wie hat eine gewisse Presse gehetzt und gehöhnt, als das Attentat auf Scheidemann mißlang, gehöhnt bis auf den letzten Augenblick, bis heute, wo es gelungen ist. Und es scheint keinen Schutz dagegen zu geben! Die Mörder hatten Helfer, die sie haben verschwinden lassen, sie haben Helfer, die sie immer wieder aufs neue beschützen. Und einer nach dem andern von uns erliegt der kaltblütigen Mörderhand! Neben uns sinkt ein Freund nach dem anderen dahin!"

Als Löbe geendet hatte, rief der unabhängige Abgeordnete Wels: "Es lebe die Republik!" und die übergroße Mehrheit des Hauses stimmte brausend in den Ruf ein.

Jetzt kam der Reichskanzler zu Worte. **Wirth rühmte die Verdienste Rathenaus, um dann in die allgemeine Klage einzustimmen.**

"Und von dem Tage an, wo wir unter den Fahnen der Republik aufrichtig diesem neuen Staatswesen dienen, wird ein Gift mit Millionengeldern in unser Volk hineingepumpt. Es bedroht von Königsberg bis Konstanz eine Mordhetze unser Vaterland, dem wir unter Aufgebot all unserer Kräfte aufrichtig dienen."

Dann wandte auch er sich an die Rechtsparteien und erklärte: "**Geehrte Herren von rechts! so wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr in Deutschland.**"

Am selben Tage erließ die Regierung einen Aufruf an das Volk: dem wachsenden Terror und Nihilismus, der sich vielfach unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung verberge, dürfe nicht mehr mit Nachsicht begegnet werden. "Die Republik ist in Gefahr!" In jenen bitteren Tagen wurde das verhängnisvolle Wort geprägt, in dessen Zeichen die Regierung Wirth bis weit in den Kommunismus hinein ihre Anhänger um sich scharte: "**Der Feind steht rechts!**"

**Hergt**, der Sprecher der Deutschnationalen, erklärte am folgenden Tage im Reichstag, daß seine Partei dem Morde vollkommen fernstünde und ihn verabscheue. Sie müsse es aber als verfassungsmäßige Partei ablehnen, unter die beabsichtigte Verordnung zum Schutze der Republik gestellt zu werden.

Am 26. Juni erließ der Reichspräsident die **Verordnung zum Schutze der Republik**. Vereine, Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen dürfen verboten und aufgelöst werden, wenn die Gefahr besteht, daß in ihnen ein republikfeindlicher Geist gepflegt wird. Zum Schutze der Republik wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren und außerdem mit einer Geldstrafe von einer halben Million Mark bestraft, wer öffentlich Gewalttaten gegen die Republik und ihre Staatsmänner verherrlicht, billigt, belohnt oder begünstigt, ferner wer zu Gewalttaten auffordert, aufwiegelt oder verabredet, ferner, wer die jetzigen oder frühere Regierungsmitglieder verleumdet oder öffentlich beschimpft, schließlich, wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- und Landesfarben beschimpft. Ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik soll beim Reichsgericht errichtet werden und aus sieben Mitgliedern bestehen, von

**Verordnung zum  
Schutz der Republik**

denen drei vom Präsidium des Reichsgerichts aus seinen Mitgliedern, vier vom Reichspräsidenten ernannt werden sollen. Diese vier letzten dürfen auch Laien sein. Ferner wurden Druckschriften verboten, die gegen die Republik und ihre Regierungsmitglieder gerichtet waren. Schließlich wurden die geplanten Veranstaltungen der vaterländischen Verbände untersagt, so die für den 28. Juni vorgesehenen Protestversammlungen gegen den Versailler Vertrag und die Regimentsfeiern.

Inzwischen hatte man den am Rathenaumord beteiligten **Gymnasiasten Ernst Techow** verhaftet, und seine Aussagen bewogen den Reichspräsidenten, die Verordnung zum Schutze der Republik am 29. Juni in wesentlich verschärfter Form zu verkünden. Der drakonische Artikel 1 lautete:

"Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch den Tod zu beseitigen, werden mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Ebenso werden bestraft Personen, die eine solche Vereinigung wissentlich mit Geld unterstützen. Dritte Personen, die um das Dasein einer solchen Vereinigung wissen, werden mit Zuchthaus bestraft, wenn sie es unterlassen, von dem Bestehen der Vereinigung, den ihnen bekannten Mitgliedern oder deren Verbleib den Behörden oder der durch das Verbrechen bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben. Zuständig ist der auf Grund der Verordnung vom 26. Juni gebildete Staatsgerichtshof."

**Die preußische Regierung war entschlossen, mit aller Energie gegen die ihrer Meinung nach monarchischen Verbände vorzugehen.** Der sozialdemokratische Innenminister Severing kündigte eine **große Säuberung der Beamtenschaft und die Auflösung der nationalen Verbände an**, worunter auch der bisher verschonte "Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, begriffen war. - Anders **Bayern**. Dies erhob Widerspruch gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und nahm besonderen Anstoß an ihren unmoralischen Folgen. Sie befördere die Bspitzelung und Angeberei.

**Tätigkeit der Landesregierungen**

Mit besonderem Eifer nahm sich **Sachsen**, wie schon im Vorjahre, der Sache der Republik an. Bei der Eröffnung der Landtagsitzung am 28. Juni kam es zu erregten Auftritten, weil die Kommunisten und beiden sozialistischen Parteien verlangten, daß der deutschnationale Vizepräsident Dr. Wagner seinen Platz verlasse. Der aber weigerte sich, und nun verließ die gesamte Linke unter Protestrufen den Saal. Der Innenminister Lipinski erklärte, die Regierung werde alles tun, um die Verordnung zum Schutze der Republik mit allem Nachdruck in Sachsen durchzuführen. Die Regierung habe aber noch ein weiteres getan: sie habe in einer Protestnote an die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß die Reichswehr die monarchistisch-nationalistische Agitation durch Stellung von geschlossenen Formationen zu Regimentsfeiern usw. begünstigt habe und dies vom Reichswehrministerium angeordnet sei, ohne der sächsischen Regierung hiervon Kenntnis zu geben. Sie habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichswehr trotz des Mordes keine Vorbeugungsmaßnahmen getroffen habe, und verlange, daß Demonstrationen der Reichswehr bei Regimentsfeiern und die Agitation für letztere verboten würde. Am Schlusse der Note heiße es: "Die sächsische Regierung hält es für geboten, durch einen Wechsel in der Person des Reichswehrministers die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Reichswehr ein Mittel zum Schutze der Republik wird." Man müsse Vorsorge treffen, indem man die Ordnungspolizei zeitweise durch die republikanisch gesinnte Bevölkerung verstärke. Wenn alle überzeugten Republikaner und Sozialisten zusammenstünden, dann werde die Lust zu monarchischen Erhebungen bald vergehen. Durch die sozialistische Regierung Sachsens habe ja das werktätige Volk die Regierung übernommen. Lipinski schloß:

"Wir rufen die republikanisch gesinnte Bevölkerung auf, zusammenzustehen in der Abwehr der Feinde der Republik und der Regierung und ihren Organen zu helfen, die Begünstiger und Förderer der Meuchelmörder aus ihren Schlupfwinkeln herauszuholen, damit sie zur Verantwortung gezogen werden können. Sie erwartet insbesondere von der Arbeiterklasse als der treuesten Stütze der Republik, daß sie allen Feinden zum Trotz die Republik verteidigt und erhält. Es lebe die Republik!"

Lipinski ließ keinen Zweifel darüber, daß er alle Beamten, die den vaterländischen Verbänden nahestanden, entfernen würde. Auch deutete er bereits die Bewaffnung der Arbeiterschaft an, eine Maßnahme, die später in die Tat umgesetzt wurde und zur Bildung der Roten Hundertschaften führte.

Auch in **Baden** versprach man, tatkräftig die Republik zu schützen, und **Thüringen** stand an Sachsens Seite in dem Gelöbniß, die "Monarchisten" auszurotten. Der unabhängige Sozialist Herrmann, welcher thüringischer Innenminister war, verkündete scharfe Maßregeln zur Säuberung der Verwaltungsorganisationen von monarchistischen und antisemitischen Beamten. Man werde den "Völkischen Schutz- und Trutzbund", den "Stahlhelm", den "Nationalen Pfadfinderbund" und andere ähnliche Organisationen auflösen.

### **Streiks und Demonstrationen**

Während die Regierungen diese Pläne schmiedeten, wogte das Volk auf und ab. Die **Kommunisten** gaben ein Flugblatt heraus mit der Aufforderung: "Handeln ist Pflicht." Und man handelte. Im ganzen Reich wurden Proteststreiks abgehalten. Tausende und aber Tausende gingen auf die Straße und demonstrierten unter roten Fahnen für die Erhaltung der Republik. Die Betriebe waren geschlossen, es wurde kein Geld verdient, und der Massen hatte sich eine Stimmung bemächtigt wie zur Zeit des Kapp-Putsches. In allen Teilen, in allen großen und kleinen Städten des Reiches streikten und demonstrierten Männer und Frauen und Kinder. Es kam zu Ausschreitungen und blutigen Zusammenstößen in Darmstadt am 27. Juni, in Mannheim, Frankfurt, Düsseldorf, Magdeburg, Gleiwitz, Halle, Lörrach, Singen, Durlach, Gotha und in andern Orten. Größeren Umfang nahm eine Revolte in Zwickau in Sachsen am 4. Juli an. Nach Schluß einer Kundgebung gegen die Lebensmittelteuerung begab sich ein Haufe vor das Haus des Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, während ein zweiter Haufe sich gegen die Polizeiwache wandte, mit der Aufforderung, daß die bei der städtischen Polizei delegierte grüne Polizei von der blauen Polizei nicht unterstützt werden dürfe. Dies wurde abgelehnt, und die Aufrührer stürmten die Polizeiwache im Rathaus. Darauf wurde Schutz von der Landespolizei erbeten. Jedoch die Polizeiabteilung, die sich zum Rathaus begab, wurde umringt, entwaffnet und zurückgedrängt. Nun richtete sich der Kampf gegen die Kaserne der Landespolizei, und am Abend wurden verschiedene Angriffe auf das Gebäude unternommen. Beim ersten Angriff wurde das Kasernentor eingedrückt, jedoch die Angreifer wurden mit der Waffe zurückgeschlagen. Die Polizei war völlig abgeschlossen, und die in der Stadt befindlichen Beamten konnten nicht zurückkehren. In der Stadt wurden stellenweise Lebensmittelgeschäfte geplündert. Erst nachdem in der Nacht Polizeiverstärkungen aus Dresden, Chemnitz und Glauchau eingetroffen waren, konnte die Ordnung wiederhergestellt werden. Die Aufrührer hatten 14 Tote und 70 Verwundete, die Landespolizei 10 Vermißte und 6 Verwundete verloren.

Rücksichtslos wurde die Meinungsfreiheit Andersgesinnter geknebelt, wie ein wenige Tage später vom Betriebsrat der Deutschen Werke in Kiel an die Direktion gerichteter "**Erlaß**" bewies. Dieser hatte folgenden Wortlaut:

"In der heute morgen um acht Uhr unter dem Vorsitz von Elm stattgefundenen Versammlung der Betriebsobleute wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Die Arbeit wird am Dienstag um 12½ Uhr niedergelegt, und die gesamte Belegschaft verläßt die Werke geschlossen. Um 1 Uhr werden aus jeder Werkstelle fünf Mann als Sperrkommando vor dem Werfttore Aufstellung nehmen und die Zugangsstraßen absperren, so daß ein Entweichen von Arbeitern und Angestellten unmöglich ist. Der Zug soll die ganze Breite der Straße umfassen und sollen alle ihm etwa Entgegenkommenden, gleichviel ob Beteiligte oder nicht, gezwungen werden, an demselben teilzunehmen. Aus jeder Werkstelle sollen Abordnungen durch die Büros und Betriebe gehen, um sich zu überzeugen, daß die Betriebe geräumt sind und alles an dem Zuge teilnimmt. Etwa Angetroffene sollen gegebenenfalls mit Gewalt entfernt werden. Die Nebentore Ellerbecker, Julien- und Agnethabador sollen gleichfalls geschlossen werden, damit durch diese Tore niemand entweichen kann. Sollten sich die Pförtner einer Einmischung entgegenstellen, sollen sie mit Gewalt entfernt werden. Bezüglich der Probefahrt des 'Wilhelm Hemsoth' ist mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen worden, dieselbe

nicht stattfinden zu lassen, da sie als Notstandsarbeit nicht angesehen wird."

Wenn auch die nichtsozialistischen Angestellten dem angekündigten Terror dadurch auswichen, daß sie an dem betreffenden Tage nicht zum Dienst erschienen, so zeigte sich doch, wie sehr die Leidenschaften aufgepeitscht waren und welche Rechte sich einige Teile des Volkes anmaßen, um die Republik zu schützen.

**Hetze der  
Linksparteien**

Es wurde geradezu in breitester Öffentlichkeit als selbstverständlich betrachtet, **daß jeder Angehörige einer Rechtspartei als Teilnehmer des Mordes an Rathenau geächtet war**, nachdem die Regierung in aller Form erklärt hatte: "**Der Feind steht rechts!**" Es ist unmöglich, all die Pressestimmen anzuführen, die diese Ansicht verbreiteten. Als besonders charakteristisch sei nur ein Absatz wiedergegeben, den die mehrheitssozialistische *Volksstimme* in Duisburg Ende Juni brachte:

"Wenn ein Deutschnationaler sein verlogenes Maul auftut, muß er niedergeknüppelt werden. Jede öffentliche Feier der Deutschnationalen muß mit Gewalt gesprengt werden. Das deutschnationale Mördergesindel muß fortan vogelfrei sein. Durch Gesetze und Verordnungen dürfen wir uns daran nicht mehr hindern lassen. Das Maß ist voll. Wir rufen zur brutalen Gewalt auf gegen jeden deutschnationalen, deutschvölkischen oder nationalistischen Rummel. Man kann diesen vertierten Kerlen nur imponieren, indem man sie zusammenhaut. Helfen wir uns nicht dazu auf, die deutschnationale Mörderclique niederzuknüppeln, so verdienen wir es, wenn das Ausland das deutsche Volk für eine Gesellschaft verkommener Hunde hält! Wir sagen das alles im vollen Bewußtsein der Folgen, die daraus entstehen können. Wir wollen diese Folgen. Folgt daraus der Bürgerkrieg, so müssen wir ihn eben durchfechten."

Die *Rote Fahne* stimmte diesen sozialdemokratischen Ausführungen bei und forderte die zentralen Instanzen der beiden sozialistischen Parteien auf, nicht länger vor Handlungen zurückzuschrecken, sondern dem Zaudern ein Ende zu machen. Die Kommunisten forderten Auflösung des Reichstages und Neuwahlen unter der Losung: Arbeiterregierung. Ernster, schlimmer als in vergangenen Jahren drohte der Bürgerkrieg, hatten sich doch Sozialdemokraten und Kommunisten zu gemeinsamer Front verbunden, deren Kühnheit noch dadurch wuchs, daß die Reichsregierung selbst stark mit ihnen sympathisierte. Nur die rapid fortschreitende wirtschaftliche Zerrüttung verhinderte, daß die Massen sich wie in den vorhergehenden Jahren zusammenschlossen und den Bürgerkrieg eröffneten. Die Not um das tägliche Brot fesselte die politische Aktionskraft.

**Gewalttaten und  
Blutvergießen**

So machte sich die Erregung gegen die rechtsstehenden Kreise in **zahlreichen spontanen Gewalttätigkeiten** Luft. Wir wollen versuchen, in Kürze diese Julimeute zu charakterisieren. Der Bruder des bekannten deutschnationalen Abgeordneten Helfferich, ein Fabrikant in **Neustadt a. H.**, wurde anlässlich der Ermordung Rathenaus angegriffen und beleidigt. In **Freiburg i. B.** drang bei einer Regimentsfeier der Pöbel ein, riß die Fahnen von den Wänden, verbrannte sie, stieß mit Orden gezierte alte Kriegsteilnehmer vom Wagen und mißhandelte sie. In **Frankfurt a. M.** verfolgten streikende Demonstranten den Direktor der Adlerwerke, der infolge der Aufregungen einem Herzschlag erlag; der Sohn eines Baurats wurde durch Schüsse schwer verletzt; der Polizeipräsident von Frankfurt erklärte, um Schutz angegangen, achselzuckend, er sei machtlos. In **Gera (Reuß)** wurden der Fabrikant Zeiske und sein Sohn gezwungen, im Demonstrationzuge rote Fahnen zu tragen. In **Buxtehude** kam es bei einem Schützenfeste zu schweren Ausschreitungen gegen die Teilnehmer. In **Dortmund** wurde die Annakirche geplündert, wobei Heiligenbilder zertrümmert wurden. In **Sommerschenburg** haben sozialdemokratische Demonstranten das Gutshaus des Besitzers Grafen Gneisenau nach förmlicher, eine ganze Nacht andauernder Belagerung gestürmt, geplündert, den Gutsverwalter und einen Feldhüter tödlich mißhandelt. Der Landrat in Neuhaldensleben und der Regierungspräsident in Magdeburg, die persönlich eingriffen, haben der Revolte stundenlang keinen Einhalt getan, eine Gruppe der aus Magdeburg herbeigeholten Schutzpolizei zuerst mit viel zu geringen Kräften eingesetzt, eine andere Gruppe in der Nachbarschaft lange Zeit zurückbehalten. In **Heidelberg** wurde am 4. Juli Professor Lenard, ein einzigartiger Forscher von internationaler Berühmtheit, weil er wäh-

**Julimeute**



rend des Demonstrationsstreiks in seinem physikalischen Institut weiterarbeiten ließ, aus dem Institut herausgeholt, durch die Straßen geschleift, mißhandelt, verhöhnt und bespuckt. In **Clausthal** fanden am 22. Juli blutige Ausschreitungen der kommunistischen Jugend gegen Studenten und studentische Verbindungshäuser statt; dabei gab es zwei Tote und viele Verwundete. In **Siegen** bestürmte und verwüstete der Pöbel im Juli die Wohnung des Direktors der Aluminiumwerke, welcher eingeschriebenes Mitglied der Demokratischen Partei war. In **Marienburg (Ostpreußen)** wurde die Ehefrau des Hauptschriftleiters des rechtsstehenden *Marienburger Anzeigers* erschossen; das Attentat galt dem Ehemanne. In Jena fand im Juli ein förmliches Kesseltreiben gegen die Studenten statt, wogegen die Behörden keinen Schutz gewährten; das Jenaer Burschenschaftendenkmal wurde schwer beschädigt. In **Lichtenberg** wurden auf eine deutschnationale Bezirksverordnete drei Schüsse abgegeben, als sie von einer Eisenbahnerversammlung heimkehrte, in der sie sozialdemokratischen Rednern entgegengetreten war. In **Hamburg** stürzten am 4. Juli Teilnehmer eines sozialdemokratischen Demonstrationzuges ein Boot um, in welchem Schüler mit schwarzweißroten Schleifen saßen; Rettungsversuche wurden gewaltsam verhindert. In **Striegau** wurden bei der Demonstration im Juli ein Rechtsanwalt aus seiner Wohnung geholt und blutig geschlagen, eine Frau und ihr Sohn, ein Gymnasiast, zwei ehemalige Offiziere und andere Bürger schwer mißhandelt, ihre Wohnungen wurden geplündert. In **Reichenbach (Schlesien)** fanden schwere Ausschreitungen statt; der Landrat wurde gezwungen, im Demonstrationzuge mitzumarschieren. In **Bautzen** wurde der Schriftleiter des demokratischen *Bautzener Tageblatts* auf einen Wagen gesetzt und im Zuge durch die Straßen gefahren.

Doch genug der schaurigen Blütenlese! So also sah die Selbsthilfe aus, zu der die sozialistischen und kommunistischen Zeitungen zum Schutze der Republik aufriefen. In allen Teilen des Reiches wurden roheste Schandtaten begangen gegen Deutsche, die den Mut hatten, ihre auf alte Ideale gegründeten, von der herrschenden Ansicht abweichenden Meinungen zu vertreten. In der Tat waren die Angehörigen der Rechtsparteien vogelfrei. Die Polizei und der Staat gewährte ihnen ungenügenden oder gar keinen Schutz, hatte doch der Reichskanzler Wirth selbst durch sein Wort "der Feind steht rechts!" die nationalgesinnten Kreise außerhalb des Gesetzes gestellt. Ein wüstes Chaos entfesselter Leidenschaften zerrüttete das Volk und verschlang viele unschuldige Opfer.

Es dauerte einen ganzen Monat, bis sich der Sturm legte, der durch die Ermordung Rathenaus das deutsche Volk aufwühlte. Es war der Polizei nicht gelungen, die beiden Haupttäter, Fischer und Kern, zu verhaften. Wie ein gehetztes Wild flohen die beiden durch Deutschland, und als ein Entweichen vor den Beamten der Gerechtigkeit nicht mehr möglich war, erschossen sie sich am 18. Juli auf Burg Saaleck in der Nähe der Rudelsburg. Fünf Tage später verkündete die Reichsregierung auf Grund der Juniverordnungen das **Gesetz zum Schutze der Republik**, dem die Deutschnationalen ihre Zustimmung versagten. Die **bayerische Regierung** jedoch weigerte sich, das Gesetz in ihrem Machtbereich durchzuführen und erließ statt seiner am folgenden Tage eine landesrechtliche Verordnung. Dagegen protestierte die Reichsregierung. "Zum erstenmal seit der Gründung des Reiches ist damit der Zustand eingetreten, daß eine Landesregierung einem verfassungsmäßig zustande gekommenen Reichsgesetz für ihr Gebiet die Geltung verweigert." So wurde der Rathenaumord noch zur Quelle eines ersten Verfassungskonfliktes zwischen dem Reich und Bayern, der auch in den folgenden Jahren nicht behoben wurde.

Die **bayerische Regierung** erklärte Anfang August, das Reich könne nicht die Hoheitsrechte der Länder ohne deren Zustimmung beseitigen oder einschränken, wie dies durch die Bildung des Staatsgerichtshofes und der Abgrenzung seiner Kompetenz geschehe. **Am 9. und 10. August verhandelten in Berlin die Vertreter der Reichsregierung mit den bayerischen Vertretern, und der Konflikt wurde beigelegt, indem das Reich zu Bayerns Gunsten Zugeständnisse machte.** Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes wurde nur für einige außerordentliche Fälle anerkannt, welche ein Interesse des Reiches beanspruchen, es soll sonst das regelmäßige Verfahren vor den ordentlichen Gerichten nicht berührt werden. Wenn der Oberreichsanwalt polizeiliche Hilfe in Anspruch nehme, solle er sich der Polizeibehörden des betreffenden Landes bedienen. Auch wurde für Bayern die Bildung eines besonderen, süddeutschen

**Verfassungskonflikt  
mit Bayern**

Senates beim Staatsgerichtshof vorgesehen. Bayern gab zu, daß bestimmte Reichsbeamte in leitender Stellung jederzeit aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt werden könnten, jedoch solle den Landesregierungen vorher Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden. Die Einrichtung von Landeskriminalpolizeistellen sollte ausschließlich Angelegenheit der Länder sein, eine selbständige Ermittlungstätigkeit nichtbayerischer Stellen in Bayern sollte grundsätzlich ausgeschlossen sein. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches und die Staatspersönlichkeit der Länder wurde ausdrücklich anerkannt. Die Reichsregierung erklärte, über die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches hinaus Hoheitsrechte der Länder nicht an sich ziehen zu wollen. - Es ergab sich, daß Bayern siegreich den bundesstaatlichen Charakter des Reiches verteidigt hatte, und nach einigen Rückfragen in Berlin hob es Ende August seine Verordnung vom 24. Juli wieder auf.

**Sachsen dagegen entwickelte sich zielbewußt zu einer Vormacht der radikalen Sozialdemokratie mit bedenklich kommunistischem Einschlag.**

Bereits am 14. Juli hatten sich die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Ihr Ziel war, die Republik zu schützen und die Mark zu stabilisieren. Doch wurde eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Das sächsische Vorbild wirkte auf die sozialistischen Parteien im ganzen Reiche. In Nürnberg schließlich verschmolzen sich beide sozialistischen Parteien Deutschlands am 24. September zur "Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands". Dies bedeutete eine Radikalisierung der Mehrheitssozialisten und war eine weitere Folge des Rathenaumordes.

**Radikale  
Maßnahmen  
in Sachsen**

**In Sachsen hatte ein am 12. Juli statt gefundenes Volksbegehren ergeben, daß 80 Prozent von einer Million nichtsozialistischer Stimmen die Auflösung des Landtages wünschten.**

Es dauerte zwei Monate, bis der Landtag zu dem Beschluß kam, dem Volksbegehren stattzugeben und sich sofort aufzulösen. 53 Stimmen der Deutschen Nationalen, Deutschen Volkspartei, Demokraten, Zentrum und Kommunisten stimmten für die Auflösung gegen 39 sozialistische Stimmen. Wieder zwei Monate später, am 5. November, fanden die Neuwahlen statt. Die Bürgerlichen verloren einen Sitz, sie erhielten nur noch 46, die Sozialdemokraten behaupteten sich auf 40, während die Kommunisten ein Mandat gewannen und jetzt zehn Vertreter in den Landtag sandten. **Die sächsische Sozialdemokratie war über dieses Ergebnis hochbefriedigt und forderte am 11. November die Kommunisten auf, in die Regierung mit einzutreten.** Diese waren nicht abgeneigt und stellten schon nach drei Tagen die Bedingungen für ihre Regierungsteilnahme: erstens, Versorgung der Arbeiter mit verbilligten Lebensmitteln, Brot, Kartoffeln, Kohlen, zweitens, Beschaffung der notwendigen Geldmittel hierfür durch sofortige Einziehung der Steuern von den Besitzenden und Ausschreibung einer Zwangsanleihe in Höhe von 30 Prozent des Besitzes, drittens, Beschaffung ausreichender Wohnungen durch Beschlagnahme der Luxuswohnungen, viertens, verschärfte gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung des Achtstundentages und Produktionssteigerung durch Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht von 18 bis 58 Jahren, fünftens, sofortiger Erlaß einer Amnestie für politische und aus Not begangene Delikte und Abtreibungsprozesse unter Ausschluß der Konterrevolutionäre, sechstens, Verbot des Einsetzens der Teno [*Scriptorium merkt an: Technische Nothilfe*], siebentes, Ergänzung der Polizei und ihrer Verwaltung aus freigewerkschaftlichen, organisierten Arbeitern und Angestellten und Bildung von Arbeiterwehren, achtens, sofortiges Verbot und strenge Bestrafung aller monarchischen und antirepublikanischen Agitation, Auflösung der monarchischen Verbände, rücksichtslose Entfernung aller reaktionären Beamten in Justiz, Polizei und Verwaltung, neuntens, Unterbreitung aller für proletarische Interessen wichtigen Gesetzesvorlagen der Vollversammlung der Betriebsräte und dem Landesbetriebsrätekongreß durch die Regierung, und zehntens schließlich wurde verlangt, im Reich die Massen gegen die Koalitionsregierung zu mobilisieren und für eine Arbeiterregierung zu wirken. Der kommunistische Parteitag, der am 25. und 26. November in Dresden tagte, bezeichnete diese zehn Forderungen als Mindestforderungen für den Eintritt in die Regierung, an denen unbedingt festzuhalten sei. In der Tat waren diese "Mindestforderungen" höchst bedenklicher Natur und konnten, wenn sie von der Sozialdemokratie angenommen wurden, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs schwerste

**Radikale  
Maßnahmen  
in Thüringen**

gefährden.

Nachdem am 18. November in Dresden bereits kommunistisch-syndikalistische Erwerbslosenkrawalle stattgefunden hatten, **kamen am 28. November die Vertreter der Sozialisten und Kommunisten zusammen, um die Regierungsverhandlungen zu beenden.** Die Sozialisten brachten ein Programm mit, wonach sie versprachen: Schutz der Republik mit allen gesetzlichen Mitteln, besonders in Beamtenschaft und Polizei, Gemeindegesetze auf der Grundlage freier Selbstverwaltung, Amnestie, wie sie die Kommunisten verlangten, Arbeiterkammern als Kontrollbehörden, steuerliche Entlastung der Arbeiter unter gleichzeitiger Belastung der Besitzenden, Förderung der Sozialisierung, des Wohnungsbaues, Bekämpfung des Wuchers, Sicherstellung der Ernährung, beschleunigte Trennung von Staat und Kirche und Reform des gesamten Schulwesens. Die Kommunisten beharrten jedoch auf ihren zehn Forderungen und erklärten, daß sie mit ein oder zwei Ministersitzen nicht zufrieden seien. Als die Sozialdemokraten die Unnachgiebigkeit der Radikalen erkannt hatten, brachen sie die Verhandlungen als aussichtslos ab. **So wurde Sachsen zunächst vor dem Schicksal einer kommunistischen Herrschaft bewahrt.** Damit hatten allerdings die Gewaltmaßnahmen der sozialdemokratischen Machthaber keine Linderung erfahren. Es wurden nach wie vor unbequeme Beamte beseitigt und die Mitglieder der nationalen Parteien und Verbände bedrängt und bedrückt. Das Proletariat hatte die Macht, und der Besizende galt jedem Proletarier als Monarchist, als Reaktionär, als Feind der proletarischen Republik.

Ähnlich verhielt es sich in **Thüringen.** Richter, Lehrer, Verwaltungsbeamte, die irgendwie verdächtigt waren, mit der monarchischen Reaktion in Verbindung zu stehen, wurden ihrer Ämter enthoben und durch überzeugte Republikaner ersetzt, die weniger Sachkenntnis als politische Linie besaßen. Aber gerade das letzte war das Wesentliche bei allen Bestrebungen, die Republik zu schützen. Diese Regierungsmaßnahmen wurden jedoch nicht unwidersprochen hingenommen. So hören wir, daß sich in Meiningen eine Abstimmungsvereinigung "Los von Thüringen" gebildet hatte, die Mitte November einen Aufruf veröffentlichte und den Willen, sich von Thüringen zu trennen, kundgab. Was seien in Thüringen für Schulverhältnisse eingerissen! Nicht mehr Wissen und Können und erzieherische Leistungen seien die Merkmale, nach denen die Fähigkeit der Lehrer beurteilt werde, sondern nur der Parteistandpunkt sei maßgebend. In der Weise, wie man das Gesetz zum Schutze der Republik durchführe, trete man die heiligsten Rechte des Volkes mit Füßen. Mit mustergültigen Finanzen sei Meiningen 1920 in das Land Thüringen eingetreten, jetzt müsse es für die Schulden anderer Vertragsstaaten aufkommen. - Die meiningischen Loslösungsbestrebungen waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt, - ebensowenig wie die Autonomiebestrebungen in **Oberschlesien.** Hier hatte am 3. September eine Volksabstimmung über die Frage: "Preußische Provinz oder selbständiger Staat?" stattgefunden, und 513 000 Stimmen waren für die preußische Provinz, dagegen nur 50 000 für den autonomen Bundesstaat abgegeben worden.

Bei alledem stieg Deutschlands Not von Tag zu Tag mit einer Geschwindigkeit, die lähmenden Schrecken über das Volk ausgoß. **Mit entsetzlicher Deutlichkeit offenbarte sich die Katastrophe, welche die Erfüllungspolitik herbeiführte.** Noch am 20. Juni bekam man für eine Goldmark nur 73 Papiermark, zwei Monate später mußte man die Mark Goldes bereits mit 205 Papiermark aufwiegen, Ende Oktober mit 900, am 10. November mit 1300! Ein Kapitalvermögen von einer Million Mark war also auf 770 Goldmark zusammengeschrumpft! Es entwickelte sich ein Kampf ums Dasein, der nie gekannte, brutale Formen annahm. Die Wirtschaftstarken jagten nach ausländischem Gelde und speicherten Devisen auf, trotzdem dies verboten war. Kaufleute spekulierten in Lebensmitteln und hielten sie zurück, um sie teurer verkaufen zu können. Die Sachwerte wurden in zunehmendem Maße der Wertmesser für den Austausch der Güter, und vielfach schon wandte man sich bei Handelsgeschäften von der hoffnungslos sinkenden Mark ab und kehrte zu dem primitiven Tauschhandel in Naturalien zurück. Der Kaufmann tauschte seine Waren gegen Kohlen und Lebensmittel ein, und der Bauer bezahlte seine Anzüge und Kleider mit Getreide und Fleisch. Besonders drückend lastete der Zustand auf dem Hausbesitz. In den großen Städten, besonders aber in Oberschlesien, Schleswig und am Rhein, gingen sehr viele Häuser in den Besitz valutastarker Ausländer

***Katastrophe der  
Erfüllungspolitik  
und deutsche Not***

über.

Die allgemeine Teuerung wurde noch dadurch verschärft, **daß die Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen war, ihre Betriebe voll auszunutzen**. Die hohen Kosten für künstlichen Dünger machten es unmöglich, solchen einzukaufen. So war in **Preußen die Anbaufläche** um etwa 400 000 Morgen zurückgegangen, was einen Ausfall von rund 6 000 000 Zentner Brotgetreide bedingte. Der Ernteausfall betrug mehr als ein Fünftel gegen das vergangene Jahr. Nur für die Ausländer mit vollwertigem Gelde entwickelte sich Deutschland zu einem Paradies. Sie überfluteten das geplagte Land in hellen Haufen und kauften für billiges Geld große Schätze zusammen.

Für die **Wissenschaft** wurde die Not zu einer qualvollen Drosselschlinge. Die Privatdozenten der Hochschulen verrichteten in ihren Mußestunden Schreiberdienste, um die nötigsten Mittel zum Lebensunterhalte zu erwerben. Wissenschaftliche Laboratorien mußten den Betrieb einstellen, weil sie keine Anschaffungen mehr machen konnten. Verleger lehnten es ab, große Werke zu übernehmen. Unter staatlichem Schutz hatte sich eine **Notgemeinschaft der Wissenschaft** organisiert, die auf der Grundlage der Selbstverwaltung beruhte und den hungernden Gelehrten kleine Beihilfen verschaffte. Das Reich selbst hatte 20 Millionen zur Verfügung gestellt und verdoppelte schon in Kürze den Betrag, indem es versprach, bald weitere 40 Millionen zu beschaffen. All diese Maßnahmen waren aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da schon der nächste Tag eine gespendete Summe zum größten Teile entwertet hatte. Noch schlimmer stand es um die Künstler.

Viele geachtete und gutgestellte **Familien des Bürgertums** versanken im Chaos. Die Alten erhielten Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln, während die Jungen, Söhne und Töchter, danach trachteten, eine Anstellung im Büro eines kaufmännischen Unternehmens oder, in untergeordneter Stellung, in einem Staatsbetriebe zu erhalten. Unterernährte Schulkinder, hungrige Studenten, Arme und Alte erhielten Speisungen aus öffentlichen Mitteln, um ihre furchtbare Lage etwas zu lindern. Die wirtschaftliche Freiheit, welche die gesunde und wohlwollende Mutter aller kulturellen Entwicklung ist, war erschlagen, getötet, das **deutsche Volk wurde zu einem Volk von Lohnsklaven**, die um Geld und nacktes Leben Frondienste taten. Dagegen blühte das dunkle Gewerbe **gewissenloser Schieber**, die, vielfach aus bettelarmen Kreisen hervorgegangen, auch als Bettler vom Auslande eingewandert, aus der Not des großen Volkes ihren schmutzigen Vorteil zogen.

**Fortschreitender  
Verfall des Bürgertums**

Auch **die Angestellten und Arbeiter erkannten**, daß dauernde Erhöhung der Gehälter und Löhne sie nicht vor dem drohenden Elend schützen konnte. Die monatliche Gehaltszahlung, die selbst bei den Beamten eingeführt war, erwies sich als ein Hindernis und wurde durch vierzehntägige Zahltermine ersetzt. Die Vertretungen der Arbeitnehmer wandten sich an den Reichskanzler mit Vorschlägen um Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage. Am 24. August trugen die **Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Organisationen, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und Afa**, dem Reichskanzler Wirth ihre Wünsche und Vorschläge durch ihre Vertreter persönlich vor. Wirth entrollte ein Bild der trostlosen Lage. Der Dollarkurs betrage 2 000. Mit der Wiedergutmachungskommission verhandle man um Kohle und Holz, um die Abtretung von Kohlengruben und Forsten. Aber die Erfüllung fände da eine Grenze, wo das deutsche Volk ernstlich anfangen, Hunger zu leiden. "Erst Brot, dann Reparationen!"

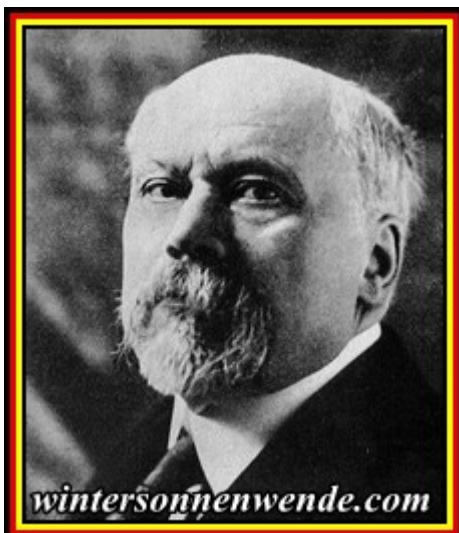
**Forderungen der  
Gewerkschaften**

Nun entwickelten die Gewerkschaften ihr Programm: die Einfuhr müsse bis zum äußersten eingeschränkt werden, besonders die Einfuhr von Luxusartikeln müsse durch Verbot oder scharfe Anspannung der Zölle verringert werden. Als solche Luxusartikel wurden bezeichnet Zigarren, Zigaretten, Tabak, Bier, Tee, Schokolade, Pelze, Seide; die Ausfuhrabgabe sollte erhöht werden; der Devisenhandel müsse kontrolliert werden, jede Devisenspekulation sei zu verbieten und alle darin erzielten Gewinne müßten beschlagnahmt werden; eine innere Goldanleihe müsse unter Heranziehung der Sachwerte aufgelegt werden; ferner solle man die Mark stabilisieren und die Einkommensteuer einziehen, ehe sie entwertet sei; die Kartoffelversorgung müßte sichergestellt und Viehhandel und Fleischexport aufs schärfste überwacht werden; Trinkbranntwein dürfe nicht von Kartoffeln,

Getreide, Reis oder Mais hergestellt werden; auch die Bierbrauerei sei einzuschränken, Zuckerrüben dürften nicht dazu verwandt werden; die Wiedereinführung der Zuckerzwangswirtschaft wurde verlangt und zugleich ein Verbot für Herstellung der Schokolade und anderer Luxusartikel gefordert; auch der Milchverbrauch und Milchpreis sollte gesetzlich geregelt werden; das Brotgetreide sollte stärker ausgemahlen und die Seefische dem Volke in größerem Umfange zugeführt werden; in den Gast- und Speisestätten, Bars, Dielen, Kabarets und Konzertcafés sollten Aufwand und Luxus eingeschränkt werden; auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens seien durchgreifende Maßnahmen erforderlich; Wucher sei streng zu bestrafen, insbesondere müsse gegen die Zurückhaltung von Waren in gewinnsüchtiger Absicht eingeschritten werden; schließlich sollten Speise- und Wärmeanstalten für Arbeitslose, Sozialrentner, verarmte Kleinrentner, rentenlose Erwerbsunfähige und Empfänger von Armenunterstützungen vermehrt und vergrößert werden. - Beredter als jedes andere Dokument legt dieses Zeugnis ab von der gewaltigen Not, die sich über dem deutschen Volke zusammenzog.

Die Reichsregierung hatte den besten Willen, zu helfen, nachdem sie, allerdings zu spät, erkannt hatte, wohin sie es durch ihren bedingungslosen Erfüllungswillen gebracht hatte. Sie gab den Regierungen der Länder entsprechende Weisungen. **Die Ernährungsminister der einzelnen Staaten kamen im September zusammen und berieten sich über die Maßnahmen, die zu ergreifen seien.** Der Getreideverbrauch für Bierherstellung und der Zuckerverbrauch in der Likör- und Schokoladenindustrie müßten eingeschränkt werden. Auf die Verfütterung von Brotgetreide sollten schwere Strafen gesetzt werden. Da die Lebensmittel 300mal so teuer wie im Frieden seien, sollten namhafte Beiträge zur Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner gegeben werden, die öffentlichen und Kinderspeisungen sollten ausgestaltet und an besonders Bedürftige Lebensmittel zu billigen Preisen abgegeben werden.

Die Regierungen des Reiches und der Länder hatten wohl den Willen, aber nicht mehr die Macht, dem Volke zu helfen. **Offen und geheim wurden ihre Gesetze umgangen und verhöhnt**, und wie eine elementare Naturgewalt schlug die stürzende Mark alles, was in Deutschland Wohlfahrt und Wirtschaft und Anstand hieß, in Trümmer. Die Gründe des Unheils aber lagen nicht nur bei der Regierung Wirth, sondern auch in dem unerbittlichen Vernichtungswillen Frankreichs, und wir müssen uns nun der weiteren Entwicklung der Wiedergutmachungsfrage seit der Konferenz von Genua zuwenden.



*Poincaré. Photo Scherl.*

### **Frankreichs Vernichtungswille**

Die **Beziehungen Deutschlands zu den Verbandsmächten wurden durch die Tatsache, daß Poincaré der Leiter Frankreichs geworden war, außerordentlich verschärft.** War der Wiedergutmachungsausschuß schon hartnäckig in der Verfolgung seiner Ziele, so begann jetzt Poincaré durch Drohungen, Forderungen und Erpressungen eine ausgesprochen französische Reparationspolitik. Die Rede, die er am 24. April in Bar-le-Duc hielt, ließ klar erkennen, daß Frankreich in seiner unbeugsamen Wiedergutmachungspolitik nicht nur gegen Deutschland, sondern gegebenenfalls auch gegen England vorgehen würde.

"Wenn Deutschland die Bedingungen der Reparationskommission nicht erfüllt, und wenn die Kommission erklärt, daß ein Verschulden vorliegt, werden die Alliierten das Recht und daher die Pflicht haben, ihre Interessen durch Maßnahmen zu schützen, deren gemeinsame Anwendung unendlich wünschenswert sein würde, die jedoch, falls notwendig, von jeder beteiligten Nation einzeln ergriffen werden können. Es ist unser heißer Wunsch, die Eintracht unter den Alliierten zu erhalten; doch werden wir die französische Sache in voller Unabhängigkeit verteidigen und keine einzige von den Waffen, die uns der Vertrag bietet, vernachlässigen. Wir werden nicht

dulden, daß unser unglückliches Land unter der Last des Wiederaufbaus zusammenbricht in der unmittelbaren Nachbarschaft eines Deutschland, das sich weigert, die nötigen Anstrengungen zur Bezahlung seiner Schulden zu machen."

Solche Worte mußten den maßvollen Lloyd George, der sich gerade bemühte, in Genua den europäischen Frieden herzustellen, bedenklich stimmen, und sie ließen ahnen, daß Frankreich seinen Herzenswunsch, ins Ruhrgebiet einzufallen, noch nicht aufgegeben hatte. Im Rheinland mußten vier Eisenbahnlinien zum Teil wieder zerstört werden, nachdem sie erst aus wirtschaftlichen Gründen gebaut worden waren.

**Der Wiedergutmachungsausschuß zeigte sich gekränkt, daß er von Deutschland nicht vorher über den Abschluß des Rapallo-Vertrages unterrichtet worden sei.** Er hoffe, daß dem Reiche daraus keine Belastungen erwachsen, z. B. in bezug auf Entschädigungen für enteignete Deutsche. Er behalte sich das Recht vor, von Zeit zu Zeit die Auswirkungen des Vertrages zu prüfen und gegebenenfalls durch Maßnahmen seine Vorrechte gegenüber dem Rapallo-Vertrage zu schützen. Immerhin gelang es den Vertretern der deutschen Regierung in Paris, eine Verlängerung des Zahlungsaufschubes zu erreichen. So entschied der Ausschuß am letzten Tage des Mai, er erkenne "in Berücksichtigung der von der deutschen Regierung gegebenen Erklärungen an, daß das, was die deutsche Regierung bereits getan hat, und die neuen Maßregeln, zu deren Ergreifung sie sich verpflichtet, eine ernstliche Anstrengung bilden, um den Forderungen der Kommission zu entsprechen. Infolgedessen beschließt sie, den am 21. März bewilligten vorläufigen Aufschub auf einen Teil der während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen zu bestätigen. Dieser Aufschub für das Jahr 1922 wird also mit dem 1. Juni endgültig".

Zur gleichen Zeit regte Deutschland wieder beim Wiederherstellungsausschuß an, er möge sich für das **Zustandekommen einer Auslandsanleihe** einsetzen. Dies war eine Initiative der Regierung, ohne daß sie darüber den Reichstag befragt hätte. Die Deutschnationalen warfen der Reichsregierung vor, sie habe nicht den Mut, den Reichstag über die Anleiheverhandlungen zu unterrichten und lasse ihn deshalb im unklaren. Unter diesen Umständen brachten die Deutschnationalen einen Antrag ein mit folgendem Wortlaut:

"Der Reichstag mißbilligt, daß die Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in einer Weise verfährt, die mit den Rechten und der Verantwortlichkeit des Reichstages nicht vereinbar ist. Unter diesen Umständen versagt der Reichstag der Regierung das nach der Verfassung erforderliche Vertrauen."

Die Partei stand aber, wie schon einmal im Januar, mit ihrem Mißtrauensantrag allein, so daß er ohne Folgen blieb.

**Der Wiedergutmachungsausschuß hatte einen besonderen Anleihe-**  
**ausschuß gebildet**, der vom 24. Mai bis 10. Juni in Paris versammelt  
war und die Möglichkeiten und Bedingungen für eine deutsche Auslandsanleihe untersuchen sollte,  
oder, wie es vom Komitee selbst ausgedrückt wurde:

*Neue vergebliche  
Anleiheverhandlungen*

"Die Bedingungen, nach welchen die deutsche Regierung unter Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen auf Grund des Versailler Vertrages und insbesondere des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 auswärtige Anleihen zur Verwendung zur Ablösung eines Teiles des Kapitals der Wiedergutmachungsschuld aufnehmen könnte."

Es sollten die Bedingungen und Höhe der Anleihe, sowie ihre Sicherstellung und die Überwachung der Sicherheiten beraten werden. Dieses Bankier-Komitee bestand aus je einem Engländer, Amerikaner, Deutschen, Holländer, Italiener, Belgier und Franzosen. Als Bedingungen für eine Anleihe wurden zunächst gefordert **Stabilisierung der deutschen Währung**, Beseitigung der Unsicherheit in den deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen und Beteiligung sämtlicher verbündeter Nationen an der Unterbringung der Anleihe. Jedoch die Beratungen der Sachverständigen, die sich länger als zwei Wochen hinzogen, kamen zu einem negativen Ergebnis. Erstens habe Deutschland



im Auslande wegen der Inflation überhaupt keinen Kredit. Zweitens wären die Kapitalisten von vornherein einer Anleihe abgeneigt, die nicht eine endgültige Regelung des Reparationsproblems herbeiführe. Eine solche Anleihe sei höchstens eine kurze Atempause; wenn sie verbraucht sei, würde sich Deutschland seinen unverminderten Reparationsleistungen gegenübersehen mit dem weiteren Hindernis, daß seine besten Sicherheiten bereits für den Dienst der Anleihe verpfändet wären. Schließlich aber hätten die Kapitalisten der neutralen Länder ernstlich unter der Entwertung der Mark zu leiden, da sie hohe Beträge darin investiert hätten, auch sei die deutsche Außenhandelskonkurrenz für die Neutralen infolge der Inflation zu groß. Interesse für eine Anleihe, welche für den Aufbau der deutschen Finanzen auf stabilisierter Grundlage keine Aussicht biete, sei nicht vorhanden. Infolge dieser drei gewichtigen Gründe kam der Ausschuß "zu der Erkenntnis und zu dem Schluß, daß eine auswärtige Anleihe nicht durchführbar ist". Der Franzose Sergent im besonderen konnte sich nicht damit einverstanden erklären, daß Deutschlands Wiedergutmachungsverpflichtungen, insonderheit gegen Frankreich, unter Umständen herabgesetzt werden sollten, um Deutschland eine Auslandsanleihe zu verschaffen. "In Übereinstimmung mit den französischen Delegierten der Reparationskommission ist er (Sergent) der Meinung, daß es nicht zur Zuständigkeit des Bankier-Komitees gehörte, die Frage von Abänderungen der deutschen Verpflichtungen, so wie sie im Vertrage von Versailles und insbesondere im Zahlungsplan vom 5. Mai bestimmt sind, zu untersuchen."

**So war zum zweitenmal der Versuch, Deutschlands Mark durch eine Auslandsanleihe zu retten, fehlgeschlagen.** Im Dezember 1921 beschäftigte sich die deutsche Industrie erfolglos mit dem Problem. Diesmal hatte der Wiedergutmachungsausschuß selbst kein Ziel erreicht. Es blieb also alles beim alten: Deutschland mußte, um seine Ausgleichszahlungen in bar zu beschaffen, weiter die deutsche Mark zum Ankauf von Devisen verwenden. Ein neuer Sturz der deutschen Währung war die Folge.

Mitte Juli sah sich die Regierung Wirth durch die immer groteskere Formen annehmende deutsche Not gezwungen, bei den Verbandsmächten eine **Herabsetzung der in Cannes beschlossenen monatlichen Zahlungen von zwei Millionen Pfund Sterling oder 40 Millionen Goldmark auf eine halbe Million Pfund Sterling oder zehn Millionen Goldmark zu beantragen** und um Befreiung von einem Teile der Entschädigungsleistungen (Artikel 297e des Versailler Vertrages) zu bitten. Die Mark falle sehr schnell, und eine finanzielle Katastrophe sei unvermeidlich, wenn Deutschland weiterhin gezwungen sei, umfangreiche Devisenkäufe abzuschließen. Während England den deutschen Vorschlag nicht ohne weiteres ablehnte, verlangte Poincaré unerbittlich die festgesetzte volle Summe, Deutschland solle bis zum 5. August mittags erklären, daß am 15. August die fällige Summe gezahlt werde. Wirth wies darauf hin, daß eine Goldmark bereits 160 Papiermark betrage und daß Deutschland seinen Verpflichtungen beim besten Willen nicht nachkommen könne. Es wurde ein Moratorium bis 1924 verlangt. Frankreich jedoch beharrte unerschütterlich auf den 40 Millionen, sonst müßte man neue Zwangsmittel anwenden. Die deutsche Regierung mache nicht die geringsten Anstrengungen, um die Zahlung der geschuldeten Summen an die Verbündeten durch die wirklichen Schuldner, das heißt durch die deutschen Privatleute, sicherzustellen. Gerade diese deutschen Privatleute hätten, wie Frankreich aus sicherer Quelle wisse, durch ihren Ankauf fremder Devisen zu dem gegenwärtigen Markkurs beigetragen. Poincaré ordne gleichzeitig an, daß sämtliche Bankkonten deutscher Reichsangehöriger in Elsaß-Lothringen beschlagnahmt werden sollten, eine Maßnahme, die eine Verletzung des Völkerrechts darstellte, soweit es sich um Bankkonten handelte, die nach dem 10. Januar 1920, dem Tage der Ratifizierung des Friedens, errichtet worden waren.

Nachdem sich die Frage der Barzahlungen so zugespitzt hatte, traten **am 7. August in London Lloyd George, Poincaré, der italienische Außenminister Schanzer, der belgische Finanzminister Theunis und der Japaner Hayashi**

**Konferenz  
von London**

**zusammen**, um einen Ausweg zu finden aus dieser Sackgasse des Wiederaufbaus und der Ausgleichszahlungen. Die Atmosphäre der Konferenz war mit Zündstoff bis zum Zerspringen geladen. Lloyd George wies auf Deutschlands hoffnungslose Lage hin. Es solle nicht frei kommen von seinen Schulden; aber man müsse eine tragbare Methode dafür finden. Auch Sir John Bradbury, der

englische Vertreter in der Reparationskommission, trat für ein vollständiges Moratorium für Barzahlungen von 1922 bis 1924 ein. Poincaré dagegen erklärte, er könnte ein Moratorium nicht billigen, da Deutschlands Schuld bereits auf das mindeste festgesetzt sei. Frankreich bringe noch genug Opfer, Deutschland aber habe nur bösen Willen. Wenn ein Zahlungsaufschub bewilligt würde, dann sollten die Alliierten wenigstens produktive Pfänder fordern: innere Kontrolle, Ausbeutung der staatlichen Bergwerke und der Domänenforsten, Beteiligung an den großen Industriegesellschaften. Sein Programm bestand demnach in folgenden Punkten: Kontrolle der Reichsbank, der Ein- und Ausfuhr, des Devisenhandels in Deutschland, eine Sondersteuer auf die Ruhrkohle zugunsten des Reparationskontos, Wiederherstellung der Rheinzollgrenze von 1920 und 1921 und westlich der Ruhr, Kontrolle der Einnahmen aus staatlichen Bergwerken und Wäldern und Beteiligung an der deutschen Industrie durch Vermehrung des Aktienkapitals um 26 Prozent und Abgabe dieser neuen Aktien an die Wiedergutmachungskommission.

Nun wurde ein **Sachverständigenausschuß beauftragt, diese Vorschläge zu prüfen**. Dieser Ausschuß erkannte die Forderungen Poincarés zum Teil an und rühmte ihre Vorteile: es werde eine Institution für Einnahmen geschaffen, die gegebenenfalls in Tätigkeit treten und große Ergebnisse zeitigen könnte, wenn Deutschland die von ihm verlangten notwendigen Reformen nicht durchführe, sodann aber würde ein deutsches Aktivvermögen in die Hände der Verbündeten gelegt, das eine sofortige Ausbeutung gestatte. **Großbritannien aber wollte nichts von alledem wissen, und Belgien und Italien standen auf Englands Seite**. Es wurde keine Einigung in der Reparationsfrage erzielt. Lloyd George, welcher der Ansicht war, Deutschland brauche den Zahlungsaufschub, wollte die Entscheidung darüber dem Wiedergutmachungsausschuß überlassen, während Frankreich darauf bestand, daß Deutschland gezwungen werde, am 15. August 40 Goldmillionen zu entrichten. **Es kam ein, unter französischem Druck, letzter Beschluß zustande, daß jedes Land in Zukunft direkt mit Deutschland über diese Frage verhandeln könne**. Der Zusammenhalt der Alliierten hatte einen tiefen Riß bekommen: Frankreich hatte gesiegt, und Poincaré hatte sich freie Hand gegen Deutschland erzwungen. Mit lautem Groll ging man auseinander.

Deutschland, das sich inzwischen mit den Vereinigten Staaten dahin geeinigt hatte, ein Schiedsgericht zur Feststellung der deutschen Schulden für Amerika einzusetzen, sah den verhängnisvollen 15. August heranrücken, ohne daß es in der Lage gewesen wäre, den fälligen Betrag zusammenzubringen; so wurden denn in der Tat nur zehn Millionen Goldmark gezahlt. Rücksichtslos ließ Poincaré jetzt seine angedrohte Maßnahme ausführen, die darin bestand, daß **tausend deutsche Reichsangehörige aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen wurden**. Die Unglücklichen mußten, ohne daß ihnen eine Frist gegeben wurde, sofort das Land verlassen und durften nur Handgepäck mitnehmen. Außerdem war den Verheirateten die Mitnahme von 10 000 Papiermark gestattet, während den Unverheirateten, die älter als 25 Jahre waren, nur die Hälfte freigegeben wurde. Dieser Geldbetrag hatte noch nicht einmal den Wert von 50 bzw. 25 Mark, so daß die Vertriebenen tatsächlich wie Bettler von Haus und Hof flüchten mußten, während ihr gesamtes zurückgelassenes Hab und Gut und Vermögen von Frankreich beschlagnahmt wurde.

**Deutsche Vertreter vor dem  
Wiederherstellungsausschuß**

**Ende August trafen zwei Vertreter Deutschlands beim Wiederherstellungsausschuß in Paris ein und schilderten die furchtbare Not des deutschen Volkes**. Der Dollar sei innerhalb zweier Monate von 300 auf über 2 000 gestiegen, und daher sei es unmöglich, Devisen anzukaufen. Schon heute könne man sagen, daß das gesamte mobile Kapital Deutschlands vernichtet sei. Auch die Inhaber von Aktien hätten ungeheure Einbuße erlitten, denn nur wenige der Aktien seien auf den 20fachen Friedensbetrag gestiegen, während die meisten nur den drei- bis vierfachen Friedenswert erreicht hätten. Da man aber allen Ernstes in Deutschland daran dachte, die Mark zu stabilisieren und vor weiterem Sturz zu bewahren, erklärte sich der Wiederherstellungsausschuß einverstanden, daß die weiteren deutschen Zahlungen für 1922 in Schatzbons erfolgen könnten, welche sichergestellt und binnen sechs Monaten in Gold eingelöst werden müßten. Auch über die Sachlieferungen wurde verhandelt. Von deutscher Seite wurde vorgeschlagen, daß diesbezügliche Lieferungsverträge bis zum Ende des Jahres 1923 unmittelbar mit den Produzenten, statt mit der deutschen Regierung abgeschlossen werden sollten.

Es sollten deswegen sofort unmittelbare Verhandlungen zwischen den abnehmenden Stellen der verbündeten Mächte und den liefernden Syndikaten Deutschlands, vertreten durch Hugo Stinnes, Peter Klöckner, Lübsen und Silberberg, unter Beteiligung der Reichsregierung aufgenommen werden. Als Verhandlungsort wurde Wiesbaden ausersehen.

**So war nach Rathenaus Tode für Stinnes wieder der Augenblick gekommen, die deutsche Politik zu beeinflussen.** Die Regierung Wirth war gezwungen, sich Stinnes, dem mächtigsten Manne des deutschen Wirtschaftslebens, zu nähern, ein Vorgang, der außenpolitisch ein Abschwenken von Sozialdemokraten und Gewerkschaften und ein Hinwenden zu deutscher Volkspartei und Kapitalismus zur Folge hatte. Dieser Kurswechsel, der durch den eisernen Druck der Not erforderlich wurde, gab der Regierung des Deutschen Reiches im Herbst 1922 das Gepräge.

**Stinnes betrat den von Rathenau in Wiesbaden eingeschlagenen Weg der Sachlieferungsverpflichtungen und bemühte sich, aufs neue die Gedanken zu beleben, die durch widrige Einflüsse solange brachgelegen hatten.**

*Stinnes-Lubersac-  
Abkommen*

Bereits Mitte August war er auf der Heimburg bei Niederheimbach am Rhein mit Guy Jean Marquis de Lubersac, Präsident der *Confédération générale des Coopératives de Réconstruction des régions devastées*, zusammengetroffen. Die beiden Großindustriellen hatten hier folgendes beschlossen: Als Vermittlungsstelle für die Ausführung der für den Aufbau der zerstörten Gebiete notwendigen Sachlieferungen sollte die "Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau" in Essen gelten. Diese war berechtigt, für allgemeine Unkosten und Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der nicht höher als sechs Prozent des Preises sein dürfe, der in Deutschland für die gelieferten Waren bezahlt worden sei. Dieser Aufschlag werde dem Deutschen Reiche für die tatsächlichen Sachlieferungen mit gutgeschrieben. Die Hoch- und Tiefbau hatte die Materialien zu prüfen, und die *Confédération* sollte in der Prüfungskommission vertreten sein mit dem Recht, die Materialien anzunehmen oder abzulehnen. Jedoch dürften die in Deutschland geprüften und abgenommenen Materialien in Frankreich dann nicht zurückgewiesen werden. Die Hoch- und Tiefbau sollte die Aufträge weitergeben an deutsche Firmen, wobei die von der *Confédération* bezeichneten bevorzugt werden sollten.

Dies war die Grundlage, **auf welcher dann Anfang September in Berlin zwischen Stinnes und den französischen Wiederaufbaugesellschaften der Vertrag geschlossen wurde.** Daraufhin kam es auch zu einem Abkommen zwischen der Lehrer-Siemensschen Baustoffindustrie Berlin-Düsseldorf und der *Chambre Syndicale des constructeurs en ciment armé*, der 88 der bedeutendsten französischen Bauunternehmergruppen angehörten.

*Markstabilisierungsversuche  
in Berlin*

Aber mit zunehmender Gewalt drängte sich ein Problem in den Vordergrund, das eine Lösung verlangte und nicht nur Deutschland, sondern auch vor allem England interessierte: **Die Wiederherstellung der deutschen Mark.** Trotzdem es in Deutschland Leute gab, die mit stiller Genugtuung und heimlicher Freude die Währungskatastrophe begrüßten, um sich von ihren lästigen Schulden zu befreien, so war doch die Mehrzahl des gesamten Volkes von Sorge über die Zukunft erfüllt. Nicht nur die Arbeiter und Angestellten, das besitzlose Proletariat, spürte die zunehmende Not trotz dauernder Lohnerhöhungen, auch die Industrie war einsichtig genug, um sich nicht durch den scheinbar blühenden Außenhandel über den Schwund ihrer Substanz hinwegzutäuschen. Von allen europäischen Völkern war das englische am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Der Außenhandel ging zurück, denn Deutschland, einer der Hauptabnehmer englischer Waren, konnte nicht kaufen, die Produktion stockte, und die Erwerbslosen betrug fast zwei Millionen. England hatte deshalb ein lebhaftes Interesse, diesen unangenehmen Zustand zu beseitigen. Frankreich dagegen spürte kaum etwas von der großen Not, und deshalb bestand es beharrlich und unerbittlich auf der Erfüllung des Friedensvertrages.

Selbst im **Wiederherstellungsausschuß** war keine Einmütigkeit über die Mittel und Wege, die Deutschland gegenüber einzuschlagen seien. Barthou war nach wie vor der Ansicht, daß Deutschland kein Moratorium brauche. Der Wohlstand der deutschen Industrie sei ja durch die hohen Ausfuhrziffern erwiesen, es herrschte keine Arbeitslosigkeit wie in England. Deutschland sei nur von bösem Willen beseelt. Die Alliierten müßten produktive Pfänder nehmen, über Reich und Länder

strenge Aufsicht üben. Demgegenüber betonte Sir John Bradbury, man müsse Deutschland eine Atempause, einen Zahlungsaufschub bis 1924 gewähren, dann erst könne man damit rechnen, Reparationen in größerem Umfange zu erhalten. Barzahlungen sollten vollständig, Sachlieferungen fast vollständig für zwei oder vier Jahre ausgesetzt werden, um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen und die Mark zu stabilisieren. Der Wiedergutmachungsausschuß sollte seinen Sitz von Paris nach Berlin verlegen, um die Erholung Deutschlands zu beaufsichtigen und zu beschleunigen.

**Die Reparationskommission begab sich Ende Oktober nach Berlin, um mit der deutschen Regierung über die beiden brennenden Fragen: die Festigung der Mark und den Ausgleich des Reichshaushaltes, zu verhandeln.** Wirth, der deutsche Reichskanzler, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß das deutsche Volk vor einem furchtbaren Winter des Hungers und der Kälte stehe, da Nahrungsmittel und Kohle fehlen. Man dürfe nicht mehr aus Deutschland heraus holen, sondern erst müsse die kranke Wirtschaft geheilt werden, dann könnten auch wieder Leistungen aufgebracht werden. **Die Reichsregierung hatte gleichzeitig eine Anzahl internationaler Sachverständiger nach Berlin eingeladen, um die Frage der Markbefestigung zu untersuchen. Es waren dies Vissering, Cassel, Brand, Keynes, Dubois und Jenks.** In Deutschland selbst war man nämlich geteilter Ansicht. Während die einen meinten, man müsse erst den Staatshaushalt und die Handelsbilanz ausgleichen, ehe man die Mark stabilisieren könne, vertraten andere die umgekehrte Ansicht. Und nun wollte man hören, wie das Ausland über diese Frage dachte. So wurden den Sachverständigen folgende Fragen vorgelegt: Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich? Wenn nein, welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um die Stabilisierung zu ermöglichen? Und welche Maßregeln müssen getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?

Schon nach wenigen Tagen teilte Wirth dem Wiederherstellungsausschuß mit, daß eine wirksame und dauernde Stabilisierung der Mark nur möglich sei, **wenn die Reparationsfrage entsprechend der deutschen Leistungsfähigkeit endgültig geregelt sei.** Jeder Zeitverlust bedeute eine neue Gefährdung der deutschen Währung und mache ihre Festigkeit und Besserung immer schwieriger. Nur ein internationaler Bankkredit von mindestens einer halben Milliarde Goldmark könne die weitere Zerrüttung der Mark aufhalten. Deshalb schlage man der Reparationskommission die Berufung eines internationalen Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Anleihefrage vor. Diese Gedanken waren bereits von den Sachverständigen inspiriert, denn vier Tage später, am 8. November, überreichte die Reichsregierung der Reparationskommission die **Gutachten der Sachverständigen.** Das eine von Vissering, Dubois und Brand gipfelte in dem Gedanken, Deutschland müsse einen Vorschuß von 500 Millionen Goldmark zum Zwecke der Markstabilisierung erhalten und bis zur vollständigen Zurückzahlung dieses Vorschusses von sämtlichen Reparationszahlungen und Sachlieferungen befreit sein. Brand jedoch neigte im besonderen der pessimistischen Ansicht des Bankier-Komitees vom Juni zu hinsichtlich der Schwierigkeiten, eine solche Anleihe zu beschaffen.

#### **Sachverständigengutachten**

Das zweite Gutachten von Brand, Cassel, Keynes und Jenks erkannte folgende wichtige Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Mark: ein zweijähriges Moratorium und Einstellung sämtlicher Reparationen bis zu dem Zeitpunkte, wo sie aus Überschüssen des Reiches, nicht mehr aus einer neuen Inflation bezahlt werden könnten, ferner müßte das Reparationsproblem bald und in durchführbarer Weise geregelt werden. Jedoch war man hier der Ansicht, daß die Markstabilisierung weniger von äußeren Faktoren, von Reparationszahlungen und internationaler Anleihe abhängt als vielmehr von einer **durchgreifenden Reorganisation des Staatshaushaltes und besserer Gestaltung der Produktionsverhältnisse.** Mit diesen Dokumenten in der Tasche reiste der Wiederherstellungsausschuß am 9. November von Berlin ab. **Die Reichsregierung stellte auf Grund der Gutachten den Antrag, die endgültigen Verpflichtungen Deutschlands festzusetzen, ein Gesamtmoratorium für Bar- und Sachleistungen von drei bis vier Jahren zu gewähren und einen internationalen Bankkredit von mindestens 500 Millionen Goldmark zur Verfügung zu stellen.**

Während sich die deutsche Regierung im Verein mit dem Wiedergutmachungsausschuß und den

auserlesensten Köpfen der Wissenschaft und Wirtschaft abmühte, die wichtigste Lebensfrage des deutschen Volkes zu lösen, bemühte sich der **unversöhnliche Poincaré**, immer neue Demütigungen und Drangsale über Deutschland zu häufen.

**Schikanen  
Poincarés**

So wärmte er Ende August die "Kriegsverbrecher"angelegenheit wieder auf. Er teilte im Namen der Botschafterkonferenz der deutschen Regierung mit, daß er mit den Kriegsverbrecherprozessen in Leipzig ganz unzufrieden sei. Die Verbündeten würden von jetzt ab die deutsche Strafverfolgung der vor dem Reichsgericht bisher nicht erschienenen Beschuldigten völlig außer acht lassen. Sie nähmen infolgedessen alle ihnen kraft des Vertrages von Versailles gegenwärtig und zukünftig zustehenden Rechte wieder auf oder behielten sie sich vor. Insbesondere behielten sie es sich vor, selbst, nötigenfalls im Abwesenheitsverfahren, die Kriegsbeschuldigten zu verfolgen. - Der französische Ministerpräsident betrachtete es als seine Hauptaufgabe, im französischen Volke Haß zu säen und anzufachen. Er hielt zahllose Reden in aller Öffentlichkeit, die stets nur in dem einen Gedanken gipfelten, zu beweisen, wie verbrecherisch und abscheulich Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart war. Mit Vorliebe besuchte er das verwüstete nordfranzösische Kriegsgebiet, wo er gewissermaßen an den Trümmern anschaulich den deutschen Geist der Barbarei und Verbrechen demonstrieren konnte.

**Militärkontrolle**

Auch die **Militärkontrolle** wurde wieder nachdrücklicher betrieben. Ende September verlangte eine Kollektivnote der alliierten Regierungen von Deutschland Antwort auf fünf Fragen, ob die Polizei nach Artikel 162 des Versailler Vertrages und gemäß der Entscheidung der Konferenz von Boulogne im Juni 1920 reorganisiert sei, ob die Fabriken, das heißt vor allem die Deutschen Werke, nach Artikel 168 umgestellt seien, ob der Rest des nicht zugelassenen Materials gemäß Artikel 169 ausgeliefert sei, ob die Schriftstücke, welche sich auf die Bestände an Kriegsmaterial zur Zeit des Waffenstillstandes und auf die Tätigkeit der Fabriken während des Krieges und nach dem Waffenstillstande bezögen, gemäß Artikel 206 Absatz 2 und Artikel 208 Absatz 4 ausgeliefert seien, und ob die erforderlichen Gesetzesbestimmungen oder Verordnungen veröffentlicht wären, wonach die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Artikel 211 und 170 wirksam verboten würden und die Rekrutierung und Organisation des Heeres mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages in Einklang zu bringen sei nach den Artikeln 211, 160, 161, 173-175 und 178, insbesondere aber in bezug auf die Aufhebung verschiedener Maßregeln, die gegenwärtig noch vorgesehen seien und sich auf die Mobilisierung bezögen. - **Von Deutschland wurde hierauf geantwortet, daß die Entwaffnung vollendet sei**, und was noch vorhanden sei an Truppen, Waffen und Fabriken, sei unbedingt notwendig für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet.

**General  
von Seeckt**

Der von den Alliierten meist gehaßte und zugleich der mächtigste Mann Deutschlands war der Chef der Heeresleitung, **General von Seeckt**. Im Kriege hatte er sich als Mackensens Generalstabschef einen ruhmvollen Namen erworben. Ihm gebührte das Verdienst, die neue kleine Reichswehr ebenbürtig und würdig im Geiste der alten Armee konstituiert zu haben, und er war unermüdlich, die Schwungkraft großer Tradition zum Fundament des neuen Heeres zu machen. Es war sein Verdienst, daß eine hochwertige, gediegene, wohlorganisierte und gut disziplinierte Truppe entstand, die dem Ausland aufs neue Grund zur Beunruhigung wurde. Scharfsinn, Standhaftigkeit und eine sichere, gewandte Art des Auftretens zwangen seine Gegner, ihn zu achten, ja zu bewundern. Der Engländer Gooch sagt von Seeckt, er habe "die Republik als wenn auch zeitlich nur begrenztes, so doch unvermeidliches Stadium im Leben seines Landes akzeptiert." Ihm mißtrauten die Franzosen, daß er sich kaltblütig über die Bedingungen von Versailles hinwegsetze, daß er geheime Waffenlager besitze, daß er Waffen und Munition anfertigen lasse, daß er das Heer heimlich durch Anwerben sogenannter Schwarzer Reichswehr vermehre, daß er einen Einfluß auf die militärische Schulung der Polizei ausübe.

**Zusammenstöße mit  
alliierten Offizieren**

**Trotzdem es nichts mehr zu entwaffnen gab, waren die Mitglieder der Militärkontrollkommission, durch Poincarés Rippenstöße aufgeschreckt, sehr eifrig.** In den Kasernen der Reichswehr und der Polizei, in Munitionsanstalten und Arsenalen tauchten die englischen und französischen Offiziere auf, um zu prüfen und zu unter-

suchen. Ihr Erscheinen, besonders in Uniform, brachte dem Volke immer wieder aufs neue seine Demütigung vor Augen und erweckte seinen Groll. Der Grimm und die Erbitterung weiter Volkskreise gegen die fremden Offiziere wuchs, je größer die seelischen und wirtschaftlichen Nöte des Volkes wurden. Denn **die öffentliche Meinung führte diese Zustände auch auf die über Deutschland verhängte Kontrolle zurück und machten die zahlreichen interalliierten Offiziere als deren Organe dafür verantwortlich.** So ereigneten sich denn im Herbst zwei schwere Zusammenstöße zwischen Offizieren der Kommission und der Bevölkerung. Am 24. Oktober nachmittags gegen drei Uhr kamen vor der Kaserne des 20. Infanterie-Regiments in Passau ein englischer und ein französischer Offizier in Uniform, begleitet von einem deutschen Reichswehroffizier, mit dem Auto angefahren. Etwa 20 Zivilisten hatten sich vor dem Kasernentor angesammelt und beschimpften laut die Ausländer. Während diese in die Kaserne gingen, sammelten sich ein Haufe von etwa 600 Menschen vor der Kaserne an und versperrte die Tore durch Balken und Mauersteine. Als die Kommission den Kasernenhof wieder verlassen wollte, war ihr dies unmöglich, und drohendes Geschrei drang zu ihr hinein. 25 Polizeibeamte wurden herbeigerufen, und als die Dämmerung hereingebrochen war, gegen halb sieben Uhr abends, verließ das Auto den Kasernenhof. Auf jedem Trittbrett stand ein Polizist, trotzdem wurde der Wagen mit Steinen und Holzstücken beworfen, so daß die Scheiben zertrümmert wurden. Der französische Offizier wurde leicht an der Nase verletzt, und die beiden Polizeibeamten, gegen die sich die Wut der Menge noch besonders richtete, trugen Verwundungen davon. Dieselbe Kommission besuchte einen Monat später, am 22. November, in Zivil die Munitionsanstalt in Desching bei Ingolstadt. Als sie hier vormittags um 11 Uhr eintraf, stürzten sich etwa 20 Menschen auf das Auto, hielten die Bremse fest, so daß der Wagen sich weder vorwärts noch rückwärts bewegen konnte, beschimpften die Offiziere und versuchten sogar, gewalttätig zu werden. Die Türen wurden aufgerissen und die Fenster mit Stöcken zertrümmert. Der Engländer wurde leicht an der Nase verletzt, jedoch in weit größerem Maße wurde der deutsche Verbindungsoffizier mißhandelt. Die Kommission mußte unverrichtetersache wieder abfahren.

Der geschäftstüchtige Poincaré wußte auch aus diesen Ereignissen seinen Vorteil zu ziehen. Er verlangte von Passau und Ingolstadt je eine halbe Million Goldmark als Sühne und drohte, wenn ihm diese nicht bezahlt würden, eine Million aus dem besetzten Gebiete zu erpressen. Da die Städte nicht in der Lage waren, diesen völkerrechtlich in keiner Weise gerechtfertigten Tribut aufzubringen, sah sich das Deutsche Reich genötigt, von sich aus die geforderte Million zu zahlen, um seine Angehörigen im Rheinland vor brutalen Maßnahmen zu schützen. -

Im Spätjahr 1922 hatte sich in **Deutschland wieder eine Regierungskrise** entwickelt. Die letzte Ursache hiervon war die Ermordung Rathenaus, und daher gingen die Anfänge bereits bis zur Mitte des Jahres zurück. Seit Juli hatte sich die **Sozialdemokratie**, welche Regierungspartei war, **den Unabhängigen zugewandt**, und diese waren bereit, zum Schutze der Republik in die Regierung einzutreten. Die Beziehungen zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen wurden im Laufe der Zeit so innig, daß sich, wie wir sahen, beide Parteien Ende September in Nürnberg zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wieder zusammenschlossen. **Gingen die Sozialisten infolge der Sorgen um die Republik nach links, so suchten die andern Regierungsparteien infolge der Reparationsorgen den Anschluß nach rechts.** Die Notwendigkeit, die Reparationsverhandlungen über Sachleistungen weiterzuführen, näherte Wirth dem deutschen Industriekapital und ihrem Führer Stinnes, deren politisches Organ die Deutsche Volkspartei war. Diese wiederum verlangte um den Preis ihrer Hilfe Einfluß und Teilnahme an der Reichsregierung, und die von der Reichsregierung seit Oktober 1922 gepflogenen Stabilisierungsverhandlungen sind ebensosehr unter stillschweigender Mitwirkung der Deutschen Volkspartei wie der Sozialdemokratie zustande gekommen.

**Regierungskrisis**

Auch bei einer anderen Gelegenheit versagte sich die Deutsche Volkspartei nicht der Reichsregierung. Am 24. Oktober brachte die Regierung Wirth eine Gesetzesvorlage ein, wonach unter Abänderung der Reichsverfassung die **Amtsauer des Reichspräsidenten nicht Ende Juni 1923, sondern erst Ende Juni 1925 ablaufen sollte.** Bayern erhob zwar Widerspruch und ebenso die Deutsche nationale Volkspartei, aber am gleichen Tage nahm der Reichstag das Gesetz an mit 314 Stimmen.



Da nur 76 Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und der Kommunisten dagegen waren, war die durch die Verfassung für diesen Fall geforderte Zweidrittelstimmenmehrheit vorhanden. Dieses Gesetz, das den Einfluß des sozialdemokratischen Reichspräsidenten auf zwei weitere Jahre ausdehnte, **bildete gewissermaßen den Abschluß der Maßnahmen des Reiches zum Schutze der Republik**. Auch die Deutsche Volkspartei glaubte dem Gesetz zustimmen zu dürfen in der Erwartung, in Kürze an der Regierung teilnehmen zu dürfen.

**Gedanke der  
Großen Koalition**

Es war ein eigentümliches Ringen um die politische Macht, welches zwei ganz verschieden geartete Tendenzen Anfang November führten. Dr. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, hatte vorwiegend außenpolitische Gesichtspunkte im Auge, als er den Eintritt in die Regierung verlangte. Er war sich aber bewußt, daß innenpolitisch die Sozialdemokratie nicht ausgeschaltet werden könne, da sie es war, auf die sich die neuen Zustände im Reiche gründeten. Um im Innern Frieden zu haben und mit ganzer Kraft eine versöhnliche Außenpolitik treiben zu können, deswegen strebte Stresemann nach der Großen Koalition. Die Sozialdemokratie dagegen, die durch ihre Vereinigung mit den Unabhängigen stark radikalisiert war, sah den Schwerpunkt aller Politik in der Konsolidierung der inneren Verhältnisse, ohne einen Grund dafür einzusehen, daß man außenpolitisch von der bisher befolgten bedingungslosen Erfüllungspolitik abweichen sollte. Dem Zwiespalt dieser beiden Auffassungen unterlag die Regierung Wirth, die, wie wir sahen, seit Rathenaus Tode innenpolitisch mit der Sozialdemokratie, außenpolitisch mit der Deutschen Volkspartei regierte, wobei sie von der Notwendigkeit dieser Regierungsweise überzeugt war. Den bisher formlosen Zustand, der durch die Divergenz der Faktoren hemmend, ungesund wirkte, suchte Wirth jetzt zu legalisieren, indem er sich den Anschauungen Stresemanns näherte und **Deutsche Volkspartei mit Sozialdemokratie in einer Regierung der Großen Koalition zu vereinigen** suchte. Diese auch erschien ihm als die einzig mögliche Grundlage, seine Marktstabilisierungspläne innen- wie außenpolitisch verwirklichen zu können.

**Rücktritt der  
Regierung Wirth**

Am 10. November fanden beim Reichskanzler Wirth die entscheidenden Besprechungen mit den Parteiführern wegen der Regierungsumbildung statt. Vertreten waren die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, die Demokraten, das Zentrum und die Vereinigte Sozialdemokratie. **Wirth forderte die große Koalition, das heißt die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung**. Da aber die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie mit Dreiviertelstimmenmehrheit jede Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung nach wie vor ablehnte, schieden die sozialdemokratischen Regierungsglieder aus dem Kabinett aus, und die Regierung Wirth übernahm nun am 14. November ihre Entlassung: sie war über dem selbstverschuldeten Unvermögen, zwischen innerer und äußerer Politik eine gewisse und erträgliche Übereinstimmung herbeizuführen, zu Fall gekommen.

Die Regierung Wirth verschwand von der Bildfläche und hinterließ ein Andenken bitteren Leides. Hervorgegangen aus der katastrophalen Lage der Maitage 1921, hatte sie ein aussichtsloses Experiment begonnen, - ein Experiment, welches die Regierung Fehrenbach nicht verantworten zu können glaubte, nämlich durch äußerste Willfährigkeit die drakonischen Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten *ad absurdum* zu führen. Das Experiment war vollständig mißglückt, und das deutsche Volk hatte seine Rechnung zu bezahlen in Gestalt der Inflation, ohne daß die Alliierten den Beweis für die Absurdität ihrer Forderungen als erbracht ansahen. Aus diesem Erfüllungswillen der Regierung ergaben sich mit zwingender Notwendigkeit all die anderen Erscheinungen und Ereignisse jener Ära. Da das deutsche Kapital von vornherein den unbedingten Erfüllungswillen als wirtschaftlichen Wahnsinn erklärte, befand es sich im Gegensatz zur Regierung Wirth, und diese mußte mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit war so intensiv, daß man zeitweise von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung sprach. Der erste Versuch, sich dem Kapital zu nähern, wurde im November und Dezember 1921 unternommen und mißglückte. Ein Rückschlag trat ein, der sich in um so engerem Anschluß an die Gewerkschaften äußerte. Eine Folge des Erfüllungswillens war die Ermordung Rathenaus, deren unselige Konsequenzen das Volk sich zum Schutze der Republik zerfleischen ließen. Letzten Endes war die Regierung Wirth doch genötigt, ernstlich die Hilfe des deutschen Kapitals in Anspruch zunehmen, da die

Erfüllungspolitik mit einem vollständigen Bankrott endete, und über diesem Willen, die Koalition nach rechts zu erweitern, wurde die Regierung Wirth von ihrer eigenen Bundesgenossin, der Sozialdemokratie, gestürzt.

Das Schicksal der Regierung Wirth bewies, daß es unter dem Drucke der Reparationsverpflichtungen nicht möglich war, auf die Dauer Deutschland nach den revolutionären Grundsätzen von 1918 und 1919 gegen das Kapital zu regieren. Mit zwingender Notwendigkeit drängten die außenpolitischen Zustände auf eine Regierungskonstellation hin, in welcher die Deutsche Volkspartei, die Vertreterin des reparationszahlenden deutschen Kapitals, Sitz und Stimme hatte.



***Aus unserem Versandbuchhandel:***

**Das Versailler Diktat.**  
**Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,**  
**Gegenvorschläge der deutschen Regierung**



***Mehr aus unserem Archiv:***

**Der Abgrund von Versailles**



**Die Schandverträge**



**Das Ultimatum der Entente**  
**Vollständiger Text der Mantelnote**  
**und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge**  
**Amtlicher Wortlaut**



**Was Deutschland gezahlt hat**  
**Die bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles**



**Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?**



**Zehn Jahre Versailles**

